



Landes-ASten-Konferenz
Studierendenvertretungen Bayern

c/o Büro der
Studierendenvertretung
Universität München
Leopoldstraße 15
80802 München

Johanna Weidlich
+49 176 34668303

Paul Thieme
+49 152 31819398

Anna-Maria Trinkgeld
+49 151 51383888

sekretariat@lak-bayern.de
www.lak-bayern.de

München, den 27.06.2021

Stellungnahme zur Verbändeanhörung zum Entwurf des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz

Sehr geehrter Herr Staatsminister Sibler,
Sehr geehrter Herr MR Dr. Schmitt-Glaeser,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben R.1-H1112/0/10/ vom 18.05.2021 erhalten Sie untenstehend die Stellungnahme der Landes-ASten-Konferenz (LAK) Bayern zum Entwurf des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG).

Wir möchten uns für die Beteiligung an der Verbändeanhörung bedanken und hoffen, dass mit unserer Einsendung die Belange der Studierenden in diesem äußerst wichtigen und richtungsweisenden Gesetzesvorhaben ausführlich gehört und in den weiteren Bearbeitungsprozess einfließen werden. Erlauben Sie uns, bevor wir auf die Artikel einzeln eingehen, eine übergreifende Einschätzung zu dem Gesetzgebungsprozess abzugeben und Ihnen unsere wichtigsten Forderungen und Änderungsvorschläge vorab mitzuteilen.

Bereits Ende 2018 hat sich das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst mit der Bitte um die Anzeige von Änderungsbedarf für eine in der 18. Legislaturperiode geplanten Novellierung des bayerischen Hochschulrechts an die Landesverbände der jeweiligen Interessengruppen gewandt (Schreiben R.1-H1112.0/4/4). Die LAK Bayern hat sich daraufhin intensiv mit dem Hochschulgesetz befasst, bestehenden Änderungsbedarf identifiziert, die Änderungsvorschläge der bayerischen Studierendenvertretungen in einem demokratischen Verfahren konsolidiert und im Februar 2019 an Ihr Haus übersendet. Einige unserer Vorschläge finden sich auch im vorliegenden Entwurf des BayHIG wieder, wie z.B. die Einführung des Antidiskriminierungsauftrags, die Erhöhung der Anzahl der studentischen Vertreter*innen in der Vertreterversammlung der Studierendenwerke oder die Festschreibung einer Landesvertretung der Studierenden. Wir sind froh, dass einige Passagen unserer frühen Gedanken zu einer Novellierung im weiteren Gesetzgebungsprozess des BayHIG aufgegriffen wurden.

Der Wechsel von einer langfristig geplanten Novellierung eines bestehenden Gesetzes zu einer vollständigen Neufassung wurde durch die Veröffentlichung des Eckpunktepapiers des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst im Oktober 2020 offensichtlich. Bereits zuvor hatte sich durch die Bekanntgabe der Hightech Agenda Bayern in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Söder am 10.10.2019 sowie in vielen von uns geführten Gesprächen dieser Kurswechsel abgezeichnet: Statt der gezielten Verbesserung bestehender Strukturen wurde das Ziel der maximalen

Verschlinkung und Deregulierung ausgesprochen. Das hat zu einem Beben in der bayerischen Hochschullandschaft geführt.

Um der Tragweite des Neuentwurfs des bayerischen Hochschulrechts gerecht zu werden, hat die LAK Bayern zusammen mit dem Landesverband wissenschaftliches Personal in Bayern (LWB) in ihrer "Vision einer bayerischen Hochschullandschaft 4.0" das Bild einer transparenten, glaubwürdigen und zukunftsgerichteten Hochschule gezeichnet und konkrete Vorschläge sowie Forderungen in den Diskurs eingebracht.

Nicht nur innerhalb der Studierendenvertretungen, sondern auch in den Leitungsebenen und bei weiteren Stakeholdern der Hochschulen hat die Eile, mit dem der Gesetzgebungsprozess vorangetrieben wurde, zu spürbarer Irritation geführt. Durch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie standen die Hochschulen in Bayern vor der größten Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Für Dozierende sowie Studierende stellte die von heute auf morgen notwendige Verlagerung der Lehre sowie des gesamten Hochschulalltags in den digitalen Raum eine große Belastung dar. Diese konnte zwar aufgrund des großen Engagements der Hochschulfamilie in den meisten Fällen gut bewältigt werden, sie blieb aber natürlich nicht ohne Folge für die zeitlichen Kapazitäten aller Beteiligten. In dieser bereits von sich aus angespannten Lage den tiefgehensten hochschulpolitischen Reformprozess der letzten zwei Jahrzehnte voranzutreiben, sorgte nicht nur unter Studierenden vielerorts für Zweifel und Unverständnis.

Die Diskussionsrunden auf YouTube und die vielen virtuellen Besuche von Herrn Staatsminister Sibler in den Hochschulen und bei weiteren Veranstaltungen zeigen, dass sich das StMWK um Diskussion und Austausch bemühte. Allerdings wäre eine Diskussion vor Ort und in Persona, mit allen Beteiligten und Betroffenen, ein erheblicher Zugewinn an Vertrauen und Perspektive für den Gesetzgebungsprozess gewesen. Wie unterschiedlich dabei die Meinungen und Perspektiven der Mitgliedergruppen auf das BayHIG sind, wurde zuletzt in der zweiten Sachverständigenanhörung des Landtagsausschusses für Wissenschaft und Kunst am 11. und 12.06.2021 deutlich.

Anknüpfend an diese Erfahrungen möchten wir daher die folgende explizite Bitte an Ihr Haus richten: Nehmen Sie sich, aber auch Ihre Abteilungen die notwendige Zeit für die Analyse der Stellungnahmen und die Einarbeitung von Neuerungen in das BayHIG, um die divergierenden Positionen und berechtigten Forderungen in Einklang zu bringen.

Eine Einbringung des Gesetzentwurfs noch vor der Sommerpause in den Landtag stünde diesem Ziel entgegen. Für eine durchdachte, faire und wertschätzende Verbändeanhörung, an der erstmals über 30 Institutionen, Verbände und Zusammenschlüsse beteiligt sind, sind die bisher angesetzten zwei Wochen aus unserer Sicht vollkommen unrealistisch und konträr zu einer tatsächlich ausgewogenen, sachlichen Bewertung der Stellungnahmen und der Zusammenführung gegensätzlicher Standpunkte.

Im Folgenden möchten wir Ihnen die wichtigsten Anliegen der Studierenden – interne Governance und Gremiendemokratie sowie Nachhaltigkeit und Klimaschutz – an den Gesetzesentwurf vorstellen, bevor eine detaillierte chronologische Darstellung und Begründung aller Änderungsforderungen gegeben wird.

Interne Governance und Gremiendemokratie

Das BayHIG soll den Hochschulen neue Freiräume eröffnen, um in Freiheit und Eigenverantwortung die Bildungs- und Forschungsexzellenz in Bayern auszubauen. Dabei überträgt der Freistaat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips einige Entscheidungskompetenzen an die Hochschulen. Die neuen Spielräume, die sich dadurch ergeben, werden von der LAK Bayern grundsätzlich begrüßt, da wir glauben, dass jede Hochschule so ihr individuelles Profil besser entfalten kann. Als Teil des Subsidiaritätsprinzips und in Anbetracht der Fürsorgepflicht des Staates für seine Hochschulen sind jedoch grundlegende Rahmenbedingungen zu formulieren, deren Festlegung in die ausschließliche Zuständigkeit des Staates fallen. Vor diesem Hintergrund sehen wir Ihr Haus in der Verantwortung, die Hochschulen in ihrer Struktur stabil und partizipativ zu erhalten und geeignete Rahmenbedingungen bzw. "Leitplanken" zu definieren, innerhalb derer eine individuelle Entfaltung stattfinden kann. Hierbei ist eminent wichtig, dass die

demokratische Verfasstheit der Hochschulen erhalten bleibt und nicht durch ihre gestärkte Autonomie und individuellen Regelbefugnisse in den Grundordnungen ausgehebelt werden kann.

Zu diesen Leitplanken gehören konkret:

- die zentrale Gremienstruktur der Hochschule mit ihrer Gewaltenteilung,
- der maßgebende Einfluss der Träger*innen der Wissenschaftsfreiheit,
- der Minderheitenschutz zur Sicherstellung der demokratischen Teilhabe,
- das Vier-Schultern-Prinzip zur Sicherstellung der Personalkontinuität,
- die demokratische Legitimation exekutiver Funktionsträger*innen.

Während der erste Entwurf des BayHIG im Vergleich zum Eckpunktepapier des StMWK bereits erste Leitplanken wie die zentrale Gremienstruktur oder der maßgebende Einfluss der Hochschullehrenden als Träger*innen der Wissenschaftsfreiheit beinhaltet, so sind alle weiteren Leitplanken weiterhin nicht vorgesehen.

So ermöglicht das BayHIG konkret, den prozentualen Anteil der Vertreter*innen der Hochschullehrenden in Gremien, trotz des ohnehin schon garantierten maßgebenden Einflusses, unbegrenzt nach oben zu erhöhen, während die anderen Mitgliedergruppen - namentlich die Studierenden, das wissenschaftliche und das wissenschaftsstützende Personal - einen nach unten offenen Stimmenanteil erhalten. Die bisher im BayHSchG und in den Vorgängergesetzen der letzten fünfzig Jahre verankerte "50+1-Regel", welche eine gleichberechtigte Teilhabe der Hochschullehrenden (50%+1) und weiteren Mitgliedergruppen (50%-1) garantierte, ist der maximalen Verschlankung und Deregulierung des Gesetzes gewichen. Der Minderheitenschutz von Mittelbau und Studierenden wird damit faktisch aufgehoben. Eine Optionalisierung dieses demokratischen Grundprinzips der Teilhabe auf Augenhöhe kann zu gravierenden hochschulinternen Konflikten führen, welche die Handlungsfähigkeit der Hochschule nachhaltig gefährden.

Auch wird nur noch eine Stimme der Studierenden in den Gremien festgeschrieben. Da nur mit mindestens zwei gleichberechtigten Vertreter*innen ein angemessenes Meinungsspektrum der größten Mitgliedergruppe an Hochschulen abgedeckt, die Personalkontinuität der studentischen Vertreter*innen gesichert und der Wissens- und Kompetenztransfer zwischen den Vertreter*innen gewährleistet werden kann, ist dies für uns ein gravierender Rückschritt zur aktuellen Gesetzeslage und eine Schlechterstellung der studentischen Mitsprache an den Hochschulen. Die Ermöglichung von Stellvertreter*innen in Art. 28 BayHIG ist hierbei keine Kompensation für das tatsächliche Stimmrecht und somit der gleichberechtigten Teilhabe der zwei Vertreter*innen der Studierenden. Das "Vier-Schultern-Prinzip" wurde von den CSU- und FDP-Regierungsfractionen des Landtags im Jahr 2012 als Reaktion auf die anhaltende Kritik der bayerischen Studierendenvertretungen über mangelnde Mitwirkungsrechte auch für den Senat und Hochschulrat festgeschrieben. Doch auch diese seitdem bewährte Struktur musste dem Ziel der maximalen Verschlankung und Deregulierung des BayHIG weichen.

Weiter kritisieren wir die mögliche Entkopplung der Personalunion von Senat und internen Hochschulrat und den damit einhergehenden gehemmten Informationsfluss zwischen beiden Gremien. Die Kontrollfunktion des Hochschulrats wird zusätzlich dadurch stark abgeschwächt, dass die oder der Präsident*in das alleinige Vorschlagsrecht für die Bestellung der externen Mitglieder besitzt. Auch hat nur die Hochschulleitung das explizite Vorschlagsrecht für Änderungen in der Grundordnung. Die neue Eigenverantwortung der Hochschulen kann jedoch nur dann angemessen wahrgenommen werden, wenn auch allen Mitgliedergruppen ein effektives Recht an der Beteiligung zugestanden wird.

Diese Auflistung ist nicht abschließend, zeigt aber anschaulich, dass die großen Leitplanken, die wir als LAK Bayern für das Gesetz gefordert haben, nicht vorhanden sind und wir so die demokratische Verfasstheit der Hochschulen durch den aktuellen Gesetzesentwurf massiv gefährdet sehen.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz

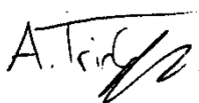
Hochschulen sind Zukunftswerkstätten einer nachhaltigen Gesellschaft und können als Innovationsmotoren ihre Expertise und Potenziale wirksam nutzen, um dem Freistaat Bayern zum ersten klimaneutralen Bundesland zu verhelfen und sich so im internationalen Wettbewerb hervorzuheben. Allein auf die Freiwilligkeit und Eigenverantwortung der Hochschulen zu setzen, ist angesichts der unbestreitbaren Notwendigkeit der Klimaneutralität jedoch nicht tragbar. Auch ist die allgemeine Verpflichtung zum Klimaschutz in Art. 2 des Gesetzesentwurfs nicht greifbar genug, um daraus klare Ziele abzuleiten. Das BayKlimaG hat die Vorbildfunktion des Staates dahingehend geregelt, dass Einrichtungen der unmittelbaren Staatsverwaltung bis 2030 klimaneutral werden müssen. Da Hochschulen jedoch trotz ihres Status der "staatlichen Einrichtung" nicht der unmittelbaren Staatsverwaltung zugeordnet werden, ist eine explizite Zielvorgabe im BayHIG dringend erforderlich. Hochschulen sollten in ihrer staatlichen Vorbildfunktion ihrer Verantwortung durch das Anstreben der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 nachkommen.

Weiterhin haben die Erfahrungen mit Internationalisierung, Gleichstellung und Inklusion gezeigt, dass Transformationsprozesse an Hochschulen mit klar definierten rechtlichen Rahmenbedingungen, eindeutigen politischen Bekundungen und Ressourcen unterlegt werden müssen, um in den jeweiligen Bereichen dauerhafte Erfolge zu erzielen. Nachhaltigkeit funktioniert nicht allein durch organische Fortentwicklungen, sondern benötigt zur verantwortungsbewussten Implementation klare Strukturvorgaben. Wir fordern daher, Nachhaltigkeit nicht nur als allgemeine Aufgabe zu definieren, sondern in einem eigenen, wirksamen Nachhaltigkeitsauftrag festzuschreiben. Zur Umsetzung dieses Auftrags schlagen wir in Anlehnung an den in Art. 22 BayHIG definierten Gleichstellungsauftrag die Etablierung von Nachhaltigkeitsbeauftragten vor. Aus unserer Sicht ist es zudem notwendig, Nachhaltigkeit als Leitprinzip zu verstehen und die Hochschulleitungen mit einem verbindlichen Geschäftsbereich zu betrauen, um so den Transformationsprozess mit einem effektiven Führungsmanagement auszustatten.

Es ist uns bewusst, dass der Entwurf des BayHIG von den verschiedenen Interessenvertretungen und Landesverbänden sehr unterschiedlich aufgenommen wurde.

Auch innerhalb der LAK Bayern haben die bayerischen Studierendenvertretungen den Gesetzesentwurf aufgrund der zuvor ausgeführten Thematiken kontrovers diskutiert. Wir setzen großes Vertrauen in die Fähigkeit Ihres Hauses, aus den Rückmeldungen der Verbändeanhörung die notwendigen Änderungsbedarfe am vorliegenden Entwurf zu identifizieren und die berechtigten Interessen in einen ausgewogenen Einklang zu bringen. In diesem Sinne bedanken wir uns für die Berücksichtigung der studentischen Meinung in diesem Gesetzgebungsprozess.

Mit freundlichen Grüßen,



Anna-Maria Trinkgeld
Sprecherin



Johanna Weidlich
Sprecherin



Paul Thieme
Sprecher

2210-1-3-WK

Gesetz über Hochschule, Forschung und Innovation in Bayern

(Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz – BayHIG)

Teil 1 Geltungsbereich

Art. 1 Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für die Hochschulen des Freistaates Bayern (Hochschulen) und für die nichtstaatlichen Hochschulen sowie für die Studierendenwerke.

(2) ¹Hochschulen sind:

1. die Universitäten in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen-Nürnberg, München, Passau, Regensburg und Würzburg sowie die Technischen Universitäten in München und Nürnberg,
2. die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Amberg-Weiden, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg,
3. Coburg, Deggendorf, Hof, Ingolstadt, Kempten, Landshut, München, Neu-Ulm, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, Weihenstephan-Triesdorf und Würzburg-Schweinfurt und
4. die Kunsthochschulen, und zwar die Akademien der Bildenden Künste in München und Nürnberg, die Hochschule für Musik und Theater München, die Hochschulen für Musik in Nürnberg und Würzburg und die Hochschule für Fernsehen und Film in München.

²Die Hochschulen führen ihren angestammten Namen, den sie mit Zustimmung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (Staatsministerium) durch Satzung ändern oder dem sie neben ihrem deutschen Erstnamen auch einen fremdsprachigen Zweitnamen beifügen können.

³Der Name hat ihren akademischen Status widerzuspiegeln, muss Verwechslungsgefahr ausschließen und kann einen ihrem Fächerprofil entsprechenden Zusatz enthalten. ⁴Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind Fachhochschulen im Sinne des § 1 des Hochschulrahmengesetzes.

(3) Nichtstaatliche Hochschulen sind

1. die kirchlichen Hochschulen gemäß Art. 150 Abs. 1 der Verfassung,
2. die Einrichtungen des Bildungswesens, die nach Maßgabe dieses Gesetzes staatlich anerkannt sind.

Teil 2

Rechtsstellung der Hochschulen

Art. 2 Allgemeine Aufgaben

(1) ¹Die Hochschulen nehmen ihre Aufgaben in Freiheit und Eigenverantwortung wahr. ²Sie dienen der Pflege und Entwicklung von Wissenschaft und Kunst durch Forschung, künstlerisches Schaffen, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

- (2) ¹Die Hochschulen fördern durch wissenschaftliche Erkenntnisse die nachhaltige Entwicklung von Staat und Gesellschaft, die Innovationskraft und das kreative Potenzial Europas. ²Sie sichern den freien, toleranten Austausch von Gedanken und Wissen. ³Die bayerischen Hochschulen sprechen vielfältige Talente aus aller Welt an und eröffnen ihnen Forschungsfreude, Erfindungsgeist und Schaffenskraft aus der zweckfreien, unbegrenzten Erkenntnissuche.
- (3) ~~¹Die Hochschulen dienen der Pflege und Entwicklung von Wissenschaft und Kunst durch Forschung, künstlerisches Schaffen, Lehre, Studium und Weiterbildung.~~ ²Sie ¹Die Hochschulen bereiten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vor, die die Beherrschung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse wie auch künstlerische Gestaltungskraft erfordern. ³~~Sie~~ unterstützen den Übergang in das Berufsleben und fördern die Verbindung zu ihren ehemaligen Studierenden.
- (4) ¹Die Hochschulen wirken als offene und dynamische Bildungseinrichtungen in die Gesellschaft hinein. ²Sie betreiben und fördern den Wissens- und Technologietransfer für die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung. ³Durch eine kontinuierliche Wissenschaftskommunikation und künstlerischen Austausch setzen sich die Hochschulen für ein besseres Verständnis von Wissenschaft und Kunst ein, befähigen im öffentlichen Diskurs zur Einbringung wissenschaftlich geprüfter Fakten und zur Aufdeckung manipulativer Fehlinformationen. ⁴Sie nutzen und unterstützen den Fortschritt durch Digitalisierung in allen Bereichen.
- (5) ~~¹Die Hochschulen sorgen für eine chancengerechte Talententfaltung ihrer Mitglieder unabhängig vom Geschlecht sowie der sozialen und kulturellen Herkunft.~~ ¹Die Hochschulen stellen sicher, dass alle Mitglieder unabhängig von rassistischen Gründen oder ihrer sozialen, kulturellen und ethnischen Herkunft, des Geschlechts und der Geschlechtsidentität, der sexuellen Orientierung, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Krankheiten sowie des Alters gleichberechtigt an der Forschung, der Lehre, dem Studium und der akademischen Selbstverwaltung im Bereich der Hochschule teilhaben können. ²Sie wirken in ihrem Bereich Diskriminierungen aus den in Satz 1 genannten Kategorien sowie ihrer intersektionalen Verschränkung entgegen. ³Sie sorgen für eine chancengerechte Talententfaltung ihrer Mitglieder. ~~²Besonderen Begabungen bieten sie spezielle Entwicklungsmöglichkeiten.~~ ⁴Studierende werden je nach Voraussetzung und Veranlagung mit individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert. ³~~Sie~~ fördern den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs und beraten bei der Karriereplanung. ⁶Die Hochschulen stellen entsprechende Serviceleistungen für Studierende zur Verfügung. ⁴Nachteile von Mitgliedern mit Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung oder in besonderen Lebenslagen, insbesondere für Mitglieder im Mutterschutz, mit Kindern oder mit pflegebedürftigem Angehörigen, gleichen sie bestmöglich aus.
- (6) ¹Die Hochschulen wirken an der sozialen Förderung der Studierenden mit. ²Sie schaffen für alle Mitglieder diskriminierungsfreie und familienfreundliche Rahmenbedingungen und unterstützen die Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten. ³Die Hochschulen fördern in ihrem Bereich kulturelle und musische Belange sowie den Sport.
- (7) ¹Die Hochschulen betreiben internationale Zusammenarbeit, insbesondere auf europäischer Ebene. ²Sie unterstützen die Mobilität der Studierenden in fachlicher und organisatorischer Hinsicht. ³Die Hochschulen fördern die Mehrsprachenkompetenz der Studierenden ~~und vermitteln fremdsprachigen Studierenden Grundkenntnisse der deutschen Sprache~~ und die Integration fremdsprachiger Studierender, die einen Studienabschluss in Bayern anstreben.
- (8) ¹Die Hochschulen sind dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Erhalt der Biodiversität, dem Klimaschutz und der Bildung für nachhaltige Entwicklung verpflichtet. ²Sie halten ethische Grundsätze bei der Forschung ein.
- (9) ¹Die Hochschulen fördern in der Lehre und Forschung die Entwicklung von Methoden und Materialien, die die Verwendung von lebenden oder eigens hierfür getöteten Tieren verringern oder ganz ersetzen können. Sofern es die mit dem Studium bezweckte Berufsbefähigung zulässt, andere Lehrmethoden und -materialien einzusetzen, soll in der Lehre auf die Verwendung von eigens hierfür getöteten Tieren verzichtet werden. ²Auf begründeten Antrag kann der Prüfungsausschuss im

Einzelfall zulassen, dass einzelne in der Prüfungsordnung vorgeschriebene Studien- und Prüfungsleistungen ohne die Verwendung eigens hierfür getöteter Tiere erbracht werden können.

- (10) ¹Die Hochschulen setzen die Möglichkeiten der Digitalisierung auf allen Ebenen von Verwaltung, Lehre, Forschung und Studium um und leisten dadurch einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Bildungs- und Forschungsstandorte in Bayern und Deutschland. ²Sie unterstützen alle Mitgliedergruppen der Hochschulen bei der Umsetzung dieser zentralen Aufgabe.

Art. 3

Aufgaben im gegliederten Hochschulsystem

- (1) ¹Den Universitäten obliegt die Weiterentwicklung der Wissenschaften durch Grundlagenforschung und Innovationen durch anwendungsbezogene Forschung sowie die Vermittlung einer wissenschaftlich basierten, zukunftsgerichteten Lehre nach höchsten internationalen Maßstäben. ²Ziel der Ausbildung ist die Befähigung zur selbstständigen Entwicklung und Anwendung von wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen in Wissenschaft und beruflicher Praxis.
- (2) ¹Die Kunsthochschulen dienen der Pflege der Künste, der Vermittlung und Weiterentwicklung künstlerischer Formen und Inhalte sowie der künstlerischen und wissenschaftlichen Forschung. ²Sie vermitteln eine künstlerische und wissenschaftliche Ausbildung und fördern künstlerische Talente.
- (3) ¹Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften vermitteln durch anwendungsbezogene Lehre eine Qualifizierung, die zur selbstständigen Anwendung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Methoden und künstlerischer Tätigkeiten in der Berufspraxis befähigt. ²Sie betreiben anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung. ³Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften beteiligen sich im Rahmen kooperativer Promotionen oder durch befristete, fachlich begrenzte Promotionen an der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Art. 4

Rechtsstellung

- (1) ¹Die Hochschulen sind vom Freistaat getragene rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. ²Sie sind zugleich staatliche Einrichtungen.

~~(2) Hochschulen ohne Globalhaushalt sind zugleich staatliche Einrichtungen.~~

- (2) Eine Hochschule kann durch Gesetz auch als Stiftung oder in anderer Rechtsform errichtet oder in eine andere Rechtsform umgewandelt werden.

- (3) ¹Die Hochschule nimmt, soweit nichts anderes bestimmt ist, alle Angelegenheiten als eigene Körperschaftsangelegenheiten wahr. ²Auftragsangelegenheiten der Hochschule sind

1. die Bewirtschaftung der Mittel im Rahmen des staatlichen Haushalts, insbesondere die Verwendung und Bewirtschaftung der der Hochschule zugewiesenen Landesmittel,
2. die Nutzung und Bewirtschaftung der staatlichen Liegenschaften und beweglichen Vermögensgegenstände,
3. der Hochschulzugang, die Immatrikulation und Exmatrikulation, die Ermittlung der Ausbildungskapazität, die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen,
4. die Beteiligung an oder die Durchführung von staatlichen Prüfungen,
5. weitere durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes bestimmte Angelegenheiten.

- (4) Für Verbindlichkeiten der Hochschule haftet neben dieser auch der Freistaat unbeschränkt, wenn und soweit die Befriedigung aus dem Vermögen der Hochschule nicht erlangt werden konnte (Gewährträgerschaft).
- (5) Bei Auflösung der Hochschule fällt deren Vermögen an den Freistaat Bayern.
- (6) ¹Die Hochschulen führen ihre geschichtlichen Wappen. ²Die Einführung neuer Wappen und die Änderung geschichtlicher Wappen können nur im Einvernehmen mit dem Staatsministerium erfolgen. ³Die Vorschriften über die Führung des Staatswappens bleiben unberührt.

Art. 5

Koordinierung und Projektträgerschaft für staatliche Fördermaßnahmen

¹Die Hochschulen übernehmen bei Bedarf unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit die Koordinierung oder die Projektträgerschaft für staatliche Fördermaßnahmen im Bereich der in diesem Gesetz genannten Aufgaben. ²Die hierfür anfallenden Sach- und Personalkosten erstattet das für die Fördermaßnahme zuständige Staatsministerium auf Antrag.

Art. 6

Zusammenwirken von Hochschulen

- (1) ¹Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben wirken die Hochschulen untereinander, mit Hochschulen anderer Länder und anderer Staaten, mit dem Bund, den Ländern und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts, mit den Seminaren für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte, staatlichen und staatlich geförderten Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie mit Einrichtungen der Forschungsförderung zusammen. ²Die Hochschulen stellen das Zusammenwirken untereinander zur Erfüllung ihrer durch gemeinsame spezifische öffentliche Interessen bestimmten Aufgaben eigenverantwortlich sicher.
- (2) ¹Zur gegenseitigen Abstimmung von Forschungsvorhaben und Forschungsschwerpunkten und zur Planung und Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben wirken die Hochschulen untereinander, mit anderen Forschungseinrichtungen und mit Einrichtungen der überregionalen Forschungsplanung und Forschungsförderung zusammen. ²Dazu werden Forschungsvorhaben und Forschungsschwerpunkte von den Hochschulen in der sachlich gebotenen Weise koordiniert. ³Dies gilt auch für künstlerische Entwicklungsvorhaben sowie für anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in Fachhochschulstudiengängen an anderen Hochschulen entsprechend.
- (3) ¹Das Zusammenwirken erfolgt in der Regel durch Vereinbarungen der Hochschulen nach Abs. 8. ²Durch Vereinbarung kann geregelt werden, dass eine der beteiligten Hochschulen bestimmte Aufgaben für die beteiligten Hochschulen erfüllt, insbesondere den übrigen beteiligten Hochschulen und deren Mitgliedern die Mitbenutzung ihrer Einrichtungen gestattet. ³Führen Hochschulen einen Studiengang, mehrere Studiengänge oder sonstige Studienangebote gemeinsam durch, wird in der Vereinbarung festgelegt, welche der beteiligten Hochschulen die erforderliche Satzung mit Wirkung für und gegen alle beteiligten Hochschulen erlässt.
- (4) Für das Zusammenwirken der Hochschulen mit Hochschulen anderer Länder und mit anderen staatlichen und staatlich geförderten Forschungs- und Bildungseinrichtungen gilt Abs. 3 entsprechend.
- (5) Die Bibliotheken der Hochschulen arbeiten in einem kooperativen Leistungsverbund mit der Bayerischen Staatsbibliothek, die Rechenzentren der Hochschulen mit dem Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zusammen.

- (6) Die Hochschulen sind bei der Erfüllung der den Studierendenwerken zugewiesenen öffentlichen Aufgaben (Art. 98 Abs. 1) zum Zusammenwirken mit diesen verpflichtet.
- (7) ¹Die akademische Selbstverwaltungseinheit für Medizin erfüllt ihre Aufgaben in einem engen und vertrauensvollen Zusammenwirken mit dem Universitätsklinikum. ²Sie trifft Entscheidungen, die sich auf die Aufgaben des Universitätsklinikums auswirken, im Benehmen mit diesem, soweit nach diesem Gesetz oder nach dem Bayerischen Universitätsklinikagesetz nicht das Einvernehmen erforderlich ist.
- (8) ¹Die Einzelheiten des Zusammenwirkens regeln die in den Abs. 1 bis 7 genannten Beteiligten durch öffentlich-rechtliche Verträge. ²Diese werden unbefristet oder für mindestens fünf Jahre geschlossen, es sei denn, dies ist nach der Art des Zusammenwirkens unüblich.

Art. 7

Qualitätssicherung, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Die Hochschule lässt die Arbeit der Hochschulen in Forschung und Lehre, bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der Erfüllung des Gleichstellungsauftrags und des Nachhaltigkeitsauftrags regelmäßig bewerten. ²Die Hochschule stellt die Unabhängigkeit der Bewertungen sicher. ³Die Ergebnisse der Bewertungen werden in nicht personenbezogener Form veröffentlicht. ³Für die Organisation und Tätigkeit der Verwaltung gelten die Sätze 1 ~~und 2~~ bis 3 entsprechend.
- (2) ¹Die Hochschule entwickelt ein System zur Sicherung der Qualität ihrer Arbeit und lässt hierzu in angemessenen zeitlichen Abständen auch externe Evaluationen durchführen. ²Die Hochschulen und externen Evaluierungseinrichtungen nach Satz 1 nehmen zur Erfüllung dieser Aufgabe die notwendigen Erhebungen und weiteren Datenverarbeitungen vor. ³Die betroffenen Mitglieder der Hochschule wirken insoweit mit, auch durch die Angabe personenbezogener Daten. ⁴Eine Verwendung der gewonnenen Daten und ausgewerteten Ergebnisse zu anderen Zwecken erfolgt nicht.
- (3) ¹Im Rahmen der Bewertung der Lehre ~~können sind~~ die Studierenden als Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Lehrveranstaltungen anonym über Ablauf sowie Art und Weise der Darbietung des Lehrstoffs ~~befragt zu befragen~~ und die gewonnenen Daten ~~verarbeitet werden zu verarbeiten~~. ²Eine Auskunftspflicht besteht nicht. ³Die personenbezogenen Daten werden nur dem jeweiligen Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit, den Studierenden der akademischen Selbstverwaltungseinheit und der Hochschulleitung bekannt gegeben und für die Bewertung der Lehre verwendet. ⁴Die wesentlichen Ergebnisse der studentischen Befragungen werden den Mitgliedern der Hochschule, gegebenenfalls unter Hinzufügung der Stellungnahme nach Satz 5, zugänglich gemacht. ⁵Den betroffenen Lehrpersonen wird in den Fällen der Sätze 3 und 4 Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Bewertungsergebnissen gegeben.
- (4) ¹Im Bereich von Studium und Lehre, insbesondere der Bachelor- und Masterstudiengänge, soll als eine der Maßnahmen der Qualitätssicherung eine Akkreditierung gemäß Studienakkreditierungsstaatsvertrag erfolgen. ²Rechtsverordnungen nach Art. 4 Abs. 1 bis 5 und Art. 16 Abs. 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrags erlässt das Staatsministerium.

Art. 8

Strategische Hochschulsteuerung

- (1) ¹Die Hochschulleitung erstellt in angemessenen Zeitabständen einen hochschulweiten Entwicklungsplan, der die mittelfristigen Zielsetzungen der Hochschule in allen Teilbereichen festlegt. ²Zu diesem Zweck können insbesondere die zentralen Organe der Hochschule nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 sowie die Vertretungsorgane der Mitglieder der akademischen Selbstverwaltungseinheiten eigene Entwicklungspläne für die sie betreffenden Angelegenheiten erarbeiten, die die Hochschulleitung bei Erstellung des hochschulweiten Entwicklungsplans berücksichtigt.

- (2) ¹Zur strategischen Steuerung und Weiterentwicklung des Hochschulwesens werden zwischen Staat und Hochschulen in Rahmenvereinbarungen auf der Grundlage staatlicher Zielsetzungen und der in Art. 2 und 3 festgelegten Aufgaben der Hochschulen sowie dem hochschulweiten Entwicklungsplan nach Absatz 1 ein angemessenes Angebot an Hochschulleistungen und hochschulübergreifende Schwerpunkte abgestimmt. ²Die in der Regel über mehrere Jahre geltenden Rahmenvereinbarungen enthalten nach Maßgabe des Staatshaushalts und der in Satz 1 festgelegten Leistungen und Schwerpunkte der Hochschulen Aussagen zur mittelfristigen Ressourcenausstattung und dienen der Herstellung von Planungssicherheit für die Hochschulen. ³In den Rahmenvereinbarungen kann mit Kunsthochschulen vereinbart werden, dass abweichend von Art. 11 Abs. 3 Satz 6 ein ganzheitliches Controlling, eine Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kennzahlsteuerung und ein Berichtswesen nicht eingeführt werden, wenn die wirtschaftliche Verwendung der Stellen und Mittel in vergleichbarer Weise nachgewiesen wird. ⁴Das Staatsministerium berichtet dem Landtag über die strategische Hochschulsteuerung.
- (3) ¹Das Staatsministerium schließt auf Grundlage der Festlegungen nach ~~Abs. 1~~ Abs. 2 mit den einzelnen Hochschulen nach Maßgabe des Staatshaushalts in der Regel über mehrere Jahre geltende Hochschulverträge, die unter Wahrung größtmöglicher Eigenverantwortung der Hochschulen die hochschulspezifischen Schwerpunkte, Aufgaben und Leistungen nach ~~Abs. 1~~ Abs. 2 sowie insbesondere die Profilbildung und die strategischen Entwicklungsziele der einzelnen Hochschule sowie konkrete Leistungsziele der Hochschule und deren erfolgsabhängige Dotierung umfassen. ²Diese Hochschulverträge werden periodisch weiterentwickelt.
- (4) ¹Das Staatsministerium kann für Zwecke der strategischen Hochschulsteuerung, des Controllings, der Evaluierung und der Statistik anonymisierte Daten bei den Hochschulen anfordern. ²Daten mit Hochschulbezug, die Hochschulen an andere Einrichtungen übermitteln, stellen die Hochschulen nach Maßgabe des Datenschutzes auf Anforderung dem Staatsministerium zur Verfügung.

Art. 9 Satzungsrecht

- (1) ¹Die Hochschule regelt ihre Angelegenheiten durch Satzung. ²Die Satzungen sind amtlich bekannt zu machen, für jedermann analog sowie digital einsehbar zu halten und müssen den Tag ihres Inkrafttretens bestimmen. ³Das Nähere regelt die Hochschule durch Satzung.
- (2) Zur Errichtung und Änderung der Grundordnung können alle Mitgliedergruppen durch ihr jeweiliges Vertretungsorgan, die akademischen Selbstverwaltungseinheiten und zentrale Organe nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Vorschläge beim Hochschulrat einreichen.

Art. 10 Aufsicht

- (1) ¹Die Hochschulen unterstehen in Auftragsangelegenheiten gemäß Art. 4 Abs. 4 Satz 2 und in Angelegenheiten gemäß Art. 37 Abs. 1 der Fachaufsicht. ²Sie unterstehen zudem in allen Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Staatsministeriums.
- (2) Das Staatsministerium soll die Hochschulen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verständnisvoll effektiv beraten, fördern und schützen sowie die Entschlusskraft und die Selbstverantwortung der Hochschulorgane stärken.
- (3) ¹Das Staatsministerium ist befugt, sich über alle Angelegenheiten der Hochschulen zu unterrichten. ²Es kann insbesondere die Hochschule und deren Einrichtungen besichtigen, die Geschäfts- und Kassenführung prüfen sowie Berichte und Akten einfordern. ³Darüber hinaus kann es für Zwecke der Personal- und Stellenwirtschaft, der Personalplanung und –steuerung, für statistische Zwecke, für Personaleinzelfallentscheidungen, soweit das Staatsministerium für letztere zuständig ist, sowie zur Erfüllung des Informationsanspruchs des Bayerischen Landtags und seiner Abgeordneten im

Rahmen der parlamentarischen Kontrollrechte personenbezogene Daten verarbeiten, insbesondere anlassbezogen abrufen.

- (4) ¹Das Staatsministerium kann rechtswidrige Beschlüsse, Verfügungen und Satzungen der Hochschule beanstanden und ihre Aufhebung oder Änderung verlangen. ²Bei Nichterfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben oder Verpflichtungen kann es die Hochschule zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen auffordern ³Kommt die Hochschule binnen einer ihr gesetzten Frist den Anordnungen des Staatsministeriums nicht nach oder erfüllt sie sonst binnen einer vom Staatsministerium gesetzten Frist die ihr nach Gesetz oder Satzung obliegenden Pflichten nicht, so kann das Staatsministerium die notwendigen Maßnahmen an Stelle der Hochschule verfügen und vollziehen. ⁴Die Kosten trägt die Hochschule.
- (5) ¹Ist der geordnete Gang der Verwaltung, die Funktionsfähigkeit der Hochschule oder einer ihrer Untergliederungen oder Einrichtungen ernstlich behindert, so kann das Staatsministerium die Präsidentin oder den Präsidenten ermächtigen, bis zur Behebung des gesetzwidrigen Zustands für die Hochschule zu handeln. ²Weigert sich die Präsidentin oder der Präsident oder ist sie oder er aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen verhindert, die Aufgaben nach Satz 1 wahrzunehmen, so kann das Staatsministerium eine Beauftragte oder einen Beauftragten bestellen, die oder der die Aufgaben nach Satz 1 in erforderlichem Umfang wahrnimmt. ³Ist die Ordnung und Sicherheit an einer Hochschule in solchem Maße gestört, dass sie nicht mehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Lage ist, kann das Staatsministerium eine Hochschule ganz oder teilweise vorübergehend schließen.
- (6) Im Rahmen der Fachaufsicht kann das Staatsministerium für die Behandlung von Auftragsangelegenheiten Weisungen erteilen.

Teil 3

Finanzen und Vermögen

Art. 11

Finanzierung, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Der Freistaat Bayern stellt den Hochschulen zur Durchführung ihrer Aufgaben

1. nach Maßgabe des Staatshaushalts

a) Stellen und

b) im Rahmen eines Haushalts mit verdichteter Titelstruktur Mittel sowie

2. staatliche Liegenschaften und bewegliche Vermögensgegenstände zur unentgeltlichen Nutzung

zur Verfügung. ²Der Freistaat kann im Rahmen des staatlichen Immobilienmanagements weitere Grundstücke erwerben und den Hochschulen zur unentgeltlichen Nutzung überlassen. ³Die Zuweisung der Stellen und Mittel orientiert sich an dem zur Erfüllung der Aufgaben nach den Art. 2 und 3 erforderlichen Bedarf und an den in Forschung und Lehre sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses erbrachten Leistungen. ⁴Dabei sind auch Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages und des Nachhaltigkeitsauftrags zu berücksichtigen. ⁵Die Hochschulen nehmen an den regulären Tarifsteigerungen im stellungsbundenen Personalbereich wie Staatsbehörden teil. ⁶Am Ende des Haushaltsjahrs nicht verbrauchte Mittel, ausgenommen die Mittel für gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben für das an den Stellenplan gebundene Personal und für Große Baumaßnahmen, stehen der Hochschule zur Erfüllung ihrer Aufgaben grundsätzlich überjährig zur Verfügung, bei verschlechterter Haushaltssituation kann die Staatsregierung mit Zustimmung des Landtags am Ende des Haushaltsjahres nicht verbrauchte Mittel einziehen.

(2) ¹Die Hochschulen tragen zur Finanzierung ihrer Aufgaben

1. durch Einwerbung von Mitteln Dritter und durch sonstige Einnahmen sowie
2. mit ihrem Körperschaftsvermögen und durch unentgeltliche Bereitstellung körperschaftseigener Liegenschaften

bei. ²Von der Hochschule erzielte Einnahmen stehen dieser zur Verwendung für Hochschulzwecke zur Verfügung.

(3) ¹Die Hochschule bewirtschaftet die Stellen und Mittel im Rahmen des Staatshaushalts auf der Grundlage der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden staatlichen Vorschriften, soweit nichts anderes bestimmt ist; die Regelungen über das Körperschaftsvermögen bleiben unberührt. ²Für die Veranschlagung von Planstellen und anderen Stellen im staatlichen Haushaltsplan gilt Art. 17 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO); sind die Hochschulen bei den anderen Stellen bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben nicht an die Stellenpläne gebunden, soll ein pauschaler mengenmäßiger Ausweis dieser Stellen erfolgen. ³Die Aufnahme von Krediten zur Deckung der Ausgaben sowie die Übernahme von Bürgschaften oder Garantien sind ausgeschlossen. ⁴Bei ihrer Wirtschaftsführung berücksichtigt die Hochschule die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. ⁵Die Aufgaben und Zielvorgaben der Hochschulen in Bezug auf Art. A (Nachhaltigkeit) und B (Zielvorgaben bei der Vermeidung von Treibhausgasemissionen) sind bei den entsprechenden Entscheidungen zu berücksichtigen. ⁶Zum Nachweis der wirtschaftlichen Verwendung der Stellen und Mittel setzt die Hochschule ein ganzheitliches Controlling ein, das die Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kennzahlsteuerung und ein Berichtswesen umfasst.

(4) ¹Auf Antrag der Hochschule lässt das Staatsministerium die Einführung eines Globalhaushalts zu, in dessen Rahmen der Freistaat der Hochschule abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b insbesondere Mittel im Rahmen einer Globalzuweisung

1. für den laufenden Betrieb und
2. für Investitionen

zur Verfügung stellt. ²Ausgenommen sind die Mittel für gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben für das an den Stellenplan gebundene Personal sowie Mittel für Große Baumaßnahmen, die weiterhin im Rahmen des Staatshaushalts bewirtschaftet werden. ³Für die Personalausgaben kann durch die Rechtsverordnung nach Abs. 5 eine abweichende Regelung getroffen werden. ⁴Der Hochschule kann durch das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat in bestimmtem Umfang und nach Maßgabe des Staatshaushalts die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit unbefristeten Arbeitsverträgen zu Lasten von Mitteln Dritter gestattet werden; die Hochschule hat bei Wegfall der Mittel die Anschlussfinanzierung sicherzustellen. ⁵Für die Bewirtschaftung der Mittel nach Satz 1 im Rahmen des Globalhaushalts der Hochschule gilt Art. 105 BayHO mit folgenden Maßgaben:

1. das Rechnungswesen der Hochschule
 - a) wird grundsätzlich kameral gestaltet (Art. 110 Satz 1 BayHO);
 - b) kann auf Antrag der Hochschule bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen mit Zustimmung des Staatsministeriums, soweit gesetzlich zulässig, ausschließlich nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung (Art. 110 Satz 2 BayHO) gestaltet werden;
2. die Hochschule gewährleistet
 - a) mit ihrem Rechnungswesen, dass

aa) die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage einschließlich des Eigenvermögens der Hochschule sowie

bb) das vom Freistaat der Hochschule zur Nutzung überlassene Vermögen

einheitlich und vollständig abgebildet werden,

- b) stellt durch geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente insbesondere sicher, dass das jeweils verfügbare Ausgabevolumen nicht überschritten wird und auch über das Haushalts- oder Wirtschaftsjahr hinausgehende Verpflichtungen, Bürgschaften und Garantien nur insoweit eingegangen werden, als im vom Haushaltsgesetzgeber beschlossenen Staatshaushalt jeweils entsprechende Verpflichtungsermächtigungen oder haushaltsgesetzliche Ermächtigungen hierfür ausdrücklich vorgesehen sind,
- c) gibt mit ihrer Rechnungslegung neben der finanziellen Leistungsfähigkeit auch Auskunft über die Leistungserbringung und die Leistungsfähigkeit der Hochschule insbesondere in Forschung und Lehre; Hochschulen, die den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung folgen, erstellen nach Ablauf des Haushaltsjahrs einen Jahresabschluss und Lagebericht, der in entsprechender Anwendung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs aufgestellt und von einem Abschlussprüfer geprüft wird; die Prüfung erfolgt dabei auch entsprechend den für die Beteiligung der öffentlichen Hand geltenden besonderen Prüfungsbestimmungen des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes.

⁶Die Hochschule führt ihren Globalhaushalt auf der Grundlage des vor Beginn des Wirtschaftsjahres aufzustellenden Wirtschaftsplans.

(5) Das Nähere zum Finanz- und Rechnungswesen, insbesondere

1. zur haushaltsrechtlichen Behandlung der staatlichen Zuweisungen und Zuschüsse und des Hochschulvermögens,
2. für den Fall der drohenden oder eingetretenen Zahlungsunfähigkeit, und
3. zum Antrag auf Einführung eines Globalhaushalts

regelt das Staatsministerium durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat sowie auf deren Grundlage erlassene Verwaltungsvorschriften zur Wirtschaftsführung und zum Rechnungswesen, zum Nachweis der sachgerechten Verwendung der Mittel sowie zum Jahresabschluss.

Art. 11 a Verbesserung der Studienbedingungen

(1) ¹Zur Verbesserung der Studienbedingungen werden für die staatlichen Hochschulen und die in Abs. 2 genannten nichtstaatlichen Hochschulen Zuschüsse für die Verbesserung der Studienbedingungen bereitgestellt. ²Diese Zuschüsse und zusätzliche Kompensationsmittel sind entsprechend zweckgebunden zu verwenden. ³Sie sind an die Tarifentwicklungen und Studierendenzahlen anzupassen.

(2) Auf Antrag erhalten

1. die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt,
2. die Hochschule für Politik München sowie

3. a) die Kirchen und kirchlichen Stiftungen, die nichtstaatliche Fachhochschulen betreiben, wenn sie von Art. 94 Abs. 2 Satz 1 erfasst sind, und
- b) die Hochschulen in Trägerschaft der Kirchen oder der kirchlichen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, soweit diese staatliche Zuschüsse erhalten, zweckgebundene Mittel nach Maßgabe des Staatshaushalts und der für sie geltenden Regelungen über die staatliche Finanzierung.
- (3) Das Staatsministerium wird ermächtigt, das Nähere zur Durchführung dieser Bestimmung, insbesondere die Grundsätze der Verteilung der Studienzuschüsse sowie das Verfahren, die Erhebung der nötigen Daten bei den Hochschulen, den Zeitpunkt der Zuweisung und die Festsetzung der jeweils zuzuweisenden Mittel durch Verwaltungsvorschrift zu regeln.
- (4) ¹Den Studierenden kommt bei der Entscheidung über die Verwendung der Studienzuschüsse ein maßgebender Einfluss zu. ²Das Nähere hinsichtlich der studentischen Beteiligung regeln die Hochschulen durch Satzung.

Art. 12 Drittmittel

- (1) ¹Mittel Dritter im Sinne von Art. 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 sind alle geldwerten Vorteile wie Geld-, Sach- oder sonstige Leistungen, die die Hochschule oder das Klinikum zusätzlich zur staatlichen Finanzierung zur Erfüllung der Aufgaben nach den Art. 2 und 3 von öffentlichen und privaten Stellen erhält. Die Mittel werden für den von der Zuwendungsgeberin oder dem Zuwendungsgeber bestimmten Zweck verwendet und nach dessen Bedingungen und Auflagen bewirtschaftet, wenn nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. ³Verpflichtungen zu Lasten von Mitteln Dritter dürfen nur im Rahmen rechtsverbindlicher Finanzierungszusagen eingegangen werden. ⁴Soweit der Hochschule oder dem Klinikum finanzielle Erträge aus mit Mitteln Dritter finanzierten Vorhaben, insbesondere aus Entgelten für die Inanspruchnahme von Personal, Sachmitteln und Einrichtungen, zufließen, stehen sie der Hochschule, im Bereich des Klinikums diesem zusätzlich für die Erfüllung der jeweiligen Aufgaben zur Verfügung.
- (2) ¹Hochschulmitglieder, bei denen Forschung und Lehre Inhalt ihres Hauptamts ist, dürfen im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben Forschungs- und Lehrvorhaben, die ganz oder teilweise aus Mitteln Dritter finanziert werden, in der Hochschule oder, soweit sie in der Krankenversorgung tätig sind, im Klinikum durchführen, wenn
1. keine Beeinträchtigung
 - a) der Erfüllung anderer Aufgaben der Hochschule oder des Klinikums oder
 - b) der Rechte oder der Erfüllung der Pflichten anderer Personen zu besorgen ist und
 2. soweit entstehende Folgelasten angemessen berücksichtigt sind.

²Das Forschungs- oder Lehrvorhaben ist vor seiner Durchführung der Hochschulleitung, im Bereich des Klinikums dem Klinikumsvorstand und der Leitung der für Medizin zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit anzuzeigen. ³Die Inanspruchnahme von Personal, Sachmitteln und Einrichtungen der Hochschule oder des Klinikums für ein Forschungs- oder Lehrvorhaben darf von der Hochschulleitung oder vom Klinikumsvorstand nur untersagt oder durch Auflagen beschränkt werden, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht vorliegen.

- (3) ¹Die Mittel für Forschungs- und Lehrvorhaben, die nach Abs. 2 Satz 2 anzuzeigen sind und in der Hochschule oder im Klinikum durchgeführt werden, sollen von der Hochschule, im Bereich des Klinikums von diesem verwaltet werden. ²Auf Antrag des Hochschulmitglieds, das das Vorhaben

durchführt, soll von der Verwaltung der Mittel durch die Hochschule oder das Klinikum abgesehen werden, sofern dies mit den Bedingungen und Auflagen des Zuwendungsgebers vereinbar ist.

- (4) ¹Hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus von der Hochschule oder vom Klinikum verwalteten Mitteln bezahlt werden, sollen als staatliches Personal der Hochschule oder als Personal des Klinikums angestellt werden, wenn nicht die Zuwendungsgeberin oder der Zuwendungsgeber etwas Abweichendes bestimmt. ²Die Einstellung setzt voraus, dass die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter von dem Hochschulmitglied, das das Vorhaben durchführt, vorgeschlagen wurde. ³Sofern es mit den Bedingungen und Auflagen der Zuwendungsgeberin oder des Zuwendungsgebers vereinbar ist, kann das Hochschulmitglied in begründeten Fällen die Arbeitsverträge mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbst als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber abschließen.
- (5) ¹Die Öffentlichkeit soll in der Regel in absehbarer Zeit über Forschungsergebnisse informiert werden. ²Sofern die Bedingungen und Auflagen der Zuwendungsgeberin oder des Zuwendungsgebers hierzu keine Aussage treffen, ist ihr oder ihm vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ³Eine Information findet nicht statt, soweit durch die Übermittlung der Information ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart und dadurch die Gefahr des Eintritts eines wirtschaftlichen Schadens entstehen würde.
- (6) Die Abs. 2 bis 5 gelten für künstlerische Entwicklungsvorhaben, für anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für andere aus Mitteln Dritter finanzierte Vorhaben entsprechend.
- (7) [Drittmittelverträge aller Art und anderweitige Forschungs- und Lehrprojekte von Hochschulen mit Zuwendungsgeberinnen oder Zuwendungsgebern aus der Wirtschaft sind in einem einheitlichen, elektronischen Verzeichnis zu erfassen und öffentlich zugänglich zu machen.](#)

Art. 13 Kosten

- (1) ¹Das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und das Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, ist grundsätzlich abgabefrei. ²Dies gilt auch für die Immatrikulation zum Zweck einer Promotion. ³Abweichend von Satz 1 und 2 bestimmt sich die Erhebung von Kosten nach den folgenden Absätzen. ⁴Im Übrigen gilt das Kostengesetz entsprechend.
- (2) ¹Die Hochschulen erheben Gebühren für die Teilnahme von Studierenden und nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2. ²Abweichend hiervon gilt für Angebote nach Art. 64 Abs. 2, die sich an Personen mit einer laufenden Berufsausbildung richten, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 entsprechend. ³Von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2, die weder Studierende noch nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierte Personen sind, wird ein privatrechtliches Entgelt erhoben. ⁴Von Studierenden, die überwiegend an Studienangeboten an einem ausländischen Standort außerhalb der Europäischen Union teilnehmen, wird ein privatrechtliches Entgelt für die an diesem Standort entstehenden Kosten erhoben. ⁵Keine Gebühren werden erhoben für
1. nachträgliche Erweiterungen des Studiums im Sinne von Art. 14 bis 19 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) nach Bestehen der Ersten Lehramtsprüfung (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 BayLBG),
 2. Studienangebote für Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen zur Sicherung des Lehrerinnen- und Lehrernachwuchses im Zusammenhang mit einer Maßnahme nach Art. 22 BayLBG.

⁶Besteht an der Durchführung von Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2 ein besonderes öffentliches, insbesondere bildungspolitisches Interesse, kann die Hochschule die zu erhebenden Gebühren entsprechend ermäßigen oder von einer Gebührenerhebung absehen.

(3) ¹Die Hochschulen können Gebühren erheben für

1. das Studium in einem berufs- oder ausbildungsbegleitenden Studiengang entsprechend dem erhöhten Aufwand für diese Formate; der erhöhte Aufwand besteht aus den zusätzlichen, für die Konzeption und Durchführung solcher Veranstaltungen entstehenden Personal- und Sachkosten,
2. die besonderen Aufwendungen bei der Auswahl ~~und der sozialen Betreuung~~ ausländischer Studienbewerberinnen und Studienbewerber ~~sowie ausländischer Studierender~~; dies gilt nicht für Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie andere Staatsangehörige, die auf Grund völkerrechtlicher Abkommen Deutschen gleichgestellt sind,
3. die Eignungsprüfungen in Studiengängen nach Art. 73 Abs. 2 Satz 1,
4. den Besuch von anderen als die in Abs. 2 genannten Lehrveranstaltungen von nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen,
5. die Nutzung einer Hochschuleinrichtung außerhalb des Studiums und der Hochschulprüfungen.

²Die Gebühren nach Satz 1 Nr. 2 und 3 sind auf 50 € zu deckeln. ²³Keine Gebühren werden erhoben für

1. nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierte Personen, sofern die Immatrikulation nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 an einer weiteren Hochschule neben der Immatrikulation als Studierende oder Studierender für einen grundständigen oder postgradualen Studiengang erforderlich ist, um dieses Studium nach Maßgabe der einschlägigen Prüfungsordnung ordnungsgemäß durchzuführen und abzuschließen,
2. nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierte ausländische Personen, die im Rahmen eines auch im Hinblick auf die Gebührenfreiheit des Studiums auf Gegenseitigkeit beruhenden Studierendenaustausches innerhalb der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder von Hochschulkooperationsvereinbarungen immatrikuliert sind,
3. Schülerinnen und Schüler, die an Hochschulen aufgrund von Art. 63 Abs. 7 Satz 1 berechtigt sind, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen,
4. Studierende im Rahmen eines Jungstudiums an den Kunsthochschulen nach Art. 63 Abs. 7 Satz 2.

(4) ¹Für Hochschulprüfungen und staatliche Prüfungen werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben; ~~soweit durch Gesetz oder Verordnung nichts anderes bestimmt ist.~~ ²~~Die Hochschulen sind nicht verpflichtet, alle nach Studien- und Prüfungsordnungen erforderlichen sachlichen Ausbildungsmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.~~ ³~~Für Exkursionen gilt dies entsprechend.~~ ⁴~~Etwaige Entgelte nach Satz 2 und 3 werden privatrechtlich erhoben.~~

(5) Die Gebühren werden so bemessen, dass der Aufwand der Hochschule sowie der Nutzen, der wirtschaftliche Wert oder die sonstige Bedeutung der Leistung für die Leistungsempfängerin oder den Leistungsempfänger angemessen berücksichtigt werden.

(6) ¹Die Hochschulen bestimmen die gebühren- oder entgeltpflichtigen Tatbestände, die Höhe und Fälligkeit der Gebühren und Entgelte nach Abs. 2 bis 5 sowie die Voraussetzungen für Erlass, Ratenzahlung oder Stundung der Gebühren oder des Entgelts in einer Hochschulgebühren- und Entgeltsatzung. ²Darin wird insbesondere bestimmt, in welchen Fällen besonderer Härte von der Erhebung einer Gebühr nach Abs. 3 abgesehen oder diese ermäßigt werden kann. ³Die Hochschule setzt die Gebühren fest und regelt die Entgelte.

- (7) ¹Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Studierenden, die nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2 sind verpflichtet, den Hochschulen die für die Erhebung der Gebühren und Entgelte sowie die für eine Ausnahme, Erlass, Stundung, Ratenzahlung oder Ermäßigung erforderlichen personenbezogenen Daten anzugeben und die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. ²Die Hochschulen bestimmen, welche Daten und Unterlagen das sind. ³Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Studierenden, die nach Art. 71 Abs. 3 Satz 1 immatrikulierten Personen sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Angeboten der Weiterbildung nach Art. 64 Abs. 1 und 2 sind verpflichtet, Änderungen in den Verhältnissen, die für Ausnahmen, Erlasse, Stundungen, Ratenzahlungen oder Ermäßigungen erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen. ⁴Die Hochschulen sind nicht verpflichtet, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln. ⁵Eine Verwendung der gewonnenen Daten und ausgewerteten Ergebnissen zu anderen Zwecken ist unzulässig.

Art. 14

Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Große Baumaßnahmen an Liegenschaften nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Art. 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 werden durch den Staat nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Bestimmungen durchgeführt, wenn der Hochschule nicht auf Antrag durch das Staatsministerium im Einvernehmen mit den Staatsministerien der Finanzen und für Heimat und für Wohnen, Bau und Verkehr die Zuständigkeit

1. für alle Baumaßnahmen (Bauherreneigenschaft) und
2. für alle Liegenschaften und die damit verbundene Verantwortung für deren baulichen Zustand einschließlich der baurechtlichen Verantwortung

übertragen wurde. ²Die Hochschule erhält bei Übertragung der Bauherreneigenschaft im Rahmen Großer Baumaßnahmen nach Maßgabe der mit dem Staatsministerium abgestimmten baulichen Entwicklungsplanung eine Zuweisung zur eigenen Verwaltung. ³Das Nähere, insbesondere auch zum Übergangszeitpunkt, wird in einer Vereinbarung zwischen Staatsministerium und Hochschule, die des Einvernehmens des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr bedarf, geregelt.

- (2) ¹Eine Hochschule, der die Bauherreneigenschaft nach Abs. 1 nicht übertragen ist, kann Maßnahmen des Bauunterhalts und kleine Baumaßnahme an Liegenschaften nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Art. 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2

1. unentgeltlich durch das Staatliche Bauamt erbringen lassen oder
2. im Einvernehmen mit der Staatlichen Bauamt allgemein oder im Einzelfall
 - a) selbst vorbereiten und durchführen oder
 - b) durch Dritte erbringen lassen.

²Für Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 trägt die baurechtliche Verantwortung die Hochschule; nach Abschluss der Maßnahme übernimmt das staatliche Bauamt die Verantwortung nach Art. 73 Abs. 3 BayBO wieder, wenn ihm alle hierfür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden und die öffentlich-rechtlichen Anforderungen nachweislich eingehalten sind.

- (3) Das Nähere regelt das Staatsministerium durch Rechtsverordnung, die des Einvernehmens der Staatsministerien der Finanzen und für Heimat und für Wohnen, Bau und Verkehr bedarf.
- (4) Die Anmietung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen nehmen die Hochschulen selbstständig wahr.

Art. 15 Körperschaftsvermögen

- (1) ¹Die Hochschule verwaltet ihr Körperschaftsvermögen unbeschadet des Teils VI BayHO eigenverantwortlich und getrennt vom Landesvermögen. ²Es darf nur für Zwecke der Hochschule im Rahmen ihrer Aufgaben verwendet werden. ³Etwaige Zweckbestimmungen bei Zuwendungen Dritter an die Körperschaft sind zu beachten.
- (2) ¹Mit staatlichen Mitteln bebaute körperschaftseigene Grundstücke, die nicht mehr den Zwecken der Hochschule dienen, übereignet die Hochschule auf Verlangen dem Freistaat Bayern. ²Er hat Anspruch auf Wertausgleich zum jeweiligen Verkehrswert, wenn die mit seinen Mitteln bebauten körperschaftseigenen Grundstücke an Dritte veräußert werden.

Art. 16 Beteiligung an und Gründung von Unternehmen

- (1) ¹Die Hochschule kann sich im Rahmen ihrer Aufgaben nach vorheriger Zustimmung des Hochschulrats mit einer erforderlichen Mehrheit seiner Mitglieder und zugleich seiner gewählten hochschulangehörigen Mitglieder an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts beteiligen, solche errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn
1. die Einlageverpflichtung der Hochschule aus ihrem Körperschaftsvermögen oder freien, keiner Zweckbindung unterliegenden Drittmitteln geleistet wird,
 2. die Haftung der Hochschule begrenzt, insbesondere auf die Einlage oder den Wert des Gesellschaftsanteils beschränkt wird, ~~und~~
 3. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den handelsrechtlichen Regelungen aufgestellt und geprüft werden- und
 4. die Freiheit von Forschung und Lehre nach Art. 20 dadurch nicht beeinträchtigt wird.
- ²Die Gewährträgerschaft des Freistaates Bayern nach Art. 4 Abs. 5 ist insoweit ausgeschlossen.
- (2) Gehört der Hochschule oder dieser zusammen mit einer oder mehreren juristischen Personen des öffentlichen Rechts die Mehrheit der Anteile, werden der Jahresabschluss und die Wirtschaftsführung von einer Wirtschaftsprüferin oder einem Wirtschaftsprüfer geprüft.
- (3) Art. 65 BayHO ist nicht entsprechend anwendbar.

Art. 17 Gründungsförderung

¹Für die Förderung von wissens-, kunst- und forschungsbasierten Unternehmensgründungen von Studierenden, ~~befristet — beschäftigtem — wissenschaftlichen — und — künstlerischen — Personal~~ wissenschaftlichem, künstlerischem und wissenschaftsstützendem Personal sowie Absolventinnen und Absolventen und ehemaligen Beschäftigten können die Hochschulen Räume, Labore, Geräte sowie weitere für das Gründungsvorhaben geeignete Infrastruktur für einen angemessenen Zeitraum kostenfrei oder vergünstigt bereitstellen. ²Die Förderung darf die Erfüllung der anderen in diesem Gesetz genannten Aufgaben nicht beeinträchtigen. ³Mögliche Interessenkonflikte, Risiken und Beeinträchtigungen anderer Aufgaben sollen durch ein unabhängiges, paritätisches und aus allen Mitgliedergruppen bestehendes Gremium überwacht werden.

Art. 18 Dienstleistungen

¹Dienstleistungen nach dem Arbeitnehmererfindungsgesetz sind durch gewerbliche Schutzrechte zu sichern und grundsätzlich wirtschaftlich zu verwerten. ²Die Schutzrechte und die daraus entstehenden finanziellen Erträge stehen vorbehaltlich der Rechte Dritter der Hochschule für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu. ³Satz 2 findet auf vermögensrechtliche Befugnisse gemäß dem Urheberrechtsgesetz entsprechende Anwendung.

Teil 4

Mitglieder der Hochschule

Art. 19 Mitglieder

(1) ¹Mitglieder der Hochschule sind die nicht nur vorübergehend oder gastweise an der Hochschule gemäß Art. 37 Abs. 5 hauptberuflich tätigen Professorinnen und Professoren, die Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren (Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer), die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben (wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), die sonstigen an der Hochschule tätigen Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (wissenschaftsstützende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) sowie die Studierenden. ²Nicht nur vorübergehend ist eine Tätigkeit, die auf mehr als sechs Monate innerhalb eines Jahres angelegt ist. ³Ferner gehören zu den Mitgliedern die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten, außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, Lehrbeauftragte, sonstige nebenberuflich wissenschaftlich oder künstlerisch Tätige. ⁴Mitglieder sind auch entpflichtete und im Ruhestand befindliche Professorinnen und Professoren sowie Personen, denen die Würde einer Ehrensenatorin oder eines Ehrensenators, einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers oder eines Ehrenmitglieds der Hochschule verliehen ist. ⁵Die Mitglieder nach Satz 3 und 4 nehmen nicht an den Wahlen zum Senat sowie den in der Grundordnung festgelegten Organen teil. ⁶Im Übrigen nehmen nur nebenberuflich Tätige an den Wahlen zum Senat sowie in der Grundordnung festgelegten Organen teil, wenn ihre regelmäßige Arbeitszeit mindestens zehn Stunden wöchentlich beträgt. ⁷Die Grundordnung kann weitere Personen zu Mitgliedern bestimmen. ⁸Sie regelt den Umfang der Rechte und Pflichten dieser weiteren Mitglieder. ⁹Wahlberechtigt dürfen nur solche weiteren Mitglieder sein, die in nennenswertem Umfang wissenschaftlich oder künstlerisch an der Hochschule tätig sind. ¹⁰Im Falle der Wahlberechtigung ist festzulegen, welcher Mitgliedergruppe gemäß Abs. 2 Satz 1 sie angehören.

(2) ¹Für die Vertretung der Mitglieder in den Gremien bilden jeweils eine Gruppe

1. die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
3. die wissenschaftsstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
4. die Studierenden.

²Kommt für ein Mitglied die Zugehörigkeit zu mehr als einer der Gruppen in Betracht, gehört es zu der in der Reihenfolge des Satzes 1 zunächst aufgeführten Gruppe. ³Ein Wechsel der Zugehörigkeit nach Satz 2 ist auf Antrag möglich. ⁴Nebenberuflich tätige studentische Hilfskräfte sind der Gruppe der Studierenden zugeordnet.

- (3) Die Hochschulleitung beteiligt die Vertretung der Mitgliedergruppen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 bei sie betreffenden Angelegenheiten und gibt ihnen regelmäßig Gelegenheit, ihre Anliegen vorzutragen.
- (4) ¹Die Vertretung einer Mitgliedergruppe im Senat sowie in einem anderen in der Grundordnung geschaffenen Gremium der Hochschule ist mit der Tätigkeit als Mitglied der Hochschulleitung, der Leitung der akademischen Selbstverwaltungseinheit, Vertreterin oder Vertreter der Kanzlerin oder des Kanzlers oder Mitglied des Klinikumsvorstands unvereinbar. ²Die Leitung einer akademischen Selbstverwaltungseinheit ist mit der Tätigkeit als gewähltes Mitglied der Hochschulleitung unvereinbar.

Art. 20

Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Studium

- (1) ¹Die Hochschulen haben die verfassungsrechtliche Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium jederzeit zu wahren. ²Sie haben sicherzustellen, dass alle Mitglieder der Hochschule ihre durch die Verfassung verbürgten Grundrechte jederzeit wahrnehmen können.
- (2) ¹Die Freiheit der Forschung (Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes und Art. 108 der Verfassung) umfasst insbesondere die Fragestellung, die Grundsätze der Methodik sowie die Bewertung des Forschungsergebnisses und seine Verbreitung. ²Entscheidungen der zuständigen Hochschulorgane in Fragen der Forschung sind insoweit zulässig, als sie sich auf die Organisation des Forschungsbetriebs, die Förderung und Abstimmung von Forschungsvorhaben und auf die Bildung von Forschungsschwerpunkten beziehen; sie dürfen die Freiheit im Sinn von Satz 1 nicht beeinträchtigen. ³Die Sätze 1 und 2 gelten für künstlerische Entwicklungsvorhaben und für die Kunstausbübung entsprechend.
- (3) ¹Die Freiheit der Lehre (Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes und Art. 108 der Verfassung) umfasst, unbeschadet des Art. 5 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes, im Rahmen der zu erfüllenden Lehraufgaben insbesondere die Abhaltung von Lehrveranstaltungen und deren inhaltliche und methodische Gestaltung sowie das Recht auf Äußerung von wissenschaftlichen und künstlerischen Lehrmeinungen. ²Entscheidungen der zuständigen Hochschulorgane in Fragen der Lehre sind insoweit zulässig, als sie sich auf die Organisation des Lehrbetriebs und auf die Aufstellung und Einhaltung von Studien- und Prüfungsordnungen beziehen; sie dürfen die Freiheit im Sinn von Satz 1 nicht beeinträchtigen.
- (4) ¹Die Freiheit des Studiums umfasst, unbeschadet der Studien- und Prüfungsordnungen, insbesondere die freie Wahl von Lehrveranstaltungen, das Recht, innerhalb eines Studiengangs Schwerpunkte nach eigener Wahl zu bestimmen, sowie die Erarbeitung und Äußerung wissenschaftlicher und künstlerischer Meinungen. ²Entscheidungen der zuständigen Hochschulorgane in Fragen des Studiums sind insoweit zulässig, als sie sich auf die Organisation und ordnungsgemäße Durchführung des Lehr- und Studienbetriebs und auf die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Studiums beziehen.

Art. 21

Redlichkeit der Forschung und Veröffentlichung von Forschungsergebnissen

- (1) ¹Die an der Hochschule in der Forschung Tätigen beachten die Grundsätze der wissenschaftlichen Redlichkeit. ²Die wissenschaftliche Redlichkeit wird dem wissenschaftlichen Nachwuchs vermittelt. ³⁴Die Hochschulen können das Nähere durch Satzung regeln. ⁴Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen werden Personen, die einen eigenen wissenschaftlichen oder wesentlichen sonstigen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen oder Mitautoren genannt. ⁵Soweit möglich, wird ihr Beitrag gekennzeichnet.

(2) ¹Die Hochschulen können durch Satzung die Voraussetzungen, bei deren Vorliegen die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Arbeiten durch wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Genehmigung bedarf, und die Zuständigkeit für die Erteilung der Genehmigung regeln. ²Eine Genehmigung kann nur versagt werden, wenn durch die Veröffentlichung wesentliche Interessen der Hochschule beeinträchtigt würden.

(3) Die Hochschulen fördern den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur und anderen Materialien im Internet und wirken aktiv an der Stärkung von Open Access als Variante des wissenschaftlichen Publizierens mit.

Art. 22 Gleichstellung

(1) ¹Die Hochschulen fördern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung ~~von Frauen und Männern~~ aller Geschlechter und berücksichtigen diese als Leitprinzip. ²Sie wirken auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. ³Zur Durchsetzung der Gleichberechtigung ~~von Frauen und Männern~~ aller Geschlechter werden Frauen die jeweils unterrepräsentierten Geschlechter unter Beachtung des Vorrangs von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung (Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes, Art. 94 Abs. 2 der Verfassung) gefördert. ⁴Ziel der Förderung ist eine ~~Steigerung des Anteils von Frauen~~ größere Diversität aller Geschlechter auf allen Ebenen der Wissenschaft.

(2) ¹Die Hochschulen wirken darauf hin, dass in allen Gremien, einschließlich der Hochschulleitung und der Berufungsausschüsse, eine angemessene Vertretung ~~von Frauen und Männern~~ aller Geschlechter besteht. ²Dabei orientiert sie sich grundsätzlich am jeweiligen Anteil an der Gesamtzahl ihrer Mitglieder. ³Bei den Hochschulleitungen wird eine paritätische Besetzung angestrebt, jedenfalls soll sie ~~mindestens zu jeweils 40 % aus Frauen und Männern~~ höchstens zu 60 % aus Personen des gleichen Geschlechts bestehen.

(3) ⁴Die Hochschulen berücksichtigen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Vielfalt ihrer Mitglieder und unterstützen sie gemäß Art. 2 Abs. 5. ~~²Sie tragen insbesondere dafür Sorge, dass alle Mitglieder unabhängig von der Herkunft und der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Identität, einer Behinderung, chronischen Erkrankung oder der Religion und Weltanschauung gleichberechtigt an der Forschung, der Lehre, dem Studium und der Weiterbildung im Rahmen ihrer Aufgaben, Rechte und Pflichten innerhalb der Hochschule teilhaben können.~~

(4) ¹An den Hochschulen werden ~~Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft~~ Gleichstellungsbeauftragte bestellt, die auf die Vermeidung von Nachteilen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ~~weibliche~~ Lehrpersonen, wissenschaftsstützendes Personal und Studierende aufgrund ihres Geschlechts achten. ²Sie sind nicht an Weisungen gebunden und unterstützen die Hochschulen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe nach Abs. 1. ³Die Beauftragten werden für die Hochschule vom Senat, für die akademischen Selbstverwaltungseinheiten von dem Vertretungsorgan der Mitglieder aus dem Kreis des an der Hochschule hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals gewählt. ⁴Die oder der für die Hochschule gewählte Beauftragte gehört dem Senat einschließlich seiner Ausschüsse, die oder der für die akademischen Selbstverwaltungseinheiten gewählte Beauftragte dem Vertretungsorgan der Mitglieder der akademischen Selbstverwaltungseinheiten einschließlich seiner Ausschüsse und den Berufungsausschüssen (Art. 50 Abs. 3 Satz 2) als stimmberechtigtes Mitglied an. ~~⁵Die Hochschulleitung beteiligt die Beauftragte oder den Beauftragten bei sie oder ihn betreffenden Angelegenheiten und gibt regelmäßig Gelegenheit, Anliegen vorzutragen. ⁶Die Hochschulleitung kann die oder den Beauftragten als Mitglied der Hochschulleitung mit beratender Stimme berufen. ⁵Die oder der Beauftragte ist Mitglied mit beratender Stimme in der Hochschulleitung; zu den die Gleichstellung betreffenden Fragen hat die oder der Beauftragte ein Stimmrecht. ⁷⁶Im Übrigen regelt die Grundordnung die Mitwirkung in sonstigen Gremien. ⁸Sie kann vorsehen, dass Stellvertreterinnen und Stellvertreter bestellt werden.~~

- (5) Abweichend von Art. 35 Abs. 1 Satz 4 ist die oder der **Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft** Gleichstellungsbeauftragte bei Änderungen der Grundordnung stimmberechtigt, soweit diese Änderungen ihre oder seine Mitwirkungsmöglichkeiten betreffen.
- (6) ¹~~Die Hochschulen stellen~~ Das Land stellt den **Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft** Gleichstellungsbeauftragten zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben in angemessenem Umfang Mittel nach Maßgabe des Staatshaushalts zur Verfügung. ²Die Beauftragten werden für die Dauer ihrer Tätigkeit unter Berücksichtigung des Umfangs ihrer Aufgaben von anderen dienstlichen Aufgaben entlastet.
- (7) Im Übrigen gelten ergänzend die Vorschriften des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes.

Art. 23

Zielvorgaben für die Erhöhung der **Frauenanteile** Anteile der unterrepräsentierten Geschlechter

- (1) Die Hochschulen fördern aktiv die Erhöhung der **Frauenanteile** Anteile der unterrepräsentierten Geschlechter in allen Fächergruppen und auf allen Ebenen, in denen **Frauen** diese unterrepräsentiert sind.
- (2) ¹Dabei soll insbesondere der Anteil ~~von Frauen~~ der unterrepräsentierten Geschlechter in der Wissenschaft auf der Grundlage des Kaskadenmodells weiter erhöht werden, bis eine paritätische Besetzung erreicht ist. ²Die Hochschulleitung legt für die jeweiligen Fächergruppen im Einvernehmen mit dem Vertretungsorgan der Mitglieder der entsprechenden akademischen Selbstverwaltungseinheit eine Zielvorgabe für ~~den Frauenanteil~~ den Anteil der unterrepräsentierten Geschlechter für alle Ebenen inklusive der wissenschaftlichen Qualifikationsstellen für in der Regel drei Jahre fest. ³Als Referenzquote für die Zielvorgabe dient der **Frauenanteil** Anteil der unterrepräsentierten Geschlechter der jeweils direkt darunterliegenden Qualifizierungsstufe. ⁴Die Hochschulen streben an, bei der Besetzung von wissenschaftlichen Qualifikationsstellen und Professuren in den einzelnen Fächergruppen mindestens den **Frauenanteil** Anteil der unterrepräsentierten Geschlechter der jeweiligen Zielvorgabe zu erreichen.
- (3) ¹An den Hochschulen, an denen auf diese Weise, mangels geeigneter direkt darunterliegender Qualifikationsstufen, keine repräsentative Referenzquote gebildet werden kann, wird eine entsprechende Zielvorgabe über eine Zielvereinbarung zwischen der Hochschulleitung und dem Organ der entsprechenden akademischen Selbstverwaltungseinheit verbindlich festgelegt. ²Hierbei kann eine Orientierung an den durchschnittlichen Anteilen ~~von Frauen~~ der unterrepräsentierten Geschlechter, die bundesweit die Qualifikationsvoraussetzung für eine Professur je nach Hochschulart in der jeweiligen Fächergruppe erfüllen, erfolgen.
- (4) Näheres regeln die Hochschulen in ihren Gleichstellungskonzepten; diese sind öffentlich zugänglich zu machen.

Art. 24

Hochschulmitglieder mit Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung

- (1) ¹Die Hochschulen fördern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die tatsächliche Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit chronischen Erkrankungen, Beeinträchtigungen oder Behinderungen am Hochschulleben mit angemessenen Vorkehrungen und berücksichtigen dies als Leitprinzip. ²Sie wirken auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin und tragen dafür Sorge, dass die Angebote der Hochschule möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch genommen werden können.
- (2) ¹Die Hochschule bestellt eine Person aus dem Kreis der hauptberuflichen Beschäftigten der Hochschule, die als Beauftragte oder Beauftragter die Belange der Studierenden mit Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung wahrnimmt und auf den Abbau bestehender Nachteile hinwirkt. ²Sie ist nicht an Weisungen gebunden. ³Die oder der Beauftragte wirkt insbesondere bei der Planung und Organisation der Lehr- und Studienbedingungen und beim Nachteilsausgleich

hinsichtlich des Zugangs und der Zulassung zum Studium, hinsichtlich des Studiums und hinsichtlich der Prüfungen mit. ⁴Sie oder er behandelt Beschwerden von Betroffenen. ⁵Im Rahmen der Aufgaben der oder des Beauftragten sind die Hochschulleitung, die Leitungen der akademischen Selbstverwaltungseinheiten und Einrichtungen ihr oder ihm gegenüber auskunftspflichtig. ⁶Beanstandet die oder der Beauftragte eine Maßnahme, hat die Beanstandung aufschiebende Wirkung. ⁷Wird keine Abhilfe geschaffen, ist die Hochschulleitung zu beteiligen. ⁸Die oder der Beauftragte kann im Rahmen ihrer oder seiner Zuständigkeit an den Sitzungen der Gremien teilnehmen. ⁹Die Grundordnung regelt Wählbarkeit, Wahl, Bestellung, Amtszeit, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte sowie zugewiesene Aufgaben. ¹⁰Die Hochschule kann vorsehen, dass die oder der Beauftragte stimmberechtigtes oder nicht stimmberechtigtes Mitglied in Gremien der Hochschule ist.

- (3) ¹~~Die Hochschule~~ Das Land stellt der oder dem Beauftragten zur wirksamen Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben in angemessenem Umfang Mittel nach Maßgabe des Staatshaushalts zur Verfügung. ²Sie oder er wird für die Dauer ihrer Tätigkeit unter Berücksichtigung des Umfangs ihrer Aufgaben von anderen dienstlichen Aufgaben entlastet.
- (4) ¹Die Beauftragten können sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und sich eine Satzung geben. ²Die Satzung ist zu veröffentlichen. ³Die Kosten für den Geschäftsbedarf und die angemessene Personalausstattung werden vom Ministerium übernommen.

Art. 25 Ansprechpersonen

- (1) ¹Die Hochschulen beschließen Grundsätze zum Schutz vor sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt sowie Maßnahmen bei Verstößen gegen diese Grundsätze. ²Die Hochschulen bestellen für ihre Mitglieder mindestens eine Ansprechperson für Fragen im Zusammenhang mit sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. ³Die Ansprechpersonen sind nicht an Weisungen gebunden. ⁴Sie wirken unbeschadet der Verantwortlichkeit von Organen und Gremien der Hochschulen darauf hin, dass Mitglieder der Hochschulen vor sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt geschützt werden. ⁵Informationen über persönliche und sachliche Verhältnisse von Betroffenen werden nicht ohne deren Einverständnis an Dritte weitergegeben oder sonst verwertet. ⁶Die Hochschulen treffen Regelungen zum weiteren Verfahren.
- (2) ¹Die Hochschulen bestellen für ihre Mitglieder eine Ansprechperson für Antidiskriminierung. ²Sie ist nicht an Weisungen gebunden. ³Diese wirkt unbeschadet der Verantwortlichkeit von Organen und Gremien der Hochschulen darauf hin, dass Mitglieder und Angehörige der Hochschulen vor Diskriminierungen aus ~~rassistischen Gründen, wegen der ethnischen Herkunft oder der religiösen und weltanschaulichen Identität~~ Gründen nach Art. 2 Abs. 5 Satz 1 geschützt werden. ⁴Informationen über persönliche und sachliche Verhältnisse von Betroffenen dürfen nicht ohne deren Einverständnis an Dritte weitergegeben oder sonst verwertet werden. ⁵Die Hochschulen treffen Regelungen zum weiteren Verfahren. ⁶Die Ansprechperson für Antidiskriminierung kann mit der Funktion der Ansprechperson für Fragen im Zusammenhang mit sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt verbunden werden.
- (3) ¹Für die Ansprechpersonen nach Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1 soll je eine Stellvertretung geschaffen werden. ²Ansprechperson und Stellvertretung sollen nicht das gleiche Geschlecht haben.

Art. A Nachhaltigkeit

- (1) ¹Die Hochschulen sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Nachhaltigkeit gemäß Art. 2 Abs. 8 Satz 1 verpflichtet und berücksichtigen diese als Leitprinzip. ²Die Hochschulen klären über Ursachen und Bedeutung des Klimawandels sowie die Aufgaben des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel auf und fördern das Bewusstsein für die Mitwirkung des Einzelnen.

- (2) ¹An den Hochschulen werden Nachhaltigkeitsbeauftragte bestellt. ²Sie sind nicht an Weisungen gebunden und unterstützen die Hochschulen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe nach Abs. 1. ³Die oder der Beauftragte wird für die Hochschule vom Senat gewählt. ⁴Für die akademischen Selbstverwaltungseinheiten können Beauftragte von dem Vertretungsorgan ihrer Mitglieder gewählt werden. ⁵Die Hochschulleitung beteiligt die Beauftragte oder den Beauftragten der Hochschule bei sie oder ihn betreffenden Angelegenheiten und gibt regelmäßig Gelegenheit, Anliegen vorzutragen. ⁶Die Hochschulleitung kann die oder den Beauftragten als stimmberechtigtes oder beratendes Mitglied der Hochschulleitung berufen. ⁷Im Übrigen regelt die Grundordnung die Mitwirkung in sonstigen Gremien. ⁸Sie kann vorsehen, dass Stellvertreterinnen und Stellvertreter bestellt werden.
- (3) Abweichend von Art. 35 Abs. 1 Satz 4 ist die oder der Nachhaltigkeitsbeauftragte bei Änderungen der Grundordnung stimmberechtigt, soweit diese Änderungen ihre oder seine Mitwirkungsmöglichkeiten betreffen.
- (4) ¹Die Hochschulen stellen den Nachhaltigkeitsbeauftragten zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgaben in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung. ²Die Beauftragten werden für die Dauer ihrer Tätigkeit unter Berücksichtigung des Umfangs ihrer Aufgaben von anderen dienstlichen Aufgaben entlastet.
- (5) ¹Näheres regeln die Hochschulen in ihren Nachhaltigkeitskonzepten; diese sind öffentlich zugänglich zu machen. ²An der Erstellung des Konzepts sind alle Mitgliedergruppen durch ihre Vertretungsorgane zu beteiligen. ³Neben dem Konzept erstellt jede Hochschule einen Nachhaltigkeitsbericht, der den aktuellen Fortschritt enthält; dieser wird spätestens alle zwei Jahre veröffentlicht.

Art. B

Zielvorgaben für die Vermeidung von Treibhausgasemissionen

- (1) ¹Die Hochschulen fördern aktiv die Vermeidung der Treibhausgasemissionen der Hochschulen und ihrer Einrichtungen. ²Treibhausgase im Sinne dieses Gesetzes sind die in Anhang V Teil 2 der Verordnung (EU) 2018/1999 genannten Stoffe, die in Bayern emittiert werden.
- (2) Die Hochschulen nehmen Vorbildfunktion beim Klimaschutz wahr, insbesondere bei der Energieeinsparung, der effizienten Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie, der Nutzung erneuerbarer Energien und ihren Beschaffungen mit dem Ziel, bis zum Jahr 2030 eine klimaneutrale Hochschulverwaltung zu erreichen.
- (3) ¹Dabei soll insbesondere der Anteil von Nettoemissionen weiter reduziert werden, nicht nur durch eine Kompensation durch Ausgleichsmaßnahmen. ²Die Hochschulleitung legt für die Hochschule insgesamt sowie für die jeweiligen Einrichtungen im Einvernehmen mit dem Hochschulrat eine Zielvorgabe für die Minderungsziele für in der Regel zwei Jahre fest. ³Die Hochschulleitung unterrichtet das Staatsministerium alle zwei Jahre über die Minderung von Treibhausgasen der Hochschule und ihrer Einrichtungen; eine erste Unterrichtung hat bis zum 31.12.2022 zu erfolgen.
- (4) Im Übrigen gelten ergänzend die Vorschriften des Bayerischen Klimaschutzgesetzes.

Art. 26

Mitwirkung, offene Kommunikation

- (1) ¹Alle Mitglieder der Hochschule verhalten sich unbeschadet weitergehender Verpflichtungen so, dass die Hochschule ihre Aufgabe erfüllen kann und niemand an der Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten gehindert wird. ²Die Mitwirkung an der Verwaltung der Hochschule (Selbstverwaltung) ist Recht und Pflicht aller Mitglieder. ³Die Übernahme einer Aufgabe in der Selbstverwaltung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. ⁴Der Rücktritt kann ebenfalls nur aus wichtigem Grund erfolgen. ⁵Die Inhaberinnen und Inhaber von Ämtern oder Funktionen in der Selbstverwaltung sind im Falle ihres Rücktritts oder nach Ablauf oder nach einer sonstigen Beendigung ihrer Amtszeit

verpflichtet, ihr Amt oder ihre Funktion bis zur Ernennung oder Bestellung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers weiterzuführen, es sei denn, das Organ oder Gremium, das sie oder ihn gewählt hat, bittet darum, von der Weiterführung abzusehen. ⁶Der Vertretung der Mitgliedergruppen stellt die Hochschule im Rahmen der verfügbaren Mittel in erforderlichem Umfang Räume und Geschäftsbedarf zur Verfügung.

- (2) ¹Die Mitglieder der Hochschule dürfen wegen ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung keine Nachteile erleiden. ²Die gewählten Mitglieder sind als solche nicht an Weisungen gebunden. ³Alle, die eine Tätigkeit der Selbstverwaltung übernommen haben, unterliegen der Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten und Tatsachen, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder beschlossen ist, die in nicht öffentlicher Sitzung bekannt geworden oder behandelt worden sind oder deren Geheimhaltung sich aus der Natur des Gegenstandes ergibt. ⁴Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung der Tätigkeit fort.

~~(3) ¹Mitglieder der Hochschule dürfen in Hochschuleinrichtungen und bei Hochschulveranstaltungen ihr Gesicht nicht verhüllen, es sei denn, Hochschulbelange stehen dem entgegen. ²Zur Vermeidung einer unbilligen Härte kann die Hochschule Ausnahmen zulassen.~~

Art. 27

Wahlen, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat, den Gremien gemäß Art. 30 Abs. 2 Satz 3 sowie anderen in der Grundordnung geschaffenen Gremien, in denen Mitglieder der Hochschule vertreten sind, um ihre Interessen in Ausübung des Selbstverwaltungsrechts wahrzunehmen, werden von den Mitgliedern der Gruppe, der sie angehören, in gleicher, freier und geheimer Wahl unmittelbar gewählt. ²Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Mitglied der Hochschule, das der betreffenden Gruppe angehört. ³Mit dem Beginn der Freistellungsphase im Blockmodell der Altersteilzeit (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)) endet die Wahlberechtigung und Wählbarkeit. ⁴Die Grundordnung kann vorsehen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der Studierenden abweichend von Satz 1 von Organen der Studierendenvertretung gewählt werden.
- (2) ¹Die Hochschule regelt die nach diesem Gesetz durchzuführenden Wahlen durch Satzung, in der insbesondere die Amtszeiten und das Wahlverfahren festzulegen sind; die Amtszeit der Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden beträgt ein Jahr. ²In der Satzung kann vorgesehen werden, dass die Wahlen durch Briefwahl erfolgen oder ganz oder teilweise elektronisch durchgeführt werden. ³Werden Wahlen elektronisch durchgeführt, wird die Einhaltung der Wahlrechtsprinzipien nach Abs. 1 Satz 1 durch technische und organisatorische Vorkehrungen sichergestellt. ⁴Solange und soweit keine Regelung durch Satzung vorliegt, längstens jedoch bis 31. Dezember 2026, gelten die vom Staatsministerium durch Rechtsverordnung getroffenen Wahlbestimmungen.

Art. 28

Mitwirkung der Studierenden, Studierendenvertretung

- (1) ⁴Die Studierenden wirken in der Hochschule durch ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Hochschulorganen mit mindestens zwei Vertreterinnen und Vertretern nach Maßgabe dieses Gesetzes mit. ~~²Für studentische Vertreterinnen und Vertreter in Gremien sollen Stellvertreterinnen und Stellvertreter bestellt werden, die dort mit beratender Stimme gleichfalls teilnehmen dürfen.~~
- (2) ¹Die Grundordnung regelt die Organe der Studierendenvertretung, deren Zuständigkeit und Zusammensetzung, das Zusammen treten und die Beschlussfassung. ²Dabei sind mindestens jeweils ein beschlussfassendes Kollegialorgan, ein ausführendes Organ sowie Vertretungen, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheiten gebildet werden, vorzusehen. ³Vor einer Änderung der Grundordnung, die einen der Gegenstände nach Satz 1 betrifft, werden alle Organe der Studierendenvertretung gehört. ⁴Die Aufgaben der Studierendenvertretung sind

1. die Vertretung der fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studierenden der Hochschule,
2. akademische Selbstverwaltungseinheiten übergreifende Fragen, die sich aus der Mitarbeit der Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden in den Hochschulorganen ergeben,
3. die Förderung der geistigen, musischen, kulturellen und sportlichen Interessen der Studierenden der Hochschule,
4. die Pflege der Beziehungen zu deutschen und ~~ausländischen~~ internationalen Studierenden- und
5. die Förderung der Chancengleichheit der Studierenden.

~~(3) ¹Die Rechte und Pflichten der Hochschulleitung nach Art. 31 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 erstrecken sich auch auf die Organe der Studierendenvertretung. Die Hochschulleitung kann insbesondere rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen beanstanden und ihren Vollzug aussetzen. ²Die Hochschulleitung ist außerdem berechtigt, bei rechtswidrigen Maßnahmen die nach Abs. 4 zur Verfügung gestellten Mittel ganz oder teilweise einzuziehen oder anzuordnen, dass Zahlungsanweisungen nicht ausgeführt werden.~~

(3) ¹Der Studierendenvertretung werden aus den der Hochschule zugewiesenen Mitteln in angemessenem Umfang Mittel für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt. ²Die Verwaltung der Hochschule wacht darüber, dass die Mittel unter den Organen der Studierendenvertretung entsprechend deren Aufgaben verteilt werden. ³Das zuständige Organ der Studierendenvertretung stellt vor Beginn des Haushaltsjahres eine Übersicht der voraussichtlichen Ausgaben auf, die rechtzeitig der Hochschulleitung vorzulegen ist. ~~⁴Die Verwaltung der Hochschule prüft, ob die zu leistenden Auszahlungen der Zweckbindung und den Aufgaben entsprechen, und ordnet die Auszahlung an. ⁵Im Zweifelsfall sind die Zahlungsanordnungen der Hochschulleitung zur Entscheidung nach Abs. 3 Satz 3 vorzulegen.~~

Art. 29

Landesstudierendenrat Landesstudierendenvertretung

- (1) ~~Der Landesstudierendenrat~~ Die Landesstudierendenvertretung dient dem landesweiten hochschulartübergreifenden Erfahrungsaustausch und der Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß Art. 28 Abs. 2 Satz 4. ²Er Sie setzt sich zusammen aus den Studierendenvertretungen der Hochschulen. ³Diese entsenden Vertreterinnen und Vertreter in ~~den Landesstudierendenrat~~ die Landesstudierendenvertretung, die durch das beschlussfassende Kollegialorgan der jeweiligen Studierendenvertretung gewählt werden.
- (2) ~~Der Landesstudierendenrat~~ Die Landesstudierendenvertretung hat das Recht, im Rahmen ~~seiner~~ ihrer Aufgaben zu grundlegenden, die Studierenden betreffenden hochschulischen Angelegenheiten durch das Staatsministerium informiert und angehört zu werden sowie Anregungen und Vorschläge an das Staatsministerium zu richten.
- (3) ~~Der Landesstudierendenrat~~ Die Landesstudierendenvertretung gibt sich eine Geschäftsordnung, deren Ersterlass der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder bedarf. ²Diese regelt die Organe ~~des Landesstudierendenrats~~ der Landesstudierendenvertretung, deren Zuständigkeit und Zusammensetzung, das Nähere über das Wahlverfahren, das Zusammentreten und die Beschlussfassung sowie das Verfahren und die Mehrheiten zur Änderung der Geschäftsordnung. ³In der Geschäftsordnung sind mindestens ein beschlussfassendes Kollegialorgan und ein ausführendes mehrköpfiges Kollegialorgan vorzusehen, dessen Mitglieder aus unterschiedlichen Regionen oder Hochschularten stammen sollen. ⁴In dem beschlussfassenden Kollegialorgan haben die von der Studierendenvertretung der jeweiligen Hochschule gewählten Mitglieder insgesamt jeweils eine Stimme.

Art. C

Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

An den Universitäten wird ein Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingerichtet; im Übrigen kann die Grundordnung die Einführung eines Konvents vorsehen.

Teil 5

Organisation

Art. 30

Grundsätze und Grundlagen der Organisation

- (1) ¹Unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen regeln die Hochschulen ihre innere Organisation, ihre Organe, ihre Gliederung und ihre Einrichtungen einschließlich deren Aufgaben, Zuständigkeiten, Verfahren und Befugnisse in einer Satzung gemäß Art. 9 (Grundordnung). ²Bei der weiteren Ausgestaltung ist darauf zu achten, dass die Trägerinnen und Träger der Wissenschaftsfreiheit an wissenschaftsrelevanten Entscheidungen hinreichend beteiligt werden. ³Den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern kommt dabei in Fragen der Lehre ein maßgebender Einfluss und in Fragen der Forschung ein ausschlaggebender Einfluss zu. ⁴Für Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder nach Art. 19 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 in Gremien sollen Stellvertreterinnen und Stellvertreter bestellt werden, die dort mit beratender Stimme gleichfalls teilnehmen dürfen. ⁵Die Beschlussfassung des Hochschulrats über die Grundordnung erfordert eine Mehrheit seiner Mitglieder und zugleich eine Mehrheit seiner gewählten hochschulangehörigen Mitglieder.
- (2) ¹Zentrale Organe der Hochschule sind
1. die Hochschulleitung,
 2. der Senat,
 3. der Hochschulrat.
- ²Allen Organen können in der Grundordnung andere Bezeichnungen zugewiesen werden.
- (3) ¹Die Hochschule gliedert sich in akademische Selbstverwaltungseinheiten, soweit dies aufgrund der Größe und fachlichen Aufgliederung der Hochschule geboten ist. ²Jedes Mitglied der Hochschule wird entsprechend der fachlichen Zugehörigkeit mindestens einer akademischen Selbstverwaltungseinheit zugeordnet. ³Diese akademischen Selbstverwaltungseinheiten verfügen über ein Organ, in dem alle Mitgliedergruppen ~~ein angemessenes Stimmgewicht haben; den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern steht die Mehrheit der Stimmen zu.~~ vertreten sind; die Zahl und die Verteilung der Sitze auf die Mitgliedergruppen wird in der Grundordnung festgelegt. ⁴Für die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind so viele Sitze vorzusehen, dass sie über die Mehrheit von einem Sitz verfügen. ⁵Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sollen angemessen vertreten sein. ⁶Darüber hinaus bedarf es einer Leitung, die die akademische Selbstverwaltungseinheit vertritt. ⁷Das Organ nach Satz 3 wählt die Leitung seiner akademischen Selbstverwaltungseinheit. ⁸Das Organ nach Satz 3 wählt mindestens eine Person, die für Fragen von Studium und Lehre sowie mit den Evaluationen nach Art. 7 Abs. 4 innerhalb der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheit verantwortlich ist.

Art. 31

Hochschulleitung

- (1) Der Hochschulleitung (Präsidium) gehören an
1. die Präsidentin oder der Präsident,
 2. weitere Mitglieder als Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten,
 3. die Kanzlerin oder der Kanzler.
- (2) ¹Die weiteren Mitglieder der Hochschulleitung werden vom Hochschulrat auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten unter Beachtung von Art. 22 Abs. 2 Satz 3 gewählt. ~~²Ein Mitglied der Hochschulleitung wird mit der Aufgabe der Gleichstellung in der Wissenschaft und der Förderung der Vielfalt betraut.~~ ²Ein Mitglied der Hochschulleitung wird mit der Aufgabe der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes betraut.
- (3) ¹Die Hochschulleitung führt die laufenden Geschäfte der Hochschule und ist verantwortlich für die Angelegenheiten des Haushalts und des Wirtschaftsplans sowie die strategische Verwendung von Mitteln, Personal und Flächen. ²Die Hochschulleitung ist zuständig für
1. die Festlegung der Grundsätze der hochschulpolitischen Zielsetzungen und der Entwicklung der Hochschule,
 2. den Abschluss der Hochschulverträge,
 3. die Aufstellung von Grundsätzen für die Evaluierung und Qualitätssicherung,
 4. die Erstellung von Vorschlägen für die Grundordnung,
 5. die Wahrung und Durchsetzung des Rechts in allen Bereichen der Hochschule,
 6. die Entscheidung über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen ~~nach Anhörung~~ auf Grundlage der Vorschläge des Senats, ~~und~~
 7. die Erstellung und Verabschiedung der hochschulweiten Richtlinien- und
 8. die Erstellung eines Nachhaltigkeitskonzepts und deren Qualitätssicherung.
- (4) ¹Die stimmberechtigten Mitglieder der Hochschulleitung können von den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der Hochschule abgewählt werden. ²Eine Abwahl der Kanzlerin oder des Kanzlers kann nur erfolgen, wenn diese oder dieser gewählt ist. ³Eine Wahl ist durchzuführen, wenn mindestens 40 % der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer dies verlangen, weil das Vertrauen in die Amtsführung des betroffenen Mitglieds verloren gegangen ist; eine entsprechende Unterschriftenliste ist der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter vorzulegen. ⁴Vor der Wahl ist den anderen Mitgliedergruppen der Hochschule in einer außerordentlichen Sitzung des Senats die Gelegenheit zu geben, zu der Abwahl Stellung zu nehmen. ⁵Die Abwahl erfolgt mit Zweidrittelmehrheit, wenn sich mehr als 70 % der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an der Wahl beteiligen.

Art. 32 Präsidentin, Präsident

- (1) ¹Die Präsidentin oder der Präsident vertritt die Hochschule, beruft die Sitzungen der Hochschulleitung ein, hat deren Vorsitz inne und vollzieht die Beschlüsse der Hochschulleitung und der weiteren zentralen Organe der Hochschule. ²Die Präsidentin oder der Präsident ist zuständig für:
1. Initiativen zur strategischen Entwicklung der Hochschule,

2. den Entwurf der Grundsätze der hochschulpolitischen Zielsetzungen,
3. die Berufung der Professorinnen und Professoren,
4. die Unterrichtung von Senat und Hochschulrat über alle wichtigen, die Hochschule und ihre Verwaltung betreffenden Angelegenheiten und
5. die jährliche Berichterstattung gegenüber dem Hochschulrat über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule.

³In unaufschiebbaren Fällen trifft die Präsidentin oder der Präsident für die Hochschulleitung die unerlässlichen Entscheidungen und Maßnahmen; diese sind schriftlich zu begründen.

- (2) ¹Die Präsidentin oder der Präsident wird vom Hochschulrat gewählt und der Staatsministerin oder dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst (Staatsministerin oder Staatsminister) zur Bestellung vorgeschlagen. ²Die Amtszeit der Präsidentin oder des Präsidenten beträgt höchstens zwölf Jahre. ²³Die Stelle wird rechtzeitig von der Hochschule öffentlich ausgeschrieben. ³⁴Das Ergebnis der Ausschreibung und die Vorschlagsliste werden dem Staatsministerium frühestmöglich zur Kenntnis gebracht. ⁴⁵Kandidatinnen oder Kandidaten müssen über einen Hochschulabschluss verfügen.
- (3) ¹Die Präsidentin oder der Präsident wird von der Staatsministerin oder vom Staatsminister als Dienstvorgesetzter oder Dienstvorgesetztem zur Beamtin oder zum Beamten auf Zeit ernannt. ²Das Beamtenverhältnis auf Zeit endet mit Ablauf der Amtszeit. ³Im Fall einer Abwahl wird die Präsidentin oder der Präsident aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen.
- (4) ¹Wird eine an einer Hochschule des Freistaates Bayern als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit tätige Person zur Präsidentin oder zum Präsidenten ernannt, gilt sie oder er als ohne Dienstbezüge beurlaubt. ²Die Staatsministerin oder der Staatsminister kann ihr oder ihm die Ausübung der bisherigen Rechte als Professorin oder Professor in Forschung und Lehre ganz oder teilweise als Nebentätigkeit gestatten.
- (5) Abweichend von Abs. 3 wird eine Präsidentin oder ein Präsident, die oder der nicht vor der Bestellung bereits als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit an einer Hochschule des Freistaates Bayern steht, in einem befristeten privatrechtlichen Dienstverhältnis beschäftigt.
- (6) ¹Die Präsidentin oder der Präsident ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der an der Hochschule tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Dienst des Freistaates Bayern stehen, sowie der Kanzlerin oder des Kanzlers. ²Die Vorschriften des Bayerischen Universitätsklinikagesetzes bleiben unberührt. ³Die Präsidentin oder der Präsident nimmt die Arbeitgeberfunktion wahr, wenn weitere gewählte Mitglieder in Hochschulaufgaben hauptberuflich tätig sind.
- (7) Kunsthochschulen können eine nebenberufliche Präsidentin oder einen nebenberuflichen Präsidenten bestellen.
- (8) Die Staatsministerin oder der Staatsminister kann eine Präsidentin oder einen Präsidenten abberufen, wenn diese oder dieser durch ihre oder seine Amtsführung ihre oder seine Pflichten gröblich verletzt, die Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß ausüben kann oder wegen groben dienstlichen, außerdienstlichen oder wissenschaftlichen Fehlverhaltens, das geeignet ist, dem Ansehen der Hochschule schweren Schaden zuzufügen.

Art. 33 Kanzlerin, Kanzler

- (1) ¹Die Ernennung zur Kanzlerin oder zum Kanzler setzt eine abgeschlossene Hochschulausbildung sowie eine mehrjährige einschlägige verantwortliche berufliche Tätigkeit insbesondere in Verwaltung

oder Wirtschaft voraus. ²Verfügt die Kanzlerin oder der Kanzler nicht über die Befähigung zum Richteramt, so ist eine Vertreterin oder ein Vertreter mit dieser Qualifikation zu bestellen.

- (2) ¹Die Kanzlerin oder der Kanzler wird auf Vorschlag des Senats oder der Präsidentin oder des Präsidenten im Einvernehmen mit dem Hochschulrat von der Präsidentin oder dem Präsidenten ernannt. ²Die Ernennung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums. ³Die allgemeinen Vorschriften über die Laufbahnen finden auf Kanzlerinnen und Kanzler, denen ein in der Besoldungsordnung A oder B ausgebrachtes Amt eines Kanzlers oder einer Kanzlerin übertragen wird, keine Anwendung. ⁴Die Ernennung erfolgt im Beamtenverhältnis auf Probe. ⁵Art. 46 BayBG gilt entsprechend. ⁶Die Kanzlerin oder der Kanzler kann von der Präsidentin oder dem Präsidenten im Benehmen mit dem Hochschulrat und im Einvernehmen mit dem Staatsministerium abberufen werden. ⁷Kanzlerin oder Kanzler im Sinne dieses Gesetzes ist auch eine nach Satz 1 vorgeschlagene Person, der mit Zustimmung des Staatsministeriums die Funktion des Kanzlers oder der Kanzlerin übertragen wird.
- (3) ¹Die Hochschule kann abweichend von Abs. 2 in ihrer Grundordnung das Amt der Kanzlerin oder des Kanzlers als Wahlamt (Wahlkanzlerin oder Wahlkanzler) ausgestalten. ²In diesem Fall wird die Kanzlerin oder der Kanzler auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten vom Hochschulrat für die Dauer von acht Jahren gewählt und von der Präsidentin oder dem Präsidenten ernannt. ³Wiederwahl ist zulässig. ⁴Die Ernennung bedarf des Einvernehmens des Staatsministeriums. ⁵Wird eine in einem Beamtenverhältnis zum Freistaat Bayern stehende Person zur Wahlkanzlerin oder zum Wahlkanzler ernannt, gilt sie oder er für die Dauer der Amtszeit als im dienstlichen Interesse ohne Dienstbezüge beurlaubt. ⁶Die Beschäftigung als Wahlkanzlerin oder Wahlkanzler erfolgt in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. ⁷Art. 32 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.
- (4) ¹Die Kanzlerin oder der Kanzler leitet die Verwaltung der Hochschule und ist Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt im Sinne von Art. 9 BayHO sowie Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter des an der Hochschule tätigen wissenschaftsstützenden Personals. ²Als Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt ist die Kanzlerin oder der Kanzler nicht an Weisungen der Hochschulleitung und des oder der Dienstvorgesetzten gebunden.

Art. 34 Senat

- (1) ¹Dem Senat gehören Vertreterinnen und Vertreter aller Mitgliedergruppen der Hochschule an. ~~²Die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bilden die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. ³Alle Mitgliedergruppen sind in einer Form vertreten, die eine effektive Mitwirkung sicherstellt. ²Die Zahl und die Verteilung der Sitze auf die Mitgliedergruppen wird in der Grundordnung festgelegt. ³Für die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind so viele Sitze vorzusehen, dass sie über die Mehrheit von einem Sitz verfügen. ⁴Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sollen angemessen vertreten sein. ⁴An den Kunsthochschulen können die Präsidentin oder der Präsident sowie die Kanzlerin oder der Kanzler dem Senat mit Stimmrecht angehören.~~
- (2) ¹Der Senat wählt aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder eine dem Senat vorsitzende Person, die die Sitzungen des Senats einberuft und leitet, sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. ²Die Hochschulleitung ist dem Senat berichtspflichtig ~~und erstellt die erforderlichen Senatsvorlagen für Beratung und Beschlüsse.~~
- (3) Der Senat hat mindestens folgende Aufgaben:
1. Er beschließt die von der Hochschule zu erlassenden Rechtsvorschriften, soweit nichts anderes bestimmt ist.
 2. Er berät und beschließt in Angelegenheiten von grundsätzlicher akademischer Bedeutung für die Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses und für die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags.

3. ~~Er unterbreitet Vorschläge und nimmt zu Vorschlägen für die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen Stellung.~~ Er beschließt Vorschläge für die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen.
4. Er nimmt zu den von Berufungsausschüssen beschlossenen Berufungsvorschlägen und etwaigen Sondervoten Stellung.
5. Er beschließt über die Erteilung der Würde einer Ehrensenatorin oder eines Ehrensenators, einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers oder eines Ehrenmitglieds der Hochschule.

Art. 35 Hochschulrat

(1) ¹Dem Hochschulrat gehören an:

1. ~~gewählte Mitglieder der Hochschule aus allen Mitgliedergruppen, darunter eine Mehrheit aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer~~ die gewählten Mitglieder des Senats (Art. 34 Abs. 1),
2. ebenso viele Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur und aus Gesellschaft, Wirtschaft und beruflicher Praxis (nicht hochschulangehörige Mitglieder); die nicht hochschulangehörigen Mitglieder sollen aus diversen Bereichen zusammengesetzt werden und die Breite und Vielfalt der Gesellschaft repräsentieren.

²Mitglieder der Hochschule können dem Hochschulrat nicht als Mitglieder nach Satz 1 Nr. 2 angehören. ³Die Grundordnung kann vorsehen, dass Personen, denen die Würde einer Ehrensenatorin oder eines Ehrensenators, einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers oder eines Ehrenmitglieds der Hochschule verliehen ist, sowie Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren Mitglieder nach Satz 1 Nr. 2 sein können. ⁴Die Mitglieder der Hochschulleitung, ~~und die oder der Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft~~ Gleichstellungsbeauftragte und die oder der Nachhaltigkeitsbeauftragte nehmen an den Sitzungen des Hochschulrats ohne Stimmrecht teil. ⁵Das Staatsministerium wird zu den Sitzungen eingeladen.

(2) ¹Die Amtszeit der Mitglieder nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 beträgt nach Maßgabe der Grundordnung zwischen vier und sechs Jahren. ²Eine erneute Bestellung ist einmal zulässig.

(3) ~~¹Die Präsidentin oder der Präsident schlägt die durch den Senat zu bestätigenden Mitglieder des Hochschulrats nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 zur Bestellung durch die Staatsministerin oder den Staatsminister vor.~~ ¹Die Mitglieder des Senats sowie die Leitungen der akademischen Selbstverwaltungseinheiten schlagen die durch den Senat zu beschließenden Mitglieder des Hochschulrats nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vor. ²Die Präsidentin oder der Präsident schlägt die vom Senat in ihrem oder seinem Einvernehmen bestätigten Mitglieder des Hochschulrats zur Bestellung durch die Staatsministerin oder den Staatsminister vor. ^{2,3}Den nicht hochschulangehörigen Mitgliedern des Hochschulrats wird vor der Bestätigung durch den Senat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

(4) Den Vorsitz im Hochschulrat hat ein vom Hochschulrat aus der Mitte der nicht hochschulangehörigen Mitglieder zu wählendes Mitglied des Hochschulrats.

(5) Der Hochschulrat hat folgende Zuständigkeiten:

1. Er beschließt die Grundordnung.
2. Er wählt die Mitglieder der Hochschulleitung, soweit nichts anderes geregelt ist.

3. Er entscheidet über deren Abwahl aus wichtigem Grund mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Hochschulrats.
4. Er beschließt nach Benennung geeigneter Personen durch die Präsidentin oder den Präsidenten Vorschläge für die Bestellung der Kanzlerin oder des Kanzlers, soweit nichts anderes geregelt ist.
5. Er berät und beschließt über die längerfristige Ausrichtung und Profilierung der Hochschule.
6. Er gibt sein Einvernehmen zu der Rahmenvereinbarung, die durch die Hochschulleitung zusammen mit dem Staatsministerium geschlossen wird und stellt für die Hochschule das Erreichen der in diesem Vertrag festgelegten Ziele fest.
7. Er beschließt über Ersuchen der Hochschulen an das Staatsministerium zur Abweichung nach Art. 110 Abs. 2.
8. Er stellt bei Hochschulen mit Globalhaushalt den Körperschaftshaushalt, den Wirtschaftsplan sowie den Jahresabschluss fest; bei Hochschulen ohne Globalhaushalt nimmt er zum Wirtschaftsplan der Körperschaft Stellung und stellt deren Jahresabschluss fest.
9. Er entlastet für die Körperschaft die Mitglieder der Hochschulleitung.
10. Er beschließt auf Vorschlag der Hochschulleitung über den Antrag nach Art. 11 Abs. 4 auf Einführung eines Globalhaushalts sowie nach Art. 4 Abs. 3 auf Umwandlung in eine andere Rechtsform mit einer erforderlichen Mehrheit seiner Mitglieder und zugleich seiner gewählten hochschulangehörigen Mitglieder.

Teil 6

Hochschulpersonal

Kapitel 1

Grundlagen

Art. 36 Geltungsbereich

- (1) Dieser Teil gilt für Personen, die haupt- oder nebenberuflich an den Hochschulen des Freistaates Bayern (Art. 1 Abs. 2) insbesondere wissenschaftlich oder künstlerisch tätig sind.
- (2) Dieser Teil gilt nicht für Personen, die an einer Hochschule auf Grund eines privatrechtlichen Dienstverhältnisses mit einem Mitglied der Hochschule wissenschaftlich oder künstlerisch tätig sind.
- (3) Die Art. 37 bis 51 und 55 bis 59 gelten für das wissenschaftliche und künstlerische Personal staatlich anerkannter nichtstaatlicher Hochschulen, deren Träger Dienstherrnfähigkeit gemäß § 2 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) besitzt, mit folgenden Maßgaben entsprechend:
 1. Die Professorinnen und Professoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie die nebenberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Tätigen stehen im Dienst des Trägers der nichtstaatlichen Hochschule.

2. Soweit auf Grund der Verschiedenheit des Dienstherrn die entsprechende Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes ausscheidet, trifft der Träger die erforderlichen abweichenden Regelungen durch Satzung; das Inkrafttreten dieser die abweichenden Regelungen treffenden Satzung ist Voraussetzung für die Beschäftigung von beamtetem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal; die Satzung bedarf des Einvernehmens mit dem Staatsministerium und dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.
- (4) Sind wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter zugleich Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, ändert dies ihre dienstrechtliche Stellung nicht.

Art. 37

Allgemeine dienstrechtliche Regelungen

- (1) ¹Das an den Hochschulen tätige Personal, die Beamtinnen und Beamten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Auszubildenden und die Praktikantinnen und Praktikanten stehen im Dienst des Freistaates Bayern. ²Die Hochschule hat die Aufgabe der Personalverwaltung, soweit die Zuständigkeit nicht auf andere Behörden übertragen ist. ³Sie gilt insoweit als staatliche Dienststelle und handelt mit Wirkung für und gegen den Freistaat Bayern.
- (2) Oberste Dienstbehörde ist das Staatsministerium.
- (3) ¹Abs. 1 gilt nicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes an einer Hochschule auf der Grundlage von Verträgen beschäftigt werden, bei denen die Hochschule selbst Vertragspartei ist. ²Die Verwaltung dieses Personals ist abweichend von Abs. 1 Satz 2 und 3 Körperschaftsangelegenheit. ³Im Übrigen gelten die Bestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates Bayern entsprechend.
- (4) Hauptberuflich im Sinne dieses Gesetzes ist eine Tätigkeit, wenn
1. die Arbeitszeit oder der Umfang der Dienstaufgaben mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit umfasst oder
 2. der Hälfte des durchschnittlichen Umfangs der Dienstaufgaben des entsprechenden vollbeschäftigten Personals entspricht.
- (5) ¹Der Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze wird zum Ende des Semesters wirksam, in dem die Beamtin oder der Beamte die Altersgrenze erreicht. ²Beantragt eine Beamtin oder ein Beamter die Entlassung oder die Versetzung in den Ruhestand, kann diese bis zur Beendigung des laufenden Semesters hinausgeschoben werden. ³Art. 143 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 BayBG findet entsprechende Anwendung.
- (6) Wird mit einer Beamtin oder einem Beamten im Sinne dieses Gesetzes ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn oder zu einer Einrichtung ohne Dienstherrneigenschaft begründet, so ist die Beamtin oder der Beamte abweichend von § 22 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG nicht entlassen, wenn sie oder er für die Wahrnehmung einer Vertretungsprofessur beurlaubt wird.
- (7) ¹Für an der Hochschule tätige Personen, die nicht in einem Beamtenverhältnis stehen, gelten § 7 Abs. 1 Nr. 2 und § 33 Abs. 1 Satz 3 BeamtStG entsprechend. ²Für nur vorübergehend an der Hochschule tätige Personen, die ihren ständigen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes haben, kann das Staatsministerium Ausnahmen zulassen.
- (8) Sollen Professorinnen und Professoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ausländischer Staatsangehörigkeit in ein Beamtenverhältnis berufen werden, kann das Staatsministerium

abweichend von § 7 Abs. 3 BeamtStG Ausnahmen von § 7 Abs. 1 Nr. 1 BeamtStG auch aus anderen Gründen zulassen.

Art. 38 **Karriereförderung, Karrierezentren**

- (1) ¹Die Hochschulen beraten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in befristeten Arbeits- oder Dienstverhältnissen eine Weiterqualifizierung anstreben, fördern ihre berufliche und persönliche Weiterentwicklung und zeigen insbesondere Karriereperspektiven auf. ²Zu diesem Zweck wirken die Hochschulen untereinander und mit externen Einrichtungen, insbesondere solchen der Berufspraxis, zusammen und schaffen geeignete Einrichtungen.
- (2) Die Hochschulen vermitteln insbesondere promovierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die eine Karriere in der Wissenschaft, im Hochschulbereich oder der Wissenschaftsverwaltung anstreben, Kenntnisse im Bereich des Wissenschaftsmanagements.

Art. 39 **Lehr- und Prüfungstätigkeit, Verordnungsermächtigung**

- (1) ¹Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bestimmen Gegenstand und Art ihrer Lehrveranstaltungen unter Berücksichtigung der Prüfungs- und Studienordnungen in eigener Verantwortung; die Verpflichtung der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit zur Sicherstellung des Lehrangebots bleibt unberührt. ²Die Erfüllung der Lehrverpflichtung der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben richtet sich unter Berücksichtigung der Prüfungs- und Studienordnungen nach den Anordnungen ihrer Vorgesetzten.
- (2) ¹Der Umfang der dienstrechtlichen Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen und der Zeitpunkt der Erbringung der Lehrverpflichtung werden durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat festgelegt, in der die Zuständigkeit für Entscheidungen auf die Hochschule übertragen wird. ²Bei der Festlegung der Lehrverpflichtung werden die unterschiedlichen Dienstverhältnisse und die unterschiedliche Aufgabenstellung der Hochschularten ebenso gewichtet wie der unterschiedliche Zeitaufwand für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung der verschiedenen Arten von Lehrveranstaltungen in Präsenz- oder Online-Formaten. ³Das Lehrdeputat im Einzelfall legen die **Hochschulen akademischen Selbstverwaltungseinheiten** unter Beachtung der Rechtsverordnung nach Satz 1 und unter Berücksichtigung der individuellen Aufgaben des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals **durch eine Lehrverteilungskommission** fest. ⁴Das gesamte Lehrdeputat erbringt das wissenschaftliche und künstlerische Personal nach Maßgabe der jeweiligen **Hochschule akademischen Selbstverwaltungseinheit** in allen Bereichen der wissenschaftlichen und künstlerischen Qualifizierung. ⁵Die Lehrverteilungskommission besteht zu gleichen Teilen aus Vertreterinnen und Vertretern der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Personals; außerdem sind Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden zu beteiligen.
- (3) ¹Personen, die Lehrverpflichtungen wahrnehmen, nehmen ihren Erholungsurlaub in der unterrichtsfreien Zeit, es sei denn, dass zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen. ²Bei Professorinnen und Professoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren ist der Erholungsurlaub durch die unterrichtsfreie Zeit abgegolten.
- (4) Alle wissenschaftlich oder künstlerisch Tätigen haben nach Maßgabe näherer Regelungen zur Durchführung von Hochschulprüfungen und staatlichen Prüfungen beizutragen.

Art. 40

Nebentätigkeit und Mitarbeiterbeteiligung

(1) ¹Für beamtetes wissenschaftliches und künstlerisches Personal erlässt das Staatsministerium nach Anhörung der Hochschulen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat die Vorschriften nach Art. 85 BayBG. ²Dort können auch die in Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und 5 BayBG aufgeführten genehmigungsfreien Nebentätigkeiten näher bestimmt werden. ³Soweit auf beamtetes wissenschaftliches und künstlerisches Personal die Vorschriften über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten nicht anzuwenden sind, ist bei ihnen eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen durch eine oder mehrere Nebentätigkeiten in der Regel zu besorgen, wenn diese den zeitlichen Umfang der Dienstaufgaben an durchschnittlich einem individuellen Arbeitstag wöchentlich übersteigen. ⁴Es können auch folgende Tätigkeiten als Nebenamt übertragen werden:

1. im Zusammenhang mit dem Hauptamt stehende Lehr- und Unterrichtstätigkeiten einschließlich der Studiengangsentwicklung und -leitung im Bereich der Weiterbildung (Art. 64), wenn diese über die der Beamtin oder dem Beamten obliegende und auch erbrachte Lehrverpflichtung hinausgehen und nicht mit einer Ermäßigung der Lehrverpflichtung verbunden sind,
2. die Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Auftrag Dritter, wenn der Drittmittelgeber im Rahmen des Finanzierungsplans Mittel für die Gewährung einer Vergütung zur Verfügung stellt und die Beamtin oder der Beamte für die Durchführung dieses Vorhabens keine Ermäßigung der Lehrverpflichtung erhält, sowie
3. Tätigkeiten im Wissens- und Technologietransfer, für die die Beamtin oder der Beamte keine Entlastung im Hauptamt, insbesondere keine Ermäßigung der Lehrverpflichtung erhält und für die der Hochschule Mittel aus den Transferleistungen zur Verfügung stehen.

⁵Die Höhe der Vergütung für die Nebenämter im Sinne von Satz 4 wird – abweichend von Art. 85 Abs. 2 BayBG – von der Hochschule festgesetzt:

1. im Fall des Satzes 4 Nr. 1 im Rahmen der erzielten Einnahmen aus Gebühren und privatrechtlichen Entgelten,
2. im Fall des Satzes 4 Nr. 2 im Rahmen der vom Drittmittelgeber für die Gewährung einer Vergütung zur Verfügung gestellten Mittel,
3. im Fall des Satzes 4 Nr. 3 im Rahmen der aus den Transferleistungen zur Verfügung stehenden Mittel.

⁶Der Umfang der Tätigkeiten im Nebenamt nach Satz 4 darf zusammen mit sonstigen genehmigten Nebentätigkeiten die in Satz 3 geregelte zeitliche Grenze nicht überschreiten. ⁷In den Vorschriften nach Satz 1 kann ferner geregelt werden, dass Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit den in Satz 4 genannten Tätigkeiten stehen, auch beamtetem wissenschaftsstützenden Personal als Nebenamt übertragen werden können; Satz 6 gilt entsprechend.

(2) ¹Die Vorstände der Kliniken und sonstigen klinischen Einrichtungen sowie die Leiterinnen und Leiter der Abteilungen eines Klinikums, die auf Grund genehmigter Nebentätigkeit zur Privatbehandlung oder zur Mitwirkung an der Privatbehandlung berechtigt sind (Liquidationsberechtigte), sind verpflichtet, ärztliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den hieraus bezogenen Vergütungen angemessen zu beteiligen (Pflichtbeteiligung). ²Dabei werden Verantwortung, Leistung, Erfahrung und Dauer der Zugehörigkeit zur Klinik oder sonstigen klinischen Einrichtung berücksichtigt. ³Eine Beteiligung von nichtärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist zulässig. ⁴In der Krankenversorgung, in der Forschung und in der Lehre sowie zu deren unmittelbaren Unterstützung erbrachte Leistungen können berücksichtigt werden. ⁵Das Nähere wird in den Vorschriften nach Abs. 1 Satz 1 bestimmt. ⁶Dort wird neben der Höhe der Pflichtbeteiligung insbesondere geregelt,

1. dass die Verpflichtung zur Mitarbeiterbeteiligung entfällt, wenn bestimmte Freibeträge nicht überschritten werden,

2. welche Vergütungen unter die Pflichtbeteiligung nach Satz 1 fallen und
3. dass Kommissionen zur Festlegung der Grundsätze der Mitarbeiterbeteiligung und Schiedsstellen zur Überwachung dieser Grundsätze oder Mitarbeiterpools und Verteilungsausschüsse gebildet werden.

⁷Weiter kann dort vorgesehen werden, dass aus dem Mitarbeiterpool auch etwaige Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung zu entnehmen sind. ⁸Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Leiterinnen und Leiter von klinischen Einrichtungen außerhalb eines Klinikums und von in klinischen Einrichtungen außerhalb eines Klinikums eingerichteten Abteilungen, soweit diese auf Grund genehmigter Nebentätigkeit im Rahmen der Krankenversorgung Entgelte für ärztliche und zahnärztliche Leistungen nach der Gebührenordnung für Ärzte, der Gebührenordnung für Zahnärzte oder entsprechenden Entgeltregelungen abrechnen.

- (3) ¹Soweit die Einnahmen aus Privatbehandlung dem Universitätsklinikum oder der Universität zustehen, sind diese zur Mitarbeiterbeteiligung verpflichtet. ²Unabhängig von deren dienstrechtlicher Stellung müssen ärztliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und können alle sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils des Bereichs, dessen fachlich verantwortliche Leiterin oder dessen fachlich verantwortlicher Leiter die Privatbehandlung erbracht hat, beteiligt werden; dies gilt nicht für Professorinnen und Professoren, die für Tätigkeiten in diesem Bereich Anspruch auf gesonderte Vergütung haben. ³In der Krankenversorgung, in der Forschung und in der Lehre sowie zu deren unmittelbaren Unterstützung erbrachte Leistungen können berücksichtigt werden. ⁴Verantwortung, Leistung und Erfahrung werden angemessen berücksichtigt. ⁵Von dem jährlichen Nettoliquidationserlös aus der Privatbehandlung nach Satz 2, der 60 000 € überschreitet, werden 20 %, der 240 000 € überschreitet, 25 %, höchstens jedoch 20 % des jährlichen Nettoliquidationserlöses dem Pool für Mitarbeiterbeteiligung zugeführt. ⁶Die fachlich verantwortliche Leiterin oder der fachlich verantwortliche Leiter kann diesen Pool für Mitarbeiterbeteiligung mit eigenen Mitteln auf Grund Vereinbarung mit dem Klinikum oder der Universität erhöhen. ⁷Die individuelle jährliche Mitarbeiterbeteiligung darf 130 % des jeweiligen Bruttojahresgehalts nicht überschreiten. ⁸Alle im Zusammenhang mit der Mitarbeiterbeteiligung anfallenden sozialversicherungsrechtlichen Abgaben des Arbeitgebers werden aus dem Pool für Mitarbeiterbeteiligung bestritten. ⁹Das Nähere wird durch Satzung bestimmt, in der der Mindestumfang der Beteiligung der Mitarbeitergruppen und nähere Verteilungsgrundsätze geregelt werden. ¹⁰Darüber hinaus können insbesondere Regelungen zur Mitarbeiterbeteiligung in gemeinsamen klinischen Einrichtungen sowie zum Verbund mehrerer Einrichtungen und zum Ausgleich zwischen zusammenwirkenden Einrichtungen getroffen werden. ¹¹Die Satzung kann bestimmen, dass bei der Berechnung des Mitarbeiterpools von Satz 5 insoweit abgewichen wird, als an Stelle des Nettoliquidationserlöses der Bruttoliquidationserlös zugrunde gelegt wird, wenn damit dem Pool für die Mitarbeiterbeteiligung insgesamt nur die Summe zugeführt wird, die bei der Privatliquidation auf Grund der Pflichtbeteiligung verteilt wurde; die Sätze 6 und 7 bleiben dabei unberührt.

Kapitel 2

Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

Art. 41

Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren

- (1) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Universitäten sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens
1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium,
 2. pädagogische und didaktische Eignung,

3. besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird, und
4. darüber hinaus zusätzliche wissenschaftliche Leistungen.

²Im Bereich der Lehrerbildung soll von Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktikern zusätzlich der Erwerb der Befähigung für ein Lehramt im jeweiligen Fach und eine mindestens dreijährige Tätigkeit an einer Schule oder vergleichbaren pädagogischen Einrichtung nachgewiesen werden. ³Die zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen nach Satz 1 Nr. 4 werden im Regelfall durch eine Habilitation oder im Rahmen einer Juniorprofessur erbracht. ⁴Sie können auch durch gleichwertige wissenschaftliche Leistungen, die auch außerhalb des Hochschulbereichs erbracht sein können, nachgewiesen werden. ⁵Die Leitung einer Nachwuchsforschergruppe steht unter den in Art. 82 Abs. 10 Satz 5 genannten Voraussetzungen einer Habilitation gleich. ⁶Bei Tenure-Track-Professuren kann eine perspektivische Bewertung der zu erwartenden wissenschaftlichen Leistungen der Bewerberinnen und Bewerber bei der Prüfung der Einstellungsvoraussetzung nach Satz 1 Nr. 4 mitberücksichtigt werden. ⁷Bei Professorinnen und Professoren mit ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Aufgaben ist zusätzlich die Anerkennung als Fachärztin oder Facharzt nachzuweisen, soweit für das betreffende Fachgebiet im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine entsprechende Weiterbildung vorgesehen ist.

- (2) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Kunsthochschulen sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens
 1. die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen,
 2. je nach den Anforderungen der Stelle
 - a) die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 genannte Voraussetzung oder
 - b) besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeitund
 3. darüber hinaus je nach den Anforderungen der Stelle
 - a) die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 genannten Voraussetzungen oder
 - b) zusätzliche künstlerische Leistungen.

²Im Bereich der Lehrerbildung gilt Abs. 1 Satz 2 entsprechend. ³Für Tenure-Track-Professuren gilt Abs. 1 Satz 6 entsprechend. ⁴Für künstlerische Tenure-Track-Professuren kann eine perspektivische Bewertung der zu erwartenden künstlerischen Leistungen der Bewerberin oder des Bewerbers bei der Prüfung der Einstellungsvoraussetzung nach Satz 1 Nr. 3 Buchst. b mitberücksichtigt werden. ⁵Soweit es der Eigenart des Fachs und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses abweichend von Satz 1 als Professorin oder Professor in anderen als wissenschaftlichen Fächern auch eingestellt werden, wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung vorweist.

- (3) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens
 1. die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen,
 2. je nach Anforderungen der Stelle
 - a) die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 genannte Voraussetzung oder

b) besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit

und

3. darüber hinaus besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen beruflichen Praxis, die nach Abschluss des Hochschulstudiums erworben sein muss und von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen; Zeiten als Referendarin oder Referendar oder als wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin oder als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter können insgesamt nur bis zu zwei Jahren angerechnet werden; der Nachweis der außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübten beruflichen Praxis kann in besonderen Fällen dadurch erfolgen, dass über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ein erheblicher Teil der beruflichen Tätigkeit in Kooperation zwischen Hochschule und außerhochschulischer beruflicher Praxis erbracht wurde.

²Fällen soll eine mindestens dreijährige berufliche Praxis außerhalb des Hochschulbereichs nachgewiesen werden. ⁴Soweit es der Eigenart des Fachs und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses an der Gewinnung der Bewerberin oder des Bewerbers abweichend von den Sätzen 1 und 2 als Professorin oder Professor eingestellt werden, wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung nachweist. ⁵Art. 4 Abs. 2 und Art. 52 des Leistungslaufbahngesetzes gelten entsprechend.

Art. 42 Dienstrechtliche Stellung

- (1) ¹Die Professorinnen und Professoren werden in der Regel zu Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit ernannt. ²Die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit setzt bei Bewerberinnen und Bewerbern, die noch nicht mindestens drei Jahre hauptberuflich nach Maßgabe des Art. 37 Abs. 4 an einer Hochschule tätig waren, eine mindestens eineinhalbjährige Tätigkeit als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Probe voraus. ³Das Staatsministerium kann Ausnahmen zulassen.
- (2) ¹Professorinnen und Professoren können für die Dauer von bis zu sechs Jahren im Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt werden. ²Eine erneute Ernennung oder Verlängerung über sechs Jahre hinaus ist im Beamtenverhältnis auf Zeit nicht zulässig; Art. 49 Abs. 2 gilt entsprechend. ³Ein Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Amtszeit ist ausgeschlossen. ⁴Wird eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit im Geltungsbereich des Bayerischen Beamtengesetzes mit Zustimmung ihres oder seines Dienstherrn zur Professorin oder zum Professor in einem Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt, gilt sie oder er für die Dauer dieses Beamtenverhältnisses unter Fortfall der Leistungen ihres oder seines Dienstherrn als beurlaubt. ⁵Ein Beamtenverhältnis auf Zeit kann frühestens nach drei Jahren in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit umgewandelt werden. ⁶War die Professorin oder der Professor bei der Berufung bereits Mitglied der Hochschule, ist die Umwandlung nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig. ⁷Die Umwandlung setzt eine Würdigung der fachlichen, pädagogischen und persönlichen Eignung der Professorin oder des Professors durch die Hochschulleitung voraus, die des Einvernehmens mit dem Vertretungsorgan der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit bedarf. ⁸Betrifft die Umwandlung den Vorstand einer Klinik oder sonstigen klinischen Einrichtung oder die Leiterin oder den Leiter einer Abteilung eines Klinikums, ist die Stellungnahme der Ärztlichen Direktorin oder des Ärztlichen Direktors beizufügen. ⁹Entsprechend den Vorgaben der Satzung nach Art. 50 Abs. 4 sollen Gutachten eingeholt werden; im Übrigen finden Art. 50 und die Satzung nach Art. 50 Abs. 4 keine Anwendung.
- (3) ¹In besonderen Fällen, insbesondere wenn
1. eine befristete Tätigkeit vorgesehen ist,

2. die Professorin oder der Professor Teil des ärztlichen Personals der Universitäten und Universitätsklinik ist und mit ihr oder ihm eine privatrechtliche Vereinbarung besteht, die im Sinne des Art. 40 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 einen Anspruch auf gesonderte Vergütung begründet, oder
3. wenn die Professorin oder der Professor unternehmerisch, künstlerisch oder in sonstiger Weise wirtschaftlich tätig ist,

kann ein privatrechtliches Dienstverhältnis begründet werden. ²Bei befristeter Tätigkeit gilt Art. 49 Abs. 2 entsprechend.

- (4) ¹Eine Verbeamtung auf Zeit oder eine befristete Beschäftigung als Professorin oder Professor kann auch mit der Zusage verbunden werden, das Dienst- oder Arbeitsverhältnis nach Ablauf einer Bewährungszeit und einer positiven Evaluierung der in Forschung und Lehre erbrachten Leistungen in Form eines Berufungsverfahrens ohne Ausschreibung zu entfristen (Tenure-Track-Professur). ²Gegenstand einer solchen Zusage kann es auch sein, die Professorin oder den Professor nach positiver Evaluierung im Sinne des Satz 1 auf ein anderes besoldungsrechtlich höherwertiges Professorenamt zu berufen. ³Die Hochschulen stellen sicher, dass die zur Erfüllung der Zusagen notwendigen Stellen und Mittel zur Verfügung stehen.

- (4a) Ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Sinne des Abs. 4 kann mit Zustimmung der oder des Betroffenen

abweichend von Abs. 2 Satz 2 um zwölf Monate verlängert werden, wenn es zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde oder bestand.

- (5) ¹Die Hochschulen können ohne Durchführung eines Berufungsverfahrens jeweils für einen im Voraus begrenzten Zeitraum für bestimmte Aufgaben in Forschung, Lehre, Kunst und Weiterbildung Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer anderer Hochschulen oder Persönlichkeiten aus der wissenschaftlichen oder künstlerischen Praxis, die die Voraussetzungen für eine Professur erfüllen, als Gastprofessorinnen oder Gastprofessoren bestellen. ²Sie führen für die Dauer ihrer Bestellung die Bezeichnung „Gastprofessorin“ oder „Gastprofessor“ ³Mit Erlöschen, Widerruf oder Rücknahme der Bestellung zur Gastprofessorin oder zum Gastprofessor erlischt auch die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Gastprofessorin“ oder „Gastprofessor“.

Art. 43 Dienstaufgaben

- (1) ¹Professorinnen und Professoren nehmen die ihrer Hochschule jeweils obliegenden Aufgaben in Wissenschaft, Kunst, Forschung, Lehre und Weiterbildung nach näherer Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses selbstständig wahr. ²Die Dienstverhältnisse der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind dabei, unbeschadet der Möglichkeit, Forschungsprofessuren nach Satz 6 einrichten zu können, so auszugestalten, dass die anwendungsbezogene Lehre gegenüber der anwendungsbezogenen Forschung den Schwerpunkt der Aufgaben bildet. ³Zu den hauptberuflichen Aufgaben der Professorinnen und Professoren gehören auch:

1. die Wahrnehmung von Aufgaben der Studienreform im Sinne von ~~Art. 55 Abs. 2~~ [Art. 62 Abs. 2](#) und Studienberatung,
2. die Mitwirkung an Vergabeverfahren beim Hochschulzugang und beim Zugang zum postgradualen Studium sowie bei der Zulassung der Studienbewerberinnen und Studienbewerber,
3. die Abhaltung von Lehrveranstaltungen ihrer Fächer in allen Studiengängen und sonstigen Studienangeboten sowie die Verwirklichung der zur Sicherstellung des Lehrangebots getroffenen Entscheidungen der Hochschulorgane,

4. die Mitwirkung an Hochschulprüfungen sowie an staatlichen Prüfungen, durch die ein Hochschulstudium abgeschlossen wird,
5. die Mitwirkung an der Verwaltung der Hochschule,
6. die Erstattung von Dienstgutachten einschließlich der hierfür erforderlichen Untersuchungen auf Anforderung ihrer Hochschule oder des Staatsministeriums in der Regel ohne besondere Vergütung.

⁴Professorinnen und Professoren, zu deren Aufgaben nach Maßgabe des Dienstverhältnisses die Wahrnehmung von Aufgaben in der Krankenversorgung in der Hochschule und im Klinikum gehört, werden in der Krankenversorgung, soweit dies zu deren Sicherstellung erforderlich ist, unbeschadet des Satzes 1 nach den Anordnungen der Leitung der Klinik oder klinischen Einrichtung tätig, es sei denn, ihnen ist von der Leitung der Klinik oder klinischen Einrichtung die Verantwortung für die ärztliche Behandlung einer Patientin oder eines Patienten übertragen worden. ⁵Professorinnen und Professoren an Universitäten und Kunsthochschulen kann abweichend von Satz 1 als Dienstaufgabe eine überwiegende Tätigkeit in der Lehre übertragen werden (Lehrprofessuren). ⁶Professorinnen und Professoren kann abweichend von Satz 1 als Dienstaufgabe eine überwiegende oder ausschließliche Tätigkeit in der Forschung übertragen werden (Forschungsprofessuren); die Übertragung ist in der Regel auf insgesamt höchstens zehn Jahre zu befristen. ⁷Ist die Erstellung eines Dienstgutachtens mit besonderem Aufwand oder besonderen Schwierigkeiten verbunden und wird dies nicht durch eine Entlastung im Hauptamt ausgeglichen, kann das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hierfür eine angemessene zusätzliche Vergütung festsetzen.

- (2) Professorinnen und Professoren können nach ihrer Anhörung und nach Anhörung der beteiligten Hochschulen durch das Staatsministerium verpflichtet werden, Lehrveranstaltungen in dem von ihnen vertretenen Fach an einer anderen staatlichen Hochschule abzuhalten und Prüfungen abzunehmen, soweit dies zur Gewährleistung des Lehrangebots oder im Rahmen des Zusammenwirkens von Hochschulen des Landes erforderlich ist.
- (3) ¹Art und Umfang der von der einzelnen Professorin oder dem einzelnen Professor wahrzunehmenden Aufgaben richten sich unter Beachtung der Abs. 1 und 2 nach der Ausgestaltung des Dienstverhältnisses und der Funktionsbeschreibung der Stelle. ²Bei der Funktionsbeschreibung von Planstellen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 3 an Universitäten und Kunsthochschulen ist insbesondere eine angemessene fachliche Breite vorzusehen (Lehrstuhl). ³Bei Tenure-Track-Professuren hat die Ausgestaltung des Dienstverhältnisses und der Funktionsbeschreibung auf die Notwendigkeit einer Bewährung im Rahmen der Befristung Rücksicht zu nehmen.

Art. 44

Beamtenrechtliche Sonderregelungen, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Die laufbahnrechtlichen Vorschriften sowie die Vorschriften über die dienstliche Beurteilung mit Ausnahme der Probezeitbeurteilung (Art. 42 Abs. 1 Satz 2 und 3), über den einstweiligen Ruhestand und über die Arbeitszeit mit Ausnahme der Vorschriften über den Verlust der Bezüge wegen nicht genehmigten verschuldeten Fernbleibens vom Dienst sind auf Professorinnen und Professoren nicht anzuwenden. ²Erfordert der Aufgabenbereich einer Hochschuleinrichtung eine regelmäßige oder planmäßige Anwesenheit, können die Vorschriften über die Arbeitszeit durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat für anwendbar erklärt werden. ³Die Art. 88 bis 92 BayBG finden entsprechende Anwendung. ⁴Abweichend von Art. 88 Abs. 2 Satz 2 BayBG wird das Staatsministerium ermächtigt, allgemeine Ausnahmen zuzulassen.
- (2) ¹Professorinnen und Professoren können nur mit ihrer Zustimmung abgeordnet oder versetzt werden. ²Abordnung und Versetzung in ein gleichwertiges Amt an einer anderen Hochschule sind auch ohne Zustimmung der Professorin oder des Professors zulässig, wenn

1. die Hochschule oder die Hochschuleinrichtung, an der sie oder er tätig ist, aufgelöst oder mit einer anderen Hochschule zusammengeschlossen wird, oder
2. wenn die Studien- oder Fachrichtung, in der sie oder er tätig ist, ganz oder teilweise aufgegeben oder an eine andere Hochschule verlegt wird.

³In diesen Fällen ist das Verfahren nach Art. 50 nicht anzuwenden, eine Mitwirkung der aufnehmenden Hochschule oder Hochschuleinrichtung bei der Einstellung beschränkt sich auf eine Anhörung.

- (3) ¹Zur Professorin oder zum Professor darf nicht ernannt werden, wer das 52. Lebensjahr bereits vollendet hat. ²Das Staatsministerium kann in dringenden Fällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat Ausnahmen zulassen.
- (4) ¹Abweichend von Art. 63 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 BayBG soll der Antrag von Professorinnen und Professoren, den Eintritt in den Ruhestand über die gesetzlich festgesetzte Altersgrenze hinauszuschieben, spätestens ein Jahr vor Erreichen der gesetzlich festgesetzten Altersgrenze gestellt werden. ²Dies gilt für den Antrag, den Eintritt in den Ruhestand um ein weiteres Jahr hinauszuschieben, entsprechend.
- (5) ¹Das Staatsministerium kann auf Antrag einer Professorin oder eines Professors in Ausnahmefällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat anordnen, dass das Beamtenverhältnis einer oder eines in ein öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn tretenden Professorin oder Professors neben dem neuen Dienstverhältnis bestehen bleibt, sofern sich der neue Dienstherr hiermit einverstanden erklärt und die Hochschule zustimmt. ²Die oberste Dienstbehörde einer Beamtin oder eines Beamten, die oder der in ein Beamtenverhältnis einer Professorin oder eines Professors eines anderen Dienstherrn tritt, kann auf Antrag der Beamtin oder des Beamten im Einvernehmen mit dem neuen Dienstherrn die Fortdauer des Beamtenverhältnisses neben dem neuen Dienstverhältnis anordnen. ³Im staatlichen Bereich bedarf es der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. ⁴Ist neuer Dienstherr der Freistaat Bayern, so vertritt ihn das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.
- (6) Professorinnen und Professoren stehen auch nach dem Eintritt in den Ruhestand die mit der Lehrbefugnis verbundenen Rechte zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen und zur Beteiligung an Prüfungsverfahren zu.

Art. 45 Freistellung von Dienstaufgaben

- (1) Für die Dauer von in der Regel einem Semester kann die Hochschule Professorinnen und Professoren
 1. an Universitäten sowie in wissenschaftlichen Fächern an Kunsthochschulen unter Berücksichtigung ihrer Leistungen in Forschung und Lehre zur Förderung ihrer dienstlichen Forschungstätigkeit,
 2. an Kunsthochschulen unter Berücksichtigung ihrer Leistungen in Forschung, Kunst und Lehre zur Förderung künstlerischer Entwicklungsvorhaben,
 3. an Hochschulen für angewandte Wissenschaften unter Berücksichtigung ihrer Leistungen in der Lehre und in der anwendungsbezogenen Forschung für eine ihrer Fortbildung dienlichen praxisbezogene Tätigkeit oder für die Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

von der Verpflichtung zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen unter Belassung ihrer Bezüge befreien.

- (2) ¹Eine Freistellung unter Belassung der Dienstbezüge im Umfang von in der Regel zwei Semestern kann Professorinnen und Professoren auch für wirtschaftliche Tätigkeiten einschließlich Unternehmensgründungen gewährt werden, die mit Aufgaben der jeweiligen Hochschule in den Bereichen Forschung, künstlerische Entwicklung sowie Wissens- und Technologietransfer zusammenhängen (Gründungsfreiemester). ²Die Freistellung nach Satz 1 erteilt die Hochschule im Benehmen mit dem Staatsministerium. ³Das Recht der Professorinnen und Professoren, sich wirtschaftlich zu betätigen, insbesondere sich an Unternehmen zu beteiligen oder diese zu gründen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften und erfolgt, soweit Professorinnen und Professoren Beamtinnen oder Beamte sind, innerhalb der Vorgaben des Nebentätigkeitsrechts.
- (3) ¹Eine Freistellung nach den Abs. 1 und 2 setzt insbesondere voraus, dass durch sie die vollständige und ordnungsgemäße Durchführung der Lehre einschließlich der Prüfungen und die Betreuung der Studierenden und von wissenschaftlichen Arbeiten nicht beeinträchtigt wird. Der Umfang der Freistellung darf im Semester ein Zehntel der besetzten Planstellen für Professorinnen und Professoren nicht überschreiten. ³Wird für die während einer Freistellung ausgeübte Tätigkeit auf privatrechtlicher Grundlage eine Vergütung oder geldwerte Leistung gewährt, soll die Ablieferung dieser Vergütung oder geldwerten Leistung an den Dienstherrn im Hauptamt insoweit gefordert werden, als sie ein Drittel der Dienstbezüge der Professorin oder des Professors übersteigen. ⁴Von Arbeitgebern der öffentlichen Hand gewährte Vergütungen oder geldwerte Leistungen sind vollständig an den Dienstherrn im Hauptamt abzuliefern. ⁵Satz 2 gilt nicht für Nebenamtsvergütungen im Sinne des Art. 40 Abs. 1 Satz 4 und 5.

Art. 46 **Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“**

- (1) ¹Die Professorinnen und Professoren im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit können nach dem Ausscheiden aus der Hochschule wegen Eintritts in den Ruhestand die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde führen. ²Bei einem Ausscheiden aus sonstigen Gründen bedarf die Führung dieser Bezeichnung der Zustimmung der Hochschulleitung, die versagt werden kann, wenn die Führung dieser Bezeichnung, insbesondere im Hinblick auf die Dauer der Tätigkeit oder der zum Ausscheiden führenden Gründe, nicht angemessen ist. ³Professorinnen und Professoren im Beamtenverhältnis auf Zeit haben das Recht nach Satz 1 nach einer Dienstzeit als Professorin oder Professor im Beamtenverhältnis auf Zeit von mindestens sechs Jahren, sofern während dieser Zeit die Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wurde. ⁴Tenure-Track-Professorinnen und Tenure-Track-Professoren haben dieses Recht unter diesen Voraussetzungen nur, wenn die Hochschule dies im Zeitpunkt der Berufung der oder dem zu Berufenden gegenüber schriftlich zusichert. ⁵Die Führung der Bezeichnung kann vom Senat der Hochschule wegen Unwürdigkeit untersagt werden.
- (2) ¹Professorinnen und Professoren, die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis stehen, können die Amtsbezeichnung der entsprechenden beamteten Professorinnen und Professoren als Berufsbezeichnung führen, solange das Dienstverhältnis dauert. ²Scheiden unbefristet beschäftigte Professorinnen und Professoren wegen Erreichens der Altersgrenze oder wegen Dienstunfähigkeit aus, dürfen sie die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde führen. ³Im Übrigen gilt Abs. 1 Satz 2 entsprechend. ⁴Für befristet beschäftigte Professorinnen und Professoren gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend. ⁵Abs. 1 Satz 4 ist jeweils entsprechend anzuwenden.
- (3) Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 3 an Universitäten und Kunsthochschulen sind befugt, den Titel „Ordinarius“, Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 2 an Universitäten den Titel „Extraordinarius“ zu führen.

Art. 47 **Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren**

- (1) ¹Einstellungsvoraussetzungen für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren in wissenschaftlichen Fächern sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen mindestens
1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium,
 2. pädagogische und didaktische Eignung,
 3. eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die herausragende Qualifikation einer Promotion nachgewiesen wird.

²Art. 41 Abs. 1 Satz 7 gilt als Sollvorschrift entsprechend. ³Einstellungsvoraussetzung für künstlerische Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren ist neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen und den in Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen die besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit. ⁴Soweit es der Eigenart des Fachs und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses abweichend von Art. 41 Abs. 2 Satz 1 als künstlerische Juniorprofessorin oder als künstlerischer Juniorprofessor auch eingestellt werden, wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische und didaktische Eignung vorweist. ⁵Sofern vor oder nach der Promotion eine Beschäftigung als wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterin oder wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter oder als wissenschaftliche Hilfskraft erfolgt ist, sollen Promotions- und Beschäftigungsphase zusammen nicht mehr als sechs Jahre, im Bereich der Medizin oder klinischen Psychologie nicht mehr als neun Jahre betragen haben. ⁶Verlängerungen nach § 2 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 und 3 bis 5 des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) bleiben hierbei außer Betracht. ⁷§ 2 Abs. 3 Satz 1 WissZeitVG gilt entsprechend.

- (2) ¹Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren werden in der ersten Phase der Juniorprofessur grundsätzlich für die Dauer von bis zu vier Jahren zu Beamtinnen oder Beamten auf Zeit ernannt. Das Beamtenverhältnis einer Juniorprofessorin oder eines Juniorprofessors soll mit ihrer oder seiner Zustimmung vor dem Ablauf der ersten Phase um drei Jahre verlängert werden, wenn sie oder er sich als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer bewährt hat. ³Diese Bewährung ist durch eine Evaluierung der Leistungen in Forschung und in der Lehre sowie auf der Grundlage von Gutachten festzustellen, die von Professorinnen und Professoren des betreffenden Faches oder fachnahen Professorinnen und Professoren an anderen Hochschulen eingeholt werden. ⁴Etwilige Vorschläge der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors für die Bestellung von Gutachtern können berücksichtigt werden. ⁵Andernfalls kann das Beamtenverhältnis mit Zustimmung der Juniorprofessorin oder des Juniorprofessors um bis zu ein Jahr verlängert werden. ⁶In besonderen Ausnahmefällen ist eine Verlängerung abweichend von Abs. 2 Satz 2 um bis zu zwei weitere Jahre zulässig. ⁷Über die Verlängerung des Beamtenverhältnisses entscheidet die Hochschulleitung auf Vorschlag der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit. ⁸Im Übrigen ist eine weitere Verlängerung abgesehen von den Fällen des Art. 49 Abs. 2 und 3 nicht zulässig. ⁹Dies gilt auch für eine erneute Einstellung als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor. ¹⁰Ein Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Dienstzeit ist ausgeschlossen. ¹¹Wird eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit mit Zustimmung seines Dienstherrn als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor ernannt, gilt sie oder er für die Dauer seines Dienstverhältnisses als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor unter Fortfall der Leistungen des Dienstherrn als beurlaubt.

- (2a) ¹Das Dienstverhältnis eines Juniorprofessors oder einer Juniorprofessorin kann abweichend von Abs. 2 Satz

6 mit seiner oder ihrer Zustimmung um zwölf Monate verlängert werden, wenn das Dienstverhältnis zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde oder bestand. ²Für Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen in privatrechtlichen Dienstverhältnissen gilt Satz 1 entsprechend.

- (3) ¹Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis ist das Recht verbunden, die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde zu führen. ²Nach dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis darf diese Bezeichnung nicht weitergeführt werden. ³Art. 82 Abs. 10 Satz 3 bleibt unberührt.

- (4) ¹Wird die Juniorprofessur nach Maßgabe des Art. 42 Abs. 4 ausgeschrieben (Tenure-Track-Juniorprofessur), so kann die Bewährungsentscheidung nach Abs. 2 Satz 2 mit der Zwischenevaluierung nach Maßgabe eines Qualitätssicherungskonzeptes der Hochschule verbunden werden. ²Über die Bewährung nach Abs. 2 Satz 2 wird dabei gesondert befunden. ³Im Falle der positiven Zwischenevaluierung nach Satz 1 kann die Juniorprofessur abweichend von Abs. 2 Satz 2 um bis zu vier Jahre verlängert werden. ⁴Eine weitere Verlängerung ist abweichend von Abs. 2 Satz 6 nach negativer Endevaluierung um bis zu zwei Jahre möglich, wenn der Juniorprofessorin oder dem Juniorprofessor ein strukturiertes Ausgliederungsangebot zum Zwecke der Umorientierung unterbreitet wird.
- (5) ¹Im befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis darf die Juniorprofessur insgesamt sechs Jahre umfassen. ²Eine Verlängerung ist nicht möglich; Abs. 3 gilt entsprechend.
- (6) ¹Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren haben die Aufgabe, sich durch die selbstständige Wahrnehmung der ihrer Hochschule jeweils obliegenden Aufgaben in Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie Weiterbildung für die Berufung auf eine Professur an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule zu qualifizieren. ²Im Übrigen sind auf Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren die Bestimmungen des Art. 43 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Erstattung von Gutachten in Berufungsverfahren und zur Feststellung der Bewährung von Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nicht zu den hauptberuflichen Aufgaben gehört.

Art. 48

Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren

- (1) ¹Im Rahmen einer Nachwuchsprofessur an Hochschulen für angewandte Wissenschaften können geeignete Bewerberinnen und Bewerber die ihnen noch fehlenden Einstellungsvoraussetzungen für eine Professur an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften nach Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 erwerben. ²Im Übrigen gilt für die Dienstaufgaben der Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren Art. 47 Abs. 6 entsprechend.
- (2) ¹Einstellungsvoraussetzung für Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen
1. die in Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Voraussetzungen und
 2. eine der in Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 genannten Voraussetzungen.
- Art. 47 Abs. 1 Satz 4 bis 6 gilt für bereits promovierte Bewerberinnen und Bewerber entsprechend.
- (3) ¹Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren können für eine Dauer von mindestens drei und höchstens sechs Jahren im Beamtenverhältnis auf Zeit oder im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden. ²Art. 47 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und 4 gilt entsprechend. ³Am Ende des festgelegten Zeitraums stellt die Hochschule soweit erforderlich fest, dass die noch fehlende Einstellungsvoraussetzung im Sinne des Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 und 3 erbracht wurde.
- (4) Wird die Nachwuchsprofessur nach Maßgabe des Art. 42 Abs. 4 ausgeschrieben (Tenure-Track-Nachwuchsprofessur), würdigt am Ende der festgelegten Dauer des Beamten- oder Arbeitsverhältnisses die Hochschule die Qualität der Promotion und die in der beruflichen Praxis erbrachten Leistungen.

Art. 49

Dienstrechtliche Sonderregelungen für Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren

- (1) ¹Die laufbahnrechtlichen Vorschriften sowie die Vorschriften über die dienstliche Beurteilung und über den einstweiligen Ruhestand sind auf Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren nicht anzuwenden. ²Auf sie finden die Vorschriften über die Arbeitszeit mit Ausnahme der Vorschriften über den Verlust der Bezüge wegen nicht genehmigten verschuldeten Fernbleibens vom Dienst keine Anwendung; Art. 44 Abs. 1 Satz 2 bis 4 und Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden. ³Im Übrigen gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften für Beamte auf Lebenszeit entsprechend.
- (2) ¹Das Beamtenverhältnis auf Zeit von Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren wird, sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, auf Antrag der Beamtin oder des Beamten aus den in Satz 2 genannten Gründen verlängert. ²Gründe für eine Verlängerung sind:
1. Beurlaubung nach den Art. 89 und 90 BayBG,
 2. Beurlaubung nach Art. 93 Abs. 4 und Art. 94 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG,
 3. Beurlaubung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit, für ein Stipendium oder eine außerhalb des Hochschulbereichs oder im Ausland durchgeführte wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Aus-, Fort- oder Weiterbildung,
 4. Grundwehr- und Zivildienst oder
 5. Inanspruchnahme von Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz oder Beschäftigungsverbote nach dem Mutterschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung in dem Umfang, in dem eine Erwerbstätigkeit nicht erfolgt ist.
- ³Satz 1 gilt entsprechend im Fall einer
1. Teilzeitbeschäftigung,
 2. Ermäßigung der Arbeitszeit nach Art. 94 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG oder
 3. Freistellung zur Wahrnehmung von Aufgaben in einer Personal- oder Schwerbehindertenvertretung oder zur Wahrnehmung von Aufgaben als ~~Beauftragte oder Beauftragter für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft~~ Gleichstellungsbeauftragte oder Gleichstellungsbeauftragter sowie als Nachhaltigkeitsbeauftragte oder Nachhaltigkeitsbeauftragter der Hochschule oder einer ~~Fakultät~~ akademischen Selbstverwaltungseinheit,
- wenn die Ermäßigung mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit betrug. ⁴Eine Verlängerung darf den Umfang der Beurlaubung, Freistellung oder Ermäßigung der Arbeitszeit und in den Fällen des Satzes 2 Nr. 1 bis 3 und des Satzes 3 die Dauer von jeweils zwei Jahren nicht überschreiten. ⁵Mehrere Verlängerungen nach Satz 2 Nr. 1 bis 4 und Satz 3 dürfen insgesamt die Dauer von drei Jahren nicht überschreiten. ⁶Verlängerungen nach Satz 2 Nr. 5 dürfen, auch wenn sie mit anderen Verlängerungen zusammentreffen, insgesamt vier Jahre nicht überschreiten.
- (3) Unabhängig von den in Abs. 2 geregelten Verlängerungsmöglichkeiten soll das Beamtenverhältnis auf Zeit von Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren auf Antrag der Beamtin oder des Beamten bei Betreuung eines oder mehrerer Kinder unter 18 Jahren um zwei Jahre je betreutem Kind verlängert werden, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die Verlängerung notwendig ist, um die nach Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 erforderlichen zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen erfolgreich nachzuweisen.

Art. 50

Berufung von Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren

- (1) ¹Ist oder wird eine Stelle für Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Nachwuchsprofessorinnen und Nachwuchsprofessoren (Professur) frei, prüft und entscheidet die Hochschulleitung, ob und gegebenenfalls in welcher fachlichen Ausrichtung die Stelle wiederbesetzt werden soll. ²Dabei wird auch entschieden, ob die Stelle als Tenure-Track-Professur ausgeschrieben werden soll. Das Vertretungsorgan der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheiten wird gehört. ⁴Bei Professuren, die Aufgaben in der Krankenversorgung wahrnehmen, wird auch der Klinikumsvorstand gehört. ⁵Die Hochschulen informieren das Staatsministerium rechtzeitig vor der Veröffentlichung über die Ausschreibung. ⁶Untersagt das Staatsministerium die Ausschreibung nicht innerhalb von drei Werktagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen oder erteilt es hierfür Maßgaben, weil dies insbesondere aus hochschul- oder wissenschaftspolitischen Gründen erforderlich ist, kann die Ausschreibung veröffentlicht werden.
- (2) ¹Die Hochschulleitung bestellt für jedes Berufungsverfahren ~~in der Regel eine Professorin oder einen Professor~~ eine geeignete Person als Berichterstatlerin oder Berichterstatter. ²Die Berichterstatlerin oder der Berichterstatter begleitet das Berufungsverfahren, ist zur Teilnahme an Sitzungen des Berufungsausschusses berechtigt, nimmt an den Beratungen in den für die Behandlung des Berufungsvorschlags zuständigen Gremien teil und nimmt zum Berufungsvorschlag Stellung. ³Alle an der Vorbereitung und Behandlung des Berufungsvorschlags Beteiligten sind verpflichtet, auf eine möglichst rasche Besetzung der Professur hinzuwirken.
- (3) ¹Professuren sind öffentlich und in der Regel international auszuschriften. ²Die Entscheidung über die Aufstellung des Berufungsvorschlags trifft ein von Hochschulleitung und dem beschließenden Organ der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit gemeinsam gebildeter Berufungsausschuss, in dem die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer über die Mehrheit der Stimmen verfügt und dem mindestens angehören:
1. ~~eine Vertreterin oder ein Vertreter~~ zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
 2. ~~eine Vertreterin oder ein Vertreter~~ zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe der Studierenden,
 3. die oder der jeweils zuständige ~~Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft~~ Gleichstellungsbeauftragte und
 4. mindestens eine auswärtige Professorin oder ein auswärtiger Professor; an Kunsthochschulen kann dies bei der Berufung künstlerischer Professuren auch ein auswärtiger Experte sein.

³Die Vertreterinnen und Vertreter im Berufungsausschuss werden von dem Organ nach Art. 30 Abs. 3 Satz 3 der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheit entsendet; dabei werden die Vertreterinnen und Vertreter nach Art. 50 Absatz 3 Satz 2 Nr. 1 und 2 durch ihre Vertreterinnen und Vertreter ihrer Mitgliedergruppe ihrer jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheit vorgeschlagen. ³⁴Dem Berufungsausschuss soll mindestens eine Professorin angehören, die nicht zugleich eine ~~Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft~~ Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule ist. ⁴⁵Die Professorin kann zugleich auswärtiges Mitglied nach Satz 2 Nr. 4 sein. ⁵⁶Sind mit der zu besetzenden Professur Aufgaben im Universitätsklinikum verbunden, ist die Ärztliche Direktorin oder der Ärztliche Direktor oder eine von dieser oder diesem bestimmte fachkundige Person berechtigt, beratend an den Ausschusssitzungen teilzunehmen.

- (4) ¹Die Hochschulen regeln die Ausschreibung von Professuren und das Berufungsverfahren in einer Berufungssatzung, die der Einwilligung des Staatsministeriums bedarf. ²Die Berufungssatzung regelt insbesondere:

1. in welchen Fällen unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Bestenauslese von einer Ausschreibung abgesehen werden darf; dies ist in der Regel dann möglich, wenn für die Besetzung der Professur eine in besonderer Weise qualifizierte Persönlichkeit zur Verfügung steht, deren Gewinnung im Hinblick auf die Stärkung der Qualität und Profilbildung im besonderen Interesse der Hochschule liegt (Leuchtturmberufung),
2. in welchen Fällen unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Bestenauslese das Berufungs- durch ein Findungsverfahren ersetzt werden kann und die Ausgestaltung dieses Verfahrens,
3. über Abs. 3 hinausgehende Anforderungen an die Zusammensetzung der Berufungsausschüsse,
4. das Verfahren, in dem der Berufungsvorschlag aufgestellt und der Hochschulleitung zur Entscheidung vorgelegt wird,
5. in welchen Fällen auch Mitglieder der Hochschule in den Berufungsvorschlag aufgenommen werden dürfen, ~~und~~
6. Maßnahmen, mit denen im Berufungsverfahren auf eine Erhöhung des Anteils der **Frauen unterrepräsentierten Geschlechter** in der Wissenschaft hingewirkt wird, ~~und~~
7. das Verfahren zur Evaluierung der Leistungen von Tenure-Track-Professorinnen und Tenure-Track-Professoren und
8. in welcher Form die pädagogische und didaktische Eignung festgestellt wird.

³Sollte nach Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 eine Findungskommission mit der Berufung betraut werden, sollen die Mitgliedergruppen zu gleichen Teilen vertreten sein, wie dies in Abs. 3 geregelt ist. ³Der oder dem Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft ist die Möglichkeit einzuräumen, ein ~~abweichendes~~ ~~Votum~~ abzugeben. ⁴Die einzelnen stimmberechtigten Mitglieder des Berufungsausschusses sowie die Professorinnen und Professoren der jeweils betroffenen akademischen Selbstverwaltungseinheit können ein Sondervotum abgeben, das dem Berufungsvorschlag beizufügen ist.

- (5) ¹Über die Berufung entscheidet die Präsidentin oder der Präsident ~~ohne~~ **mit** Bindung an die Reihung des Berufungsvorschlags. ²Sie oder er kann den Berufungsvorschlag insgesamt zurückgeben. ³Die Präsidentin oder der Präsident gibt der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit Gelegenheit, zu ihren oder seinen Entscheidungen nach diesem Absatz Stellung zu nehmen.
- (6) ¹Berufungsvorschläge für die Berufung von Professorinnen und Professoren der Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts werden von der akademischen Selbstverwaltungseinheit für Theologie des gleichen Bekenntnisses der nächstgelegenen Hochschule erstellt, wenn an der Hochschule keine akademische Selbstverwaltungseinheit für Theologie des gleichen Bekenntnisses besteht. ²Die vorhandenen Professorinnen und Professoren der Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts gehören den jeweiligen Berufungsausschüssen dieser akademischen Selbstverwaltungseinheit der nächstgelegenen Hochschulen an. ³Art. 3 § 4 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie Art. 3 und 4 des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins bleiben unberührt.
- (7) ¹Auf Vorschlag des Vertretungsorgans der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit kann die Hochschulleitung, soweit das Klinikum betroffen ist im Einvernehmen mit der Ärztlichen Direktorin oder dem Ärztlichen Direktor, befristet bis zur beabsichtigten Besetzung von Stellen für Professorinnen oder Professoren geeignete Personen als Professorinnen oder Professoren beschäftigen. ²Liegt der Präsidentin oder dem Präsidenten der Berufungsvorschlag für die Wiederbesetzung einer Professur noch nicht vor, darf die bisherige Stelleninhaberin oder der bisherige Stelleninhaber nicht nach Satz 1 beschäftigt werden.

- (8) ¹Zusagen über die Ausstattung von Professuren stehen unter dem Vorbehalt der Mittelbewilligung durch den Landtag sowie staatlicher Maßgaben zur Verteilung von Stellen und Mitteln. ²Die Ausstattung einer Professur wird grundsätzlich befristet gewährt.

Art. 51 Gemeinsame Berufungen

- (1) ¹Die Hochschulen können mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur Förderung und Intensivierung ihrer personellen und fachlichen Zusammenarbeit in Forschung und Lehre gemeinsame Berufungen durchführen. ²Die Ausgestaltung des gemeinsamen Berufungsverfahrens regeln die Hochschulen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung.
- (2) Die nach Abs. 1 berufenen Personen sind Mitglieder der Hochschule in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und verpflichtet, Aufgaben in der Lehre im Umfang von mindestens zwei Semesterwochenstunden wahrzunehmen.
- (3) ¹Die Hochschulen können Personen, die die Einstellungs Voraussetzungen nach Art. 41 erfüllen, aufgrund eines gemeinsamen Berufungsverfahrens nach Abs. 1 abweichend von Art. 42 ohne Begründung eines Beamten- oder Beschäftigungsverhältnisses für die Dauer der Beschäftigung bei der außeruniversitären Forschungseinrichtung die Eigenschaft eines Mitglieds der Hochschule in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer verleihen. ²Die nach Satz 1 Berufenen haben das Recht, für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses an der außeruniversitären Forschungseinrichtung den Titel „Professorin“ oder „Professor“ zu führen. ³Nähere Regelungen kann die Grundordnung treffen.

Art. 52 Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

- (1) ¹Die Präsidentin oder der Präsident der Hochschule kann Personen zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor bestellen, die
1. die Einstellungs voraussetzung nach Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 erfüllen und den Qualifikationsanforderungen an Professorinnen und Professoren der betreffenden Hochschulart im Sinne des Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Satz 3, Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 entsprechen und
 2. auf Grund mehrjähriger Erfahrungen in der Lehre an Hochschulen zur Lehrtätigkeit an der betreffenden Hochschulart geeignet sind.
- (2) ¹Mit der Bestellung wird die Honorarprofessorin oder der Honorarprofessor Mitglied der Hochschule. ²Die Begründung eines Dienstverhältnisses ist mit der Bestellung nicht verbunden. ³Diese begründet keinen Anspruch auf Dienst- und Versorgungsbezüge und keine Anwartschaft auf Bestellung zur Professorin oder zum Professor. ⁴Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sind befugt, die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde zu führen.
- (3) ¹Die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren haben ihre Lehrtätigkeit an den Erfordernissen des Fachs sowie an den Prüfungs- und Studienordnungen auszurichten. ²Ihnen kann nach Maßgabe der vom Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat zu erlassenden Bestimmungen eine Lehrvergütung gewährt werden.
- (4) Art. 63 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes findet sinngemäß Anwendung.

Art. 53

Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie außerplanmäßige Professorinnen und Professoren

- (1) ¹Privatdozentinnen und Privatdozenten sind Mitglieder der Hochschule. ²Art. 52 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.
- (2) Die Forschungseinrichtungen der Hochschule sollen Privatdozentinnen und Privatdozenten im Rahmen des Möglichen zugänglich gemacht werden.
- (3) Auf Antrag des Vertretungsorgans der Mitglieder der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit kann die Präsidentin oder der Präsident Privatdozentinnen oder Privatdozenten nach mehrjähriger Tätigkeit als Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, die überwiegend an der betreffenden Hochschule erbracht worden sein soll, zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor bestellen, wenn nicht die Voraussetzungen für einen Widerruf nach Art. 54 vorliegen.
- (4) ¹Die Bestellung zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor lässt die Rechtsstellung von Privatdozentinnen und Privatdozenten unberührt. ²Außerplanmäßige Professorinnen und Professoren sind befugt, die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ als akademische Würde zu führen.

Art. 54 Widerruf der Bestellung

- (1) ¹Die Präsidentin oder der Präsident kann die Bestellung widerrufen, wenn die Honorarprofessorin, der Honorarprofessor, die außerplanmäßige Professorin oder der außerplanmäßige Professor
 1. zur Professorin oder zum Professor an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes ernannt wird oder eine vergleichbare Rechtsstellung im Ausland erhält oder
 2. vor Vollendung des 62. Lebensjahres aus Gründen, die sie oder er zu vertreten hat, die Obliegenheit zur unentgeltlichen Lehrtätigkeit im Umfang von mindestens zwei Lehrveranstaltungsstunden nicht erfüllt.²Die Bestellung wird widerrufen, wenn die Honorarprofessorin, der Honorarprofessor, die außerplanmäßige Professorin oder der außerplanmäßige Professor
 1. schriftlich gegenüber der Präsidentin oder dem Präsidenten verzichtet oder
 2. zu einer Strafe verurteilt wird, die bei Beamtinnen oder Beamten den Verlust der Beamtenrechte nach sich zieht; im Übrigen gilt Satz 1 entsprechend.
- (2) ¹Bei einer Privatdozentin oder einem Privatdozenten kann unter den in Abs. 1 genannten Voraussetzungen oder, wenn diejenige oder derjenige die Lehrbefugnis oder eine vergleichbare Rechtsstellung an einer anderen Hochschule erlangt hat, die Lehrbefugnis (Art. 82 Abs. 10) und die Bestellung zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor widerrufen werden. ²Zuständig für den Widerruf nach Satz 1 ist die Präsidentin oder der Präsident, der oder dem gegenüber auch der Verzicht auf die Lehrbefugnis oder die Bestellung zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor zu erklären ist.
- (3) ¹Mit dem Widerruf der Bestellung erlischt die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“. ²Bei einem Widerruf der Lehrbefugnis erlischt zugleich die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“.

Kapitel 3

Weiteres Hochschulpersonal

Art. 55

Einstellungsvoraussetzungen für wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- (1) ¹Zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat im Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Lebenszeit können Personen ernannt werden, die mindestens
1. die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen,
 2. ein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen,
 3. in dem entsprechenden Fach den Doktorgrad erworben oder eine Zweite Staatsprüfung mit Erfolg abgelegt haben und
 4. nach dem Erwerb dieses Doktorgrades oder nach der Zweiten Staatsprüfung in der Regel eine mindestens zweijährige wissenschaftliche oder praktische Tätigkeit im einschlägigen Fach hauptberuflich ausgeübt haben.

²Im Fach Katholische Theologie genügt an Stelle der Promotion die erfolgreiche Ablegung des Pfarrexamens nach der Rahmenordnung für die Priesterbildung oder der Zweiten Dienstprüfung nach dem Rahmenstatut für Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten, im Fach Evangelische Theologie die erfolgreiche Ablegung der Theologischen Anstellungsprüfung. ³In den ingenieurwissenschaftlichen Fächern sowie aus dringenden dienstlichen Gründen sind Ausnahmen von dem in Satz 1 Nr. 3 genannten Erfordernis zulässig.

- (2) ¹Für die Einstellung als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis gelten Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 sowie Satz 2 und 3. ²Bei befristeter Tätigkeit kann von den in Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 genannten Voraussetzungen abgewichen werden. ³Die Einstellung künstlerischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis setzt in der Regel ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus.

Art. 56

Dienstrechtliche Stellung und Dienstaufgaben

- (1) ¹Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden an Universitäten und Kunsthochschulen unter Übertragung dieser Funktion in der Regel zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat in der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft in einem Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Lebenszeit ernannt. ²Im Übrigen werden sie, insbesondere wenn eine befristete Tätigkeit vorgesehen ist, in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt.
- (2) ¹Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern obliegen wissenschaftliche Dienstleistungen. ²Sie werden nach Anordnung und fachlicher Betreuung durch die Leitung der Organisationseinheit oder die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, denen sie zugeordnet sind, tätig. ³Zu den wissenschaftlichen Dienstleistungen gehören auch die Durchführung von Lehrveranstaltungen und, im Bereich der Medizin oder klinischen Psychologie, Tätigkeiten in der Krankenversorgung in der Hochschule und im Klinikum. ⁴Für den Bereich der Tiermedizin gilt dies entsprechend. ⁵In begründeten Fällen soll wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die selbstständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre übertragen werden. ⁶Die Entscheidung trifft die Leiterin oder der Leiter der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit.
- (3) Für künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt Abs. 2 entsprechend.

- (4) ¹Promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Universitäten, die im Rahmen eines hochschulübergreifenden Förderprogramms gefördert werden, dessen Ausschreibungs- und Begutachtungsverfahren dem Berufungsverfahren für eine Juniorprofessur im Wesentlichen entspricht, überträgt die Leiterin oder der Leiter der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit für einen befristeten Zeitraum die selbstständige Leitung einer Nachwuchsgruppe. ²Den Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleitern soll in ausreichendem Umfang Gelegenheit zur selbstständigen Lehre und zur Betreuung eigener Doktorandinnen und Doktoranden gegeben werden. ³Am Ende des in Satz 1 genannten Zeitraums stellt die Hochschule durch eine Evaluierung der erbrachten Leistungen fest, ob sich die Nachwuchsgruppenleiterin oder der Nachwuchsgruppenleiter bewährt hat. ⁴Grundlage der Evaluierung sind Gutachten, die von Professorinnen und Professoren des betreffenden Faches oder fachnahen Professorinnen und Professoren an anderen Hochschulen eingeholt werden. ⁵Etwaige Vorschläge der Nachwuchsgruppenleiterin oder des Nachwuchsgruppenleiters für die Bestellung von Gutachterinnen und Gutachtern können berücksichtigt werden.
- (5) Hauptberuflich an der Hochschule im Dienst des Freistaates Bayern tätige Personen mit ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Aufgaben, die nicht Professorinnen und Professoren oder Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sind, sind dienst- und mitgliedschaftsrechtlich wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleichgestellt.

Art. 57

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Weiterqualifizierungsaufgaben

- (1) ¹Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die befristet beschäftigt werden, können neben den wissenschaftlichen Dienstleistungen (Art. 56 Abs. 2 Satz 1, 3 und 4) Aufgaben übertragen werden, die auch der Vorbereitung einer Promotion oder der Erbringung zusätzlicher wissenschaftlicher Leistungen förderlich sind. ²Ihnen soll im Rahmen ihrer Dienstaufgaben ausreichend Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit gegeben werden. ³Art. 56 Abs. 2 Satz 2 und 5 findet Anwendung.
- (2) ¹Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen Aufgaben übertragen werden, die auch der Vorbereitung einer Promotion förderlich sind, werden in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt. ²Die Beschäftigung setzt ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus.
- (3) ¹Hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen Aufgaben übertragen werden, die auch der Erbringung zusätzlicher wissenschaftlicher Leistungen förderlich sind, können im Rahmen eines Beamtenverhältnisses auf Zeit als Akademische Rätin oder Akademischer Rat oder Akademische Oberrätin oder Akademischer Oberrat oder in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden. ²Für die Beamtinnen und Beamten auf Zeit im Sinne des Satzes 1 gelten die positive Zwischenevaluierung nach Art. 82 Abs. 5 Satz 1, die Verlängerung des Beamtenverhältnisses nach Abs. 5 Satz 2 sowie die Ernennung nach Abs. 5 Satz 3 als Feststellung im Sinne des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes.
- (4) ¹Zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat im Beamtenverhältnis auf Zeit mit der Funktion einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Sinne des Abs. 3 kann ernannt werden, wer die in Art. 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Voraussetzungen erfüllt; Art. 55 Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. ²Zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit kann ernannt werden, wer die in Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt und die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Universitäten (Art. 41 Abs. 1) oder für Professorinnen und Professoren an Kunsthochschulen (Art. 41 Abs. 2) nachweist.
- (5) ¹Die Ernennung zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat im Beamtenverhältnis auf Zeit in der Funktion einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Sinne des Abs. 3 erfolgt für die Dauer von drei Jahren, die Ernennung zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von bis zu vier Jahren.

²Das Dienstverhältnis einer Akademischen Rätin oder eines Akademischen Rats auf Zeit kann um bis zu weitere drei Jahre verlängert werden. ³Eine Akademische Rätin oder ein Akademischer Rat im Beamtenverhältnis auf Zeit kann nach Ablauf der Dienstzeit zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt werden. ⁴Im Übrigen ist eine Verlängerung des Dienstverhältnisses einer Akademischen Rätin oder eines Akademischen Rats oder einer Akademischen Oberrätin oder eines Akademischen Oberrats, abgesehen von den Fällen des Art. 49 Abs. 2 und 3, oder eine erneute Ernennung zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat oder zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit nicht zulässig. ⁵Ein Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Dienstzeit ist ausgeschlossen. ⁶Wird eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit mit Zustimmung des Dienstherrn zur Akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat oder zur Akademischen Oberrätin oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt, gilt die Beamtin oder der Beamte für die Dauer dieses Dienstverhältnisses unter Fortfall der Leistungen des Dienstherrn als beurlaubt.

(5a) ¹Ein Dienstverhältnis nach Abs. 3 Satz 1 kann abweichend von Abs. 5 Satz 2 mit Zustimmung des oder der

Betroffenen um zwölf Monate verlängert werden, wenn das Dienstverhältnis zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde oder bestand. ²Um von der Möglichkeit des Satzes 1 Gebrauch zu machen, kann ein Dienstverhältnis auch neu begründet werden.

(6) ¹Für die haupt- oder nebenberufliche Beschäftigung als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sinne des Abs. 3 in einem befristeten privatrechtlichen Arbeitsverhältnis gelten Abs. 4 und Abs. 5 Satz 1 bis 3 entsprechend. ²Die Vorschriften des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes bleiben unberührt.

(7) Die Abs. 1 bis 6 gelten für künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend.

Art. 58

Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Verordnungsermächtigung

(1) ¹Lehrkräfte für besondere Aufgaben müssen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung den Aufgaben der Hochschule entsprechen. ²Durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat können die Einstellungsvoraussetzungen näher bestimmt werden.

(2) ¹Hauptberuflich tätige Lehrkräfte für besondere Aufgaben werden unter Übertragung dieser Funktion in der Regel zur akademischen Rätin oder zum Akademischen Rat oder zur Fachlehrerin oder zum Fachlehrer in der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft ernannt. ²Insbesondere im Bereich der Lehrerbildung können auch abgeordnete Beamtinnen und Beamte aus dem Schuldienst als Lehrkräfte für besondere Aufgaben beschäftigt werden. ³Lehrkräfte für besondere Aufgaben können, insbesondere, wenn sie als Lektorinnen und Lektoren tätig werden, auch in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis haupt- oder nebenberuflich beschäftigt werden.

(3) ¹Lehrkräften für besondere Aufgaben obliegt überwiegend die Aufgabe, Studierenden Fachwissen, praktische Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln (Art. 39 Abs. 1 Satz 2). ²Art. 57 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 59

Wissenschaftsstützende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung

(1) Die wissenschaftsstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung sind die in der Hochschulverwaltung sowie in den wissenschaftlichen oder künstlerischen Einrichtungen tätigen Beamtinnen, Beamten, Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer, denen andere als wissenschaftliche

Dienstleistungen – insbesondere solche im Wissenschaftsmanagement, im Verwaltungs-, Bibliotheks- oder Betriebsdienst sowie im technischen oder einem sonstigen Dienst – obliegen.

- (2) Die Einstellungsvoraussetzungen und die dienstrechtliche Stellung der wissenschaftsstützenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmen sich nach den allgemeinen dienstrechtlichen Vorschriften.

Teil 7

Lehre und Studium

Kapitel 1

Lehre

Art. 60 Studienberatung

¹Die Hochschule unterrichtet Studierende sowie Studienbewerberinnen und Studienbewerber über die Studienmöglichkeiten und über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums. ²Sie unterstützt die Studierenden in ihrem Studium durch ein bedarfsgerechtes Angebot von Einführungsveranstaltungen in den einzelnen Studiengängen und eine studienbegleitende fachliche Beratung während des gesamten Studiums. ³Sie verschafft sich bis zum Ende des ersten Jahres des Studiums einen Überblick über den bisherigen Studienverlauf, informiert die Studierenden und führt gegebenenfalls eine Studienberatung durch. ⁴Die Hochschule wirkt bei der Studienberatung insbesondere mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen sowie den Gymnasien, Berufsoberschulen und Fachoberschulen zusammen.

Art. 61 Lehrbeauftragte

- (1) ¹Zur Ergänzung des Lehrangebots können Lehraufträge erteilt werden. ²An Kunsthochschulen können sie auch zur Sicherstellung des Lehrangebots in einem Fach erteilt werden. ³Lehrbeauftragte werden in der Regel für ein Semester durch die Hochschule bestellt. ⁴Sie stehen in einem öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnis. ⁵Lehrbeauftragte sollen mindestens die Voraussetzungen nach Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 sowie – im Bereich der Medizin – nach Art. 41 Abs. 1 Satz 7, im Bereich der Fachhochschulstudiengänge nach Art. 41 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 erfüllen und eine mindestens dreijährige berufliche Praxis nachweisen. ⁶Ein Lehrauftrag ist zu vergüten. ⁷Dies gilt nicht, wenn Lehrbeauftragte von sich aus auf eine Vergütung verzichten oder wenn die durch den Lehrauftrag entstehende Belastung bei der Bemessung der Dienstaufgaben einer oder eines hauptberuflich im öffentlichen Dienst Tätigen entsprechend berücksichtigt wird.
- (2) ¹Personen, die bereits auf Grund eines Dienstverhältnisses zu einer Lehrtätigkeit an einer Hochschule verpflichtet sind oder verpflichtet werden können, können an dieser Hochschule Lehraufträge nur für Lehrveranstaltungen erhalten, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten zählen. ²Ausnahmen hiervon sind zulässig bei Lehrveranstaltungen insbesondere im Bereich der Weiterbildung und in berufsbegleitenden Studiengängen. ³Die Lehrverpflichtung darf zur Wahrnehmung des Lehrauftrags nicht ermäßigt werden.
- (3) Die Lehrbeauftragten nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben selbstständig wahr; Art. 39 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 gilt entsprechend.

- (4) Die Beschäftigung von Lehrbeauftragten in den akademischen Selbstverwaltungseinheiten für Theologie und in den Fächern Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts der Universitäten kann im Hinblick auf die Bestimmungen des Art. 3 § 2 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie des Art. 2 Abs. II und Art. 5 Abs. III bis V des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins erst dann erfolgen, wenn das Staatsministerium der Hochschule schriftlich mitgeteilt hat, dass keine Einwendungen erhoben werden.
- (5) Das Staatsministerium erlässt im Benehmen mit den Hochschulen Bestimmungen über die Beschäftigung von Lehrbeauftragten und – im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat – insbesondere über die Lehrauftragsvergütung.

Kapitel 2

Studium und Prüfung

Art. 62

Studium, Lehre und Studienjahr

- (1) ¹Studium und Lehre sollen die Studierenden auch auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, dass sie zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortungsvollem, nachhaltigem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden. ²Dabei sollen die besonderen Belange von Studierenden mit Behinderung, Beeinträchtigung und chronischer Erkrankung oder in besonderen Lebenslagen berücksichtigt werden.
- (2) ¹Die Hochschulen überprüfen Inhalte und Formen des Studiums im Hinblick auf die Entwicklungen in Wissenschaft und Kunst, die Anforderungen der beruflichen Praxis und in der Berufswelt, die Methoden des Lehrens, Lernens und des Prüfens sowie die Schaffung eines europäischen Hochschulraums und entwickeln diese ständig weiter. ²Dabei soll insbesondere den Anforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung Rechnung getragen werden.
- (3) ¹Das Studienjahr wird in der Regel in Semester eingeteilt. ²Der Beginn des Studienjahres und die Dauer des Semesters werden durch Rechtsverordnung festgesetzt. ³Werden Studiengänge außerhalb Bayerns angeboten, werden die erforderlichen Regelungen durch die Hochschule in der Grundordnung getroffen.

Art. 63

Studiengänge, gestufte Studienstruktur, sonstige Studien

- (1) ¹Ein Studiengang ist ein durch Studien- und Prüfungsordnungen geregeltes, auf einen bestimmten Hochschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss gerichtetes Studium, das in der Regel zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führt. ²Als berufsqualifizierend im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Abschluss eines Studiengangs, durch den die fachliche Eignung für einen beruflichen Vorbereitungsdienst oder eine berufliche Einführung vermittelt wird. ³Duale Studiengänge binden eine Berufsausbildung (ausbildungsintegrierende Studiengänge) oder an deren Stelle tretende Praxisphasen (praxisintegrierende Studiengänge) in das Studium ein und verzahnen die Studien- und Ausbildungs- oder Praxisphasen systematisch sowohl inhaltlich als auch organisatorisch und vertraglich. ⁴Die Hochschulen können Studiengänge auch so gestalten, dass sie von einzelnen Studierenden dual studiert werden können.

(2) ¹Sind auf Grund der maßgebenden Studien- und Prüfungsordnung aus einer größeren Zahl zulässiger Fächer für das Studium Fächer auszuwählen, ist jedes dieser Fächer ein Teilstudiengang.
²Die Bestimmungen über den Studiengang gelten entsprechend.

(3) ¹In der in der Regel gestuften Studienstruktur

1. führen grundständige Studiengänge zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss, in der Regel zu einem Bachelorabschluss (Bachelorstudiengänge); unberührt bleiben Studiengänge, die ganz oder teilweise mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abschließen; an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und entsprechenden Studiengängen an anderen Hochschulen (Fachhochschulstudiengänge) enthalten grundständige Studiengänge in der Regel ein praktisches Studiensemester;
2. vermitteln postgraduale Studiengänge Absolventinnen und Absolventen eines Hochschulstudiums weitere Qualifikationen und führen in der Regel zu einem Masterabschluss (Masterstudiengänge); konsekutive Masterstudiengänge schließen an einen ersten Hochschulabschluss an und sind als fachlich vertiefende, verbreiternde, fachübergreifend erweiternde oder fachlich andere Studiengänge ausgestaltet.

²Bachelor- und Masterstudiengänge sind in Studieneinheiten gegliedert, die durch die Zusammenfassung von Studieninhalten thematisch und zeitlich abgegrenzt sind (Module) und denen in Abhängigkeit vom Arbeitsaufwand für die Studierenden eine bestimmte Anzahl von Leistungspunkten zugeordnet ist. ³In sonstigen Studiengängen soll dies angestrebt werden, um die Anrechnung nach Art. 70 zu erleichtern. ⁴Studiengänge können in Vollzeit und Teilzeit sowie als berufs- oder ausbildungsbegleitende Studiengänge, die neben einer Berufstätigkeit oder Berufsausbildung absolviert werden können, angeboten werden.

(4) ¹Die Hochschulen unterrichten das Staatsministerium über die Einrichtung, wesentliche Änderung oder Aufhebung eines Studiengangs spätestens drei Monate vor Beginn des betreffenden Semesters. ²Das Staatsministerium kann die Einrichtung, wesentliche Änderung oder Aufhebung eines Studiengangs untersagen oder hierfür Maßgaben erteilen, wenn dies insbesondere aus hochschul- und wissenschaftspolitischen Gründen erforderlich ist. ³Bei akkreditierungspflichtigen Studiengängen gemäß Art. 7 Abs. 4 ist eine Akkreditierung spätestens innerhalb der Regelstudienzeit gegenüber dem Staatsministerium nachzuweisen.

(5) Die Hochschulen unterrichten die Studierenden eines Studiengangs über wesentliche Änderungen eines Studiengangs spätestens zwei Monate vor Beginn des betreffenden Semesters.

(6) ¹Zum Erwerb von wissenschaftlichen, künstlerischen oder beruflichen Teilqualifikationen können die Hochschulen folgende sonstige Studien anbieten:

1. grundständige und postgraduale Modulstudien, in denen einzelne Module eines grundständigen oder postgradualen Studiengangs absolviert werden,
2. Zusatzstudien, in denen parallel zu einem grundständigen oder postgradualen Studiengang weitere Teilqualifikationen erworben werden.

²Wenn die sonstigen Studien durch eine Hochschulprüfung abgeschlossen werden, können die Hochschulen durch Satzung die Vergabe eines Zertifikats regeln.

(7) ¹Die Hochschulen können fremdsprachige Studiengänge anbieten. ²Ebenso können sie gemeinsam mit ausländischen, insbesondere europäischen Partnerhochschulen internationale Studiengänge entwickeln, in denen Studienabschnitte und Prüfungen an der ausländischen Hochschule erbracht werden. ³Die Hochschulen können außerhalb eines Studiums insbesondere zur Förderung des internationalen Austauschs auch Veranstaltungen wie Summer Schools entwickeln.

(8) ¹Schülerinnen und Schülern, die nach der einvernehmlichen Einschätzung von Schule und Hochschule besondere Begabungen aufweisen, kann im Einzelfall genehmigt werden, an

Lehrveranstaltungen teilzunehmen sowie Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen (Frühstudium).²Gleiches gilt im Einvernehmen mit der Schule für Schülerinnen und Schüler, die nach Einschätzung einer Kunsthochschule besondere künstlerische Begabungen aufweisen (Jungstudium).³Das Jungstudium kann auch besondere Angebote umfassen.

Art. 64 Weiterbildung

(1) ¹Die wissenschaftliche und künstlerische Weiterbildung dient der wissenschaftlichen oder künstlerischen Vertiefung und Ergänzung berufspraktischer Erfahrungen sowie der Aneignung für die berufliche Entwicklung erforderlicher Kompetenzen (akademische Weiterbildung). ²Zur akademischen Weiterbildung können die Hochschulen anbieten:

1. Masterstudiengänge, die an eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel grundsätzlich nicht unter einem Jahr anknüpfen und diese inhaltlich berücksichtigen (weiterbildende Masterstudiengänge), und
2. folgende sonstige Studien:
 - a) weiterbildende Modulstudien, in denen einzelne Module eines weiterbildenden Masterstudiengangs absolviert werden,
 - b) weiterbildende Studien, die vertiefend oder ergänzend zu berufspraktischen Erfahrungen wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Teilqualifikationen vermitteln.

³Wenn die sonstigen Studien durch eine Hochschulprüfung abgeschlossen werden, können die Hochschulen durch Satzung die Vergabe eines Zertifikats regeln (Zertifikatsprogramme).

(2) ¹Die Hochschulen können auch Angebote entwickeln und durchführen, die der Weiterbildung von Personen mit einer laufenden oder abgeschlossenen Berufsausbildung dienen (akademische Weiterqualifizierung). ²Zur akademischen Weiterqualifizierung können die Hochschulen anbieten:

1. Bachelorstudiengänge, die an die Berufsausbildung anknüpfen und auf dieser aufbauen, sie vertiefen oder erweitern und die berufsbegleitend angeboten werden (weiterqualifizierende Bachelorstudiengänge), und
2. folgende sonstige Studien:
 - a) weiterqualifizierende Modulstudien, in denen einzelne Module eines weiterqualifizierenden Bachelorstudiengangs absolviert werden,
 - b) weiterqualifizierende Studien, die an die Berufsausbildung anknüpfen und vertiefend oder ergänzend zu berufspraktischen Erfahrungen wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Teilqualifikationen vermitteln.

³Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

Art. 65 Regelstudienzeit

(1) ¹In den Prüfungsordnungen ist eine Studienzeit vorzusehen, in der ein Hochschulabschluss erworben werden kann oder sonstige Studien abgeschlossen werden können (Regelstudienzeit). ²Die Regelstudienzeit schließt Zeiten einer in den Studiengang eingeordneten berufspraktischen Tätigkeit, praktische Studiensemester und Prüfungszeiten ein. ³Die Regelstudienzeit ist maßgebend für die

Gestaltung der Studienordnung, für die Sicherstellung des Lehrangebots, für die Gestaltung des Prüfungsverfahrens sowie für die Ermittlung und Festsetzung der Ausbildungskapazitäten.

(2) ¹Die Regelstudienzeit beträgt

1. bei Bachelorstudiengängen mindestens drei und höchstens vier Jahre, bei Fachhochschulstudiengängen in der Regel dreieinhalb Jahre,
2. bei sonstigen grundständigen Studiengängen höchstens viereinhalb Jahre,
3. bei Masterstudiengängen mindestens ein Jahr und höchstens zwei Jahre, bei Fachhochschulstudiengängen in der Regel eineinhalb Jahre,
4. bei sonstigen postgradualen Studiengängen in der Regel höchstens zwei Jahre.

²Bei gestuften Studiengängen, die zu einem Bachelorabschluss und einem konsekutiven Masterabschluss führen, beträgt die Gesamtregelstudienzeit höchstens fünf Jahre. ³Darüber hinausgehende Regelstudienzeiten dürfen in besonders begründeten Fällen festgesetzt werden. ⁴Dies gilt auch für Studiengänge, die in besonderen Studienformen, zum Beispiel in Teilzeit oder berufsbegleitend, durchgeführt werden. ⁵Die Regelstudienzeit bei Modulstudien entspricht den für den jeweiligen Studiengang geltenden Regelungen für das Modul; im Übrigen richtet sie sich nach den Erfordernissen der jeweiligen sonstigen Studien.

(3) Sofern die äußeren Umstände in Bayern oder einzelnen Regionen ein normales Studieren für einen signifikanten Anteil von Studierenden verhindern, wird eine Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit regionsspezifisch, hochschulspezifisch oder für ganz Bayern per Rechtsverordnung beschlossen.

Art. 66 Studienordnungen

(1) ¹Soweit dies für die Planung des Studiums erforderlich ist, soll die Hochschule eine Studienordnung durch Satzung aufstellen. ²Sie regelt auf der Grundlage der Prüfungsordnung Inhalt und Aufbau des Studiums. ³Die Studienordnung kann die Voraussetzungen für die Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen regeln, insbesondere diese vom Nachweis ausreichender Kenntnisse oder besonderer Befähigung abhängig machen.

(2) Geeignete Studiengänge sind in Teilzeit zu ermöglichen.

(3) ¹Bei Studiengängen, die ganz oder teilweise mit einer staatlichen Prüfung abschließen, bedarf die Studienordnung des Einvernehmens mit dem für die jeweilige staatliche Prüfung zuständigen Staatsministerium. ²Dies gilt nicht für Studiengänge, bei denen die Hochschulprüfung die staatliche Prüfung umfasst.

(4) Studienordnungen sollen so gestaltet sein, dass praktische Anteile und Auslandsaufenthalte innerhalb der Regelstudienzeit absolviert werden können.

Art. 67 Studienleitende Maßnahmen, begrenzte Fächerwahl

(1) ¹Haben in einem Studiengang einzelne Lehrveranstaltungen eine beschränkte Aufnahmekapazität, kann die Hochschule die Anzahl von Studierenden in einer einzelnen Lehrveranstaltung begrenzen, wenn der Abschluss des Studiums innerhalb der Regelstudienzeit dadurch nicht ausgeschlossen wird. ²Die Kriterien für die Aufnahme in Lehrveranstaltungen mit begrenzter Aufnahmekapazität legt die Hochschule durch Satzung fest. ³Die Auswahl soll vorrangig nach dem Studienfortschritt, bei

Lehrveranstaltungen gleichen Inhalts an verschiedenen Orten nach sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründen erfolgen.

- (2) ¹Der Zugang zu Teilstudiengängen, Studienrichtungen oder Studienschwerpunkten und Fächern, die im Verlauf des Studiums gewählt werden können, darf unter der Voraussetzung der erschöpfenden Nutzung der Ausbildungskapazität begrenzt werden. ²Das Nähere, insbesondere die Zahl der aufzunehmenden Studierenden, die Auswahlkriterien und das Verfahren, regelt die Hochschule durch Satzung. ³Die Auswahl soll nach Möglichkeit auf Grund von Leistungsnachweisen erfolgen, die im Verlauf des Studiums erbracht worden sind.

Art. 68

Prüfungen, Prüfungsordnungen, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Das Studium wird in der Regel durch eine Hochschulprüfung, eine staatliche oder eine kirchliche Prüfung abgeschlossen. ²In Bachelor- und Masterstudiengängen finden die Prüfungen der Bachelor- oder Masterprüfung studienbegleitend statt (Modulprüfungen), in den sonstigen Studiengängen soll dies angestrebt werden. ³In sonstigen grundständigen Studiengängen findet spätestens bis zum Ende des vierten Semesters eine Vor- oder Zwischenprüfung statt. ⁴Der Übergang in das Hauptstudium setzt in der Regel die erfolgreiche Ablegung der Vor- oder Zwischenprüfung voraus. ⁵Soweit Studiengänge mit einer staatlichen Prüfung abschließen, können staatliche Vor- oder Zwischenprüfungen oder entsprechende Hochschulprüfungen vorgesehen werden. ⁶Im Studiengang Rechtswissenschaft wird eine Zwischenprüfung als Hochschulprüfung durchgeführt. ⁷Das Ablegen von Hochschulprüfungen setzt die Immatrikulation gemäß Art. 71 Abs. 1 Satz 1 voraus; dies gilt nicht in den Fällen des Abs. 5, Art. 63 Abs. 7 und Art. 71 Abs. 1 Satz 5.

- (2) ¹Hochschulprüfungen werden auf Grund von Prüfungsordnungen abgenommen, die von den Hochschulen durch Satzung erlassen werden und der Genehmigung durch die Präsidentin oder den Präsidenten bedürfen. ²Die Genehmigung wird versagt, wenn die Prüfungsordnung

1. gegen eine Rechtsvorschrift verstößt,
2. eine mit Art. 65 Abs. 2 unvereinbare Regelstudienzeit vorsieht,
3. einer Empfehlung oder Vereinbarung der Länder in der Bundesrepublik Deutschland nicht entspricht, mit der die Einheitlichkeit oder die Gleichwertigkeit der Ausbildung oder der Abschlüsse und die Möglichkeit des Hochschulwechsels gewährleistet werden, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen trifft,
4. keine Schutzbestimmungen entsprechend dem Mutterschutzgesetz sowie entsprechend den Fristen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes über die Elternzeit oder entsprechend den Fristen des Pflegezeitgesetzes über die Pflegezeit enthält oder deren Inanspruchnahme nicht ermöglicht oder
5. die den besonderen Belange Studierender mit Behinderung, Beeinträchtigung und chronischer Erkrankung oder in besonderen Lebenslagen, insbesondere Studierende im Mutterschutz, mit Kindern oder mit pflegebedürftigen Angehörigen im Sinne des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes zur Wahrung ihrer Chancengleichheit nicht **berücksichtigt Rechnung trägt**.

³Art. 66 Abs. 2 gilt entsprechend.

- (3) ¹Die Prüfungsordnung regelt die Prüfungsanforderungen und das Prüfungsverfahren. ²Sie muss insbesondere regeln

1. den Zweck der Prüfung, die Gegenstände der Prüfung und die Anforderungen in der Prüfung,
2. die Prüfungsorgane,

3. die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung, für den Erwerb der Zulassungsvoraussetzungen und deren Wiederholbarkeit,
4. das Verfahren zur Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen nach Art. 70,
5. die Regeltermine für die Modulprüfungen sowie die Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfung oder die Fristen für die Meldung zu diesen Prüfungen,
6. die Regelstudienzeit und die erforderlichen Module einschließlich der erforderlichen Leistungspunkte sowie den Umfang der erforderlichen Lehrveranstaltungen; die Prüfungsordnung kann bei Studiengängen, die in Teilzeit oder berufsbegleitend durchgeführt werden, vorsehen, dass in den Semestern höchstens eine bestimmte Anzahl an Leistungspunkten erworben werden kann; überschreiten Studierende diese Anzahl in einem oder mehreren Semestern, gilt Art. 70 Abs. 3 Satz 4 entsprechend,
7. die Bekanntmachung der Prüfung und die Benachrichtigung der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer,
8. die Form und das Verfahren der Prüfung einschließlich der Bearbeitungszeiten,
9. die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften,
10. die Grundsätze für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen und die Ermittlung des Prüfungsgesamtergebnisses; schriftliche Prüfungsleistungen, die als nicht bestanden bewertet werden sollen, werden von zwei Prüferinnen oder Prüfern bewertet; mündliche Prüfungen sind mindestens von einer Prüferin oder einem Prüfer und einer sachkundigen Beisitzerin oder einem sachkundigen Beisitzer durchzuführen; ~~handelt es sich um Modulprüfungen, kann die mündliche Prüfung auch von nur einer Prüferin oder einem Prüfer durchgeführt werden, es sei denn, es handelt sich um den letztmöglichen Prüfungsversuch,~~
11. die Wiederholung der Prüfung, wobei durch studienorganisatorische Maßnahmen sicherzustellen ist, dass die Wiederholung in der Regel innerhalb einer Frist von sechs Monaten möglich ist; bei Modulstudien kann die Prüfung einmal wiederholt werden,
12. den nach bestandener Prüfung zu verleihenden Grad~~.~~

13. die Art und Weise der Pseudonymisierung der Prüfungen.

- (4) ¹Die Studierenden können von den Regelterminen und Fristen nach Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 nach Maßgabe der Prüfungsordnung abweichen. ²Die Prüfungsordnung darf eine Verschiebung zulassen
1. für die Bachelor- und Masterprüfung sowie die Abschlussprüfung in sonstigen postgradualen Studiengängen um höchstens zwei Semester,
 2. für die Vor- und Zwischenprüfung um höchstens ein Semester,
 3. für die Abschlussprüfung in sonstigen grundständigen Studiengängen um höchstens vier Semester.

³Die Fristen können nach Maßgabe der Prüfungsordnung um die für die Wiederholung von Prüfungen benötigten Semester verlängert werden. ⁴Überschreiten Studierende aus von ihnen zu vertretenden Gründen die in der Prüfungsordnung festgelegten Fristen für die Meldung zur Prüfung oder für die Ablegung der Prüfung oder legen sie eine Prüfung, zu der sie sich gemeldet haben, aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht ab, gelten die nicht fristgerecht abgelegten Prüfungsteile als abgelegt und nicht bestanden. ⁵Überschreiten Studierende einer Hochschule für Musik aus von ihnen zu vertretenden Gründen die Fristen nach Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 oder legen sie eine Prüfung, zu der sie

sich gemeldet haben, aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht ab, gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden.

(5) ¹Für geeignete Studiengänge ist in der Prüfungsordnung vorzusehen, dass eine erstmals nicht bestandene Abschlussprüfung als nicht abgelegt gilt, wenn sie nach ununterbrochenem Fachstudium spätestens zum Regeltermin vollständig abgelegt wurde (freier Prüfungsversuch). ²Nach der Prüfungsordnung anerkannte Studienzeiten bei Hochschul-, Studiengangs- oder Fachwechsel werden auf das Fachstudium angerechnet; Semester, in denen Studierende beurlaubt waren (Art. 48 Abs. 2 Satz 1), bleiben unberücksichtigt. ³Im Rahmen des freien Prüfungsversuchs bestandene Fachprüfungen werden angerechnet, wenn die Meldung zur erneuten Ablegung der Prüfung innerhalb einer von der Prüfungsordnung festzulegenden Frist unverzüglich erfolgt. ⁴Die Fachprüfungen können zur Notenverbesserung einmal wiederholt werden, wobei das jeweils bessere Ergebnis zählt. ⁵Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Vor-, Zwischen- und Teilprüfungen sowie für Modulprüfungen; sie gelten nicht für die Abschlussarbeit.

(6) Eine verpflichtende Teilnahme der Studierenden an Lehrveranstaltungen ist als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungsleistungen unzulässig, es sei denn, bei der Lehrveranstaltung handelt es sich um eine Exkursion, einen Sprachkurs, ein Praktikum, eine praktische Übung oder eine vergleichbare Lehrveranstaltung.

(7) ¹Hochschulen für angewandte Wissenschaften, an denen Bachelorstudiengänge Übersetzen und Dolmetschen bestehen, können im Einvernehmen mit dem Staatsministerium in anderen als den in diesen Studiengängen angebotenen Fremdsprachen Hochschulprüfungen für nicht immatrikulierte Personen durchführen (Externenprüfungen). ²Diese Personen müssen über die Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften in Bayern verfügen und die staatliche Prüfung für Übersetzerinnen und Übersetzer oder die staatliche Prüfung für Übersetzerinnen und Dolmetscherinnen oder Übersetzer und Dolmetscher in der betreffenden Fremdsprache in Bayern abgelegt haben. ³Voraussetzung ist eine ausreichend breite Vertretung des jeweiligen Fachs einschließlich der erforderlichen fachlichen Prüfungskompetenz durch das hauptberuflich tätige wissenschaftliche Personal an dieser Hochschule oder an einer mit dieser kooperierenden Hochschule. ⁴Externenprüfungen sind wie ein Studiengang akkreditierungspflichtig gemäß Art. 7 Abs. 4; die Verordnung nach Art. 7 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(8) ¹Zur Erprobung neuer oder effizienterer Prüfungsmodelle kann das Staatsministerium durch Rechtsverordnung vorsehen, dass Prüfungen, die ihrer Natur nach dafür geeignet sind, in elektronischer Form und ohne die Verpflichtung durchgeführt werden können, persönlich in einem vorgegebenen Prüfungsraum anwesend sein zu müssen. ²In der Rechtsverordnung werden insbesondere Bestimmungen getroffen

1. zur Sicherung des Datenschutzes,
2. zur Sicherung persönlicher Leistungserbringung durch die zu Prüfende oder den zu Prüfenden während der gesamten Prüfungsdauer,
3. zur eindeutigen Authentifizierung der oder des zu Prüfenden,
4. zur Verhinderung von Täuschungshandlungen,
5. zum Umgang mit technischen Problemen.

³Im Übrigen bleiben Abs. 3 Satz 2 Nr. 8 und Art. 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 4 unberührt. ⁴Das Staatsministerium evaluiert diese Bestimmung sowie die darauf aufbauenden Prüfungsregelungen spätestens zum Jahresende 2024 und berichtet hierzu dem Landtag. ⁵Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Prüfungen oder Verfahren mit Prüfungscharakter im Rahmen der Art. 72 Abs. 6 Satz 4, Art. 73 Abs. 1, 2 und 4 und Art. 74 Abs. 1 Satz 2 sowie mündliche Prüfungen nach Art. 81 Abs. 1 Satz 1.

(9) ¹Für den Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit reicht eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit hin, es sei denn, es bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich annehmen oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen. ²Bestehen derartige Anhaltspunkte, ist die Hochschule berechtigt, auf ihre Kosten eine ärztliche Bescheinigung einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes der Hochschule zu verlangen; die oder der Studierende muss zwischen mehreren Vertrauensärztinnen oder Vertrauensärzten wählen können.

(10) ¹Für Hochschulen für angewandte Wissenschaften kann nach Anhörung der betroffenen Hochschulen eine Rahmenprüfungsordnung als allgemeine Prüfungsordnung durch Rechtsverordnung erlassen werden; diese kann insbesondere von Abs. 4 Satz 3 abweichende Regelungen treffen; entsprechendes gilt für Regelungen über den Beginn der Prüfungszeit an Hochschulen für angewandte Wissenschaften. ²Die betroffenen Hochschulen erlassen die zur Rahmenprüfungsordnung erforderlichen Prüfungsordnungen.

Art. 69 Prüferinnen und Prüfer

- (1) ¹Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ²Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind nach Maßgabe der Prüfungsordnungen der Hochschulen nur befugt
1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie entpflichtete Professorinnen und Professoren,
 2. nach näheren Vorschriften des Staatsministeriums im Ruhestand befindliche Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen.
- (2) Das prüfungsberechtigte wissenschaftliche Personal für Theologie, Religionspädagogik oder Didaktik des Religionsunterrichts an einer Universität, an der eine akademische Selbstverwaltungseinheit für Theologie des selben Bekenntnisses nicht vorhanden ist, wirkt bei Hochschulprüfungen und Habilitationen, die zu theologischen akademischen Graden oder zur Feststellung einer entsprechenden Lehrbefähigung führen, in der akademischen Selbstverwaltungseinheit des selben Bekenntnisses der nächstgelegenen Universität mit, an der eine solche vorhanden ist.

Art. 70 Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen

- (1) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen oder durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, sowie auf Grund solcher Studiengänge erworbene Abschlüsse sind anzuerkennen, sofern hinsichtlich der erworbenen und der nachzuweisenden Kompetenzen keine wesentlichen Unterschiede bestehen. ²Gleiches gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von Modul- und Zusatzstudien, an der Virtuellen Hochschule Bayern oder im Rahmen eines Früh- oder Jungstudiums erbracht worden sind. ³Die Anerkennung dient der Fortsetzung des Studiums, der Ablegung von Prüfungen, der Aufnahme eines weiteren Studiums oder der Zulassung zur Promotion.
- (2) ¹Kompetenzen, die im Rahmen weiterbildender oder weiterqualifizierender Studien oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, können angerechnet werden, wenn sie gleichwertig sind. ²Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.

- (3) ¹Anerkennung und Anrechnung durch die Hochschulen erfolgen auf Antrag. ²Es obliegt der Antragstellerin oder dem Antragsteller, die für die Anerkennung oder Anrechnung erforderlichen Informationen bereitzustellen. ³Abweichend von Satz 1 werden bei einem Wechsel zwischen einem Studium in Vollzeit, Teilzeit oder berufsbegleitendem Studium in dem inhaltsgleichen Studiengang erworbene Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen von den Hochschulen von Amts wegen übertragen. ⁴Die Hochschulen stufen die Studierenden in der Regel in das dem Studienfortschritt entsprechende Fachsemester ein; die Hochschulen regeln das Nähere durch Satzung. ⁵Wird die Anerkennung oder Anrechnung versagt, kann die betroffene Person eine Überprüfung der Entscheidung durch die Hochschulleitung beantragen, soweit die Anrechnung nicht einen Studiengang betrifft, der mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abgeschlossen wird. ⁶Die Hochschulleitung gibt der für die Entscheidung über die Anrechnung zuständigen Stelle eine Empfehlung für die weitere Behandlung des Antrags. ⁷§ 5a Abs. 1 Satz 2 und § 112 des Deutschen Richtergesetzes bleiben unberührt.

Kapitel 3

Zugang und Immatrikulation

Art. 71

Allgemeine Bestimmungen

- (1) ¹Die Aufnahme eines Studiengangs oder sonstiger Studien (Studium) setzt die Immatrikulation als Studierende oder Studierender voraus. ²Studienbewerberinnen und Studienbewerber werden als Studierende immatrikuliert, wenn sie die für das Studium erforderliche Qualifikation nachweisen und kein Immatrikulationshindernis vorliegt. ³Die Immatrikulation in zwei oder mehreren zulassungsbeschränkten Studiengängen ist nur zulässig, wenn ein besonderes berufliches, wissenschaftliches oder künstlerisches Interesse am gleichzeitigen Studium in diesen Studiengängen besteht. ⁴Die Immatrikulation in Modulstudien ist nur zulässig, soweit die einzelnen Module nicht Teil eines zulassungsbeschränkten Studiengangs sind. ⁵Für die Teilnahme an weiterbildenden und weiterqualifizierenden Studien (Art. 64 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b und Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b) kann von einer Immatrikulation abgesehen werden.
- (2) ¹Die Studierenden sind zur Angabe folgender von den Hochschulen zu erhebenden Daten verpflichtet:
1. Name, Vorname, Geburtsname,
 2. Geschlecht,
 3. Geburtsdatum und -ort,
 4. Staatsangehörigkeit,
 5. Semester- und Heimatwohnsitz,
 6. Zeitpunkt, Ort und Art der Hochschulzugangsberechtigung,
 7. berufspraktische Tätigkeiten vor Aufnahme des Studiums,
 8. Praxissemester und Semester an Studienkollegs,
 9. Angaben zu einer gleichzeitig besuchten weiteren Hochschule, zu in vorausgehenden Semestern besuchten Hochschulen und der Hochschule der Ersteinschreibung sowie zu einem Auslandsstudium,
 10. Ort der angestrebten Abschlussprüfung,

11. Angaben zu durch Anerkennung und Anrechnung erworbenen Leistungspunkten,
12. Art, Fach, Semester, Monat und Jahr des Prüfungsabschlusses, Prüfungserfolg und Gesamtnote abgelegter Prüfungen,
13. Studienunterbrechungen nach Art und Dauer,
14. Grund, Semester und Jahr bei Beurlaubungen und Exmatrikulation.

²Darüber hinaus sind sie verpflichtet, weitere von den Hochschulen

1. für die Immatrikulation, Beurlaubung und Exmatrikulation nach den Art. 71 bis 78 und den auf Grund von Art. 79 erlassenen Satzungen,
 2. für die Zulassung und Voranmeldung nach dem Bayerischen Hochschulzulassungsgesetz, der Hochschulzulassungsverordnung sowie nach sonstigen Rechtsvorschriften und
 3. für die Meldung und Zulassung sowie die Abnahme von Prüfungen oder Studienleistungen nach den jeweiligen Prüfungs- und Studienordnungen zu erhebende Daten anzugeben.
- (3) ¹Die Hochschulen können neben den Studierenden weitere Personen immatrikulieren. ²Die näheren Einzelheiten hierzu werden durch Satzung geregelt, in der auch Bestimmungen über Art, Umfang und Behandlung der zu erhebenden und zu verarbeitenden personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, zu treffen sind.

Art. 72

Allgemeine Qualifikationsvoraussetzungen für das grundständige Studium, Verordnungsermächtigung

- (1) Die Qualifikation für ein Studium von universitären Studiengängen, das zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, wird durch die Hochschulreife nachgewiesen.
- (2) ¹Die Qualifikation für ein Studium von Fachhochschulstudiengängen, das zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, wird durch die Hochschulreife und die Fachhochschulreife nachgewiesen. ²Dies gilt auch für den Studiengang Brauwesen mit dem Abschluss Diplom-Braumeister an der Technischen Universität München.
- (3) ¹Durch erfolgreiche Prüfungsleistungen auf der Grundlage von Leistungspunkten gemäß Art. 63 Abs. 3 Satz 2, die in einem grundständigen Fachhochschulstudiengang nach den Festlegungen der jeweiligen Prüfungsordnung innerhalb der ersten beiden Fachsemester erreicht werden sollen, wird die fachgebundene Hochschulreife für einen eng verwandten universitären Studiengang erworben. ²Durch das Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss eines Fachhochschulstudiengangs wird die allgemeine Hochschulreife nachgewiesen.
- (4) ¹Die Hochschulen können für einzelne Studiengänge durch Satzung bestimmen, dass eine dem Studienziel dienende abgeschlossene Berufsausbildung oder eine praktische Tätigkeit von bis zu zwei Jahren nachzuweisen ist. ²Der Nachweis kann vor der Aufnahme des Studiums oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb des Studiengangs verlangt werden. ³In der Satzung werden nähere Regelungen insbesondere zu Art und Umfang der geforderten Berufsausbildung oder Tätigkeit und den Zeitpunkt des Nachweises getroffen. ⁴Weiterqualifizierende Bachelorstudiengänge setzen den Abschluss einer Berufsausbildung voraus.
- (5) ¹Absolventinnen und Absolventen der Meisterprüfung wird der allgemeine Hochschulzugang eröffnet, wenn sie ein Beratungsgespräch an der Hochschule absolviert haben. ²Satz 1 gilt entsprechend für Absolventinnen und Absolventen der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus der

Meisterprüfung gleichgestellten beruflichen Fortbildungsprüfungen sowie für die Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und Fachakademien.

- (6) ¹Der fachgebundene Hochschulzugang wird eröffnet, wenn die Hochschule die Studieneignung festgestellt hat. ²Voraussetzungen sind der erfolgreiche Abschluss einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung und eine anschließende in der Regel mindestens dreijährige hauptberufliche Berufspraxis. ³Die Berufsausbildung und die Berufspraxis werden in einem dem angestrebten Studienfach fachlich verwandten Bereich erbracht. ⁴Die Feststellung nach Satz 1 erfolgt in einem besonderen Prüfungsverfahren oder durch ein nachweislich erfolgreich absolviertes Probestudium von mindestens einem Jahr. ⁵Vor Durchführung des Prüfungsverfahrens oder vor Aufnahme des Probestudiums findet ein Beratungsgespräch an der Hochschule statt. ⁶Falls die Hochschule in einem Studiengang ein Eignungsfeststellungsverfahren gemäß Art. 73 Abs. 4 durchführt, ist die Studieneignung in dem besonderen Prüfungsverfahren, nicht aber durch ein Probestudium nachzuweisen.
- (7) Abweichend von Abs. 1 bis 6 ist eine Immatrikulation zulässig
1. an Universitäten als Studierende oder Studierender am Studienkolleg bei den Universitäten des Freistaates Bayern im Studiengang Vorbereitungsstudium für ausländische Studienbewerberinnen und Studienbewerber,
 2. an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie in Lehrgängen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften zum Erwerb der Fachhochschulreife (Propädeutikum) als Studierende oder Studierender am Studienkolleg bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften des Freistaates Bayern im Studiengang Vorbereitungsstudium für ausländische Studienbewerberinnen und Studienbewerber.
- (8) ¹Für den Zugang zu grundständigen einschließlich weiterqualifizierenden Modulstudien gelten dieselben Voraussetzungen wie für den Zugang zum jeweiligen Studiengang. ²Weiterqualifizierende Studien setzen neben einer Hochschulzugangsberechtigung den Abschluss einer Berufsausbildung voraus. ³Im Übrigen bestimmt sich die Qualifikation nach den Erfordernissen der weiterqualifizierenden Studien; das Nähere regeln die Hochschulen durch Satzung.
- (9) ¹Die Hochschulen bestimmen durch Satzung, welche Sprachkenntnisse nachzuweisen sind. ²Das verlangte Niveau darf für fremdsprachige grundständige Studiengänge keine höheren Anforderungen festschreiben als die Sprachkenntnisse, die an Gymnasien vor Eintritt in die Qualifikationsphase erreicht werden können. ³Satz 2 gilt insbesondere nicht für Studiengänge, die sich mit der Literatur und der jeweiligen Fremdsprache selbst beschäftigen und deren Studiengangskonzept deswegen vertiefte Kenntnisse einer oder mehrerer Fremdsprachen verlangt. ⁴Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (10) ¹Zu den Abs. 5 bis 7 regeln das Nähere vom Staatsministerium zu erlassende Rechtsverordnungen. ²Dabei kann auch bestimmt werden, dass die nach Abs. 6 Satz 4 erforderlichen Regelungen für ein besonderes Prüfungsverfahren oder für das Probestudium zur Feststellung der Studieneignung ganz oder teilweise von den Hochschulen durch Satzung getroffen werden. ³Es kann zudem bestimmt werden, durch welche Abschlüsse und Zeugnisse die Hochschulreife und Fachhochschulreife nachgewiesen werden.

Art. 73

Besondere Qualifikationsvoraussetzungen für das grundständige Studium, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Neben oder anstelle der allgemeinen Qualifikationsvoraussetzungen ist für bestimmte Studiengänge oder an bestimmten Hochschulen nach Maßgabe der Abs. 2 bis 4 und 6 die Qualifikation durch eine Eignungsprüfung oder in einem Eignungsfeststellungsverfahren nachzuweisen. ²Art. 72 Abs. 6 Satz 6 bleibt unberührt.

- (2) ¹Die für das Studium an Kunsthochschulen und entsprechende Studiengänge an anderen Hochschulen erforderliche Qualifikation ist in einer Prüfung der Begabung und Eignung (Eignungsprüfung) für den gewählten Studiengang nachzuweisen. ²Studierende für das Studium eines Lehramts an öffentlichen Schulen in den Fächern Kunst und Musik müssen auch den Vorbildungsnachweis nach Art. 72 Abs. 1, 5 oder 6 erbringen.
- (3) Für das Studium eines Sportstudiengangs ist neben den allgemeinen Qualifikationsvoraussetzungen die Eignung für diesen Studiengang in einer Eignungsprüfung nachzuweisen.
- (4) ¹Neben den allgemeinen Qualifikationsvoraussetzungen kann die Hochschule den Nachweis der Eignung in einem Eignungsfeststellungsverfahren verlangen. ²Dies gilt nur, wenn das betreffende Studium besondere qualitative Anforderungen stellt, die jeweils zu begründen sind. ³Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit der betreffende Studiengang in das Verfahren der Stiftung für Hochschulzulassung einbezogen ist oder für den Zeitraum, in dem für diesen Studiengang ein örtliches Vergabeverfahren durchgeführt wird. ⁴Für die Eignungsfeststellung können folgende Kriterien festgelegt werden:
1. Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung,
 2. fachspezifische Einzelnoten der Hochschulzugangsberechtigung,
 3. Auswahlgespräch,
 4. schriftlicher Test,
 5. einschlägige Berufsausbildung oder andere berufspraktische Tätigkeiten.
- ⁵Mindestens eines der in Satz 4 Nr. 2 bis 5 aufgeführten Kriterien muss mit dem Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 kombiniert werden. ⁶Neben Kriterien nach Satz 4 Nr. 2 bis 5 muss das Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 zumindest gleichrangig berücksichtigt werden. ⁷Bei Absolventinnen und Absolventen der Meisterprüfung sowie der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus der Meisterprüfung gleichgestellten beruflichen Fortbildungsprüfungen werden das Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 durch das Kriterium des arithmetischen Mittels aus den Einzelnoten der jeweiligen Prüfungsteile und das Kriterium nach Satz 4 Nr. 2 durch das Kriterium der fachspezifischen Einzelnoten dieser Prüfung ersetzt. ⁸Bei Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und Fachakademien wird das Kriterium nach Satz 4 Nr. 1 durch das Kriterium der Prüfungsgesamtnote ersetzt. ⁹Sofern keine Prüfungsgesamtnote im Sinne von Satz 8 ausgewiesen ist, ist Kriterium das arithmetische Mittel aus den Einzelnoten der Fächer – ausgenommen Wahlfächer – des Abschlusszeugnisses.¹⁰Das Kriterium nach Satz 4 Nr. 2 wird bei Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und Fachakademien durch das Kriterium der fachspezifischen Einzelnoten im Abschlusszeugnis ersetzt.
- (5) ¹Die Hochschule kann den Nachweis über die Teilnahme an einem Studienorientierungsverfahren verlangen, das der Selbsteinschätzung über die Studienwahl dienen soll. ²Das Ergebnis hat keine Auswirkungen auf den Hochschulzugang. ³Die Hochschule regelt das Nähere zu Ausgestaltung und Durchführung durch Satzung.
- (6) ¹Zu den Abs. 2 bis 4 regeln das Nähere vom Staatsministerium zu erlassende Rechtsverordnungen. ²Zusätzlich zu der Eignungsprüfung nach Abs. 2 Satz 1 können weitere Vorbildungsnachweise gefordert werden. ³Zu Abs. 2 kann außerdem bestimmt werden, dass in den Fachhochschulstudiengängen der Ausbildungsrichtung Gestaltung sowie in den Fachhochschulstudiengängen Architektur und Innenarchitektur neben dem Nachweis nach Art. 72 Abs. 2, 5 und 6 die künstlerische Begabung und Eignung in einer Eignungsprüfung nachzuweisen ist. ⁴In der Rechtsverordnung zu Abs. 3 werden die Sportstudiengänge festgelegt, in der auch das Nähere über die Abnahme dieser Prüfung geregelt wird und in der auch ein Attest über die Sporttauglichkeit als Zulassungsvoraussetzung für die Prüfung vorgesehen werden kann. ⁵Durch die Rechtsverordnung nach Satz 1 kann bestimmt werden, dass die erforderlichen Regelungen ganz oder teilweise von den Hochschulen durch Satzung getroffen werden.

Art. 74 Zugang zum postgradualen Studium

- (1) ¹Der Zugang zu Masterstudiengängen setzt einen Hochschulabschluss oder einen auf Grund eines Hochschulstudiums erworbenen gleichwertigen Abschluss voraus. ²Die Hochschulen können durch Satzung weitere Zugangsvoraussetzungen festlegen, insbesondere den Nachweis einer studiengangspezifischen Eignung. ³Die Hochschulen können zulassen, dass das Studium bereits vor dem Erwerb der Zugangsvoraussetzungen nach den Sätzen 1 und 2 aufgenommen wird, wenn diese spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Studiums nachgewiesen werden. ⁴Für sonstige postgraduale Studiengänge und postgraduale Modulstudien gilt Satz 1 entsprechend. ⁵Im Übrigen bestimmt sich die Qualifikation nach den Erfordernissen der sonstigen postgradualen Studiengänge und postgradualen Modulstudien; das Nähere regeln die Hochschulen durch Satzung.
- (2) ¹Der Zugang zu weiterbildenden Masterstudiengängen setzt neben den Zugangsvoraussetzungen nach Abs. 1 eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus. ²Der Zugang zu weiterbildenden Modulstudien setzt neben den Zugangsvoraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1 eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus; Abs. 1 Satz 5 gilt entsprechend. ³Die Hochschulen können bei weiterbildenden Modulstudien in Ausnahmefällen durch Satzung vorsehen, dass die qualifizierte berufspraktische Erfahrung auch nach Studienbeginn erworben werden kann. ⁴Weiterbildende Studien setzen neben den Zugangsvoraussetzungen nach Abs. 1 Satz 1 berufspraktische Erfahrung voraus; Art. 72 Abs. 8 Satz 3 gilt entsprechend. ⁵Die Hochschulen können bei weiterbildenden Studien durch Satzung vorsehen, dass die berufspraktische Erfahrung auch nach Studienbeginn erworben werden kann oder diese abweichend von Abs. 1 Satz 1 auch Personen mit berufspraktischer Erfahrung offenstehen, die die für die Teilnahme erforderliche Eignung im Beruf oder auf andere Weise erworben haben.

Art. 75 Immatrikulationshindernisse

Die Immatrikulation wird versagt, wenn

1. die in den Art. 72 bis 74 genannten Voraussetzungen nicht vorliegen,
2. die Studienbewerberin oder der Studienbewerber eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung oder an Kunsthochschulen auch eine durch Satzung festgelegte Probezeit endgültig nicht bestanden hat oder aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen die Voraussetzungen für die Meldung zu einer Prüfung endgültig nicht mehr beibringen kann, es sei denn, dass die betreffende Person in einen anderen Studiengang oder in sonstige andere Studien wechselt,
3. in dem entsprechenden Studiengang Zulassungszahlen festgesetzt sind und die Studienbewerberin oder der Studienbewerber keinen Studienplatz zugeteilt erhält,
4. die Studienbewerberin oder der Studienbewerber die Zahlung fälliger Gebühren oder Beiträge nicht nachweist oder
5. die Studienbewerberin oder der Studienbewerber aus eigenem Verschulden den Nachweis über ihren oder seinen Krankenversicherungsstatus nicht erbringt.

Art. 76 Befristete, bedingte Immatrikulation, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Bestehen in einem Studiengang an einer Hochschule Ausbildungsmöglichkeiten, die sich nicht auf den gesamten zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss führenden Studiengang erstrecken, gilt

die Immatrikulation der Studierenden nur bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten. ²Ist die Ausbildungsmöglichkeit bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss nur für einen Teil der Studierenden gegeben, gilt die Immatrikulation der Studierenden, die eine auf den ersten Teil des Studiengangs beschränkte Zulassung erhalten haben, weil das Weiterstudium im Geltungsbereich des Staatsvertrags über die Hochschulzulassung nicht gewährleistet ist, nur bis zum ordnungsgemäßen Abschluss des ersten Teils des Studiengangs. ³Die näheren Vorschriften werden durch Rechtsverordnung getroffen.

- (2) ¹Im Fall eines Probestudiums nach Art. 72 Abs. 6 endet die Immatrikulation der Studierenden mit Ablauf des Semesters, in dem das Probestudium endgültig nicht bestanden wurde (bedingte Immatrikulation). ²Wird der Nachweis nach Art. 72 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 10 Satz 1 sowie Art. 74 Abs. 1 Satz 3 nicht fristgerecht vorgelegt, so ist die Studierende oder der Studierende zum Ende des Semesters exmatrikuliert, in dem der Nachweis hätte erbracht werden müssen.

Art. 77 Rückmeldung und Beurlaubung

- (1) Die Studierenden melden sich zu jedem Semester form- und fristgerecht zum Weiterstudium an (Rückmeldung).
- (2) Studierende können von der Hochschule auf Antrag von der Verpflichtung zu einem ordnungsgemäßen Studium befreit werden (Beurlaubung).
- (3) ¹Während der Beurlaubung können Studienleistungen nicht erbracht und Prüfungen an der Hochschule, an der die Beurlaubung erfolgt ist, nicht abgelegt werden. ²Eine Wiederholung nicht bestandener Prüfungen ist möglich. ³Satz 1 gilt nicht, wenn die Beurlaubung aufgrund der Inanspruchnahme von Schutzfristen entsprechend dem Mutterschutzgesetz, der Betreuung und Erziehung eines Kindes entsprechend dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz oder der Pflege eines nahen Angehörigen entsprechend dem Pflegezeitgesetz erfolgt. ⁴Über weitere Ausnahmen von Satz 1 entscheidet das jeweilige Organ der Hochschule auf Antrag.

Art. 78 Exmatrikulation

- (1) Studierende sind zum Ende des Semesters exmatrikuliert, in dem sie die Abschlussprüfung bestanden haben.
- (2) Studierende werden von der Hochschule exmatrikuliert, wenn sie dies beantragen oder ein Immatrikulationshindernis nach Art. 75 vorliegt.
- (3) ¹Abweichend von Abs. 1 können Studierende auch nach dem Bestehen der Abschlussprüfung in dem betreffenden Studiengang immatrikuliert bleiben oder wieder immatrikuliert werden, wenn sie die Immatrikulation oder das Fortbestehen der Immatrikulation beantragen, um
1. im Rahmen entsprechender prüfungsrechtlicher Regelungen die Prüfung zur Notenverbesserung zu wiederholen,
 2. eine weitere Studienrichtung oder einen weiteren Studienschwerpunkt zu studieren oder
 3. zu promovieren.

²Die Studierende sollen exmatrikuliert werden, wenn die in Satz 1 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 und 3 spätestens nach vier Jahren.

Art. 79 Ausführungsbestimmungen

¹Die Hochschulen erlassen die erforderlichen Bestimmungen über die Immatrikulation, Rückmeldung, Beurlaubung und Exmatrikulation durch Satzung. ²In den Satzungen treffen die Hochschulen insbesondere Bestimmungen über das Verfahren und die einzuhaltenden Fristen. ³Die Hochschulen können durch Satzung weitere Fälle bestimmen, in denen die Immatrikulation versagt werden kann oder Studierende exmatrikuliert werden können, wenn Gründe vorliegen, die einem ordnungsgemäßen Studium entgegenstehen.

Kapitel 4

Grade und Zeugnisse

Art. 80 Verleihung akademischer Grade, Promotions- und Habilitationsrecht, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Auf Grund einer Hochschulprüfung, mit der ein Bachelor- oder Masterabschluss erworben wird, verleihen die Hochschulen einen Bachelor- oder Mastergrad. ²Die Hochschulen können anstelle der Bezeichnung „Bachelor“ die Bezeichnung „Bakkalaurea“ oder „Bakkalaureus“ und anstelle der Bezeichnung „Master“ die Bezeichnung „Magistra“ oder „Magister“ vorsehen. ³Auf Grund einer Hochschulprüfung, mit der in einem sonstigen grundständigen Studiengang ein erster berufsqualifizierender Abschluss erworben wird, verleihen die Hochschulen einen Diplomgrad mit Angabe der Fachrichtung; in anderen als Fachhochschulstudiengängen können die Hochschulen auch einen Magistergrad verleihen. ⁴Der Diplomgrad erhält bei Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulstudiengängen den Zusatz „(FH)“, bei Absolventinnen und Absolventen universitärer Studiengänge den Zusatz „(Univ.)“. ⁵Die Hochschulen können den Diplomgrad auch auf Grund einer staatlichen oder einer kirchlichen Prüfung, mit der ein Hochschulstudium abgeschlossen wird, verleihen.
- (2) ¹Die Hochschulen können in Studiengängen, die in Kooperation mit einer ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule durchgeführt werden, deren akademischen Grad verleihen. ²Dabei können die Hochschulen zusätzlich einen in Abs. 1 genannten Grad verleihen.
- (3) ¹Das Nähere regeln die Hochschulen durch Satzung. ²Art. 66 Abs. 2 gilt entsprechend. ³Durch Satzung der Hochschulen, die insoweit des Einvernehmens mit dem Staatsministerium bedarf, kann festgelegt werden, welche weiteren akademischen Grade verliehen werden.
- (4) ¹Die Universitäten, an denen bei Hochschulprüfungen prüfungsberechtigtes wissenschaftliches Personal einer anderen Universität gemäß Art. 69 Abs. 2 mitwirkt, ermöglichen den Mitgliedern dieser Universität und Personen, die ihr Studium dort erfolgreich abgeschlossen haben, den Erwerb eines theologischen akademischen Grades. ²In den Hochschulprüfungsordnungen für die betroffenen akademischen Selbstverwaltungseinheiten für Theologie werden entsprechende Regelungen vorgesehen.
- (5) Den Urkunden über die Verleihung der akademischen Grade fügen die Hochschulen eine englischsprachige Übersetzung und eine ergänzende Beschreibung bei, die insbesondere die wesentlichen, dem Abschluss zugrundeliegenden Studieninhalte, den Studienverlauf, die mit dem Abschluss erworbene Qualifikation sowie die verleihende Hochschule enthalten muss.
- (6) ¹Die Universitäten und Kunsthochschulen besitzen das Promotionsrecht und Habilitationsrecht, die Kunsthochschulen für ihre wissenschaftlichen Fächer. ²Zur Sicherung der wissenschaftlichen Produktivität und Wirksamkeit können die Kunsthochschulen diese Rechte nur ausüben, wenn sie alleine oder im Zusammenwirken mit Universitäten oder anderen Kunsthochschulen über eine

hinreichende Anzahl an Professorinnen und Professoren in dem jeweiligen wissenschaftlichen Fach verfügen. ³Sofern die Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Promotion gegeben sind, kann durch Rechtsverordnung auch ein Promotionsrecht für wissenschaftlich-künstlerische Promotionen verliehen werden. ⁴Dies setzt voraus, dass diese Promotionsvorhaben qualitativ angemessen durch wissenschaftliche und künstlerische Professorinnen und Professoren betreut werden und die künstlerischen Forschungsprojekte erkennbar in einem engen Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Arbeit stehen. ⁵Das Staatsministerium regelt durch Rechtsverordnung die näheren Kriterien und Begutachtungsverfahren für die Ausübung des Promotions- und Habilitationsrechts in den wissenschaftlichen Fächern und für die Verleihung des Promotionsrechts für wissenschaftlich-künstlerischen Promotionen.

(7) ¹Das Staatsministerium kann den Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch Rechtsverordnung ein befristetes, fachlich begrenztes Promotionsrecht für wissenschaftliche Einrichtungen verleihen, wenn für diese in einem Begutachtungsverfahren eine angemessene Forschungsstärke sowie die Einbettung der wissenschaftlichen Qualifizierung in eine grundständige akademische Lehre nachgewiesen wird. ²Insbesondere werden dabei berücksichtigt

1. die Qualifikation der der Einrichtung zugeordneten Professorinnen und Professoren, die mindestens die durch die Qualität einer Promotion nachgewiesene besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit und nicht länger als fünf Jahre zurückliegende herausragende Leistungen in der anwendungsbezogenen Forschung umfassen muss, sowie
2. eine für die Sicherung der wissenschaftlichen Produktivität und Wirksamkeit hinreichende Anzahl der der Einrichtung zugeordneten Professorinnen und Professoren.

³Das Nähere zu Kriterien und Verfahren wird durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums geregelt.

Art. 81 Promotion

(1) ¹Die Promotion dient dem Nachweis der Befähigung zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit und beruht auf einer selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit (Dissertation), im Falle der wissenschaftlich-künstlerischen Promotion ergänzt um eine damit verbundene künstlerische Arbeit, und einer mündlichen Prüfung. ²Sie setzt in der Regel ein mit einer Prüfung erfolgreich abgeschlossenes Studium

1. in einem Masterstudiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 an einer Universität oder Hochschule für angewandte Wissenschaften,
2. in einem musik- oder kunstpädagogischen oder einem sonstigen wissenschaftlichen Masterstudiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 an einer Kunsthochschule,
3. in einem sonstigen grundständigen Studiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 an einer Universität,
4. in einem sonstigen musik- und kunstpädagogischen oder einem sonstigen wissenschaftlichen grundständigen Studiengang im Sinne von Art. 65 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 an einer Kunsthochschule voraus.

³Die Hochschulen mit Promotionsrecht regeln in der Promotionsordnung, unter welchen Voraussetzungen Absolventinnen und Absolventen einschlägiger sonstiger Studiengänge zugelassen werden. ⁴Dabei sollen zu erbringende zusätzliche Studien- und Prüfungsleistungen grundsätzlich höchstens ein Jahr erfordern. ⁵Die Universitäten sehen in der Promotionsordnung vor, dass Professorinnen und Professoren von Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen als Betreuende und Prüfende bestellt werden können (kooperative Promotion).

⁶Für die vom Senat der Hochschule als Satzung zu beschließende Promotionsordnung gilt Art. 68 Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1 und 2 Nr. 1 bis 3 sowie 8 bis 12 entsprechend. ⁷Für Promotionsordnungen im Rahmen des Art. 3 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 80 Abs. 7 gilt Art. 6 Abs. 3 Satz 3 entsprechend. ⁸In den Promotionsordnungen kann vorgesehen werden, dass die Hochschule eine Versicherung an Eides statt über die Eigenständigkeit der erbrachten wissenschaftlichen Leistungen verlangen und abnehmen kann.

- (2) ¹Die Universitäten sollen auch hochschulübergreifend zur Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gesonderte Promotionsstudiengänge und Graduiertenkollegs einrichten, deren Ausbildungsziel die Qualifikation für Wissenschaft und Forschung ist. ²Bei gesonderten Promotionsstudiengängen beträgt die Regelstudienzeit in der Regel höchstens bis zu drei Jahre. ³Die Regelungen über Studiengänge finden entsprechend Anwendung.
- (3) ¹Hochschulen mit Promotionsrecht verleihen in diesem Rahmen neben den in Art. 80 Abs. 1 bis 3 genannten Graden den Doktorgrad. ²Für Abschlüsse in gesonderten Promotionsstudiengängen der Universitäten kann auch der Grad „Doctor of Philosophy (Ph.D.)“ verliehen werden.
- (4) ¹Doktorandinnen und Doktoranden sind zur Angabe folgender von den Hochschulen zu erhebenden Daten verpflichtet:
1. Daten nach Art. 71 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4, 6 und 12,
 2. Angaben zur Ersteinschreibung,
 3. Angaben zur Promotion.

²Art. 71 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 82 Lehrbefähigung, Lehrbefugnis

- (1) ¹Die Habilitation dient der förmlichen Feststellung der wissenschaftlichen und pädagogischen und didaktischen Eignung zur Professorin oder zum Professor in einem bestimmten Fachgebiet an Universitäten und in wissenschaftlichen Fächern an Kunsthochschulen (Lehrbefähigung). ²Die Lehrbefähigung können Universitäten und Kunsthochschulen feststellen. ³Mit der Feststellung der Lehrbefähigung erlangt die habilitierte Person den akademischen Grad eines habilitierten Doktors. ⁴Sie kann ihren Dokortitel mit dem Zusatz „habil.“ führen. ⁵Der Zusatz kann nicht gleichzeitig mit dem Privatdozentinnen- und Privatdozenten- oder Professorinnen- und Professorentitel geführt werden. ⁶Ziel des Habilitationsverfahrens ist es, besonders qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, selbstständig Aufgaben in Forschung und Lehre wahrzunehmen, und sie unter wissenschaftlicher Begleitung durch ein Fachmentorat, dem drei Professorinnen oder Professoren oder Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören, möglichst innerhalb von vier Jahren für die Berufung auf eine Professur zu qualifizieren.
- (2) ¹Der Erwerb der Lehrbefähigung setzt die Annahme als Habilitandin oder Habilitand durch die Hochschule oder die akademische Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 voraus. ²Auf Antrag können Personen angenommen werden, die pädagogische und didaktische Eignung und eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit besitzen, die in der Regel durch die herausragende Qualität einer Promotion nachgewiesen wird. ³Die Annahme wird versagt, wenn der Bewerberin oder dem Bewerber ein akademischer Grad entzogen wurde. ⁴Der mit der Annahme beginnende Status als Habilitandin oder Habilitand ist in der Regel auf vier Jahre zuzüglich der Dauer des Begutachtungsverfahrens im Sinne des Abs. 6 begrenzt. ⁵Das Fachmentorat soll die Dauer dieses Status bei Vorliegen besonderer Gründe, insbesondere bei Inanspruchnahme von Elternzeit oder eines Beschäftigungsverbots nach der Bayerischen Mutterschutzverordnung sowie bei Personen, die nicht Mitglieder der Hochschule sind, verlängern.

(3) Im Habilitationsverfahren werden

1. die pädagogische und didaktische Eignung auf Grund wissenschaftsgeleiteter Qualifizierung und selbstständig erbrachter Leistungen in der akademischen Lehre und
2. die Befähigung zu selbstständiger Forschung auf Grund einer Habilitationsschrift oder einer Mehrzahl von Fachpublikationen mit dem einer Habilitationsschrift entsprechenden wissenschaftlichen Gewicht festgestellt.

(4) ¹Das Fachmentorat vereinbart mit der Habilitandin oder dem Habilitanden Art und Umfang der für den Erwerb der Lehrbefähigung notwendigen Leistungen in Forschung und Lehre. ²Es unterstützt die Sicherstellung einer drittmittelfähigen Grundausrüstung durch die Hochschule, soweit sie für die beabsichtigte Arbeit erforderlich ist, und begleitet den Fortgang der Qualifizierung in Forschung und Lehre.

(5) ¹Spätestens nach zwei Jahren führt das Fachmentorat eine Zwischenevaluierung durch. ²Stellt es fest, dass die vereinbarten Leistungen voraussichtlich nicht erbracht werden, kann das in der Grundordnung vorgesehene Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit die Bestellung des Fachmentorats aufheben. ³Mit der Aufhebung des Fachmentorats ist das Habilitationsverfahren beendet.

(6) ¹Bei Fortführung des Habilitationsverfahrens nach der Zwischenevaluation findet nach Erbringung der für die Feststellung der Lehrbefähigung vereinbarten Leistungen im Sinne des Abs. 3 eine wissenschaftliche Begutachtung durch das Fachmentorat statt, das auch externe Gutachten einholen soll. ²Das Fachmentorat schlägt dem in der Grundordnung vorgesehenen Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit die Feststellung der Lehrbefähigung vor, wenn die vereinbarten Leistungen erbracht werden. ³Die Leitung der akademischen Selbstverwaltungseinheit führt innerhalb von vier Monaten einen Beschluss über den Vorschlag des Fachmentorats herbei. ⁴Kommt ein Beschluss innerhalb dieser Frist nicht zustande, gilt die Lehrbefähigung als festgestellt. ⁵Stellt das Fachmentorat fest, dass die für die Feststellung der Lehrbefähigung erforderlichen Leistungen nicht oder nicht innerhalb der Frist des Abs. 2 Satz 4 erbracht wurden und voraussichtlich auch nicht innerhalb einer angemessenen Nachfrist erbracht werden können, hebt das in der Grundordnung vorgesehene Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit die Bestellung des Fachmentorats auf; das Habilitationsverfahren ist damit beendet.

(7) ¹Nähere Regelungen, insbesondere über den Nachweis der pädagogischen und didaktischen Eignung, die besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit sowie etwaiger weiterer Voraussetzungen für die Annahme als Habilitandin oder Habilitand, das Verfahren der Bestellung und die Aufgaben des interdisziplinär besetzten Fachmentorats, das Vorschlagsrecht der Habilitandin oder des Habilitanden für die Besetzung des Fachmentorats, die Zwischenevaluierung und die wissenschaftliche Begutachtung, trifft die als Satzung zu beschließende Habilitationsordnung. ²Art. 81 Abs. 1 Satz 6 und 8 gilt entsprechend. ³Habilitationsordnungen für das Fach Katholische Theologie können vorsehen, dass die Annahme die Vorlage eines Zeugnisses des zuständigen Bischofs voraussetzt, dass gegen eine Feststellung der Lehrbefähigung für das Fach Katholische Theologie keine Erinnerung zu erheben ist. ⁴Über den erfolgreichen Abschluss des Habilitationsverfahrens wird eine Urkunde ausgestellt.

(8) Soweit das in der Grundordnung vorgesehene Organ der Hochschule oder der akademischen Selbstverwaltungseinheit im Rahmen des Habilitationsverfahrens entscheidet, haben alle Professorinnen und Professoren der Hochschule oder der akademischen Selbstverwaltungseinheit das Recht, nach Maßgabe näherer Regelungen in der Grundordnung stimmberechtigt mitzuwirken.

(9) ¹Habilitandinnen und Habilitanden, die als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter Mitglieder der Hochschule sind, überträgt die Leitung der Hochschule oder der akademischen Selbstverwaltungseinheit im Einvernehmen mit dem Fachmentorat die selbstständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre. ²Soweit sie nicht Mitglieder der Hochschule sind, trägt das Fachmentorat im Benehmen mit der akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2

Satz 1 dafür Sorge, dass die Habilitandin oder der Habilitand sich in der akademischen Lehre qualifiziert und ausreichend Gelegenheit zur Lehre erhält.

- (10) ¹Auf Grund der Feststellung der Lehrbefähigung erteilt die Universität oder Kunsthochschule auf Antrag der habilitierten Person die Lehrbefugnis in dem Fachgebiet der Lehrbefähigung. ²Dies gilt nicht, wenn die habilitierte Person Universitätsprofessorin oder Universitätsprofessor des Fachgebiets der Lehrbefähigung ist. ³Die Lehrbefugnis soll im Einvernehmen mit der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Personen erteilt werden, die sich an der betreffenden Hochschule als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor bewährt haben. ⁴Auf Antrag der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 kann die Lehrbefugnis auch erhalten, wer die entsprechende Lehrbefähigung oder Lehrbefugnis an einer anderen Universität oder an einer dieser gleichstehenden Hochschule des In- oder Auslandes besitzt. ⁵Die Lehrbefugnis soll im Einvernehmen mit der zuständigen akademischen Selbstverwaltungseinheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Personen erteilt werden, die sich an der betreffenden Hochschule als Nachwuchsgruppenleiterin oder Nachwuchsgruppenleiter bewährt haben. ⁶Mit der Erteilung der Lehrbefugnis ist das Recht zur Führung der Bezeichnung „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“ verbunden. ⁷Der Widerruf der Lehrbefugnis bestimmt sich nach Art. 54.
- (11) Bei der Erteilung der Lehrbefugnis in den akademischen Selbstverwaltungseinheiten für Theologie und in den Fächern Theologie, Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts der Universitäten sind die Bestimmungen des Art. 3 § 2 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie des Art. 2 Abs. II und Art. 5 Abs. III bis V des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins zu beachten.

Art. 83

Führung akademischer Grade deutscher Hochschulen

¹Die von staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland verliehenen akademischen Grade dürfen nur gemäß der Verleihungsurkunde oder in der sonst festgelegten Form geführt werden. ²Wird der Doktorgrad in abgekürzter Form geführt, so muss die Fachrichtung nicht angegeben werden. ³Entsprechendes gilt für ehrenhalber verliehene akademische Grade. ⁴Inhaberinnen oder Inhaber eines nach Art. 81 Abs. 3 Satz 2 verliehenen Grades „Doctor of Philosophy (Ph.D.)“ können diesen alternativ auch in der abgekürzten Form „Dr.“ führen.

Art. 84

Führung ausländischer Grade, Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen, Strafvorschrift

- (1) ¹Ein ausländischer akademischer Grad, der von einer nach dem Recht des Herkunftslandes anerkannten Hochschule oder anderen Stelle, die zur Verleihung dieses Grades berechtigt ist, auf Grund eines tatsächlich absolvierten und ordnungsgemäß durch Prüfung abgeschlossenen Studiums verliehen worden ist, kann in der Form, in der er verliehen wurde, unter Angabe der verleihenden Institution genehmigungsfrei geführt werden. ²Entsprechendes gilt für die im Herkunftsland zugelassene oder nachweislich übliche Abkürzung. ³Soweit erforderlich, kann die verliehene Führungsform in die lateinische Schrift übertragen und eine wörtliche Übersetzung in Klammern hinzugefügt werden. ⁴Eine Umwandlung in entsprechende deutsche Grade findet nicht statt; Art. 108 bleibt unberührt.
- (2) ¹Ein ausländischer Ehrengrad, der von einer nach dem Recht des Herkunftslandes zur Verleihung berechtigten Hochschule oder anderen Stelle verliehen wurde, kann nach Maßgabe der für die Verleihung geltenden Rechtsvorschriften in der Form, in der er verliehen wurde, unter Angabe der verleihenden Institution genehmigungsfrei geführt werden. ²Ausgeschlossen von der Führung sind ausländische Ehrengrade, wenn die ausländische Institution kein Recht zur Vergabe des

entsprechenden Grades im Sinne des Abs. 1 besitzt. ³Abs. 1 Satz 2 und 3 sowie Satz 4 Halbsatz 1 gilt entsprechend.

- (3) ¹Für ausländische staatliche und kirchliche Grade gilt Abs. 1, für ausländische Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen gelten die Abs. 1, 2 und 4 entsprechend. ²Letzteres gilt auch für Titel, die inländischen akademischen Graden gleich lauten oder ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.
- (4) ¹Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich und Vereinbarungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland gehen den Regelungen in den Abs. 1 bis 3 vor. ²Im Verhältnis von Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich zu Vereinbarungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland gilt die günstigere Regelung.
- (5) ¹Eine von den Abs. 1 bis 4 abweichende Grad-, Titel- oder Bezeichnungsführung ist unzulässig. ²Entgeltlich erworbene Grade, Hochschultitel und Hochschultätigkeitsbezeichnungen dürfen nicht geführt werden.
- (6) Wer einen ausländischen Grad, Hochschultitel oder eine ausländische Hochschultätigkeitsbezeichnung führt, hat auf Verlangen einer öffentlichen Stelle die Berechtigung hierzu urkundlich nachzuweisen.
- (7) Wer sich erbieht, gegen Entgelt den Erwerb eines ausländischen akademischen Grades, eines ausländischen Hochschultitels oder einer ausländischen Hochschultätigkeitsbezeichnung zu vermitteln, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Art. 85 Entziehung

¹Der von einer bayerischen Hochschule verliehene akademische Grad kann unbeschadet des Art. 48 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) entzogen werden, wenn sich die Inhaberin oder der Inhaber durch ein späteres Verhalten der Führung des Grades als unwürdig erwiesen hat. ²Über die Entziehung entscheidet diejenige Hochschule, die den Grad verliehen hat.

Teil 8

Nichtstaatliche Hochschulen und sonstige Einrichtungen

Art. 86 Staatliche Anerkennung

- (1) ¹Einrichtungen des Bildungswesens, die nicht staatliche Hochschulen (Art. 1 Abs. 2) sind und Aufgaben nach den Art. 2 und 3 wahrnehmen, können auf Antrag des Trägers durch das Staatsministerium als Hochschule staatlich anerkannt werden (nichtstaatliche Hochschule). ²Mit der staatlichen Anerkennung werden Name, Sitz, weitere Niederlassungen und Träger der Hochschule sowie die anerkannten Studiengänge und die mit deren Abschluss zu verleihenden akademischen Grade festgelegt. ³Nachträgliche wesentliche Änderungen setzen eine Änderung der staatlichen Anerkennung nach Satz 2 voraus. ⁴Die staatliche Anerkennung erstreckt sich auch auf die nachträgliche Erweiterung durch Studiengänge, die nach Maßgabe des Studienakkreditierungsstaatsvertrags akkreditiert sind. ⁵Die Akkreditierung ist dem Staatsministerium unverzüglich nachzuweisen. ⁶Die Aufnahme des Studienbetriebs bereits vor erfolgter Studiengangsakkreditierung setzt eine Änderung der staatlichen Anerkennung nach Satz 2 voraus. ⁷Dies gilt auch für Studiengänge, bei denen durch die jeweils zuständigen Behörden die Einhaltung berufsrechtlicher Vorgaben festgestellt werden muss sowie für sonstige Studiengänge, die nicht der

Akkreditierung unterliegen. ⁸Die Sätze 4 bis 7 gelten entsprechend für wesentliche Änderungen von Studiengängen.

(2) ¹Trägerin oder Träger der nichtstaatlichen Hochschulen ist, wem das Handeln der Hochschule rechtlich zuzurechnen ist. ²Betreiberin oder Betreiber sind die die Trägerin oder den Träger einer nichtstaatlichen Hochschule maßgeblich prägenden natürlichen oder juristischen Personen.

(3) ¹Die staatliche Anerkennung kann erteilt werden, wenn die Hochschule den institutionellen Anspruch erfüllt, Studium, Forschung und Lehre auf Hochschulniveau zu betreiben. ²Dazu gehört insbesondere, dass

1. die Qualität der angebotenen Bachelor- und Masterstudiengänge durch eine Akkreditierung nach Maßgabe des Studienakkreditierungsstaatsvertrags nachgewiesen wird,
2. bei Universitäten mindestens drei zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führende und bei Hochschulen für angewandte Wissenschaften aufeinander folgende und erfolgreich akkreditierte Studiengänge an der Hochschule vorhanden oder im Rahmen einer Ausbauplanung vorgesehen sind, bei Kunsthochschulen mindestens drei zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führende, grundsätzlich akkreditierte Studiengänge,
3. nur solche Personen das Studium aufnehmen dürfen, die die Voraussetzungen für die Aufnahme in eine entsprechende staatliche Hochschule erfüllen,
4. nur Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer beschäftigt werden, die die Einstellungsbedingungen des Art. 41 erfüllen und die in einem transparenten, wissenschaftlichen Standards entsprechenden Verfahren unter maßgeblicher Mitwirkung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern ausgewählt worden sind,
5. sichergestellt ist, dass die Einrichtung ihre Aufgaben im Rahmen der durch das Grundgesetz und die Verfassung gewährleisteten staatlichen Ordnung erfüllt.

³Zur Sicherung der Wissenschaftsfreiheit muss die nichtstaatliche Hochschule sicherstellen, dass

1. Betreiber, Träger und Hochschule unter Trennung ihrer Aufgabenbereiche einen gegenseitigen Interessenausgleich verbindlich absichern; dabei werden die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der bekenntnisgebundenen Träger berücksichtigt,
2. akademische Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Hochschule nicht zugleich Funktionen beim Betreiber wahrnehmen,
3. die Kompetenzzuweisungen an die Organe der Hochschule transparent und eindeutig geregelt sind,
4. die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer eigenverantwortlich Lehre, Forschung und Kunstausbübung durchführen können,
5. die rechtliche Stellung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gesichert ist,
6. eine akademische Selbstverwaltung besteht, in der Lehre und Forschung sowie – bei entsprechender Ausrichtung der Hochschule – die Künste unter angemessener Berücksichtigung der verschiedenen Beteiligten eigenverantwortlich organisiert und geregelt werden,
7. die Hochschulgremien im akademischen Kernbereich von Lehre und Forschung in der Lage sind, ohne Mitwirkung von Funktionsträgerinnen oder Funktionsträgern der Betreiber oder des Betreibers zu beraten und zu beschließen und

8. die Inhaberinnen und Inhaber akademischer Leitungsämter in angemessenen Zeiträumen neu benannt werden und die akademische Selbstverwaltung maßgeblichen Einfluss auf die Bestellung und Abberufung der Hochschulleitung besitzt.

⁴Träger und Betreiber von nichtstaatlichen Hochschulen müssen die Gewähr dafür bieten, dass dauerhaft die personelle, sächliche und finanzielle Mindestausstattung zur Wahrnehmung der Aufgaben nach den Art. 2 und 3 sichergestellt ist. ⁵Dazu gehört insbesondere, dass

1. die Lehrangebote der Hochschule überwiegend von hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern erbracht werden,
2. die Hochschule über eine Anzahl von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern verfügt, die eine angemessene Erfüllung der Aufgaben der Hochschule ermöglicht,
3. die Hochschule von ihrer Größe und Ausstattung her wissenschaftlichen und – bei entsprechender Ausrichtung der Hochschule – künstlerischen Diskurs ermöglicht und
4. der Hochschule nach ihren strukturellen Rahmenbedingungen und ihrer Mindestausstattung eine der Wahrnehmung der Aufgaben nach Nr. 1 angemessene und auf Dauer angelegte Gestaltung und Durchführung des Lehr- und Studienbetriebs sowie von Forschung, Kunstausübung und Verwaltung ermöglicht ist; dazu gehört insbesondere der ausreichende Zugang zu fachbezogenen Medien.

⁶Nichtstaatliche Hochschulen müssen Vorkehrungen nachweisen, mit denen sichergestellt wird, dass den aufgenommenen Studierenden eine Beendigung ihres Studiums ermöglicht werden kann. ⁷Für kirchliche Einrichtungen kann das Staatsministerium Ausnahmen von Satz 1 Nr. 2, für theologische Studiengänge auch von Satz 1 Nr. 3 zulassen, wenn gewährleistet ist, dass das Studium dem Studium an einer staatlichen Hochschule gleichwertig ist.

Art. 87 Akkreditierungsverfahren

- (1) ¹Das Staatsministerium soll vor der Entscheidung über die staatliche Anerkennung eine gutachterliche Stellungnahme des Wissenschaftsrats oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung einholen, in der das eingereichte Konzept für die geplante nichtstaatliche Hochschule anhand der in Art. 86 Abs. 3 genannten Kriterien bewertet wird (Konzeptprüfung). ²Die für Hochschulen zuständige Behörde soll in regelmäßigen Abständen eine gutachterliche Stellungnahme des Wissenschaftsrats oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung einholen, mit der das Vorliegen und Fortbestehen der in Art. 86 Abs. 3 genannten Kriterien bei staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen überprüft wird (institutionelle Akkreditierung, Reakkreditierung). Satz 2 gilt auch bei unbefristet staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen.
- (2) ¹Die gutachterliche Stellungnahme nach Abs. 1 wird vom Staatsministerium im Benehmen mit der Trägerin oder dem Träger beim Wissenschaftsrat oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung eingeholt. ²Der Wissenschaftsrat oder die vergleichbare Akkreditierungseinrichtung muss gewährleisten, dass
 1. eine Gutachterkommission eingesetzt wird, die mehrheitlich mit externen, unabhängigen, fachlich einschlägig qualifizierten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern besetzt ist, darunter mindestens ein professorales Mitglied einer nichtstaatlichen Hochschule, sowie mit einem studentischen Mitglied,
 2. die nichtstaatliche Hochschule, ihre Trägereinrichtung, ihre Betreiberin oder ihr Betreiber sowie das Staatsministerium, das das Gutachten einholt, Gelegenheit erhalten, vor der abschließenden Entscheidung über die Akkreditierung zu dem Gutachten Stellung zu nehmen,

3. für Streitfälle eine mit drei nicht der zu begutachtenden Bildungseinrichtung angehörenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzte interne Beschwerdestelle eingerichtet und das Beschwerdeverfahren einschließlich der einzuhaltenden Fristen geregelt ist.
- (3) ¹Mit der gutachterlichen Stellungnahme berichtet der Wissenschaftsrat oder die vergleichbare Akkreditierungseinrichtung dem Staatsministerium, ob die nichtstaatliche Hochschule im Wesentlichen den Voraussetzungen des Art. 86 Abs. 3 oder des Art. 93 Abs. 2 oder Abs. 3 entspricht. ²Sie benennt hinreichend bestimmt die Punkte, in denen die nichtstaatliche Hochschule diesen Anforderungen nicht oder nur eingeschränkt gerecht wird. ³Sie kann die Akkreditierung oder Reakkreditierung von der Behebung von Mängeln innerhalb von angemessenen Fristen abhängig machen. ⁴Akkreditierungen und Reakkreditierungen werden in der Regel auf mindestens fünf Jahre befristet.
- (4) ¹Die gutachterliche Stellungnahme erweitert durch die im Verfahren erbrachte sachverständige Bewertung die Erkenntnisgrundlagen des Staatsministeriums. ²Sie nimmt die Entscheidung über die staatliche Anerkennung weder ganz noch teilweise vorweg.

Art. 88 Kosten der Anerkennung

- (1) ¹Für die Erteilung und die Aufrechterhaltung der staatlichen Anerkennung werden Gebühren erhoben. ²Sie umfassen auch die Auslagen des Staatsministeriums für die Verfahren nach Art. 87 Abs. 1 einschließlich etwa anfallender Umsatzsteuer. ³Hierfür kann eine Vorausleistung auf die Gebühren und Auslagen erhoben werden. ⁴Die Durchführung der Verfahren kann von der Vorausleistung abhängig gemacht werden.
- (2) Die Gebühren trägt der Träger der nichtstaatlichen Hochschule.

Art. 89 Rechtswirkung der Anerkennung

- (1) ¹Mit der staatlichen Anerkennung erhält die Hochschule das Recht, im Rahmen der Anerkennung Hochschulprüfungen abzunehmen, Hochschulgrade zu verleihen und Zeugnisse zu erteilen. ²Diese verleihen die gleichen Berechtigungen wie Hochschulprüfungen, Zeugnisse und Hochschulgrade gleicher Studiengänge an staatlichen Hochschulen. ³Das an einer nichtstaatlichen Hochschule abgeschlossene Studium ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium im Sinne dieses Gesetzes.
- (2) Nichtstaatliche Hochschulen können mit staatlichen Hochschulen zusammenwirken; Art. 6 gilt entsprechend.
- (3) Träger von nichtstaatlichen Hochschulen haben keinen Anspruch auf staatliche Finanzhilfe.
- (4) Studierende an nichtstaatlichen Hochschulen haben keinen Anspruch gegen den Freistaat Bayern auf Beendigung ihres Studiums.

Art. 90 Erlöschen, Rücknahme, Widerruf

- (1) ¹Die staatliche Anerkennung erlischt, wenn die Hochschule
1. nicht innerhalb eines Jahres seit Zustellung des Anerkennungsbescheids den Studienbetrieb aufnimmt,

2. ohne Zustimmung des Staatsministeriums länger als ein Jahr nicht betrieben wird oder
3. der Studienbetrieb endgültig eingestellt wird.

²Die Frist nach Satz 1 Nr. 1 kann vom Staatsministerium verlängert werden.

- (2) Die staatliche Anerkennung ist zurückzunehmen, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung im Zeitpunkt der Erteilung nicht gegeben waren und diesem Mangel trotz Aufforderung des Staatsministeriums innerhalb einer gesetzten Frist nicht abgeholfen wird.
- (3) ¹Die staatliche Anerkennung wird widerrufen, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung weggefallen sind und diesem Mangel trotz Aufforderung des Staatsministeriums innerhalb einer gesetzten Frist nicht abgeholfen wird. ²Die staatliche Anerkennung kann widerrufen werden, wenn die staatlich anerkannte nichtstaatliche Hochschule die Durchführung der Verfahren gemäß Art. 86 Abs. 1 Satz 2 bis 5 nicht ermöglicht, insbesondere durch Nichtzahlung der Vorausleistung gemäß Art. 88 Abs. 1 Satz 3 und 4. ³Im Falle der Rücknahme oder des Widerrufs der staatlichen Anerkennung oder der Einstellung des Betriebes der Hochschule ist die Trägerin oder der Träger verpflichtet, den zum Zeitpunkt der Rücknahme, des Widerrufs oder der Einstellung bereits eingeschriebenen Studierenden die Beendigung ihres Studiums zu ermöglichen.

Art. 91

Lehrkräfte, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

- (1) ¹Die Beschäftigung von hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern bedarf der Genehmigung durch das Staatsministerium. ²Dem Antrag ist insbesondere ein Gutachten über die fachliche, pädagogische, didaktische und persönliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber beizufügen. ³Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn das Staatsministerium nicht innerhalb einer Frist von zwei Monaten gegen die Erteilung der Genehmigung Bedenken erhebt oder diese ablehnt. ⁴Das Staatsministerium kann die Beschäftigung von hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, die bei Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern an staatlichen Hochschulen die Entlassung oder die Entfernung aus dem Dienst rechtfertigen können. ⁵Hauptberufliche Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer können für die Dauer ihrer Beschäftigung die Berufsbezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ oder „Juniorprofessorin“ oder „Juniorprofessor“ führen. ⁶Der Bezeichnung sind folgende Zusätze anzufügen:

1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft oder an Ordenshochschulen: „im Kirchendienst“ oder „im Ordensdienst“,
2. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an privaten Hochschulen: „an der (Name der Hochschule)“ oder „im Privatdienst“.

⁷Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer, die wegen Erreichens der Altersgrenze oder Dienstunfähigkeit ausscheiden, dürfen die bisherige Berufsbezeichnung mit dem Zusatz „a.D.“ (außer Dienst) weiterführen. ⁸Bei einem Ausscheiden aus sonstigen Gründen darf die bisherige Berufsbezeichnung nach den Sätzen 6 und 7 geführt werden, wenn die Hochschullehrerin oder der Hochschullehrer die entsprechende Tätigkeit mindestens zehn Jahre ausgeübt hat. ⁹Die Führung bedarf der Zustimmung der Hochschule.

- (2) ¹An nichtstaatlichen Hochschulen können Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren unter den Voraussetzungen des Art. 52 bestellt werden. ²Art. 52 gilt entsprechend.

Art. 92

Anwendung von Regelungen für staatliche Hochschulen, Universität der Bundeswehr

- (1) Für nichtstaatliche Hochschulen gelten Art. 7 Abs. 4, Art. 60, die Art. 62 bis 66 mit Ausnahme des Art. 63 Abs. 4, die Art. 68 und 69, die Art. 71 bis 79 mit Ausnahme des Art. 75 Nr. 3 und Art. 76, sowie die Art. 80 Abs. 1 bis 5 und Art. 81 im Rahmen der staatlichen Anerkennung entsprechend.
- (2) ¹Die für nichtstaatliche Hochschulen nach Abs. 1 erforderlichen Regelungen bedürfen des Einvernehmens mit dem Staatsministerium. ²Die vor dem 1. Oktober 1993 vom Staatsministerium erlassenen Vorschriften bleiben in Kraft, solange und soweit die erforderlichen Regelungen nicht nach Satz 1 getroffen wurden. ³Nichtstaatliche Hochschulen können zusätzliche Immatrikulationsvoraussetzungen, nicht jedoch von Art. 72 Abs. 1 bis 6 sowie 8 bis 10, Art. 73 und Art. 74 abweichende Qualifikationsvoraussetzungen, festlegen.
- (3) Die nichtstaatlichen Hochschulen können Vertreterinnen und Vertreter in den Landesstudierendenrat nach Art. 29 entsenden; Art. 29 Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.
- (4) ¹Der Universität der Bundeswehr München sind das Promotionsrecht und Habilitationsrecht für die universitären Studiengänge im Rahmen der staatlichen Anerkennung verliehen. ²Auf Antrag des Trägers kann das Staatsministerium das Recht einräumen, in bestimmten Studiengängen auch zivile Studierende auszubilden. ³Die vorstehenden Absätze, Art. 53, 82 Abs. 10, Art. 86 bis 91 und 95 gelten mit Ausnahme der Vorschriften des Abs. 1 in Verbindung mit Art. 77 Abs. 2 und 3 Satz 1 sowie für die Überschreitung von Fristen gemäß Abs. 1 in Verbindung mit Art. 68 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 und Abs. 4 sowie Art. 86 Abs. 3 über die Anerkennung. ⁴In den Hochschulprüfungsordnungen sind die Fristen für die Meldung zu Prüfungen, die Überschreitungsfristen und die Folgen einer von Studierenden zu vertretenden Überschreitung dieser Fristen zu regeln.

Art. 93 **Promotions-, Habilitationsrecht**

- (1) Der Hochschule für Philosophie München sind das Promotions- und Habilitationsrecht im Bereich der Philosophie, der Augustana-Hochschule Neuendettelsau das Promotions- und Habilitationsrecht im Bereich der Evangelischen Theologie verliehen.
- (2) Das Promotionsrecht kann einer nichtstaatlichen Hochschule auf Antrag durch das Staatsministerium verliehen werden, wenn
 1. sie auf der Grundlage von Forschungsschwerpunkten ein erkennbares wissenschaftliches Profil entwickelt hat, das an andere Hochschulen anschlussfähig ist,
 2. die an der Hochschule erbrachten Forschungsleistungen der Professorinnen und Professoren sowie die Forschungsbasierung der Studiengänge den für promotionsberechtigte staatliche Hochschulen geltenden Maßstäben entsprechen und
 3. die Hochschule über ein geregeltes, transparentes Promotionsverfahren verfügt.
- (3) Das Habilitationsrecht kann einer nichtstaatlichen Hochschule auf Antrag durch das Staatsministerium unter den Voraussetzungen des Abs. 2 verliehen werden, wenn mit der Habilitation die wissenschaftliche und pädagogische **und didaktische** Eignung zu einer Professorin oder einem Professor in einem bestimmten Fachgebiet an Universitäten förmlich festgestellt werden kann.
- (4) ¹Vor Verleihung des Promotionsrechts und Habilitationsrechts an eine nichtstaatliche Hochschule soll das Staatsministerium eine gutachterliche Stellungnahme des Wissenschaftsrats oder einer vergleichbaren Akkreditierungseinrichtung zur Überprüfung der in Abs. 2 genannten Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts und der in Abs. 3 genannten Kriterien für die Verleihung des Habilitationsrechts einholen. ²Der wesentliche Inhalt der gutachterlichen Stellungnahme ist zu veröffentlichen. ³Für das Verfahren gelten Art. 87 Abs. 2 bis 4 und Art. 88.
- (5) Die Regelung des Art. 3 Abs. 2 und des Art. 81 Abs. 3 Satz 2 und 3 zur Verleihung eines fachlich begrenzten Promotionsrechts an besonders forschungsstarke Bereiche der Hochschulen für

angewandte Wissenschaften gilt auch für nichtstaatliche Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

- (6) Nichtstaatliche Kunsthochschulen können darüber hinaus im Zusammenwirken mit anderen Hochschulen wissenschaftliche Promotionen oder wissenschaftlich-künstlerische Promotionen betreuen, wenn die Voraussetzungen des Art. 80 Abs. 6 Satz 2 oder des Art. 80 Abs. 6 Satz 3 und 4 vorliegen
- (7) Zu Kosten für Amtshandlungen im Rahmen der Verfahren nach Abs. 2 bis 5 gilt Art. 88 entsprechend.

Art. 94

Kirchliche Hochschulen, Verordnungsermächtigung

- (1) Auf kirchliche Hochschulen – einschließlich Ordenshochschulen –, die ausschließlich Geistliche aus- und fortbilden, findet dieser Abschnitt keine Anwendung.
- (2) ¹Auf Antrag gewährt der Freistaat nach Maßgabe des Staatshaushalts einer Kirche oder kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb einer nichtstaatlichen Hochschule für angewandte Wissenschaften oder von Fachhochschulstudiengängen an einer staatlich anerkannten Universität. ²Der Zuschuss zum laufenden Betrieb beträgt 80 % des tatsächlichen nachgewiesenen Personal- und Sachaufwands, soweit dieser dem an vergleichbaren staatlichen Hochschulen entstehenden Aufwand entspricht. ³Das Nähere wird durch Rechtsverordnung geregelt, in der auch eine Pauschalierung vorgesehen werden kann.
- (3) ¹Auf Antrag gewährt der Freistaat der Hochschule für Philosophie München nach Maßgabe des Staatshaushalts einen Zuschuss in Höhe von 50 % des tatsächlichen nachgewiesenen laufenden Personal- und Sachaufwands, sofern dieser mit dem Aufwand staatlicher Hochschulen für ähnliche Fächerprofile vergleichbar ist. ²Das Nähere wird durch Rechtsverordnung geregelt, in der auch eine Pauschalierung vorgesehen werden kann.
- (4) Im Übrigen können sonstigen Hochschulen in der Trägerschaft einer kirchlichen juristischen Person des öffentlichen Rechts nach Maßgabe des Staatshaushalts Zuschüsse gewährt werden.

Art. 95

Rechtsaufsicht

Das Staatsministerium führt die Rechtsaufsicht über die nichtstaatlichen Hochschulen; Art. 10 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Art. 96

Sonstige Einrichtungen

- (1) ¹Niederlassungen staatlicher oder staatlich anerkannter Hochschulen eines anderen Lands der Bundesrepublik Deutschland, eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Staats, mit dem auf Grund eines Abkommens Dienstleistungs- oder Niederlassungsfreiheit im Hochschulbereich besteht, dürfen im Freistaat Bayern betrieben werden, wenn
 1. die Niederlassung ausschließlich ihre im Sitzland anerkannten und dort zugelassenen oder akkreditierten Hochschulstudiengänge durchführt und nach dem Recht des Sitzlands auch im Freistaat Bayern durchführen darf,
 2. die Hochschule der Niederlassung ausschließlich ihre im Sitzland anerkannten und dort zugelassenen oder rechtmäßig verliehenen Hochschulgrade verleiht,

3. nur Studienbewerberinnen und Studienbewerber angenommen werden, die die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die den Hochschulgrad verleihende Hochschule erfüllen,
4. die Qualitätskontrolle durch das Sitzland gesichert ist.

²Für Bildungseinrichtungen, die im Freistaat Bayern aufgrund von Kooperationen mit Hochschulen nach Satz 1 im jeweiligen Sitzland anerkannte und zugelassene Hochschulstudiengänge durchführen und entsprechende Hochschulqualifikationen und akademische Grade verleihen wollen, gilt Satz 1 entsprechend. ³Der Betrieb von Niederlassungen und Bildungseinrichtungen darf erst aufgenommen werden, wenn die Voraussetzungen nach Satz 1 durch das Staatsministerium festgestellt wurden. ⁴Für Ausweitungen oder wesentliche Änderungen des Studienangebots nach Betriebsaufnahme gilt Satz 1 entsprechend. ⁵Sie sind dem Staatsministerium unverzüglich anzuzeigen.

(2) Art. 89 Abs. 3 und 4, Art. 90 sowie Art. 95 gelten entsprechend.

Art. 97 **Untersagung, Ordnungswidrigkeiten**

(1) ¹Das Staatsministerium kann den Betrieb einer Einrichtung untersagen, soweit diese ohne Anerkennung nach Art. 86 oder ohne Feststellung oder Gestattung nach Art. 96

1. Hochschulstudiengänge durchführt,
2. Hochschulprüfungen abnimmt oder
3. akademische Grade verleiht.

²Führt eine Einrichtung, ohne dazu berechtigt zu sein, die Bezeichnung Universität, Universitätsklinikum, Hochschule, Fachhochschule, Hochschule für angewandte Wissenschaften, Technische Hochschule, Kunsthochschule, Gesamthochschule oder eine Bezeichnung, die damit verwechselt werden kann, untersagt das Staatsministerium die Führung der Bezeichnung. ³Die Führung eines akademischen Grades, der von einer Einrichtung im Sinne des Satzes 1 verliehen wurde, ist untersagt.

(2) Mit Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro kann belegt werden, wer

1. unbefugt die Bezeichnung Universität, Universitätsklinikum, Hochschule, Fachhochschule, Hochschule für angewandte Wissenschaften, Technische Hochschule, Kunsthochschule, Gesamthochschule, fremdsprachige Entsprechungen dieser Bezeichnungen oder eine Bezeichnung führt, die damit verwechselt werden kann,
2. eine Einrichtung, die Aufgaben nach Art. 3 wahrnimmt, ohne staatliche Anerkennung nach Art. 86 errichtet oder betreibt, oder
3. ohne staatliche Anerkennung nach Art. 86 oder Feststellung oder Gestattung nach Art. 96 Hochschulstudiengänge durchführt, Hochschulprüfungen abnimmt oder akademische Grade oder Bezeichnungen, die akademischen Graden zum Verwechseln ähnlich sind, verleiht.

(3) Mit Geldbuße bis zu fünftausend Euro kann belegt werden, wer unbefugt eine Berufsbezeichnung nach Art. 91 Abs. 1 Satz 5 bis 9 führt.

Teil 9

Studierendenwerke

Art. 98 Aufgaben, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Aufgaben der Studierendenwerke sind die wirtschaftliche Förderung, psychosoziale Beratung und soziale Betreuung der Studierenden der staatlichen Hochschulen, insbesondere durch die Einrichtung und den Betrieb von Kinderbetreuungsstätten, den Bau und den Betrieb von Studierendenwohnheimen und den Betrieb von Verpflegungseinrichtungen sowie von Einrichtungen im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich. ²Die Studierendenwerke sollen im Rahmen ihrer Aufgaben zur Förderung der internationalen Beziehungen beitragen. ³Durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums können den Studierendenwerken staatliche Aufgaben übertragen werden. ⁴Die Studierendenwerke sind der nachhaltigen Beschaffung und dem nachhaltigen Betrieb verpflichtet; Art. 2 Abs. 8 Satz 1 und Art. B gelten entsprechend.
- (2) ¹Die Einrichtungen der Studierendenwerke können auch anderen Personen zur Verfügung gestellt werden, soweit dies mit der Erfüllung der Aufgaben nach Abs. 1 vereinbar ist. ²Den Studierendenwerken können auch für andere Unterrichtseinrichtungen Aufgaben nach Abs. 1 als eigene Aufgaben oder als Auftragsangelegenheit übertragen werden.
- (3) Die Studierendenwerke erfüllen ihre Aufgaben nach den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit.
- (4) ¹Zur Erfüllung der Aufgaben nach Abs. 1 und 2 Satz 1 stellen die Hochschulen und die anderen Unterrichtseinrichtungen den Studierendenwerken auf Anforderung personenbezogene Daten der Studierenden und der anderen Personen im erforderlichen Umfang durch elektronische Datenübermittlung zur Verfügung. ²Die Studierendenwerke sind im Rahmen ihrer Aufgaben zur Datenverarbeitung berechtigt.
- (5) ¹Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben haben die Studierendenwerke untereinander, mit den Hochschulen, dem Bund, den Ländern und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammenzuwirken und dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zu schließen. ²Art. 6 Abs. 8 gilt entsprechend.

Art. 99 Errichtung und Zuständigkeit, Verordnungsermächtigung

Die Errichtung, die Festlegung der Zuständigkeit für die einzelnen Hochschulen und andere Unterrichtseinrichtungen sowie die Auflösung von Studierendenwerken erfolgt durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums.

Art. 100 Rechtsstellung und Organisation

¹Die Studierendenwerke sind rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. ²Organe der Studierendenwerke sind die Vertreterversammlung, der Verwaltungsrat und die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer (Geschäftsführung).

Art. 101 Vertreterversammlung

- (1) Aufgaben der Vertreterversammlung sind
 1. die Wahl und Abwahl des Verwaltungsrats,
 2. die Entgegennahme des Jahresberichts der Geschäftsführung und des Jahresabschlusses,

3. die Entgegennahme des Berichts über grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung.

4. die Entgegennahme des Berichts des Verwaltungsrats.

(2) ¹Jede Hochschule entsendet in die Vertreterversammlung

1. ein Mitglied der Hochschulleitung,
2. zwei Professorinnen oder Professoren,
3. drei Studierende der Hochschule,
4. ~~die oder den Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft~~ die Gleichstellungsbeauftragte oder den Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule,
5. die oder den Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung.

²Die Personen nach Satz 1 Nr. 1 ~~bis 3~~ und 2 werden von der Hochschulleitung für die Dauer von zwei Jahren benannt, ~~die~~. ³Die Personen nach Satz 1 Nr. 3 ~~im Einvernehmen mit~~ werden auf Vorschlag der Studierendenvertretung der Hochschule von der Hochschulleitung für die Dauer von einem Jahr benannt. ³⁴Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird für die restliche Zeit eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger benannt.

(3) Die Vertreterversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer der Amtsperiode eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden.

Art. 102 Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat nimmt die Prüfung des Jahresabschlusses vor.

(2) Der Verwaltungsrat beschließt über

1. den Wirtschaftsplan,
2. die Bestellung der Wirtschaftsprüferin oder des Wirtschaftsprüfers,
3. die Entlastung der Geschäftsführung auf Grund des geprüften Jahresabschlusses,
4. die Bestellung und Entlassung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters,
5. den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundvermögen,
6. Satzungen nach Art. 105 Abs. 2 und 3.

(3) ¹Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus

1. zwei Personen aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren sowie der Hochschulleitung,
2. drei Studierenden,
3. einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens,

4. einer Vertreterin oder einem Vertreter des Personalrats des Studierendenwerks,
5. der oder dem ~~Beauftragten für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft~~ Gleichstellungsbeauftragten einer Hochschule,
6. der oder dem Beauftragten für die Belange der Studierenden mit Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung einer Hochschule.

²Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder beträgt zwei Jahre. ³Die Mitglieder nach Satz 1 Nr. 1, 2, 5 und 6 werden von der Vertreterversammlung aus deren Mitte gewählt. ⁴Die aus der Vertreterversammlung gewählten Mitglieder des Verwaltungsrats scheiden mit ihrer Wahl aus der Vertreterversammlung aus. ⁵Eine Hochschule darf höchstens zwei Vertreterinnen oder Vertreter in den Verwaltungsrat entsenden. ⁶Das Mitglied nach Satz 1 Nr. 3 wird von den Präsidentinnen und Präsidenten der beteiligten Hochschulen gewählt, das Mitglied nach Satz 1 Nr. 4 vom Personalrat des Studierendenwerks. ⁷Scheidet ein Verwaltungsratsmitglied vorzeitig aus, wird für den Rest der Amtszeit des bisherigen Mitglieds ein neues Mitglied gewählt.

- (4) Der Verwaltungsrat wählt aus dem Kreis der Mitglieder nach Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ~~und~~ bis 3 für die Dauer der Amtszeit eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden.

Art. 103 Geschäftsführung

- (1) ¹Auf Grund des Beschlusses des Verwaltungsrats bestellt und entlässt die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrats die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer und die Stellvertreterin oder den Stellvertreter. ²Die Bestellung, die Regelung des Beschäftigungsverhältnisses und die Entlassung bedürfen des Einvernehmens mit dem Staatsministerium.
- (2) ¹Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer führt die Geschäfte des Studierendenwerks, soweit nicht die Zuständigkeit der Vertreterversammlung oder des Verwaltungsrats begründet ist. ²Sie oder er vertritt das Studierendenwerk.

Art. 104 Aufsicht

- (1) Die Studierendenwerke stehen unter der Rechtsaufsicht und, soweit sie staatliche Aufgaben oder Auftragsangelegenheiten wahrnehmen, der Fachaufsicht des Staatsministeriums.
- (2) ¹Hinsichtlich der Aufsichtsmittel gilt Art. 10 Abs. 3 bis 5 entsprechend. ²Bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben oder Auftragsangelegenheiten können den Studierendenwerken auch für die Handhabung des Verwaltungsermessens Weisungen erteilt werden.

Art. 105 Finanzierung und Wirtschaftsführung

- (1) ¹Der Freistaat Bayern stellt den Studierendenwerken nach Maßgabe des Staatshaushalts Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung. ²Eigene Einnahmen der Studierendenwerke sind vorbehaltlich zulässiger Rückstellungen und genehmigungsfähiger Rücklagen vorweg einzusetzen. ³Eigene Einnahmen der Studierendenwerke sind
 1. der Grundbeitrag nach Abs. 2,
 2. der zusätzliche Beitrag nach Abs. 3,

3. sonstige Einnahmen.

[4Die Überlassung von Grundstücken, Grundstücksteilen, Gebäuden oder Gebäudeteilen des Freistaats oder seiner Hochschulen an die Studierendenwerke zum Zweck der gesetzlichen Aufgabenerfüllung erfolgt unentgeltlich; dies gilt auch für die Bestellung von Erbbaurechten.](#)

- (2) ¹Die Höhe des Grundbeitrags richtet sich nach den durchschnittlichen wirtschaftlichen Verhältnissen des beitragspflichtigen Personenkreises und dem zur Durchführung der Aufgaben der Studierendenwerke nach Art. 98 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Aufwand. ²Sie wird nach Anhörung der beteiligten Hochschulen und sonstigen Unterrichtseinrichtungen nach Art. 98 Abs. 2 Satz 2 vom zuständigen Studierendenwerk durch Satzung festgesetzt.
- (3) ¹Neben dem Grundbeitrag kann für den Zuständigkeitsbereich einzelner Studierendenwerke oder für Teile des Zuständigkeitsbereichs einzelner Studierendenwerke ein zusätzlicher Beitrag für die Beförderung oder die zu einem ermäßigten Beförderungsentgelt mögliche Beförderung der Studierenden im öffentlichen Nahverkehr erhoben werden. ²Die Höhe des zusätzlichen Beitrags richtet sich nach dem Aufwand aus einer entsprechenden Vereinbarung des Studierendenwerks mit den örtlichen Trägern des Nahverkehrs über die Beförderung der Studierenden gegen ein Pauschalentgelt oder über die zu einem ermäßigten Beförderungsentgelt mögliche Beförderung der Studierenden gegen ein Pauschalentgelt. ³Sie wird vom zuständigen Studierendenwerk durch Satzung festgesetzt. ⁴Der Abschluss der Vereinbarung nach Satz 2 bedarf der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. ⁵Zwischen den örtlichen Trägern des öffentlichen Nahverkehrs und den Hochschulen kann zu diesem Zweck ein **automatisierter** Austausch personenbezogener Daten der an den Hochschulen immatrikulierten und berechtigten Studierenden eingerichtet werden; [hierzu die ist Einwilligung der Studierenden einzuholen.](#) ⁶[Bei der Einführung, Preisänderung oder Absetzung von Beförderungsentgelten sind die betroffenen Studierendenvertretungen zu beteiligen.](#)
- (4) ¹Beitragspflichtig nach den Abs. 2 und 3 sind Studierende sowie Personen, die Unterrichtseinrichtungen im Sinn von Art. 98 Abs. 2 Satz 2 besuchen. ²Studierende, die an mehreren Hochschulen im Freistaat Bayern immatrikuliert sind, für die verschiedene bayerische Studierendenwerke zuständig sind, sind nur bei dem Studierendenwerk beitragspflichtig, in dessen Zuständigkeitsbereich die erste Immatrikulation erfolgte. ³Für die Immatrikulation an jeder weiteren Hochschule kann durch Satzung des zuständigen Studierendenwerks jeweils ein zusätzlicher Beitrag nach Abs. 3 erhoben werden. ⁴Personen, denen nach Art. 98 Abs. 2 Satz 1 Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, können zur Leistung eines Beitrags durch Satzung des zuständigen Studierendenwerks herangezogen werden. ⁵Die Studierendenwerke können durch Satzung Ausnahmen von der Beitragspflicht, insbesondere für Studierende, die aufgrund einer hochschulischen Kooperationsvereinbarung nicht durchgängig am bayerischen Studienort anwesend sind, festlegen.
- (5) ¹Die Beiträge nach den Abs. 2 und 3 werden von den Hochschulen und sonstigen Unterrichtseinrichtungen unentgeltlich eingehoben. ²Die Studierendenwerke sind hinsichtlich dieser Beiträge ermächtigt, Leistungsbescheide zu erlassen.
- (6) Der erforderliche Aufwand für Aufgaben, die nach Art. 98 Abs. 1 Satz 3 den Studierendenwerken übertragen worden sind, wird aus Mitteln des Staatshaushalts in voller Höhe erstattet.
- (7) ¹Die Studierendenwerke haben vor Beginn des Haushaltsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen und dem Staatsministerium rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen. ²Dieser bildet die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenwerke und muss in Aufwand und Ertrag abgeglichen sein. ³Die Studierendenwerke sind zur Rechnungslegung verpflichtet. ⁴Soweit die Studierendenwerke Anstaltsbedienstete beschäftigen, gelten die jeweiligen Bestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates Bayern entsprechend.
- (8) Für die nach Abs. 2 und 3 zu erlassenden Satzungen gilt Art. 9 Abs. 1 Satz 2 und 3.

Art. 106
Verordnungsermächtigung

Durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums werden die erforderlichen näheren Bestimmungen über die Aufgaben, die Organisation, die Beschlussfähigkeit und das Zustandekommen von Beschlüssen der Organe und die Grundsätze der Finanzierung und Wirtschaftsführung der Studierendenwerke sowie über die Wahl der Vertreterin oder des Vertreters des Personalrats des Studierendenwerks in den Verwaltungsrat getroffen.

Teil 10

Ergänzende Vorschriften

Art. 107
Anwendung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes

- (1) Das Bayerische Verwaltungsverfahrensgesetz gilt für Hochschulprüfungen – einschließlich Habilitationen – nur, soweit nicht Satzungen der Hochschulen inhaltsgleiche oder entgegenstehende Bestimmungen enthalten.
- (2) Die Vorschriften des Siebten Teils, Abschnitt I des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes gelten nicht für die Mitwirkung an der Verwaltung einer Hochschule.
- (3) ¹Die Verfahren
 1. der staatlichen Anerkennung nach Art. 86,
 2. der Genehmigung der Beschäftigung von hauptberuflichen Lehrkräften nach Art. 91 Abs. 1 sowie
 3. der Feststellung der Berechtigung zur Durchführung von Studiengängen und Abnahme von Hochschulprüfungen nach Art. 96

können über eine einheitliche Stelle – einheitliche Ansprechpartnerin oder einheitlicher Ansprechpartner – nach den Vorschriften des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden. ²Art. 71e BayVwVfG findet im Fall des Satzes 1 Nr. 1 keine Anwendung.

Art. 108
Abschlüsse von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern im Sinn des Bundesvertriebenengesetzes, Verordnungsermächtigung

- (1) ¹Wer als Berechtigte oder Berechtigter nach den §§ 4, 6 und 10 des Bundesvertriebenengesetzes vor Verlassen des Aussiedlungsgebiets im Herkunftsland Hochschulprüfungen abgelegt oder Befähigungsnachweise erworben hat, die zur Führung eines ausländischen akademischen Grades oder eines entsprechenden ausländischen staatlichen Grades oder Titels berechtigten, erhält auf Antrag die Genehmigung, den erworbenen Grad oder Titel in der Form des entsprechenden deutschen akademischen Grades zu führen, wenn die materielle Gleichwertigkeit mit dem entsprechenden deutschen akademischen Grad nachgewiesen ist. ²Ist die Gleichwertigkeit nicht nachgewiesen, richtet sich das Führungsrecht nach Art. 84.
- (2) ¹Materielle Gleichwertigkeit ist anzunehmen, wenn die Voraussetzungen an den Erwerb des ausländischen Grades oder Titels nach Inhalt, Umfang und Anforderungen denen eines fach- und rangentsprechenden inländischen akademischen Grades im Wesentlichen gleich sind. ²Anderweitige durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geltende Bestimmungen über die Führung von Berufsbezeichnungen bleiben unberührt.

- (3) ¹Für die Genehmigung nach Abs. 1 Satz 1 ist das Staatsministerium zuständig ²Durch Rechtsverordnung kann die Zuständigkeit auf Hochschulen übertragen werden.

Art. 109 Sondervorschriften

- (1) ¹Durch dieses Gesetz werden die Verträge mit den Kirchen sowie die besondere Rechtsstellung der kirchlichen wissenschaftlichen Hochschulen (Art. 138 Abs. 1 und Art. 150 Abs. 1 der Verfassung) nicht berührt. ²Bei der Einstellung wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sowie bei der Erteilung der Lehrbefugnis sind Art. 3 § 2 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern sowie Art. 2 Abs. 2 und Art. 5 Abs. 3 bis 5 des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins anzuwenden. ³Geht dem Staatsministerium eine Beanstandung des Diözesanbischofs gemäß Art. 3 § 3 des Konkordats zwischen seiner Heiligkeit Papst Pius XI. und dem Staate Bayern zu, scheidet das betroffene Mitglied der Hochschule aus der katholisch-theologischen Einheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 aus. ⁴Über die Zuordnung zu einer anderen Einheit entscheidet das Staatsministerium im Benehmen mit der Hochschule und nach Anhörung des betroffenen Mitglieds. ⁵Liegen für Professorinnen, Professoren oder andere Personen, die zur selbstständigen Lehre berechtigt sind, die Voraussetzungen der Art. 2 Abs. II Satz 2 und Art. 5 Abs. I des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staate und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins nicht mehr vor, gliedert das Staatsministerium nach gutachterlicher Einvernahme des Landeskirchenrats das betreffende Mitglied der Hochschule nach dessen Anhörung aus der evangelisch-theologischen Einheit nach Art. 30 Abs. 2 Satz 1 aus; Satz 3 gilt entsprechend.
- (2) ¹Die Hochschule kann einer wissenschaftlichen Einrichtung außerhalb der Hochschule, an der die Freiheit von Forschung und Lehre gesichert ist und die sich im Bereich der Forschung oder Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bewährt hat oder dies erwarten lässt, ohne Änderung der bisherigen Rechtsstellung die Befugnis verleihen, die Bezeichnung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Hochschule zu führen. ²Die Verleihung kann widerrufen werden.
- (3) Die Ukrainische Freie Universität in München kann nach Maßgabe der erteilten Genehmigung weiter betrieben werden und das Promotionsrecht und Habilitationsrecht ungeachtet der Art. 86 bis 96 nach dem Rechtszustand zum 1. April 1979 wahrnehmen.

Art. 110 Verordnungsermächtigungen

- (1) Das Staatsministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Benutzung der staatlichen Bibliotheken, insbesondere die Zulassung, den Ausschluss und das Leihwesen, näher zu regeln.
- (2) ¹Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur eigenverantwortlichen Weiterentwicklung von Hochschulen mit dem Ziel der Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit durch auf sechs Jahre befristete Rechtsverordnung, die des Einvernehmens des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat bedarf, von diesem Gesetz unter Achtung verfassungsmäßiger Prinzipien abweichende Regelungen für einzelne Hochschulen zu treffen; hierzu ist eine Stellungnahme des Hochschulrats einzuholen. ²Entfristung und Neuerlass erfolgen durch Verordnung der Staatsregierung und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Landtags.

Art. 111 Übergangsbestimmungen zum Hochschulpersonal

- (1) Soweit die Bestellung zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor oder die Verleihung der Lehrbefugnis nach den bis zum **[Datum des Inkrafttretens des Gesetzes]** geltenden Bestimmungen nicht erlöschen würde oder diese Bestellung oder Verleihung nicht widerrufen oder zurückgenommen werden könnte, ist der Widerruf einer vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgten Bestellung zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor, zur außerplanmäßigen Professorin oder zum außerplanmäßigen Professor oder der Widerruf der Lehrbefugnis auf Grund der ab dem **[Datum des Inkrafttretens des Gesetzes]** geltenden Bestimmungen nicht zulässig.
- (2) ¹Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe C 4, die am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** befugt waren, den Titel „Ordinaria“ oder „Ordinarius“ zu führen, sind befugt, diesen Titel weiterzuführen. ²Dies gilt für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe C 3 an Universitäten entsprechend für die Führung des Titels „Extraordinaria“ oder „Extraordinarius“.
- (3) Die in diesem Gesetz für Personal an Hochschulen für angewandte Wissenschaften geltenden Bestimmungen finden auch auf Personal in Fachhochschulstudiengängen an anderen Hochschulen Anwendung.
- (4) Wird an einer Hochschule das Studienjahr anders als in Semester eingeteilt, sind die für Semester geltenden Vorschriften dieses Gesetzes sinngemäß anzuwenden.

Art. 112 Weitere Übergangsbestimmungen

- (1) Bis zur endgültigen Abwicklung des von der LfA Förderbank Bayern verwalteten Sicherungsfonds zur Bereitstellung sozialverträglicher Gebührendarlehen für berufsbegleitende Studiengänge und zur Sicherung bestehender Studienbeitragsdarlehen und Gebührendarlehen für berufsbegleitende Studiengänge gelten die Regelungen des Art. 71 Abs. 3 sowie des Art. 101 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geltenden Fassung in Verbindung mit der Verordnung über Darlehen zur Studienbeitragsfinanzierung in der am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geltenden Fassung fort.
- (2) ¹Für Studierende, die zum Zeitpunkt des **[Datum des Inkrafttretens des Gesetzes]** in einem ausbildungsbegleitenden Studiengang immatrikuliert sind, der zum **[Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes]** abgabenfrei ist, bleibt dieses Studium abgabenfrei. ²Für Studierende, die zum **[Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes]** in einem berufsbegleitenden Studiengang immatrikuliert sind, für den die Hochschulen auch nach dem **[Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes]** Gebühren erheben, gelten die Regelungen des Art. 71 Abs. 2 Satz 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geltenden Fassung in Verbindung mit § 2 Abs. 4 der Hochschulgebührenverordnung in der am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geltenden Fassung fort. ³Für Studierende, die zum **[Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes]** in einem speziellen Angebot des weiterbildenden Studiums nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 der Hochschulgebührenverordnung in der am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geltenden Fassung immatrikuliert sind, gelten die Regelungen des Art. 71 Abs. 2 Satz 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geltenden Fassung in Verbindung mit § 2 Abs. 3 der Hochschulgebührenverordnung in der am **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geltenden Fassung fort.
- (3) Die Umbenennung von Studentenwerken in Studierendenwerke soll in einem Übergangszeitraum von drei Jahren ab **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** geschehen.

Teil 11

Schlussvorschriften

Art. 113

Bestimmungen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie

- (1) In Bezug auf die in den für Studiengänge maßgeblichen Prüfungsordnungen nach Art. 68 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5 festgelegten Regeltermine und Fristen gelten das Sommersemester 2020, das Wintersemester 2020/2021 und das Sommersemester 2021 nicht als Fachsemester.
- (2) ¹Für die im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/2021 oder im Sommersemester 2021 in einem Studiengang an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule immatrikulierten und nicht beurlaubten Studierenden gilt eine von der Regelstudienzeit abweichende um ein Semester verlängerte individuelle Regelstudienzeit. ²Die individuelle Regelstudienzeit entspricht der Regelstudienzeit verlängert um ein Semester für jedes Semester, in dem die Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllt sind. ³Soweit Abs. 1 die Verlängerung von Fristen vorgibt, sind die dort getroffenen Regelungen abschließend.
- (3) ¹Soweit aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen, die zur Bewältigung der durch den Virus SARS-CoV-2 ausgelösten Pandemie ergriffen wurden, Wahlen zum Senat, zu den Fakultätsräten oder sonstigen Gremien der Hochschule, die keine Leitungsfunktion innehaben, nicht durchgeführt werden können, können diese im Einvernehmen mit dem Staatsministerium auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. ²Der festgesetzte Zeitpunkt kann nach Maßgabe des Satzes 1 erneut verschoben werden. ³Eine Verschiebung der Wahl um insgesamt mehr als ein Jahr ist nicht möglich. ⁴Die Mitglieder des Gremiums, dessen Wahl nach Maßgabe der Sätze 1 bis 3 verschoben worden ist, üben ihre Funktion in dem Gremium weiter bis zum erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Gremiums aus. ⁵Ihre Amtszeit ist insoweit verlängert. ⁶Ein Rücktritt kann nur aus wichtigem Grund erfolgen.
- (4) ¹Die Hochschule kann für die Immatrikulation in das Studium zum Wintersemester 2020/2021 bis zum Wintersemester 2021/2022 durch Satzung zulassen, dass das Studium bereits vor vollständig bestandener Prüfung zum Nachweis der besonderen Qualifikationsvoraussetzungen nach Art. 44 Abs. 2 bis 4 aufgenommen werden kann, wenn diese Prüfung wegen der COVID-19-Pandemie nicht oder nicht vollständig angeboten wurde oder die Anreise aufgrund von pandemiebedingten Reisebeschränkungen unverschuldet nicht möglich war. ²Der Nachweis der besonderen Qualifikationsvoraussetzungen nach Art. 44 Abs. 2 bis 4 ist spätestens bis zum Ende des Semesters zu erbringen, in dem die in Satz 1 genannten Hindernisse entfallen. ³Andernfalls erlischt die Immatrikulation zum Ende des Semesters, in dem die Hindernisse entfallen sind. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend, soweit das für den Hochschulzugang von qualifizierten Berufstätigen erforderliche Beratungsgespräch nach Art. 45 Abs. 1 und 2 oder das besondere Prüfungsverfahren nach Art. 45 Abs. 2 durch die Corona-Pandemie erschwert oder unmöglich gemacht wurde.
- (5) Für Studierende, die ihr Masterstudium im Sommersemester 2019, im Wintersemester 2019/2020, im Sommersemester 2020, im Wintersemester 2020/2021 oder im Sommersemester 2021 begonnen haben, können die Hochschulen auf Antrag die Frist gemäß Art. 43 Abs. 5 Satz 3 um bis zu einem halben Jahr verlängern, wenn die Studierenden aufgrund der Corona-Pandemie ohne Verschulden verhindert waren, die Frist einzuhalten.
- (6) Für die nichtstaatlichen Hochschulen gelten die Abs. 1, 4 und 5 nach Maßgabe des Art. 80 Abs. 1 entsprechend.

Art. 113a

Änderung des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

Das Bayerische Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BayAGBAföG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2230-2-1-K/WK) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 1 Abs.210 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Studentenwerke“ durch das Wort „Studierendenwerke“ ersetzt.
- b) In Abs. 1 wird das Wort „Studentenwerken“ durch das Wort „Studierendenwerken“ ersetzt.
- c) In Abs. 2 wird das Wort „Studentenwerk“ durch das Wort „Studierendenwerk“ ersetzt.
- d) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Studentenwerken“ durch das Wort „Studierendenwerken“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „Art. 94 des Bayerischen Hochschulgesetzes“ durch die Angabe „Art. 104 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes“ ersetzt.
 - cc) Die Fußnote „²⁾“ wird wie folgt gefasst: „²⁾BayRS 2210-1-3 WK“.
- e) In Abs. 4 wird das Wort „Studentenwerken“ durch das Wort „Studierendenwerken“ ersetzt.

2. Nach Art. 4 wird folgender Art. 5 eingefügt:

**„Art. 5
Ausschließliche Zuständigkeiten**

Für den Vollzug des Bundesausbildungsförderungsgesetzes sind ausschließlich die in Art. 1 bis 4 genannten Stellen zuständig.“

3. Der bisherige Art. 5 wird Art. 6.

**Art. 113b
Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes**

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1F), das zuletzt durch Art. 9 und Art. 10 des Gesetzes vom 9. April 2021 (GVBl. S. 150) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In der Überschrift des Teils 2 Abschnitt 2 und in Art. 39 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „ , Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
- 2. Art. 57 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Überschrift werden die Wörter „ , Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ angefügt.
 - b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Junior-professorinnen“ die Wörter „sowie Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
 - bb) In Satz 3 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Juniorprofessorin“ die Wörter „ , des Nachwuchsprofessors oder der Nachwuchsprofessorin“ eingefügt.
- 3. In Art. 65 Satz 1 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „sowie Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.

4. In der Überschrift von Teil 3 Abschnitt 4 Unterabschnitt 2 werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ ein Komma und die Wörter „Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
5. In Art. 72 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „sowie Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
6. In Art. 73 Abs. 1 Satz 3 werden nach dem Wort „Juniorprofessorinnen“ die Wörter „sowie für Nachwuchsprofessoren und Nachwuchsprofessorinnen“ eingefügt.
7. In Anlage 1 wird der „Besoldungsgruppe W 1“ die Zeile „Nachwuchsprofessor, Nachwuchsprofessorin“ angefügt.

Art. 114 Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung) eingeschränkt werden.

Art. 115 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am **[Datum – Tag des Inkrafttretens]** in Kraft.
- (2) Mit Ablauf des **[Tag vor Inkrafttreten des Gesetzes]** treten außer Kraft:
 1. das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 245, BayRS 2210-1-1-WK), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 9. April 2021 (GVBl. S. 182) geändert worden ist,
 2. das Bayerische Hochschulpersonalgesetz (BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 230, BayRS 2030-1-2-WK), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 9. April 2021 (GVBl. S. 182) geändert worden ist,
 3. die Hochschulabweichungsverordnung (HSchAbwV) vom 10. Juni 2018 (GVBl. S. 502, 659, BayRS 2210-1-1-14-WK), die zuletzt durch Verordnung vom 28. Oktober 2020 (GVBl. S. 610) geändert worden ist,
 4. die Hochschulgebührenverordnung (HSchGebV) vom 18. Juni 2007 (GVBl. S. 399, BayRS 2210-1-1-9WK), die zuletzt durch Verordnung vom 1. Februar 2013 (GVBl. S. 38) geändert worden ist, diese wiederum geändert durch Verordnung vom 15. Juli 2013 (GVBl. S. 487),
 5. Verordnung über Darlehen zur Studienbeitragsfinanzierung (StuBeiDaV) vom 18. September 2006 (GVBl. S. 754, BayRS 2210-1-1-8-WK), die zuletzt durch § 1 Abs. 190 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist,
 6. Verordnung über die Bekanntmachung von Hochschulsatzungen (HSchBekV) vom 4. November 1993 (GVBl. S. 848, BayRS 2210-1-1-1-WK), die zuletzt durch § 3 der Verordnung vom 16. Juni 2006 (GVBl. S. 347) geändert worden ist,
 7. die Verordnung über die Vorlesungszeit an den Universitäten in Bayern (UniVorlZV) vom 8. März 2000 (GVBl. S. 155, BayRS 2210-1-1-4-WK), die zuletzt durch § 1 der Verordnung vom 8. Juli 2020 (GVBl. S. 402) geändert worden ist,

8. die Verordnung über die Vorlesungszeit an den Fachhochschulen in Bayern (FHVorlZV) vom 10. Oktober 1983 (GVBl. S. 797, BayRS 2210-4-1-6-2-WK), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 8. Juli 2020 (GVBl. S. 402) geändert worden ist,
 9. die Unterrichtszeitverordnung für Kunsthochschulen (UzKHV) vom 5. September 2000 (GVBl. S. 734) BayRS 2210-3-3-WK, die zuletzt durch § 1 Abs. 195 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist.
- (3) Art. 27 Abs. 2 Satz 4 und Art. 68 Abs. 6 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft.

Art. 2 Abs. 1

Artikel 2 beschreibt die allgemeinen Aufgaben der Hochschulen. In Absatz 1 wird jedoch lediglich die Art beschrieben, in der die Aufgaben wahrgenommen werden (“in Freiheit und Eigenverantwortung”), ohne auf die eigentliche Aufgabe einzugehen. Wir schlagen vor, Abs. 3 Satz 1 zu Abs. 1 zu verschieben, um dieses Defizit zu beheben. Die Aufgabe der Pflege und Entwicklung von Wissenschaft und Kunst ist essentiell, und sollte aus unserer Sicht direkt an erster Stelle des Aufgabenkatalogs genannt werden. Ebenfalls ist der Kontext des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaats primär zu verorten, wie dies auch im bisherigen Hochschulgesetz der Fall war.

Art. 2 Abs. 3

Satz 1 ist durch die Verschiebung von Abs. 3 zu Abs. 1 redundant geworden.

Art. 2 Abs. 5

Die Förderung von Gleichberechtigung und Diversität sowie das Entgegenwirken von Diskriminierung und Belästigung zählen zu den zentralen Aufgaben einer modernen Hochschule. Daher sollten beide Aspekte in Art. 2 verankert werden. Dabei sollte bereits an dieser Stelle die zentrale politische Festlegung hinsichtlich der relevanten Diskriminierungskategorien erfolgen. Weil die Hochschulen selbst unmittelbar an die Kriterien des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG gebunden sind, müssen die dort genannten Kriterien hier nicht noch einmal genannt werden. Zentral ist, dass die Kategorien erfasst werden, deren Einhaltung von allen Mitgliedern der Hochschule (Art. 19) verlangt werden kann. Definiert man die relevanten Kategorien, kann man dann bei der Forderung nach Diversität unmittelbar daran anknüpfen und diese um zusätzliche Gesichtspunkte erweitern. Mit diesem Ansatz erfolgt die zentrale Weichenstellung der relevanten Kategorien bereits in Art. 2 Abs. 5. Deshalb kann Art. 22 Abs. 2 gestrichen werden. Bei der Formulierung der Kategorien in Art. 2 Abs. 5 sollte auch der Forderung nach einem intersektionalen Ansatz des Nichtdiskriminierungsrechts angemessen Rechnung getragen werden.

Art. 2 Abs. 6

Die Förderung von Musik, Kunst und Sport für alle Studierenden, aber auch den Mitarbeitenden an bayerischen Hochschulen, dient auch der sozialen Förderung und Weiterbildung. An zahlreichen Hochschulen haben sich verschiedenste sportliche und musische sowie kulturelle Angebote etabliert, die von den Studierenden auch rege genutzt werden. Dazu zählen zum Beispiel der klassische Hochschulsport, aber auch Hochschulorchester oder die Theatergruppen. Da nur mit einer Verankerung dieser wichtigen Aufgabe auf Gesetzesebene auch zumindest der Grundanspruch auf Haushaltsmittel in diesem Bereich erreicht werden kann, sollte sie auch weiterhin, wie in Art. Abs. 3 BayHSchG verankert werden.

Art. 2 Abs. 7

Das Ziel der Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache für fremdsprachige Studierende rührt aus unserer Sicht aus dem Bestreben der Bayerischen Staatsregierung diese Studierende näher an Deutschland zu binden und somit Fachkräfte zu gewinnen. Dafür ist der allgemeine Begriff der “Integration” zielführender, da dieser nicht nur Deutschkurse beinhaltet, sondern auch kulturelle Austauschangebote, Tandempartnerschaften sowie weitere Angebote dieser Art. Durch solche Maßnahmen kann das Ziel der Gewinnung von Fachkräften deutlich besser erreicht werden. Eine ähnliche Formulierung wurde auch im Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg in § 2 Abs. 4 verwendet, in welchem ebenfalls von der “[...] Integration ausländischer Studierender, die einen Studienabschluss in Baden-Württemberg anstreben” gesprochen wird.

Art. 2 Abs. 8 Satz 1

Als Bildungseinrichtungen haben Hochschulen die Aufgabe, Menschen mit Wissen und Kompetenzen auszustatten, die es ihnen ermöglichen, eine Entwicklung mitzugestalten, die ökonomisch, ökologisch, sozial und technologisch nachhaltig ist. Die LAK Bayern sieht die Hochschulen in der Verantwortung, dieser Aufgabe höchste Aufmerksamkeit zu widmen und sie in allen Bereichen zu integrieren. Vor diesem Hintergrund begrüßt die LAK Bayern, dass die Hochschulen in Art. 2 Abs. 8 “dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Klimaschutz und der Bildung für nachhaltige Entwicklung” verpflichtet werden. Die Verankerung von Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe von Hochschulen ist zeitgemäß und dringend notwendig. Die bloße Erwähnung als “allgemeine Aufgabe” einer Hochschule ist – in Anbetracht

des gewaltigen Transformationsbedarfs – jedoch bedenklich unambitioniert und greift zu kurz. Nachhaltigkeit funktioniert ähnlich wie der Gleichstellungsauftrag von Hochschulen nicht allein durch “organische” Entwicklungen, sondern benötigt klare Struktur- und Zielvorgaben. Hierzu haben wir in den neuen Artikeln A und B detaillierte Vorschläge im Bereich der Nachhaltigkeit an Hochschulen entworfen, die Sie der Stellungnahme an den entsprechenden Stellen entnehmen können.

Eine bloße Nennung der Verpflichtung zur Nachhaltigkeit in Art. 2 Abs. 8 ist schon daher nicht hinreichend, da hieraus kein konkreter Handlungsbedarf für die Funktionsträger*innen der akademischen Selbstverwaltung entsteht. Nachhaltigkeit muss als Leitprinzip von Hochschulen verankert sein, demnach sollten Hochschulleitungen auch zu einem Geschäftsbereich zur Wahrnehmung dieser Aufgabe verpflichtet werden (vgl. Art. 31 Abs. 2). Eine solche Verankerung ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um den Transformationsprozess mit einem effektiven Führungsmanagement auszustatten. In Zeiten globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel stehen die Hochschulleitungen in der Verantwortung, den Zielen der nachhaltigen Entwicklung durch gesamtinstitutionelle strategische Maßnahmen nachzukommen und diese durchsetzungsstark in den Entscheidungsebenen der Hochschule zu etablieren. Die Hochschulleitung steht dabei in der Verantwortung, in ihrer Führungsrolle die verschiedenen Interessen der hochschulinternen Stakeholder abzuwägen und entsprechend exekutive Maßnahmen zu ergreifen.

In Bezug auf Art. 2 Abs. 8 schlagen wir weiterhin vor, die genannten Teilaspekte der Nachhaltigkeit, um den Erhalt der Biodiversität zu erweitern. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass Hochschulen bei ihren Entscheidungen neben den genannten Teilaspekten der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimaschutzes auch die Vielfalt der Ökosysteme, die Vielfalt der Arten und die genetische Vielfalt innerhalb der Arten berücksichtigen. Eine Erweiterung der Teilaspekte der Nachhaltigkeit würde aus unserer Sicht zu einem erhöhten Bewusstsein für die Einflussfaktoren einer Hochschule auf die Umwelt und ihr Ökosystem führen. Uns ist zudem auch wichtig zu betonen, dass Nachhaltigkeit hierbei nicht nur die ökologische, sondern insbesondere auch die ökonomische, soziale und technologische Dimension umfasst. Gerade dem Aspekt der technologischen Nachhaltigkeit ist vor dem Hintergrund des Transferauftrags des BayHIG und der Hightech Agenda Bayern eine besondere Bedeutung zuzurechnen.

Art. 2 Abs. 9 (neu)

Angelehnt an die ethischen Grundsätze der Forschung im Art. 2 Abs. 8 Satz 2 hat sich die LAK Bayern mit der Verankerung des Tierschutzes im BayHIG befasst. Entsprechend der Nennung und Verankerung im § 2 Abs. 5 des Landeshochschulgesetzes Baden-Württemberg und § 7a des Tierschutzgesetzes schlagen wir hierzu eine explizite Nennung der Förderung von Methoden und Materialien vor, die eine Verwendung und Durchführung von Tierversuchen verringern oder komplett ersetzen kann. Der hier aufgeführte Absatz ist detailliert geschrieben und könnte sich in seiner Differenziertheit auch an anderer Stelle verankern lassen.

Art. 2 Abs. 10 (neu)

Die Covid-19-Pandemie hat sehr gut gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung im Hochschulbereich ist und bis zu welchem Grad sie sich schnell und kurzfristig umsetzen lässt. Im Hinblick auf die bevorstehenden Aufgaben – eine effizientere Verwaltung und zukunftsgerichtete Lehr- und Forschungsstandorte in Bayern – sollte die Digitalisierung einen zentralen Stellenwert für die bayerischen Hochschulen einnehmen und dementsprechend auch als allgemeine Aufgabe der Hochschulen benannt werden. Eine Verankerung dieser Zukunftsaufgabe als Aufgabe würde aus unserer Sicht zudem auch den Innovationscharakter des BayHIG und der Hightech Agenda Bayern unterstreichen.

Art. 3 Abs. 3 Satz 3

Nach Art. 80 erhalten Hochschulen für angewandten Wissenschaften erstmals ein befristetes, fachlich begrenztes Promotionsrecht. Es erscheint daher inkonsistent, in Art. 3 Abs. 3 bei der Beschreibung der Aufgaben nur auf die bereits gut etablierten kooperativen Promotionen einzugehen und die neu eingeführten Promotionen für forschungsstarke Bereiche der Hochschulen für angewandte Wissenschaften nicht zu erwähnen. Eine Nichterwähnung dieser Neuerung würde den damit

verbundenen, wichtigen Fortschritt in der Entwicklung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses missachten.

Art. 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3

Die LAK Bayern begrüßt, dass der vorliegende Gesetzesentwurf ein vollwertiges Optionsmodell zur Wahl der Rechtsform der Hochschulen enthält. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die im Eckpunktepapier zur Hochschulreform geplante Widerspruchslösung, die alle Hochschulen binnen einer Frist bei Ausbleiben eines Widerspruchs in reine Körperschaften überführen sollte, verworfen wurde. Nichtsdestoweniger stellt die Wahl der Rechtsform eine fundamentale Entscheidung mit starken, die Hochschule durchdringenden Auswirkungen dar, die nicht leichtfertig erfolgen darf. Aus studentischer Sicht stehen wir hinter dem grundgesetzlich verankerten Bildungs- und Forschungsauftrag der Hochschulen und sind der festen Überzeugung, dass dieser am besten in der rechtlichen Doppelstruktur der Hochschulen als staatliche Einrichtungen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts zum Ausdruck kommt. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die Verknüpfung der Frage der Rechtsform an die Wahl eines Globalhaushaltes und fordern daher die Streichung des Abs. 2. Aus unserer Sicht sollten diese Fragen als zwei getrennten Abstimmungen - Rechtsform der Hochschule & Einführung eines Globalhaushaltes - in der Verantwortung des Hochschulrates entschieden werden. Andernfalls ist zu befürchten, dass die Hochschulen, die größere finanzielle Gestaltungsspielräume anstreben, die komplexe und weitreichende Entscheidung nur unter primär finanziellen Gesichtspunkten diskutieren und die Fragen des Selbstverständnisses sowie der binnendemokratischen Gestaltung, die zwangsläufig mit der Rechtsform verwoben sind, nicht ausreichend gewichtet werden. Für eine mögliche positive Stellungnahme hinsichtlich der Entlassung aus der staatlichen Struktur benötigen wir, aber auch alle weiteren Hochschulmitglieder, nähere Details und Informationen zu den Auswirkungen dieser Umwandlung. Eine direkte Verknüpfung dieser Rechtsform an den Erhalt des Globalhaushalts können wir deshalb aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

Art. 6

Das Zusammenwirken der Hochschulen ist durch die stärkere Autonomie der Hochschulen ein wichtiger Appell an die gesamte Hochschulgemeinschaft, den wir als Studierende genauso unterstützen können.

Art. 7 Abs. 1 Satz 1

Art. 7 befasst sich mit den Punkten der Qualitätssicherung der Aufgaben der Hochschulen. Da auch die Nachhaltigkeit ein zentraler Aufgabenbereich der Hochschulen ist, sollte auch dazu ein Qualitätsmanagement etabliert werden. Durch regelmäßige Bewertungen soll geprüft werden, ob der in Art. A (neu) definierte Nachhaltigkeitsauftrag erfüllt wird.

Art. 7 Abs. 1 Satz 2 (neu) und Satz 4

Bewertungen sind nur dann sinnvoll, wenn ihre Unabhängigkeit sichergestellt ist. Leider haben unsere Erfahrungen gezeigt, dass diese wichtige Voraussetzung nicht immer in den Bewertungssystemen berücksichtigt wird. So gibt es derzeit Hochschulen, die bei der Bewertung der Lehre gemäß Art. 10 Abs. 3 Satz 1 BayHSchG erlauben, dass die zu bewertende Lehrperson die Bewertung selbst durchführt, d.h. die Bewertungsbögen unter den Studierenden austeilt, einsammelt, die Antworten auswertet und die Ergebnisse der Auswertung in eigener Datenhoheit behält. Ein Bewertungssystem, in welchem die zu bewertende Entität selbst für die Bewertung zuständig ist, ist aus unserer Sicht nicht unabhängig. Im Übrigen widerspricht ein solches System auch § 17 Abs. 2 BayStudAkkV, wonach das Qualitätsmanagementsystem einer Hochschule die Unabhängigkeit von Qualitätsbewertungen sicherstellt. Da die BayStudAkkV jedoch nur für akkreditierte Studiengänge gilt, schlagen wir eine Übernahme dieser wichtigen Rechtsvorgabe zur Unabhängigkeit der Bewertungen in Art. 7 Abs. 1 BayHIG vor, um diese für alle Studiengänge sicherzustellen.

Art. 7 Abs. 3

Die kontinuierliche Evaluation von Lehrveranstaltungen dient der allgemeinen Verbesserung der Lehre und der stetigen Weiterentwicklung der verwendeten Lehrformate. Aus unserer Sicht soll, wo immer möglich, eine Befragung der Studierenden über Ablauf sowie Art und Weise der Darbietung des Lehrstoffs stattfinden und nicht nur durch eine allgemeine Kann-Klausel, die an den Hochschulen sehr unterschiedlich aufgefasst bzw. ausgelegt wird.

Art. 8 Abs. 1 (neu) und Abs. 2 Satz 1

Aus unserer Sicht sollte die strategische Hochschulsteuerung alle Teile der Hochschulfamilie einbeziehen. Dies hat den Hintergrund, dass die strategischen Ziele so besser im Bewusstsein aller Hochschulmitglieder verankert sind und dementsprechend auch besser erfüllt werden können. Die Hochschulsteuerung wird also weniger zur Aufgabe von außen, sondern zu einer intrinsischen Motivation für jede Entität der Hochschule. Für die globalen Aufgaben einer Hochschule hat ein solcher Prozess auch den Vorteil, dass die Expertise der einzelnen Entitäten für die Gesamtausrichtung einbezogen wird und so ein optimales Ergebnis erzielt werden kann. Für den hochschulweiten Entwicklungsplan bleibt die Hochschulleitung abschließend zuständig, was eine einheitliche, übergeordnete Ausrichtung der strategischen Hochschulsteuerung weiterhin möglich macht. Die in Abs. 1 vorgeschlagene Regelung zur Einbindung von untergeordneten Entwicklungsplänen ist bereits gelebte Praxis an einigen Hochschulen und wird dort sehr positiv aufgenommen.

Art. 8 Abs. 2 Satz 3 (neu)

Dieser Vorschlag stammt aus Art. 15 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG und schützt die Kunsthochschulen davor, ein in Relation zur Größe der Hochschule oftmals zu aufwändiges Controlling einführen zu müssen. Dies würde sonst einen unverhältnismäßigen, bürokratischen Mehraufwand für die Verwaltung an Kunsthochschulen bedeuten.

Art. 9 Abs. 1

Leider kommt es nach unseren Erfahrungen an den Hochschulen immer wieder vor, dass nur die Änderungssatzungen und nicht die konsolidierte Fassung der geänderten Satzungen bekanntgegeben werden. Den Studierenden, aber auch anderen Hochschulmitgliedern, fällt es dabei in der Regel sehr schwer, die Änderungssatzungen mit der ursprünglichen Originalsatzung zu vergleichen. Außerdem hat man vor allem in der Covid-19-Pandemie gemerkt, dass ein rein analoger Aushang von neuen amtlichen Bekanntmachungen an den Hochschulen niemanden bzw. nur wenige Personen erreicht. Daher wäre eine Pflicht zu einem "digitalen Aushang" aus unserer Sicht ein innovativer Schritt in die richtige Richtung, um allen den tatsächlichen Zugang zu amtlichen Bekanntmachungen zu ermöglichen.

Art. 9 Abs. 2 (neu)

Die Grundordnungen werden mit den zusätzlichen Freiheiten, die das Gesetz den bayerischen Hochschulen gibt, umso zentraler. Als neue "Verfassung" werden die meisten internen Strukturen dort geregelt. Viele Sorgen über die zu große Freiheit könnten ausgeräumt werden, wenn alle Statusgruppen an der Erarbeitung beteiligt werden. An dieser zentralen Stelle möchten wir uns nicht auf den guten Willen einer Hochschulleitung verlassen müssen. Im aktuellen Entwurf obliegt ihr allein nämlich das Recht Vorschläge für die Grundordnung (Art. 31 Abs. 3 Satz 4). Uns wurde auf eine Anfrage an ihr Haus zu diesem Thema mitgeteilt, dass natürlich auch alle anderen Mitglieder Vorschläge für die Errichtung bzw. Änderung der Grundordnung erbringen dürfen. Um dieses Recht auf Einbringung von Vorschlägen zur Grundordnung im Gesetzestext klarzustellen und für alle Hochschulmitglieder sichtbar zu gestalten, schlagen wir einen zusätzlichen Absatz in Art. 9 vor.

Art. 10 Abs. 2

Auch wenn sich das StMWK größtenteils aus der kontrollierenden Rolle zurückzieht, hat es immer noch Aufsichtspflichten gegenüber den Hochschulen. Art. 10 Abs. 2 übernimmt die bisherigen Regelungen aus Art. 74 Abs. 3 BayHSchG. Das Wort "verständnisvoll" wurde jedoch ohne Begründung hinzugefügt. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, warum das StMWK bei insgesamt weniger Kontrolle die Hochschulen zusätzlich weniger kritisch beaufsichtigen sollte. Alternativ könnte die Beratung als "effektiv" bezeichnet werden.

Art. 11 Abs. 1 Satz 4

Nachhaltigkeit wird in Art. 2 Abs. 8 als allgemeine Aufgabe der Hochschulen verankert. Gemäß Abs. 1 Satz 3 müssen sich die Zuweisungen von Stellen und Mittel an dem zur Erfüllung dieser allgemeinen Aufgabe erforderlichen Bedarf der Hochschulen orientieren. Aus unserer Sicht ist es jedoch notwendig, neben der allgemeinen Aufgabe auch einen mit Struktur- und Zielvorgaben versehenen Nachhaltigkeitsauftrag zu definieren. Dieser wird in unserem Vorschlag in Art. A und B detailliert

beschrieben. Im Unterschied zur allgemeinen Aufgabe ist der von uns vorgeschlagene Nachhaltigkeitsauftrag mit einem Ziel und somit auch mit Messgrößen zur Messung des Fortschritts der Zielerreichung verbunden. Es ist daher folgerichtig, dass der Grad der Erfüllung des Nachhaltigkeitsauftrags auch bei der Zuweisung von Stellen und Mittel Berücksichtigung in Art. 11 Abs. 1 finden muss.

Art. 11 Abs. 3

Neben der Wirtschaftlichkeit sollen die Hochschulen bei der Haushaltsführung auch die langfristige Nachhaltigkeit, die nicht immer kurzfristig kosteneffizient ist, in ihre Entscheidungen einbeziehen. Hierbei ist eine Abwägung von wirtschaftlichen Aspekten und der Erfüllung der Aufgaben und Zielvorgaben in Art. A und B zu erfolgen.

Art. 11a (neu)

Die Studienzuschüsse sind elementar wichtige Bausteine für die Verbesserung der Studienbedingungen an den bayerischen Hochschulen. Seit deren Einführung im Jahr 2013 mit einer paritätischen Mitgestaltung und Mitverantwortung der Studierenden, konnte an den bayerischen Hochschulen sehr viel für die Campusgestaltung, Verbesserung und Weiterentwicklung der Lehre aber auch für die kulturelle, musische, sprachliche und sportliche Vielfalt der Hochschulen (kulturelle Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Sprachenzentren, International Offices, Hochschulsport, etc.) getan werden. Eine Weiterführung dieser Mittel und eine explizite Verankerung im BayHIG würde der Bedeutung der Studienzuschüsse und der damit einhergehenden nachhaltigen Finanzierungsstruktur von Maßnahmen zur Verbesserung von Studienbedingungen gerecht werden. Des Weiteren ist es dringend geboten, die Berechnungsgrundlage der Zuweisungen zu dynamisieren. Einmal angesetzte Personalstellen benötigen immer größere Teile der aktuell starren Studienzuschüsse. Auch haben sich die Studierendenzahlen an vielen Hochschulen seit der Einführung der Studienzuschüsse drastisch verändert und der Betrag der Zuschüsse wird somit seinem Bedarf nicht mehr gerecht. Daher schlagen wir vor, den Betrag der Studienzuschüsse sowohl an die Inflation (seit 2013 ca. 11,4%) und die Tarifentwicklungen als auch effektiv an die Studierendenzahlen (diese stieg seit 2013 bayernweit um ca. 14%) der Hochschulen zu koppeln. Außerdem ist die Art der Vergabe, also die paritätische Entscheidung von Studierenden und Nicht-Studierenden in gleicher Anzahl, ein sehr etabliertes Verfahren, welches sehr gut von den Hochschulen angenommen und gelebt wird. Diese Praxis muss auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

Art. 12 Abs. 7 (neu)

Der selbstkritische Umgang mit Drittmitteln sowie die Transparenz in der Einwerbung und Verwendung dieser Gelder sind essenziell für die Glaubwürdigkeit der Hochschulen in der Gesellschaft. Die LAK Bayern hat bereits 2019 in ihrer Stellungnahme zur geplanten Novellierung des Hochschulgesetzes die Einführung eines bayernweiten Transparenzregisters gefordert, in dem Drittmittelverträge und anderweitige Forschungs- und Lehrprojekte von Hochschulen mit Förderern aus der Wirtschaft in einem einheitlichen, elektronischen Verzeichnis erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden müssen. Ausnahmen können bei Vertraulichkeitsklauseln möglich sein, deren Inhalte aber natürlich internen Kontrollorganen zugänglich sein müssen. Insbesondere vor dem Hintergrund des neu eingeführten und begrüßenswerten Auftrag der Hochschulen (Art. 2 Abs. 4 Satz 3) zur Aufdeckung manipulativer Fakten und der Versachlichung gesellschaftlicher Diskurse ist ein transparenter und offener Umgang mit den eigenen Drittmitteln von essenzieller Bedeutung, um ihre Glaubwürdigkeit der Hochschulen als gesellschaftlicher Akteur zu unterstreichen. Die Einführung eines solches Transparenzregister stärkt die Unabhängigkeit der Forschung und wirkt möglichen Interessenkonflikten entgegen. Die Reform des Hochschulgesetzes ist aus studentischer Sicht der der geeignete Zeitpunkt, um eine solche Regelung einzuführen.

Art. 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2

Die soziale Betreuung von Studierenden ist Aufgabe der Studierendenwerke (siehe Art. 98 Abs. 1) und soll daher auch aus deren Mitteln finanziert und bewerkstelligt werden. Wir gehen grundsätzlich mit, dass, wie bisher auch, für die Auswahl ausländischer Studienbewerber*innen einmalige Gebühren erhoben werden können. Das ist vor allem bei großen, international ausgerichteten Universitäten sinnvoll, um den Aufwand der Sichtung zu bewerkstelligen. Allerdings impliziert der Zusatz "sowie Studierender", dass auch pauschale Gebühren für die angenommenen Studierenden anfallen können. Dies könnten einmal

Gebühren für die soziale Betreuung von Studierenden sein, die wir aufgrund der Kompetenzüberschneidung mit den Studierendenwerken ablehnen. Andererseits könnten das pauschale, regelmäßig anfallende Gebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten sein, die wir aufgrund ihrer starken Charakteristik als Studiengebühren ablehnen. So oder so sollten, wenn überhaupt nur Bewerber*innen, nicht aber die Studierenden an sich mit Gebühren belegt werden können, da sie unserem Bildungsideal und dem Ziel der Hochschulen nach einem internationalen Austausch diametral entgegenstehen.

Art. 13 Abs. 3 Satz 2

Im Gegensatz zu Art. 71 Abs. 5 Sätze 1 und 2 BayHSchG sind im BayHIG die Gebührenerhebungsmöglichkeiten für die Auswahl ausländischer Studienbewerber*innen und für Eignungsprüfungen in künstlerischen Studiengängen nicht mehr auf 50 Euro je Bewerber*in gedeckelt. Die Bemessung der Gebühren, sodass "der Aufwand der Hochschule sowie der Nutzen, der wirtschaftliche Wert oder die sonstige Bedeutung der Leistung für die Leistungsempfängerin oder den Leistungsempfänger angemessen berücksichtigt werden" (Art. 13 Abs. 5 BayHIG), ist keine zufriedenstellende Einschränkung der Gebührenerhebung. Eine nach oben hin offene Gebührenerhebungsmöglichkeit steht unserem Ideal der Bildungsgerechtigkeit entgegen und entspricht, vor dem Hintergrund der im BayHIG erzielten größtmöglichen Eigenverantwortung der Hochschulen, verdeckten Studiengebühren. Als LAK Bayern lehnen wir unbeschränkte Gebühren ausdrücklich ab und fordern daher die Deckelung für die genannten Gebühren beizubehalten.

Art. 13 Abs. 4

Für die hier erwähnten Gebührenerhebungsmöglichkeiten gibt es wie in Absatz 3 keine angemessene Deckelung. Diese ist jedoch zwingend notwendig, damit Studierende nicht unvermittelt mit hohen Kosten zu kämpfen haben oder Teile des Studienangebots aufgrund dessen nicht wahrnehmen können. Eine Finanzierung von "nach Studien- und Prüfungsordnungen erforderlichen sachlichen Ausbildungsmittel" aus der Tasche der Studierenden kann aus unserer Sicht die Studierbarkeit und Chancengleichheit von Studierenden gefährden. Es kann nicht sein, dass einige Studierende aufgrund der Wahl ihres Studiengangs oder der Wahl einzelner Modulprüfungen erhöhte Kosten haben, ohne deren Aufbringung sie gar keinen Abschluss ihres Studiums anstreben könnten. Wenn Studierende gezwungen sind, die nach Studien- und Prüfungsordnung erforderlichen sachlichen Ausbildungsmittel selbst zu finanzieren, dann finanzieren sie damit den ordentlichen Betrieb ihres Studiums und zahlen letztendlich individuelle Studiengebühren. Aus den genannten Gründen lehnen wir es ausdrücklich ab, Hochschulen die Möglichkeit zu geben, Gebühren für Hochschulprüfungen und staatliche Prüfungen zu erheben.

Art. 14

Die Einführung der Möglichkeit zur Übernahme der Bauherreneigenschaft ist ein wichtiger, innovativer Schritt für die bayerischen Hochschulen, der auch von den Studierenden sehr begrüßt wird. Oft sind es die kleinen Baumaßnahmen, die sehr effektiv das Campusleben und die Campusgestaltung positiv verändern können, wie z.B. frisch gestrichene Wände oder die Sanierung einzelner Vorlesungsräume, nur leider dauern auch diese oft sehr lange. Da es der Gesetzesentwurf keine Möglichkeit zur Übernahme einzelner, kleinerer Baumaßnahmen, sondern nur die Übernahme der gesamten Bauherreneigenschaft durch die Hochschule vorsieht, würden wir hier eine Differenzierung begrüßen.

Art. 16 Abs. 1

Hochschulen sollen bei Investitionsentscheidungen die Freiheit der Forschung und Lehre berücksichtigen. Dazu zählt z. B., dass keine Mittel verwendet werden dürfen, die für die Lehr- oder Forschungsqualität von Bedeutung sind. Außerdem ist die Verwendung des Hochschulvermögens für externe Zwecke (Investitionen in Unternehmen), das sonst internen Aufgaben wie Forschung und Lehre zu Gute kommen würde, eine wichtige Entscheidung, die dementsprechend auch die Forschung und Lehre direkt tangiert, weshalb aus unserer Sicht eine doppelte Mehrheit von hochschulangehörigen und nicht-hochschulangehörigen Mitgliedern des Hochschulrats nötig sein müsste, um einer externen Investition unter Wahrung der Wissenschaftsfreiheit zuzustimmen.

Art. 17 Satz 1

An der Ausgründung von Unternehmen sollten sich nicht nur Studierende und befristet beschäftigtes wissenschaftliches Personal beteiligen können, sondern auch unbefristet beschäftigtes wissenschaftliches sowie wissenschaftsstützendes Personal. Diese zwei Gruppen sind nach unserer Ansicht in Art. 17 Satz 1 ebenfalls zu berücksichtigen.

Art. 17 Satz 3 (neu)

Die explizite Möglichkeit der Gründungsförderung durch das BayHIG ist ein guter und wichtiger Schritt für die Attraktivität der bayerischen Hochschulen, vor allem im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Da es im Vorfeld aber von Seiten einiger geisteswissenschaftlicher Fachbereiche Bedenken um eine etwaige Benachteiligung ihrerseits oder durch die Einführung dieser Förderung anderweitige Konfliktpotenziale im Bereich der weiteren Aufgaben der Hochschulen geben könnte, schlagen wir die Einführung eines unabhängigen, paritätisch aus allen Mitgliedergruppen bestehenden Gremiums vor. Dieses soll die möglichen Interessenkonflikte bei einer Unterstützung einer Gründungsförderung oder anderweitige, damit in Zusammenhang stehende Risiken oder Beeinträchtigungen vermeiden bzw. verringern. Die nähere Umsetzung dieses Gremiums möchten wir dabei den jeweiligen Hochschulen in Eigenverantwortung überlassen.

Art. 19 Abs. 2

Bei einer doppelten Zugehörigkeit für ein Mitglied sollte dieses die Möglichkeit erhalten, sich für einen Wechsel der Mitgliedergruppe zu entscheiden. Dadurch können sich die Mitglieder dort in die Hochschule einbringen, wo sie sich am ehesten zugehörig fühlen. Hochschulen können die Kriterien für den Wechsel der Zugehörigkeit in eigener Regelwerken festlegen und so auch die potenzielle Migration einzelner Hochschulmitglieder zwischen den Mitgliedergruppen anhand strategischer Überlegungen steuern. Die damit dazugewonnene Flexibilität könnte neue innovative Identifikations- und Beteiligungsstrukturen für die Mitglieder der Hochschulfamilie innerhalb der Hochschulorganisation ermöglichen.

Art. 20 Abs. 2 bis 4 (neu)

In Art. 20 sind die einzelnen Freiheiten im Hochschulbereich im Unterschied zu Art. 3 BayHSchG nicht mehr in ihrem Umfang und ihren Beschränkungsgründen beschrieben, sondern lediglich als "verfassungsrechtliche Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium" aufgezählt. Blickt man in die Verfassung Bayerns, so lässt sich in Art. 108 der Satz "Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei." finden – die Freiheit der Forschung und die Freiheit des Studium sind nicht aufgeführt. Bereits aus dieser rechtlichen Überlegung heraus fordern wir, die Freiheiten im Hochschulbereich in Art. 20 eigenständig zu listen und in ihrem Umfang zu definieren. Doch auch aus inhaltlichen Gründen ist es aus unserer Sicht zwingend erforderlich, die Freiheiten näher zu beschreiben. So ist insbesondere die in Art. 3 Abs. 4 BayHSchG aufgeführte Freiheit des Studiums eine wichtige Rechtsgrundlage gewesen, um die Wahlfreiheit von Studierenden bei der Wahl von Lehrveranstaltungen und Studienschwerpunkten zu verteidigen. Auch ist die in Art. 3 Abs. 4 Satz 2 BayHSchG aufgeführte Einschränkung der Freiheit des Studiums eine wichtige Rechtsgrundlage gewesen, da sich hieraus eine abschließende, nicht erweiterbare Aufzählung von Gründen zur Einschränkung der Freiheit ergab. Der Wegfall der Definition von Umfang und Beschränkungsgründen der Freiheit des Studiums würde damit die Rechte von Studierenden mindern und die Rechtssicherheit für Studierende einschränken.

Art. 21 Abs. 1 Satz 2 (neu)

Wissenschaftliche Redlichkeit bedeutet kurzgefasst, die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis zu beachten und wissenschaftliches Fehlverhalten zu vermeiden. Das gilt für alle, die in Forschung und Lehre tätig sind. Besonders wichtig ist es, die Grundsätze wissenschaftlicher Redlichkeit den Studierenden vom ersten Semester an zu vermitteln, um diese Fertigkeiten und Regeln von Anfang an zur selbstverständlichen Grundlage wissenschaftlichen Arbeitens zu machen. Daher schlagen wir neben einer Beachtung der Grundsätze der wissenschaftlichen Redlichkeit, auch die Vermittlung dieser an den wissenschaftlichen Nachwuchs, vor.

Art. 21 Abs. 3 (neu)

Open Access bezeichnet den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur und anderen Materialien im Internet sowie deren Publikation unter freier Lizenz. Die Veröffentlichung unter Open-Access-

Bedingungen führt nachweislich zu einer besseren Sichtbarkeit der Forschung sowie einem partizipativeren Zugang aller Gesellschaftsmitglieder zu wissenschaftlichen Erkenntnissen. Forschung, die an staatlichen Hochschulen stattfindet und damit aus öffentlichen Geldern subventioniert wird, sowie deren Ergebnisse müssen der Gesellschaft mit den möglichst niedrigen Hürden zugänglich gemacht werden. Auch ist es nicht nachvollziehbar, warum der Zugang zu primär aus öffentlichen Geldern finanzierten Forschungsergebnissen durch entsprechende Verlagslizenzierungen erneut für die Mitglieder der Hochschule aus Steuergeldern „freigekauft“ werden muss. Auch hängt die Qualität der Studienbedingungen an den jeweiligen Hochschulen vom Umfang des vorhandenen Literaturzugangs ab. Insbesondere kleinere Hochschulen verfügen häufig nicht über die finanziellen Mittel, um ihren Studierenden den Zugang zu allen in ihrem Fachgebiet relevanten Veröffentlichungen zu ermöglichen. Open-Access-Publikationen, die sich einer einseitigen Verwertungslogik der Verlage entziehen, schaffen somit einen wesentlichen Beitrag für gleichsam hochwertige Studienbedingungen in der Stadt sowie auf dem Land. Daher schlagen wir die Hinzufügung eines Abs. 3 vor, der die Hochschulen dazu auffordert, Open Access als Variante des wissenschaftlichen Publizierens zu stärken.

Art. 22 Abs. 1

Hochschulen unterstehen dem Art. 3 GG, wodurch Gleichstellung als strukturelle und geschlechterübergreifende Aufgabe definiert ist. Zusätzlich profitieren Hochschulen von der Diversität in Führungspositionen, da nachweislich Organisationen erfolgreicher sind, wenn eine ausgewogene Geschlechterpartizipation vorhanden ist. Seit dem 14.12.2018 kann als Personenstandsfall „divers“ eingetragen werden. Dies zeigt die Notwendigkeit über ein binäres Geschlechterverhältnis hinaus zu denken und rechtlich zu verankern. Als LAK Bayern bekennen wir uns zu der Gleichberechtigung aller Geschlechter inklusive der non-binären Geschlechter und wünschen uns, dass auch das Hochschulinnovationsgesetz diesen aus unserer Sicht innovativen, aber auch sozialen und chancengerechten Ansatz der Geschlechtergleichstellung berücksichtigt. Hierzu schlagen wir vor, die binäre Nennung von „Frauen und Männern“ durch die Nennung „aller Geschlechter“ zu ersetzen. Auch schlagen wir vor, die Förderung „von Frauen“ durch die Förderung „der jeweils unterrepräsentierten Geschlechter“ zu ersetzen. Ein solcher abstrakter Ansatz würde neben der Inklusion der non-binären Geschlechter auch bedeuten, dass in Studiengängen, in denen Frauen überrepräsentiert sind (z.B. Psychologie, Soziale Arbeit, Tourismusmanagement), die Hochschulen beauftragt werden Männer bzw. non-binäre Geschlechter zu fördern. Eine solche Regelung ist aus unserer Sicht im besseren Einklang mit der in Art. 3 GG aufgeführten Gleichstellung aller Geschlechter und führt zu geschlechterübergreifender Chancengerechtigkeit. Die Erweiterung des Geschlechtsbegriffs um das non-binäre Geschlecht wird von uns auch in den folgenden Absätzen und Artikeln wieder aufgegriffen, so u.a. in Abs. 2 und Art. 23.

Art. 22 Abs. 2 Satz 2

Um eine gerechte Verteilung aller Geschlechter zu gewährleisten, schlägt die LAK Bayern vor, entsprechend eine Besetzung von höchstens 60 % eines Geschlechts anzustreben. Dies gewährleistet ebenfalls eine paritätische Besetzung und inkludiert alle Geschlechter.

Art. 22 Abs. 3

Rückbezug auf Art. 2 Abs. 5 (Änderung), da es zu den allgemeinen Aufgaben der Hochschulen gehört, dass Personen unabhängig des Geschlechts, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung gleichberechtigt an der Forschung, der Lehre, dem Studium und der akademischen Selbstverwaltung im Bereich der Hochschule teilhaben können. Über die Chancengleichheit hinaus sollte eine Förderung der Vielfalt stattfinden. Dies soll die sozialen und kulturellen Aspekte der Hochschulmitglieder sowie ihrer gleichberechtigten Teilhabe berücksichtigen. Über das Verhältnis der Geschlechter zueinander noch hinausgehend wird den Dimensionen von Vielfalt wie Migrationshintergrund, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Identität oder sozialer Herkunft Rechnung getragen. Zusätzlich muss die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und wissenschaftlicher Karriere gewährleistet werden, dies dient ebenfalls der Exzellenz im Wissenschaftssystem.

Art. 22 Abs. 4 Satz 1

Wie bereits in unserer Begründung zur Änderung von Art. 22 Abs. 1 dargestellt, bekennen wir uns zur Gleichstellung aller Geschlechter inklusive der non-binären Geschlechter und sehen den

Gleichstellungsauftrag von Hochschulen insbesondere als Auftrag, die jeweils unterrepräsentierten Geschlechter zu fördern. In vielen Fällen und auf vielen Ebenen betrifft dies die Förderung von Frauen, jedoch nicht ausschließlich. Zur Umsetzung dieses erweiterten Gleichstellungsauftrags benötigt es auch eine Erweiterung der Zuständigkeit der mit dieser Aufgabe beauftragten Personen. Eine Bezeichnung dieser Personen als "Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft" ist daher mit unserem Ansatz der geschlechterübergreifenden Gleichstellung nicht vereinbar. Stattdessen schlagen wir vor, die Bezeichnung "Gleichstellungsbeauftragte*r" zu nutzen. Dieser Begriff wurde auch von Staatsminister Sibler in mehreren öffentlichen Äußerungen (u.a. in Livestreams im Februar 2021) genutzt und spiegelt aus unserer Sicht am besten wider, dass der in Art. 22 Abs. 1 definierte Gleichstellungsauftrag tatsächlich alle Geschlechter umfasst. Bei Übernahme dieser Änderung müsste diese konsistenter Weise in folgenden weiteren Artikel angepasst werden: Art. 22 Abs. 5 und 6, Art. 35 Abs. 1 Satz 4, Art. 49 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3, Art. 50 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3, Art. 50 Abs. 3 Satz 4, Art. 101 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 und Art. 102 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5.

Art. 22 Abs. 4 Satz 5

Gleichstellung ist gemäß Art. 22 Abs. 1 Satz 1 "Leitprinzip" von Hochschulen und sollte als solches auch fest in der Hochschulleitung verankert sein. Anstelle eines verpflichtenden Geschäftsbereichs der Hochschulleitung, welcher losgelöst von dem Zuständigkeitsbereich der oder des Gleichstellungsbeauftragten ist, fordern wir die Aufnahme der oder des Beauftragten als ständiges Mitglied der Hochschulleitung mit beratender Stimme. Zudem sollte der oder die Gleichstellungsbeauftragte in Fragen der Gleichstellung ein Stimmrecht besitzen, um sich aktiv am exekutiven Entscheidungsprozess beteiligen zu können.

Art. 23 Abs. 1 bis 3

Die LAK Bayern begrüßt diesen fortschrittlichen Artikel zur Erhöhung des Frauenanteils in allen Qualifikationsebenen der Hochschule. Das Kaskadenmodell bietet sich dahingehend besonders an, da es realistische, fachspezifische Zielvereinbarungen ermöglicht und so hilft, die gläserne Decke von unten zu durchbrechen. Zu den von uns in Art. 23 Abs. 1 bis 3 vorgeschlagenen Änderungen siehe Begründung zu Änderungen in Art. 22 Abs. 1.

Art. 23 Abs. 4

Wenn Gleichstellungskonzepte öffentlich einsehbar sind, ist für alle Interessierte und Betroffene transparent klargelegt, welchen Ziele schon erreicht wurden, welche noch angestrebt werden und welche Maßnahmen dafür noch notwendig sind.

Art. 24 Abs. 1 Satz 1

Im BayHIG wird der Passus "Behinderung oder chronische Erkrankung" verwendet, dadurch werden aber Studierende, welche aufgrund eines Unfalls länger krankgeschrieben sind, nicht rechtlich eindeutig miterfasst. Das SGB IX § 2 Abs. 1 unterscheidet daher zwischen Behinderung und Beeinträchtigung. Diese Legaldefinition ist in zahlreichen weiteren Rechtsnormen geläufig, weshalb hiervon nicht abgewichen werden sollte.

Art. 24 Abs. 2 Satz 5 bis 8 (neu)

Eine Auskunftspflicht von exekutiven Funktionsträger*innen gegenüber den Beauftragten für Behinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung sollte zwar selbstverständlich sein, jedoch wäre es wichtig bei diesem besonders wichtigen Thema der Förderung der betroffenen Menschen dies explizit im BayHIG zu verankern, um etwaige Missverständnisse oder ein "Nichternstnehmen" der Beauftragten zu vermeiden. Neben den genannten Aspekten haben die Beauftragten bislang keine effektiven Machtmittel, um ihre Positionen effektiv zu vertreten. Da ist ein Beanstandungsrecht hilfreich, mit dem die Beteiligung einer nächsthöheren Instanz herbeigeführt werden kann. Um einen stetigen Informationsfluss zu gewährleisten, sowohl von Beauftragten in Richtung der Gremien und umgekehrt, sollte es ein Recht der Beauftragten geben, in den sie betreffenden Angelegenheiten angehört zu werden und entsprechende Informationen an die Gremien weitergeben zu können.

Art. 24 Abs. 3 Satz 1

Für die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags müssen auf jeden Fall eigens dafür bereitgestellte Mittel des Landes verwendet werden, damit die Hochschule keine Abwägungen zwischen Verwendung der Mittel für die Lehre, Forschung oder anderweitigen Ausgaben und der Ausgaben für die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags treffen müssen.

Art. 24 Abs. 4 (neu)

Das Netzwerk Studium und Behinderung ist ein etablierter Verband, zu dem wir als LAK Bayern auch im regen Austausch stehen. Das Netzwerk wurde bereits in den vergangenen Haushaltszuweisungen berücksichtigt, folgerichtig wäre es hier das Netzwerk auch im BayHIG aufzunehmen. Dadurch wird Kontinuität und Verlässlichkeit geschaffen und eine nachhaltige Verstetigung angestrebt, hinter der wir als Studierende voll und ganz stehen.

Art. 25 Abs. 1

In Abs. 1 wird die Schutznorm von Hochschulen zum Schutz vor sexueller Belästigung definiert. Aus unserer Sicht ist diese Schutznorm sehr zu begrüßen, jedoch ist der Begriff der "sexuellen Belästigung" nicht passend. Zusätzlich oder stellvertretend für die "sexuelle Belästigung" sollte der Begriff der "sexualisierten Gewalt" aufgenommen werden. Sexualisierte Gewalt umfasst alle sexuellen Handlungen, die einem Menschen aufgedrängt oder aufgezwungen werden. Sexuelle Handlungen werden zur Ausübung von Macht und Gewalt verwendet. Eine Gefährdung ist vor allem in Abhängigkeitsverhältnissen vorhanden. Konkrete Beispiele für sexualisierte Gewalt sind sexuelle Anspielungen, aufdringliche und unangenehme Blicke, Nachrichten mit sexuellem Inhalt, unerwünschtes Zeigen oder Zusenden von Bildern oder Videos mit pornografischem Inhalt und sexualisierte Berührungen. Zudem werden, entgegen der öffentlichen Wahrnehmung, zwei Drittel der Taten durch Personen aus dem persönlichen Umfeld heraus begangen, also aus Freundeskreis, Familie oder auf dem Arbeitsplatz. Da die Hochschulen als Arbeitgeber und Bildungseinrichtung einen wesentlichen Bestandteil dieses Umfeldes darstellen, besteht ein erhöhter Bedarf hier Maßnahmen zum Schutz der Hochschulmitglieder zu bieten.

Im Rahmen dieser Tätigkeiten der Ansprechperson und einer Stellvertretung sind psychosoziale Fähigkeiten nötig, welche durch entsprechende Fortbildungen erlernt werden können. Zudem hilft eine Aufklärung aller Hochschulmitglieder, um zukünftigen Handlungen vorzubeugen. Um den Aufgaben angemessen nachgehen zu können, sollten der Ansprechperson und ihrer Stellvertretung in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung gestellt und die Ansprechperson und ihre Stellvertretung von anderen dienstlichen Aufgaben, unter Berücksichtigung des Aufgabenumfangs, entlastet werden.

Art. 25 Abs. 2

Die Aufzählung von Diskriminierungsgründen in Abs. 2 Satz 2 ist nicht vollständig. Um Wiederholungen zu vermeiden, ist hier ein Verweis auf die in Art. 2 Abs. 5 (siehe auch Änderungsvorschlag) genannten Diskriminierungsgründe aus unserer Sicht hinreichend.

Art. 25 Abs. 3

Aufgrund der Sensibilität des Themas und der Gewährleistung der Verfügbarkeit der Ansprechperson, sollte dieser eine Stellvertretung zur Verfügung gestellt werden. Größtmögliche Diversität wird geschaffen, in dem die Ansprechperson und ihre Stellvertretung sich nicht mit demselben Geschlecht identifizieren.

Art. A (neu)

Wie in der Begründung zu Art. 2 Abs. 8 erläutert, begrüßen wir die im BayHIG neu hinzugekommene allgemeine Verpflichtung der Hochschulen zum "Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Klimaschutz und der Bildung für nachhaltige Entwicklung". Nachhaltigkeit ist aus unserer Sicht ein essenzieller Bestandteil der Weiterentwicklung und strategischen Hochschulsteuerung der bayerischen Hochschulen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten und als solche eine Zukunftsaufgabe, die vor allem Hochschulen in ihrer Vorbildfunktion als staatliche und wissenschaftliche Einrichtung wahrnehmen sollten. Die Verankerung von Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe von Hochschulen ist demnach zeitgemäß und dringend notwendig. Die bloße Erwähnung als "allgemeine Aufgabe" einer Hochschule

ist – in Anbetracht des gewaltigen Transformationsbedarfs – jedoch bedenklich unambitioniert und zu kurz gegriffen. Nachhaltigkeit funktioniert ähnlich wie der Gleichstellungsauftrag von Hochschulen nicht allein durch “organische” Entwicklungen, sondern benötigt klare Struktur- und Zielvorgaben. Hierzu haben wir in den neuen Artikeln A und B detaillierte Vorschläge im Bereich der Nachhaltigkeit an Hochschulen entworfen, die Sie im Folgenden den Begründungen zu den jeweiligen Absätzen entnehmen können.

Art. A Abs. 1 (neu)

Zentrale Aussage des Abs. 1 ist die Definition von Nachhaltigkeit als Leitprinzip von Hochschulen. Diese Formulierung ist in Anlehnung an das in Art. 22 Abs. 1 Satz 1 definierte Leitprinzip der Gleichstellung zu verstehen. Beide Aufgaben sind als “Auftrag” mit einem verbindlichen Beauftragertum versehen, besitzen Zielvorgaben und Erfüllungsmessgrößen. Nach unserer Vorstellung sollten die Leitprinzipien der Nachhaltigkeit und der Gleichstellung demnach auch in einer Verantwortung der Hochschulleitung münden. In Satz 2 schlagen wir vor, den Nachhaltigkeitsauftrag neben der in Art. 2 Abs. 8 genannten Verpflichtungen um die Aufklärung über Ursachen und Bedeutung des Klimawandels, die Aufgaben des Klimaschutzes und die Anpassung an den Klimawandel sowie die Förderung des Bewusstseins für die Mitwirkung des Einzelnen zu erweitern. Diese Formulierung stammt aus Art. 3 Abs. 2 BayKlimaG und wird im Kontext der neuen Nachhaltigkeitsaufgaben auf das BayHIG übertragen. Aus unserer Sicht ist es essenziell, dass die Hochschulen im neuen Hochschulgesetz beauftragt werden, diese für staatliche Erziehungs- und Bildungsträger geltenden Aufgaben in Freiheit und Eigenverantwortung selbst wahrzunehmen.

Art. A Abs. 2 (neu)

Zur Umsetzung des in Art. A Abs. 1 definierten Nachhaltigkeitsauftrags sind Strukturvorgaben notwendig. In Anlehnung an den in Art. 22 Abs. 1 definierten Gleichstellungsauftrag und den daraus abgeleiteten Gleichstellungsbeauftragten schlagen wir die Etablierung von Nachhaltigkeitsbeauftragten vor. Die oder der Beauftragte ist aus unserer Sicht vom Senat zu wählen, um somit die Einbindung aller Mitgliedergruppen in der Personalentscheidung zu garantieren. Zur besseren Verankerung der Zuständigkeiten in der Hochschulorganisation ist es der Hochschule überlassen, auch Beauftragte auf Ebene der akademischen Selbstverwaltungseinheiten vorzusehen. Die oder der Beauftragte der Hochschule ist zudem von der Hochschulleitung bei sie oder ihn betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen. Dabei steht es der Hochschulleitung frei, die oder den Beauftragte*n direkt als stimmberechtigtes oder beratendes Mitglied zu berufen.

Art. A Abs. 3 (neu)

Da Nachhaltigkeit und die damit einhergehende Transformationsaufgabe der Hochschule auch maßgeblich zur strategischen Hochschulsteuerung und -planung beitragen kann, schlagen wir vor, die oder den Nachhaltigkeitsbeauftragte*n als beratendes Mitglied des Hochschulrats zu etablieren. Sollte der Hochschulrat Änderungen der Grundordnung beschließen, so ist der oder dem Beauftragten bei ihre oder seine Mitwirkungsmöglichkeiten betreffenden Änderungen in der Grundordnung ein Stimmrecht zu gewähren.

Art. A Abs. 4 (neu)

Die von uns vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsbeauftragten sind mit einem großen Aufgabenbereich betraut und sollten demnach auch zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit Mitteln ausgestattet und von anderen dienstlichen Aufgaben entlastet werden.

Art. A Abs. 5 (neu)

Ähnlich wie das in Art. 23 Abs. 4 definierte Gleichstellungskonzept, ist auch der in Art. A Abs. 1 definierte Nachhaltigkeitsauftrag eine Transformationsaufgabe, welcher einer Unterfütterung durch ein Konzept zur Definition von strategischen Maßnahmen bedarf. Aus unserer Sicht sollten an der Erstellung des Konzepts alle Mitgliedergruppen durch ihre Vertretungsorgane beteiligt werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass diese Aufgabe auch von den Mitgliedern angenommen und in ihre täglichen Entscheidungen überführt wird. Zusätzlich zu dem Konzept, in welchem die Maßnahmen für die zukünftige Ausrichtung der Hochschule definiert sind, ist es sinnvoll den Blick in die Vergangenheit zu

richten und durch einen verpflichtenden Nachhaltigkeitsbericht den Fortschritt der Erfüllung des Nachhaltigkeitsauftrags festzuhalten und hieraus weitere Maßnahmen abzuleiten.

Art. B (neu)

Hochschulen sind Zukunftswerkstätten einer nachhaltigen Gesellschaft und dürfen sich als solche ihrer Vorbildfunktion nicht entziehen. Das Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) hat die Vorbildfunktion des Staates dahingehend geregelt, dass Behörden und Einrichtungen der unmittelbaren Staatsverwaltung bis 2030 klimaneutral werden müssen. Nach Aussage des StMUV gehören Hochschulen jedoch nicht der unmittelbaren Staatsverwaltung an, sondern sind im Sinne des BayKlimaG als eigenständige Körperschaften des öffentlichen Rechts der mittelbaren Staatsverwaltung zuzuordnen. Sie sind somit auch keiner Klimaneutralität bis 2030 verpflichtet. Das StMWK geht auf diese fehlende Regelung im BayHIG-Begründungstext ein und merkt an, "dass alle Hochschulen zur Beachtung der Ziele und Vorbildfunktion im Sinne des Bayerischen Klimaschutzgesetzes angehalten sind". Eine Anhaltung ist jedoch weder im Gesetzestext wiederzufinden, noch ist eine solche mit einer tatsächlichen Verpflichtung zur Klimaneutralität gleichzusetzen. Hochschulen bleiben somit weiterhin nicht verpflichtet, die in Art. 3 Abs. 1 BayKlimaG definierten Klimaschutzziele zu erfüllen. Dies ist aber dringend erforderlich. Unsere Vorschläge zu Zielvorgaben zur klimaneutralen Gestaltung der Hochschulen können Sie den folgenden Begründungen zu den jeweiligen Absätzen des neuen Artikel B entnehmen.

Art. B Abs. 1 (neu)

In Abs. 1 wird das zentrale Ziel der Vermeidung von Treibhausgasemissionen der Hochschulen und ihrer Einrichtungen definiert. Das Ziel leitet sich aus Art. 2 BayKlimaG ab, welches aktuell jedoch nicht explizit für die Hochschulen gilt und somit auch nicht von den Hochschulen als übergeordnetes Ziel wahrgenommen wird. Abs. 1 Satz 1 unterscheidet dabei zwischen "Hochschulen" und "ihren Einrichtungen", um hier die Heterogenität der Hochschulen in Bezug auf ihre Einrichtungen und deren Klimabilanzen zu berücksichtigen. Manche Hochschulen betreiben sehr klimaschädliche Einrichtungen, wie z.B. Einrichtungen zur Erforschung von Kohlekraft. Diese sollten daher gesondert betrachtet werden und dürfen nicht undifferenziert in die allgemeine Betrachtung der Hochschule einhergehen.

Art. B Abs. 2 (neu)

In Abs. 2 wird das spezifische Ziel der klimaneutralen Hochschulverwaltung bis zum Jahr 2030 definiert. Das Ziel leitet sich aus Art. 3 Abs. 1 Satz 1 BayKlimaG ab, welches die Behörden und Einrichtungen der unmittelbaren Staatsverwaltung des Freistaates Bayern zur Klimaneutralität bis 2030 verpflichtet. Da Hochschulen jedoch trotz ihres Status der "staatlichen Einrichtung" laut Aussage des StMUV nicht der unmittelbaren Staatsverwaltung zugeordnet werden, ist eine explizite Zielvorgabe im BayHIG dringend erforderlich. Das StMWK merkt in der Begründung zu Art. 2 Abs. 8 an, "dass alle Hochschulen zur Beachtung der Ziele und Vorbildfunktion im Sinne des Bayerischen Klimaschutzgesetzes angehalten sind". Hieraus lässt sich jedoch keine Zielvorgabe zur Klimaneutralität im Sinne der staatlichen Vorbildfunktion gemäß Art. 3 Abs. 1 BayKlimaG ableiten. Diese Beurteilung hat sich auch in zahlreichen Gesprächen mit Hochschulleitungen bestätigt: Die Hochschulen nehmen derzeit keine Aufgaben des Klimaschutzes wahr und sehen sich auch nicht von StMWK oder StMUV angehalten, die im BayKlimaG genannten Zielen zu erfüllen.

Art. B Abs. 3 (neu)

In Abs. 3 werden die in Abs. 1 genannte Zielvorgabe zur Vermeidung von Treibhausgasen und die in Abs. 2 genannte Zielvorgabe zur Erreichung einer klimaneutralen Hochschulverwaltung bis 2030 durch weitergehende Regelungen reguliert. So sind die Hochschulen gemäß Satz 1 dazu angehalten, insbesondere den Anteil von Nettoemissionen zu reduzieren und nicht lediglich Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen. Weiterhin werden die Hochschulleitungen in Satz 2 verpflichtet, die hochschuleigenen Zielvorgaben zur Einhaltung der Minderungsziele aller zwei Jahre im Einvernehmen mit dem Hochschulrat, der für die Haushaltsführung und die strategische Steuerung zuständig ist, zu aktualisieren. In Satz 3 werden die Hochschulleitungen in Anlehnung an Art. 7 BayKlimaG beauftragt, das StMWK alle zwei Jahre über die Minderung von Treibhausgasen zu informieren. Auch hier ist eine Unterscheidung zwischen der Hochschule und ihrer Einrichtungen sinnvoll, um besser die Heterogenität der Hochschulen hinsichtlich ihrer Klimabilanzen zu berücksichtigen.

Art. B Abs. 4 (neu)

In Abs. 4 werden die Hochschulen verpflichtet, ergänzend die Vorschriften des Bayerischen Klimaschutzgesetzes zu beachten.

Art. 26 Abs. 3

Abs. 3 ist aus unserer Sicht zu streichen, da auch bereits die in Art. 18 Abs. 3 BayHSchG wortgleiche Regelung seit ihrer Einführung 2017 nicht angewandt wurde. Derartige Fälle, dass Mitglieder der Hochschule in Hochschuleinrichtungen oder bei Hochschulveranstaltungen ihr Gesicht verhüllen und somit die Kommunikation miteinander einschränken würden, sind an den Hochschulen allgemein nicht bekannt; auch gibt es hierzu keine Statistiken oder Berichte, die derartige Vorfälle in Zahlen oder Wörtern belegen. Darüberhinaus ist eine solche Regelung in unseren Augen auch nicht zielführend, denn es gibt keine rechtliche oder praktische Notwendigkeit zur Aufnahme von Kleidungsverboten in das Hochschulgesetz. Hochschulen sind pluralistische Institutionen und haben in der Gesellschaft eine wichtige Vorbildfunktion. Die offene Kommunikation ist ein wesentliches und wichtiges Element an allen bayerischen Hochschulen. Ein Verbot von Gesichtsverhüllung entspräche jedoch der grundsätzlichen Einschränkung des persönlichen Ausdrucks nach Art. 2 GG, sowie ggf. der Einschränkung von Religions- und Meinungsfreiheit nach Art. 4 und 5 GG. Eine solche Einschränkung darf aufgrund der geforderten großen Vielfalt und hohen Diversität nicht gesetzlich vorgeschrieben sein. Aufgrund der Einschränkung der Grundrechte und der fehlenden rechtlichen und praktischen Notwendigkeit ist Abs. 3 aus unserer Sicht nicht in das BayHIG aufzunehmen.

Art. 27 Abs. 2 Satz 1

Im Sinne des Deregulierungsgedankens des BayHIG ergibt es Sinn, es den Hochschulen zu überlassen, welche Amtszeiten Vertreter*innen der Mitgliedergruppen haben. Die Gruppe der Studierenden ist jedoch nicht nur die größte Gruppe innerhalb der Hochschulen, sondern die Studierenden selbst sind die Personengruppe, die am kürzesten an den Hochschulen verbleibt. Jede Amtszeit, die kleiner oder größer als ein Jahr ist, ist für Studierende nicht praktikabel. Kürzere Amtszeiten würden das Wahlpensum erhöhen und verhindern, dass sich Vertreter*innen der Studierenden sinnvoll in ihre Aufgaben einarbeiten können. Längere Amtszeiten stehen der großen Fluktuation der Studierenden entgegen und verhindern es, dass sich regelmäßig neue Studierende in der Selbstverwaltung einbringen. Daher ist es essenziell, dass die Amtszeit von genau einem Jahr bestehen bleibt. Da das für jede Hochschule gilt und nicht individuell zur Debatte steht, ist die Amtszeit der Vertreter*innen der Studierenden im BayHIG zu verankern. Die Forderung nach einer gesetzlich verankerten Amtszeit wird zudem von den Studierendenvertretungen Bayerns einmütig getragen.

Art. 28 Abs. 1 Satz 1

Aktuell sind in allen zentralen Gremien der Hochschule sowie den Fakultätsräten die Gruppe der Studierenden mit mindestens zwei stimmberechtigten Vertreter*innen vertreten. Dieses "Vier-Schultern-Prinzip" ist nötig, da Studierende kürzere Amtszeiten haben und verantwortungsvolle Mitarbeit in einem zentralen Hochschulgremium nur durch mindestens zwei gleichberechtigte Personen gewissenhaft erfolgen kann. Außerdem wird so eine effiziente Wissensweitergabe über mehrere Studierendengenerationen ermöglicht, was eine hohe Kompetenz der studentischen Gremienmitglieder sicherstellt. Das Vier-Schultern-Prinzip ist eine Errungenschaft, welche die Landtagsfraktionen der CSU und FDP 2012 als Reaktion auf die anhaltende Kritik der bayerischen Studierendenvertretungen über mangelnde Mitwirkungsrechte auch für den Senat und Hochschulrat festgeschrieben haben. Im damaligen Gesetzesentwurf wurde die Erhöhung der studentischen Plätze von CSU und FDP damit begründet, dass "die personelle Kontinuität [der Studierenden] verbessert werden" soll, da "der Vertreter oder die Vertreterin der Studierenden häufiger wechselt als die Vertreter der anderen Hochschulgruppen". Studierende sind im Vergleich zu anderen Statusgruppen am kürzesten an den Hochschulen tätig, sodass ihre Vertreter*innen in den Gremien regelmäßig wechseln. Dies führt zu einem erhöhten Einarbeitungsaufwand, der durch die konsequente Einbeziehung von mindestens zwei Vertreter*innen abgemildert werden kann. Dies ist gerade bei Studierenden besonders relevant, da diese ehrenamtlich und ohne Angestelltenverhältnis in der akademischen Selbstverwaltung partizipieren.

Die in Art. 28 Abs. 1 Satz 2 aufgeführte Stellvertreter*innenregelung für studentische Gremienmitglieder ist ausdrücklich keine Kompensation für das seit 2012 im Senat, Hochschulrat und den Fakultätsräten

geltende Vier-Schultern-Prinzip von zwei studentischen Vertreter*innen mit Stimmrecht. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Stellvertreter*innen stehen in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zu den Mitgliedern, die sie vertreten sollen. Sie sind nicht unabhängig und können somit auch kein eigenes Stimmrecht wahrnehmen. Grundidee des aktuell geltenden Vier-Schultern-Prinzips ist jedoch, dass die zwei studentischen Mitglieder unabhängig und gleichberechtigt in einem Gremium agieren können, sodass sich die Verantwortung dieser Repräsentationsaufgabe – und damit die “Gremienlast” – auf ihren Schultern gleichermaßen bzw. auch je nach Kompetenz und Situation mehr auf die eine oder die andere Person verteilen kann. Würde in einem Gremium nur ein studentisches Mitglied mit Stimmrecht ausgestattet sein und eine weitere Person nimmt beratend teil, so verteilt sich die Verantwortung und Last einseitig auf das stimmberechtigte Mitglied. Auch ist zu berücksichtigen, dass stimmberechtigte und beratende Mitglieder unterschiedlich mandatiert sind: Während die stimmberechtigten Mitglieder von den Studierenden in direkter oder indirekter Wahl gewählt werden, werden die Stellvertreter*innen lediglich von den zu vertretenen Personen bestellt. Hieraus ergibt sich, dass bei gegenteiligen Meinungen von stimmberechtigtem Mitglied und Stellvertretung automatisch eine höhere Gewichtung der Person mit Stimmrecht auftritt, sowohl zwischen beiden Personen als auch im Gesamtkontext des Gremiums. Es ist jedoch essenziell, dass Meinungsunterschiede zwischen den in einem Gremium teilnehmenden Personen einer Statusgruppe auch in Zukunft auf Augenhöhe ausgetragen werden und so zu einem konstruktiven, demokratischen und wertschätzenden Ergebnis führen. Aus diesen Gründen lehnen wir eine Kompensation des zweiten stimmberechtigten Mitglieds in Senat, Hochschulrat und den Fakultätsräten durch ein beratendes Mitglied ausdrücklich ab und fordern, die bewährte Regelung des Vier-Schultern-Prinzips im BayHIG beizubehalten.

Art. 28 Abs. 1 Satz 2

Die in Satz 2 aufgeführte Stellvertreter*innen-Regelung ist aus den in Art. 28 Abs. 1 Satz 1 genannten Gründen keine Kompensation für das Vier-Schultern-Prinzip. In isolierter Betrachtung ist die Regelung für die Gremien zu begrüßen, in welchen die Studierenden nur mit einer stimmberechtigten Person vertreten sind. Nach aktueller Rechtslage betrifft dies vor allem die Berufungsausschüsse, die nach Art. 18 Abs. 4 Satz 2 BayHSchPG aktuell nur eine Vertreterin bzw. einen Vertreter der Studierenden vorsehen. Eine Erweiterung der Berufungsausschüsse um eine beratende Person ist insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Anzahl an Verfahren durch die Hightech Agenda Bayern und den in Summe erhöhten Bedarf an studentischen Vertreter*innen zu begrüßen. Die Teilnahme einer Stellvertretung erleichtert, die studentische Stimme anzubringen, auch wenn das studentische Mitglied aufgrund studienbezogener Verpflichtungen oder anderen Gründen verhindert ist. Da eine solche Stellvertreter*innen-Regelung jedoch auch den weiteren Statusgruppen entgegenkommen würde, die nur mit einer Vertreterin bzw. einem Vertreter in Gremien vertreten sind, schlagen wir eine grundsätzliche Erweiterung der Regelung um diese Statusgruppen und eine Verschiebung von Satz 2 in Art. 30 Abs. 1 Satz 4 vor.

Art. 28 Abs 2 Satz 4 Nr. 4

Uns ist die Pflege der Beziehungen zu allen Studierenden sehr wichtig. Unser Anspruch ist es sich international zu vernetzen und sowohl die internationalen Studierenden, die zu Besuch bei uns in Bayern sind, aber auch ggf. Partnerhochschulen und deren Studierenden zu beachten. Daher erachten wir den Begriff “international” für zielführend und angemessen.

Art. 28 Abs. 2 Satz 4 Nr. 5 (neu)

Den Auftrag der Hochschule zur Förderung der Chancengleichheit, insbesondere im Bereich der Gleichstellung, soll sich auch im Aufgabenbereich der Studierendenvertretung widerspiegeln. Dies stellt somit das bereits jetzt schon vorhandenen Verantwortungsbewusstsein der Studierendenvertretung, die sich auch jetzt schon in Fragen der Chancengleichheit und der Gleichstellung innerhalb der Hochschule engagieren, auf eine Ebene mit den weiteren, ebenfalls wichtigen Aufgaben. In der Pandemie hat sich auch gezeigt, wie wichtig die Fragen der Chancengleichheit ist; die Studierendenvertretung kann und möchte hierbei aktiv mitgestalten.

Art. 28 Abs. 3 (Streichung)

Absatz 3 ist redundant zu Art. 31 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5. Er beinhaltet keine neue relevante Information und steht der Verschlingung des Gesetzes entgegen. Das Recht so zu handeln, wie es in Art. 28 Abs. 3 beschrieben ist, ist durch Art. 31 Abs. 3 Satz 2 Nr. 5 ausreichend erkennbar.

Art. 28 Abs. 4 (neu 3) Satz 4 bis 5

Die Sätze 4 und 5 sind redundant zu der haushaltstechnischen Praxis, daher ist eine Aufzählung dieser Punkte im Gesetz nicht nötig. Diese haushaltstechnische Praxis wollen wir natürlich weiterführen, um so die Transparenz der Verwendung der Geldern hochzuhalten.

Art. 29

Der Entwurf des BayHIG sieht erstmals eine gesetzlich verankerte Interessenvertretung der Studierenden auf Landesebene vor. Neben einer wirksamen Vertretung studentischer Interessen durch die Studierendenvertretungen der Hochschulen zeigen insbesondere die massiven Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in den letzten Semestern die Notwendigkeit einer effektiven Landesvertretung der Studierenden, die ein Bindeglied zu den im Landtag vertretenen Parteien, dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sowie weiteren hochschulpolitischen Interessenverbänden darstellt. Die bayerischen Studierendenvertretungen arbeiten hierzu seit 20 Jahren in der Landes-ASten-Konferenz zusammen und koordinieren so ihre hochschulpolitischen Aktivitäten auf Landesebene. Dass diese ehrenamtlich geleistete Arbeit nun auch im neuen Hochschulgesetz strukturell anerkannt und durch die Festschreibung einer Landesvertretung wertgeschätzt wird, ist für die bayerische Hochschulpolitik ein historischer Schritt, den wir ausdrücklich begrüßen.

Die Bezeichnung der Landesvertretung der Studierenden als "Landesstudierendenrat" ist aus unserer Sicht jedoch aus rechtlichen sowie pragmatischen Überlegungen heraus nicht geeignet. Mit Blick in andere Bundesländer sind die Landesvertretungen der Studierenden jeweils in ein Legislativ- und ein Exekutivorgan aufgeteilt (siehe § 65a LHG BaWü, § 16 BbgHG, § 25 LHG M-V, § 107 HochSchG, § 28 SächsHG, § 65 HSG LSA, § 82 ThürHG). Alle Regelwerke haben gemeinsam, dass das Legislativorgan als "Konferenz" bezeichnet wird, während die Exekutivorgane unterschiedliche Bezeichnungen tragen. Diese Bezeichnungslogik ist auch in bayerischen Regelwerken etabliert: Die Landesvertretung der Schüler*innen ist nach Art. 62a BayEUG in das Legislativorgan "Landeschülerkonferenz" und das Exekutivorgan "Landeschülerrat" aufgeteilt. Eine solche Bezeichnungslogik sehen wir auch für die bayerische Landesvertretung der Studierenden als sinnvoll an. Laut Abs. 3 Satz 3 BayHIG ist die Vertretung verpflichtet, mindestens ein Legislativ- und Exekutivorgan in ihrer Geschäftsordnung eigenständig festzulegen. In dieser sollte nach unserer Ansicht, im Einklang mit der aufgeführten Logik, das Legislativorgan als "Konferenz" bezeichnet werden. Eine solche in der Geschäftsordnung festzulegende Bezeichnung würde jedoch der in Art. 29 BayHIG aufgeführten, übergeordneten Bezeichnung als "Landesstudierendenrat" entgegenstehen, da ersteres die Bezeichnung des Legislativorgans und letzteres die allgemeine Bezeichnung der Landesvertretung darstellt. Wir schlagen daher vor, die Bezeichnung durch "Landesstudierendenvertretung" zu ersetzen.

Neben der Ermöglichung der aufgeführten Bezeichnungslogik würde eine Benennung als "Landesstudierendenvertretung" aus unserer Sicht den Vertretungsauftrag, der auch in der Begründung zur Art. 29 ("[...] und etabliert eine Interessenvertretung der Studierenden auf Landesebene") klar herauskommt, besser abbilden.

Art. 30 Abs. 1 Satz 4 (neu)

Siehe Begründung zu Art. 28 Abs. 1 Satz 2.

Art. 30 Abs. 3 Sätze 3 bis 5

Der Gesetzesentwurf sagt aus, dass in Gremien wie dem Senat oder den Legislativorganen der akademischen Selbstverwaltungseinheiten die Vertreter*innen der Hochschullehrenden über eine Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder verfügen und ihnen somit mehr als 50% an Stimmenanteilen zustehen. Diese Regelung basiert auf der verfassungsrechtlich geschützten Freiheit der Träger*innen der Wissenschaft, also der Hochschullehrenden. Im Gegensatz zur bisherigen Rechtslage wird die Mehrheit der Vertreter*innen der Hochschullehrenden jedoch "nach oben offen" gehalten, also nicht mehr wie bisher auf 50% plus einem Sitz gedeckelt. Durch den Wegfall der Sitzkonstellationen und die

maximale Deregulierung der gesetzlichen Vorgaben wird den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, die Balance zwischen den Statusgruppen massiv zu Gunsten der professoralen Mehrheit und zum Nachteil aller anderen Statusgruppen – also des wissenschaftlichen und wissenschaftsstützenden Mittelbaus sowie der Studierenden – zu verschieben. Der Minderheitenschutz von Mittelbau und Studierenden wird damit faktisch aufgehoben. Eine solche Regelung würde das wichtige demokratische Grundprinzip der gleichberechtigten Teilhabe aller Statusgruppen außer Kraft setzen und hat das Potenzial, die Demokratie an Hochschulen komplett auszuhebeln. Dahingehend plädiert die LAK Bayern für eine Lösung, nach welcher die verfassungsrechtliche Mehrheit der Hochschullehrenden auf 50% plus einem Sitz festgeschrieben wird und die restlichen Sitze (50% minus einem Sitz) auf die weiteren Mitgliedergruppen (wissenschaftliches und wissenschaftsstützendes Personal sowie Studierende) hochschulintern verteilt werden können. Eine solche Lösung würde auf der einen Seite einen hohen Flexibilitätszugewinn bedeuten, da Hochschulen die Größe von Gremien und die genaue Sitzanzahl ihrer Mitglieder in Zukunft eigenverantwortlich bestimmen könnten. Auf der anderen Seite bleiben auch die demokratischen Grundprinzipien wie das angemessene Verhältnis der Sitzverteilung in Gremien und die gleichberechtigte Beteiligung aller Statusgruppen auf Augenhöhe gewahrt. Eine solche Regelung der Sitzverhältnisse zwischen der Gruppe der Hochschullehrenden und den weiteren Gruppen ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um die demokratischen Grundprinzipien an Hochschulen aufrechtzuerhalten, und ist auch aus dieser Überlegung heraus gemäß dem Subsidiaritätsprinzip durch eine Gesetzesvorgabe zu regeln.

Art. 30 Abs. 3 Sätze 7 und 8

Die größte Verschlankung im Gesetz wurde bei den allgemein bekannten Fakultäten vorgenommen. Die neuen "akademischen Selbstverwaltungseinheiten" sollen den Begriff "Fakultät" nun ersetzen. Im Gesetz existiert namentlich kein*e Dekan*in, Prodekan*in oder Studiendekan*in mehr. Aus unserer Sicht ist aber eine durch das Organ der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheit bestätigte Leitungsperson (Dekan*in) unabdingbar für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Um dem, an manchen Fakultäten in Bayern vorherrschenden Mangel an Personen, die das Amt übernehmen möchten, entgegenzukommen, sehen wir den Wunsch Personen von außen zu nehmen als legitim an, möchten aber, dass alle Leitungspersonen und Personen mit besonderen Funktionen oder Aufgaben an einer Fakultät durch das entsprechende Organ gewählt werden. Zudem ist es aus studentischer Sicht wichtig, das Amt des Studiendekans in irgendeiner Art im Gesetz festgeschrieben zu haben. Die Verantwortung für Evaluationen und die Beratung zu den Ausgestaltungen des Studiengangs sollten weiterhin bei mindestens einer Person fest verankert sein.

Art. 31 Abs. 2 Satz 2

Da in unserem Vorschlag in Art. 22 Abs. 4 die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule auch Mitglied der Hochschulleitung ist, ist dieser Satz redundant.

Art. 31 Abs. 2 Satz 2 (neu)

Nachhaltigkeit muss als Leitprinzip von Hochschulen verankert sein, demnach sollten Hochschulleitungen auch zu einem Geschäftsbereich zur Wahrnehmung dieser Aufgabe verpflichtet werden. Eine solche Verankerung ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um den Transformationsprozess mit einem effektiven Führungsmanagement auszustatten. In Zeiten globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel stehen die Hochschulleitungen in der Verantwortung, den Zielen der nachhaltigen Entwicklung durch gesamtinstitutionelle strategische Maßnahmen nachzukommen und diese durchsetzungsstark in den Entscheidungsebenen der Hochschule zu etablieren. Die Hochschulleitung steht dabei in der Verantwortung, in ihrer Führungsrolle die verschiedenen Interessen der hochschulinternen Stakeholder abzuwägen und entsprechend exekutive Maßnahmen zu ergreifen.

Art. 31 Abs. 3 Satz 2 Nr. 6

Siehe Begründung zu Art. 34 Abs. 3 Nr. 3.

Art. 31 Abs. 3 Nr. 8

In Art. A Abs. 5 (neu) werden Leitplanken für eine Verankerung des Nachhaltigkeitsauftrags der Hochschulen in einem hochschulspezifischen Nachhaltigkeitskonzept erstellt. Die Hochschulleitungen

sind dafür verantwortlich, ein solches Konzept zu erstellen. Zusätzlich können andere Gremien sowie hochschulinterne und hochschulexterne Stakeholder zur Beratung hinzugezogen werden.

Art. 32 Abs. 1 Satz 3

Die Auffassung, wann eine Entscheidung unaufschiebbar ist und ein*e Präsident*in ohne Gremienberatung in Aktion treten sollte, wird in der Regel von den meisten Stakeholdern geteilt. Um die Situation jedoch auch im Nachgang noch nachvollziehen zu können, sollte eine schriftliche Begründung dazu verfasst werden.

Art. 32 Abs. 2

Die maximale Amtszeitbegrenzung einer gewählten Person in den Hochschulen ist aus unserer Sicht eine der großen und notwendigen Leitplanken, die ein Hochschulgesetz vorsehen muss, damit Hochschulen ihr volles Potential entfalten können. Selbst wenn ein*e Präsident*in hervorragende Arbeit leistet, sollte aus unserer Sicht nach maximal 12 Jahren Platz für neue und innovative Personalien gemacht werden. Je nach Ausgestaltung der Grundordnung wäre z.B. eine zweimalige Wiederwahl nach jeweils vier Jahren oder eine einmalige Wiederwahl nach sechs Jahren möglich. Das ist aus unserer Sicht genügend Gestaltungsspielraum für die einzelnen Hochschule und dennoch eine gute und effektive Leitplanke, die dieses Gesetz benötigt.

Art. 33 Abs. 2 Satz 1

Um den Hochschulen einen größeren Spielraum für die Besetzung der Exekutive zu geben, schlagen wir eine Erweiterung des Vorschlagsrechts für den bzw. die Kanzler*in um den Senat vor. Dies spiegelt den Leitgedanken der maximalen Freiheit wider und stärkt die Kompetenzen des Senats.

Art. 34 Abs. 1

Wie bereits zu Art. 30 Abs. 3 erklärt, sagt der Gesetzesentwurf aus, dass in Gremien wie dem Senat oder den Legislativorganen der akademischen Selbstverwaltungseinheiten die Vertreter*innen der Hochschullehrenden über eine Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder verfügen und ihnen somit mehr als 50% an Stimmenanteilen zustehen. Diese Regelung basiert auf der verfassungsrechtlich geschützten Freiheit der Träger*innen der Wissenschaft, also der Hochschullehrenden. Im Gegensatz zur bisherigen Rechtslage wird die Mehrheit der Vertreter*innen der Hochschullehrenden jedoch "nach oben offen" gehalten, also nicht mehr wie bisher auf 50% plus einem Sitz gedeckelt. Durch den Wegfall der Sitzkonstellationen und die maximale Deregulierung der gesetzlichen Vorgaben wird den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, die Balance zwischen den Statusgruppen massiv zu Gunsten der professoralen Mehrheit und zum Nachteil aller anderen Statusgruppen – also des wissenschaftlichen und wissenschaftsstützenden Mittelbaus sowie der Studierenden – zu verschieben. Der Minderheitenschutz von Mittelbau und Studierenden wird damit faktisch aufgehoben. Eine solche Regelung würde das wichtige demokratische Grundprinzip der gleichberechtigten Teilhabe aller Statusgruppen außer Kraft setzen und hat das Potenzial, die Demokratie an Hochschulen komplett auszuhebeln. Dahingehend plädiert die LAK Bayern für eine Lösung, nach welcher die verfassungsrechtliche Mehrheit der Hochschullehrenden auf 50% plus einem Sitz festgeschrieben wird und die restlichen Sitze (50% minus einem Sitz) auf die weiteren Mitgliedergruppen (wissenschaftliches und wissenschaftsstützendes Personal sowie Studierende) hochschulintern verteilt werden können. Eine solche Lösung würde auf der einen Seite einen hohen Flexibilitätszugewinn bedeuten, da Hochschulen die Größe von Gremien und die genaue Sitzanzahl ihrer Mitglieder in Zukunft eigenverantwortlich bestimmen könnten. Auf der anderen Seite bleiben auch die demokratischen Grundprinzipien wie das angemessene Verhältnis der Sitzverteilung in Gremien und die gleichberechtigte Beteiligung aller Statusgruppen auf Augenhöhe gewahrt. Eine solche Regelung der Sitzverhältnisse zwischen der Gruppe der Hochschullehrenden und den weiteren Gruppen ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um die demokratischen Grundprinzipien an Hochschulen aufrechtzuhalten, und ist auch aus dieser Überlegung heraus gemäß dem Subsidiaritätsprinzip durch eine Gesetzesvorgabe zu regeln.

Art. 34 Abs. 2 Satz 2

Die Formulierung "erstellt die erforderlichen Senatsvorlagen für Beratung und Beschlüsse" kann so ausgelegt werden, als ob die nur Hochschulleitung befugt wäre die Senatsunterlagen inklusive der Inhalte der Beschlussvorlagen zu erstellen. Eine solche Regelung würde die oder den Vorsitzenden des Senats

sowie die weiteren antragsberechtigten Mitglieder in ihrer legislativen Teilhabe stark einschränken. Soweit wir es beurteilen können, ist eigentliche Intention des Satzes 2, die personellen Ressourcen für die Einladung zu den Senatssitzungen oder für die Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen aus der Präsidiumsverwaltung der Hochschule zu nutzen. Es wird also eine Person bereitgestellt, die sich um die administrativen Arbeiten kümmert und somit die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Senats administrativ entlastet. Sollte dies so sein, so ist Satz 2 aus unserer Sicht jedoch extrem missverständlich, daher plädieren wir für eine Streichung oder Umformulierung.

Art. 34 Abs. 3

Wie bereits in der Begründung des StMWK erläutert wurde, stellen die im BayHIG genannten Aufgaben für den Senat nur die Mindestaufgaben dar. Die Grundordnung kann dem Senat weitere Aufgaben im Rahmen des BayHIG zuweisen. Um dies zu verdeutlichen, regen wir einen Einschub des Wortes "mindestens" vor "folgende Aufgaben" an.

Art. 34 Abs. 3 Nr. 3

Der Senat ist das zuständige zentrale Hochschulorgan für Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Forschung und Lehre bzw. allgemeiner gesprochen für "akademische Fragestellungen". Die Einrichtung, Änderung oder Aufhebung von Studiengängen ist daher eine elementare Aufgabe dieses Gremiums. Dementsprechend muss auch die Entscheidung über Vorschläge zur Einrichtung, Änderung oder Aufhebung von Studiengängen allein beim Senat liegen und darf nicht auf die Hochschulleitung übergehen.

Art. 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

Dem Entwurf nach müssen die internen Mitglieder des Hochschulrats nicht mehr aus dem Senat kommen. Diese Änderung im Hochschulgesetz lehnen wir ab. Aus unserer Sicht müssen die Vertreter*innen im Senat auch im Hochschulrat vertreten sein, damit sich im internen Hochschulrat kein "Gegen-Senat" entwickelt. Einige Hochschulen, die bereits unter der Geltung des aktuellen Bayerischen Hochschulsystems in einer anderen Rechtsform (wie zum Beispiel die KU Eichstätt-Ingolstadt als Stiftungshochschulen) verfasst sind und die Kopplung der internen Hochschulratsmitglieder an den Senat aufgehoben haben, zeigen diese Tendenz.

Außerdem sind die Mitglieder des Senats auch im operativen Tagesgeschäft der Hochschule verankert und bringen so die nötige Innensicht in den Hochschulrat ein, die von Personen, die sich nur ein- bis zweimal im Semester in Sitzungen mit der Entwicklung und Ausgestaltung der Hochschule beschäftigen, nicht erwartet werden kann. Daher schlagen wir vor, dass die gewählten Mitglieder des Senats nach Art. 34 Abs. 1 auch gleichzeitig die internen Mitglieder des Hochschulrats sind.

Art. 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2

Wie das StMWK in der Begründung zu Art. 35 bereits feststellt, kommt dem Hochschulrat in Zeiten dynamischer technologischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen eine besondere Bedeutung für eine innovative und zukunftsorientierte Ausrichtung der Hochschule zu. Diese Aufgabe kann aber nur dann umfassend wahrgenommen werden, wenn sich die externen Mitglieder aus unterschiedlichen Bereichen zusammensetzen. Somit wird eine breitere Basis für die Entscheidungen des Hochschulrats geschaffen. Aus diesem Grund sollte es möglich sein, besondere Persönlichkeiten, die sich durch ihren Dienst in der Gesellschaft hervorgetan haben, als externe Hochschulratsmitglieder zu bestellen.

Art. 35 Abs. 1 Satz 4

Als Gremium der strategischen Hochschulausrichtung und Aufsicht ist es essenziell, dass die die oder der Gleichstellungsbeauftragte und die oder der Nachhaltigkeitsbeauftragte im Hochschulrat beratend tätig sind, damit diese etwaigen Fragen aus den Hochschulrat beantworten können. So kann dieser seine Aufsicht bei diesen beiden Leitprinzipien besser ausüben. Zudem kann die Perspektive der Beauftragten auch bei im Hochschulrat zu treffenden strategischen Entscheidungen von wichtiger Bedeutung sein.

Art. 35 Abs. 3

Der Hochschulrat soll eine Aufsichtsratsfunktion gegenüber der Hochschulleitung erfüllen. Diesem Aufgabenprofil kann das Gremium aber nicht nachgehen, wenn die Hälfte der Mitglieder direkt von der

oder dem Präsident*in abhängt. Die externen Mitglieder sollten im Einvernehmen von Hochschulleitung und Senat bestellt werden. Dafür ist auch den Mitgliedern des Senats ein Vorschlagsrecht einzuräumen. Die vorgeschlagenen Mitglieder sollen im Senat beschlossen werden und im Einvernehmen mit der oder dem Präsident*in zur Bestellung durch die oder den Staatsminister*in vorgeschlagen werden. So haben sowohl der Senat als auch der bzw. die Präsident*in ein gegenseitiges Vetorecht.

Art. 35 Abs. 5 Nr. 6 (neu)

Die Rahmenvereinbarung zwischen Hochschule und StMWK sind wegweisende Vereinbarungen, die sich auch direkt mit der Aufgabe in Nummer 5, der Beratung und des Beschluss über die längerfristige Ausrichtung und Profilierung der Hochschule, überschneiden. Damit sich die Mitsprache des Hochschulrats auch wirklich auf die strategische Ausrichtung der Hochschule bezieht, sollte dieser auch bei der Rahmenvereinbarung entsprechendes Mitwirkungsrecht bekommen.

Art. 35 Abs. 5 Nr. 7 (neu)

Diese Kompetenz wird von der LAK Bayern im Art. 110 Abs. 2 vorgeschlagen und in der Begründung genauer erklärt. Im Art. 35 Abs. 5 sollte diese der Vollständigkeit halber trotzdem abgebildet werden.

Art. 35 Abs. 5 Nr. 10

Wie bereits in der Begründung zu Art. 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 geschildert, lehnen wir eine direkte Verknüpfung der Frage der Einführung eines Globalhaushalts und der Entlassung aus der staatlichen Einrichtung ab, da diese beiden sehr weitreichende Konsequenzen zur Folge haben. Hinzu kommt aus unserer Sicht, dass beide Entscheidungen massiven Einfluss auf die Fragen von Forschung und Lehre haben, daher muss der Senat, respektive die internen Mitglieder im Hochschulrat, auch mehrheitlich über den Antrag nach Art. 11 Abs. 4 auf Einführung eines Globalhaushalts sowie nach Art. 4 Abs. 3 auf Umwandlung in eine andere Rechtsform entscheiden. Deswegen fordern wir auch in diesen Fragen die Einführung einer doppelten Mehrheit im Hochschulrat.

Art. 39 Abs. 2

Die neue Flexibilität der Hochschulen, das Lehrdeputat auf ihre Dozierenden eigenständig zu verteilen, kann dazu genutzt werden, Dozierende, die vorübergehend besondere Aufgaben erfüllen, zeitlich zu entlasten. Dies setzt jedoch auch Personen voraus, die temporär eine erhöhte Lehrverpflichtung übernehmen. Im Sinne des Solidarprinzips muss dabei sichergestellt werden, dass diese Freiheit allen Hochschulmitgliedern offensteht und nicht zu einer einseitigen Entlastung Einzelner missbraucht wird. Hier sehen wir bei einer völligen Freigabe des Lehrdeputats im Detail erhebliche Umsetzungsprobleme, die wir mit Sorge betrachten. Um sie zu lösen oder zumindest zu mildern, soll die Verlagerung von Lehrdeputaten in der Regel nur innerhalb der Statusgruppen sowie innerhalb der akademischen Selbstverwaltungseinheiten bzw. Fachbereiche stattfinden und nicht querschnittsartig verrechnet werden. Satz 5 stellt zusätzlich sicher, dass die Verteilung des Lehrdeputats nicht in einem Top-Down-Prozess hierarchisch über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird, sondern innerhalb der Hochschulfamilie erarbeitet werden muss. Um etwaige Zielkonflikte zwischen den Hochschullehrenden und dem akademischen Mittelbau hinsichtlich der Verteilung der Lehre vorzubeugen, müssen entsprechende Schutzmechanismen - wie z.B. eine Parität - etabliert werden. Auch die gleichberechtigte Einbindung der Studierenden in diesen Prozess erachten wir als sinnvoll, da diese eine aktive Rolle in der Verteilung und Gewichtung der Lehrformate einnehmen sollen.

Art. 41 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2

Bei den Einstellungs Voraussetzungen soll zukünftig nicht nur auf die pädagogische, sondern auch auf die didaktische Eignung geachtet werden. Die pädagogische Eignung umfasst hierbei den Umgang mit Studierenden und weiteren Mitgliedergruppen. Die didaktische Eignung können Bewerber*innen unter anderem durch Lehrproben nachweisen. Hierbei soll die Qualität der Lehrprobe in fachlicher und didaktischer Weise erfasst werden. Um diesen Unterschied deutlich zu machen, fordern wir, die didaktische Eignung aufzunehmen. Die gleiche Änderung haben wir an folgenden Stellen im Gesetz vorgenommen, um den Gedanken konsequent durchzuführen: Art. 47 Abs. 1 Sätze 1 und 5, Art. 50 Abs. 4 Satz 2 Nr. 8, Art. 82 Abs. 1, 2, 3 und 7, Art. 91 Abs. 1 Satz 2 und Art. 93 Abs. 3.

Art. 43 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1

Hier liegt aus unserer Sicht ein redaktioneller Fehler vor: gemeint ist Art. 55 Abs. 2 aus dem BayHSchG, der aber mittlerweile dem Art. 62 Abs. 2 BayHIG entspricht.

Art. 43 Abs. 1 Satz 6

Um die Einheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten, sind aus unserer Sicht reine Lehr- oder Forschungsprofessuren erstmal abzulehnen. Wenn sich aber Professor*innen z.B. einem speziellen Forschungsprojekt stärker widmen wollen, aber das Forschungsfreiemester nicht das ausreichende Zeitfenster für das Projekt darstellt, kann aus unserer Sicht im Einzelfall durchaus mehr Zeit gegeben werden. Wichtig ist aber, dass die zeitliche Befristung auch explizit im Gesetz verankert wird. Dazu haben wir in Absprache mit dem Verband wissenschaftliches Personal in Bayern eine Maximalhöhe von insgesamt zehn Jahren vereinbart. Diese zehn Jahre beziehen sich nicht nur auf eine einzelne Freistellung, sondern summiert sich über die Anstellungsdauer der Person auf. Das heißt im er kann das Budget von zehn Jahren theoretisch in einem Zug aufbrauchen oder auch in fünfmal zwei Jahre angewendet werden.

Art. 49 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3

Für die oder den Nachhaltigkeitsbeauftragte*n sollten dieselben Freistellungsrechte gelten wie für die oder den Gleichstellungsbeauftragte*n. Außerdem wurde redaktionell der Begriff "Fakultät" durch den Begriff "akademische Selbstverwaltungseinheit" ersetzt.

Art. 50 Abs. 2 Satz 1

Auch im Sinne der Entlastung der Professor*innen halten wir es nicht notwendig, dass bei Berufungsverfahren die oder der Berichterstatter*in aus der Gruppe der Professor*innen stammen muss. Die Hochschulleitung sollte in Freiheit und Eigenverantwortung entscheiden dürfen, welche Person sie am geeignetsten und kompetentesten hält.

Art. 50 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2

Im Sinne des Vier-Schultern-Prinzips vertreten wir die Meinung, dass in Berufungsverfahren zwei stimmberechtigte, damit gleichberechtigte Vertreter*innen der Studierenden eingesetzt werden sollten. Diese räumt der pädagogischen und didaktischen Bewertung der Kandidat*innen mehr Platz ein und entlastet die einzelnen studentischen Mitglieder.

Art. 50 Abs. 3 Satz 3 (neu)

Für die Benennung der im Berufungsausschuss vertretenen Personen ist aus unserer Sicht eine eindeutige Aufgabenzuweisung im Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz notwendig. Wir schlagen als Entsendungsorgan das gewählte Organ der akademischen Selbstverwaltungseinheit (Fakultätsrat) vor, das Vorschlagsrecht für die Benennung der jeweiligen Personen im Berufungsausschuss muss von den jeweiligen Mitgliedern kommen. Konkret heißt dass, die Vertreter*innen der Studierenden im Organ der jeweiligen akademischen Selbstverwaltungseinheit schlagen die Studierenden im Berufungsausschuss vor.

Art. 50 Abs. 4 Satz 2 Nr. 7 und 8

Nr. 7 und 8 verpflichten die Hochschule, die Evaluierung von Tenure-Track-Professuren, sowie die pädagogische und didaktische Eignung der Bewerber*innen in ihrer Satzung zu regeln, ohne dabei die genaue Art und Weise unnötig restriktiv einzugrenzen.

Art. 50 Abs. 4 Satz 3 (neu)

Die Findungskommission ist im BayHIG nicht genauer definiert. Die Beteiligung aller Statusgruppen bei jeder Art von Berufung ist aber essenziell. Daher sollte festgeschrieben werden, dass die Verhältnisse der Besetzung der Findungskommission nicht von der einer Berufungskommission abweichen.

Abs. 50 Abs. 4 Satz 4 (neu)

Allen Mitgliedern eines Berufungsausschusses muss die Möglichkeit eines Sondervotums gegeben werden, ob sie dieses auch in Anspruch nehmen möchten, steht jedem frei. Für die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung, warum man sich für oder gegen eine Person in einem Berufungsverfahren

ausgesprochen hat, ist aber ein Sondervotum äußerst hilfreich und dient auch dem Senat oder der Hochschulleitung für die Entscheidung über den dazugehörigen Berufungsvorschlag.

Art. 50 Abs. 5 Sätze 1 und 2 (neu)

Das Berufungsverfahren ist ein sehr aufwendiges, aber dadurch sehr aufschluss- und hilfreiches Verfahren, um die Eignung der jeweiligen Bewerber*innen festzustellen. Dazu gehören insbesondere die Sichtung der Bewerbungsunterlagen, die Probelehrveranstaltungen aber auch die Gespräche zwischen Bewerber*in und Berufungsausschuss sowie oftmals auch der Gruppe der Studierenden. Eine Bindung an das Votum der Personen, die sich mit dem jeweiligen Verfahren am stärksten auseinandergesetzt hat, würde dem ganzen Verfahren nur gerecht werden. Sollten zwei oder mehr Bewerber*innen gleich stark sein und sich somit theoretisch die ersten Plätze teilen, so kann man dies in der beschlossenen Berufsliste vermerken und dem oder der Präsident*in das Vorgehen für Einladung und Verhandlungsgespräche überlassen.

Art. 62 Abs. 1 Satz 1

Die Einfügung des Worts "auch" hat vor allem den Grund darauf aufmerksam zu machen, dass Wissenschaft und das Studium auch als Selbstzweck gewählt werden können und dementsprechend auch wissenschaftliche Tätigkeiten im Fokus stehen können. Als Bildungseinrichtungen haben Hochschulen die Aufgabe, Menschen mit Wissen und Kompetenzen auszustatten, die es ihnen ermöglichen, eine Entwicklung mitzugestalten, die ökonomisch, ökologisch, sozial und technologisch nachhaltig ist. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Hochschulen in der Verantwortung, Studierende in Studium und Lehre zu einem "nachhaltigen Handeln" zu befähigen, um somit auch die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt der Gesellschaft im Sinne des Bildungsauftrags zu fördern.

Art. 62 Abs. 1 Satz 2

Das Baden-Württembergische Landeshochschulgesetz sieht im § 32 Abs. 4 Satz 5 den Begriff der "besonderen Lebenslagen" vor. Das soll einen größeren Schutz vor Benachteiligung und die bessere Teilhabe für Studierenden darstellen. Der Begriff ist angelehnt an die Definition und den Regelungsinhalt der §§ 47-74 SGB XII. Besondere Lebenslagen dienen dabei als nicht abschließend definierter Rechtsbegriff, der eine Auffangmöglichkeit für atypische Lebenssituationen, die nicht abschließend aufgezählt werden können, darstellt. Dies kann sich an den o.g. Regelungen des SGB XII orientieren. In der Begründung der Landesregierung Baden-Württemberg zur Novelle des Landeshochschulgesetzes findet sich außerdem folgende Erklärung zu § 32 Abs. 4 Punkt 5 LHG-BW: "Die Regelung zum Nachteilsausgleich in Prüfungsordnungen wird erweitert. Zum einen wird ein größerer Personenkreis einbezogen. Eine abschließende Aufzählung erscheint hier nicht sachgerecht, um den individuellen Lebensrealitäten der Studierenden gerecht zu werden. Daher wurde mit dem unbestimmten Begriff der besonderen Lebenslagen eine offene Formulierung gewählt. Zum anderen werden die möglichen Maßnahmen zur Gewährung des Nachteilsausgleichs erweitert. Diese sind abhängig von der individuellen Lebenslage der jeweiligen oder des jeweiligen Studierenden auszuwählen. Dabei können je nach Einzelfall und so weit im Rahmen der Chancengerechtigkeit als Nachteilsausgleich möglich und zulässig weiterhin Verlängerungen von Prüfungsfristen gewährt werden, aber beispielsweise auch eine höhere Anzahl von Fehlstunden, eine andere Form der Prüfungsleistung, die Nutzung von Hilfsmitteln oder Hilfspersonen, eine höhere Anzahl von Wiederholungsversuchen oder ähnliches." Da wir es als wichtig erachten, auch Studierende einzubeziehen, die durch ihre Lebensumstände nicht automatisch unter eine "Behinderung" oder "chronische Erkrankung" fallen, schlagen wir die Hinzunahme von "besonderen Lebenslagen" als Benachteiligungsgrund vor.

Art. 62 Abs. 3

Verschiedene Semesterzeiten innerhalb von Deutschland und Europa sind für viele Studienanwärter*innen bereits eine Hürde, um ein Studium zu beginnen. Oft ergeben sich daraus auch Schwierigkeiten für Auslandssemester o.ä., da die Semesterzeiten und die vorlesungsfreien Zeiten dort sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Eine vollständige Flexibilisierung innerhalb Bayerns würde dieses Problem auch innerhalb des Freistaates ansiedeln. Losgelöste Semesterzeiten machen es für die angehenden Studierenden noch schwieriger zu durchblicken, wann sie sich wo bewerben müssen. Außerdem machen verschiedene Semesterzeiten einen Wechsel zwischen bayerischen Hochschulen problematisch. Besonders schwierig ist das bei einem weiterführenden Studium. Deswegen schlägt die

LAK Bayern vor, die grundsätzlichen Semesterzeiten (Anfang des Semesters und Dauer des Semesters) durch Rechtsverordnung zu regeln, ohne den genauen Ablauf innerhalb des Semesters (z.B. vorlesungsfreie Zeiten) vorzuschreiben.

Art. 63 Abs. 5 (neu)

Dieser neu eingefügte Absatz trägt der neugewonnenen Freiheit und Eigenverantwortung der Hochschulen Rechnung. Aus Sicht der LAK Bayern sind die Hochschulen dazu zu verpflichten, die Studierenden über Änderungen in ihren Studiengängen, und damit ihren Studienverlauf, direkt zu informieren. Die Studierendenschaft wird zunehmend heterogener, gleiches gilt für die Studienverläufe. Man kann sich heute nicht mehr auf die Diffusion des Wissens durch Fachschaften oder Studierendenvertreter*innen verlassen, denn durch geschärfte Datenschutzgesetze können diese nicht alle Studierenden erreichen. Stattdessen sollen die Studierenden über Änderungen über Änderungen ihres Studienganges durch einen geeigneten Weg, wie zum Beispiel per Mail oder über eine Benachrichtigung in Studiumsplattformen wie "moodle" direkt informiert werden. Die Zeitspanne von zwei Monaten wurde gewählt, da das StMWK nach aktueller Regelung drei Monate vorher benachrichtigt wird. Das würde bedeuten, dass das StMWK innerhalb eines Monats die Studienordnungen beanstanden könnte, damit die Studierenden dennoch rechtzeitig vor Beginn des nächsten Semesters wissen, wie sie mit ihrem Studium fortfahren sollen.

Art. 65 Abs. 3 (neu)

Gerade die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass auch ganz unerwartet äußere Umstände den reibungslosen Ablauf eines Studiums gefährden. Dieser Artikel ist als Notfallartikel gedacht, sodass, wenn ein Studieren aufgrund äußerer Umstände nicht im normalen Maße möglich ist, die individuelle Regelstudienzeit der Studierenden vergleichsweise einfach durch eine Verordnung verlängert werden kann. Dieser Fall kann auch eintreten, wenn es bei einem Hochschulstandort z.B. zu Hochwasser während der Prüfungsphase kommt.

Art. 66 Abs. 2 (neu)

Aus Sicht der LAK Bayern sind Teilzeitangebote für Studierende aus dem Grund der sozialen Verträglichkeit von großer Bedeutung. Gerade den Studienanwärter*innen mit weniger privilegiertem Hintergrund könnte so geholfen werden ein Studium zu ermöglichen. Insbesondere gilt dies für Mütter und Väter: durch ein Teilzeitstudium wird Karriere und Elternschaft besser vereinbar, ohne eines der beiden Elternteile dazu zu zwingen, die Sorge für das Kind einseitig zu übernehmen. Zudem ermöglicht ein Teilzeitstudium es den Studierenden neben dem Studium zu arbeiten. So wird das Studium auch für Personen attraktiver, die von den Eltern nicht finanziell unterstützt werden. Da aus unserer Sicht das BAföG aktuell absolut nicht ausreichend ist, um sich ein Studium in Bayern zu finanzieren, könnte hier die Landesgesetzgebung die Not zumindest etwas lindern. Zudem kann so die Kombination von Praxis und Studium ermöglicht werden. Natürlich ist dafür nicht jeder Studiengang geeignet, aber ein breitflächiges Angebot an Teilzeitstudiengängen würde viel für die Bildungsgerechtigkeit und die Aufstiegschancen in Bayern tun.

Art. 66 Abs. 4 (neu)

Diese Änderung ist bewusst als Soll-Regelung formuliert – in Studiengängen, in denen weder Praxisanteile noch Auslandsaufenthalte sinnvoll sind, kann vom Einbauen dieser abgesehen werden. Jedoch drückt das Hinzufügen des Absatzes den Wunsch der bayerischen Studierenden aus, ihre Kompetenzen im Studium vielseitiger zu schärfen, besonders durch interkulturelle (Sprach-) Kompetenz durch Auslandsaufenthalte oder ein verstärktes praktisches Know-How in Praxissemestern, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem global vernetzten Arbeitsmarkt der Zukunft zu sichern. Gleichzeitig binden die bayerischen Hochschulen durch einen solchen Austausch einerseits ausländische Partneruniversitäten und andererseits regionale Unternehmen an sich, was die Wettbewerbsfähigkeit und Möglichkeiten der Hochschulen an sich stärken würde.

Art. 68 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5

Gleiche Begründung wie zu Art. 62 Abs. 1 Nr. 2.

Art. 68 Abs. 3 Satz 2 Nr. 10

Das Wegfallen des oder der sachkundigen Beisitzer*in bei mündlichen Prüfungen wäre grob fahrlässig. Aus der Natur der Sache ergibt sich bei mündlichen Prüfungen die Schwierigkeit der Notenvergabe. Die dritte Person im Raum verhindert mögliche Anschuldigungen und Wort-gegen-Wort-Situationen und macht das Prüfungsgeschehen durch das Führen eines Protokolls auch im Nachgang zur Prüfungsdurchführung nachvollziehbar. Außerdem kann die oder der sachkundige Beisitzer*in dazu beitragen, dass die Prüfungsleistung als Ganzes betrachtet wird und nicht durch Effekte wie den "recency bias" verfälscht werden. Zwar bedeutet dies für eine weitere Person einen Arbeitsaufwand, aber sowohl für die zu prüfende Person als auch die prüfende Person ist ein drittes Paar Augen und Ohren im Raum von herausragender Wichtigkeit. Die generell gesenkte Arbeitslast kann also in keinem Fall als ausreichender Grund angesehen werden, um die Pflicht zu einem oder einer sachkundigen Beisitzer*in im BayHIG zu streichen.

Art. 68 Abs. 3 Satz 2 Nr. 13

Aus Sicht der LAK Bayern soll in den Prüfungsordnungen geregelt werden, auf welche Art und Weise Prüfungen pseudonymisiert werden. Prüfungen sollten aus unserer Sicht - wo möglich - pseudonymisiert erbracht werden, da dies gerechte Noten zur Folge hat und für die Studierenden so auch konstruktive Kritik einfacher wird, was mittelfristig die Lehre und Prüfungsform verbessern kann. Eine Pseudonymisierung ist nicht immer mit angemessenem Aufwand möglich, deswegen sollen die Details in der Prüfungsordnung festgelegt werden.

Art. 68 Abs. 5 (neu)

Dieser Absatz bereits ist im aktuellen Hochschulgesetz enthalten (Art. 61 Abs. 7 BayHSchG). Aus Sicht der LAK Bayern ist der Wegfall des freien Prüfungsversuchs für geeignete Studiengänge eine eklatante Verschlechterung der Studienbedingungen, für die es keinen Grund gibt, der schwerwiegend genug wäre, um diesen zu legitimieren.

Art. 68 Abs. 6 (neu)

Abs. 6 ist eine wortgleiche Kopie des ehemaligen § 64 Abs. 2a des Hochschulgesetzes in Nordrhein-Westfalen. Dieser regelt das Verbot von Anwesenheitspflichten für Lehrveranstaltungen, abgesehen von den auch jetzt schon gelebten Ausnahmen. Abs. 6 würde den in Bayern bewährten Status Quo für die bayerischen Studierenden halten und gesteht ihnen zu, weiterhin weitestgehend in Freiheit und Eigenverantwortung zu entscheiden, ob sie bei einer Lehrveranstaltung zwingend anwesend sein müssen oder nicht. Dieses Recht wurde ihnen im Jahr 2013 vom StMWK zu gestanden und ist seitdem gelebte Praxis an den bayerischen Hochschulen. Aus Sicht der LAK Bayern gibt es keine guten Gründe, die Pflicht zur Anwesenheit wieder zu ermöglichen. Eine Anwesenheitspflicht ist sozial unverträglich: Studierende mit Beeinträchtigung, Nebenjob oder Kindern werden so benachteiligt, was nicht im Einklang mit den sonstigen Bestrebungen im BayHIG stünde. Zum anderen liegt es auch an den Lehrveranstaltungen selbst, Kompetenzen zu vermitteln und Mehrwert zu bieten, um die Studierenden zur Anwesenheit zu bewegen. Kann man Studierende zur Anwesenheit zwingen, gibt es kaum Gründe neue und innovative Lehrkonzepte zu entwickeln und tatsächlich kompetenzorientierte Lehre anzubieten.

Art. 68 Abs. 8

Wie bereits in unserer Stellungnahme zum Corona-Eilgesetz I (Ihr Schreiben R.1 – H1112/0/10 – 10b/47538 vom 16.06.2020) begrüßen wir die Einführung der Möglichkeit zur Durchführung von elektronischen Prüfungen. Allerdings sollte dabei Studierenden zum Schutz ihrer Privatsphäre, auf Wunsch ein Prüfungsraum zur Verfügung gestellt werden können.

Art. 68 Abs. 9 (neu)

Dieser Absatz findet sich fast wortgleich bereits in § 12 Abs. 9 des Hochschulgesetzes von Sachsen-Anhalt. Er vereinfacht einerseits das krankheitsbedingte Ausfallen, gibt Hochschulen im Zweifel jedoch die Möglichkeit eine Bestätigung durch selbst gewählte Ärzte einzuholen. Deren Einschätzung ist dann bindend, ohne, dass das exakte Krankheitsbild offengelegt werden muss. So werden Studierende nicht gezwungen den Prüfungsausschüssen, die oft mit den eigenen Professor*innen besetzt sind, unangenehme oder ohnehin belastende Krankheitsbilder beweisen zu müssen, was auch im Sinne des Datenschutzes eine begrüßenswerte Neuerung wäre.

Art. 68 Abs. 10 (neu)

Die RaPO regelte bisher viele der Punkte aus Abs. 3 einheitlich für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Für die Studierendenvertretungen der Hochschulen ist die RaPO sehr wichtig, da ihre einheitlichen Regelungen einen wichtigen Beitrag zur Vergleichbarkeit, Planungssicherheit und Chancengleichheit zwischen den Hochschulen leisten. Daher plädiert die LAK Bayern stark dafür, die Rechtsgrundlage für den Erlass einer gemeinsamen, hochschulübergreifenden Prüfungsordnung beizubehalten. Zugleich ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass die HAWs und weiteren Hochschultypen sich in prüfungsrechtlichen Fragen weiterentwickelt haben und in gewissen Punkten mehr Freiheiten suchen, in anderen Punkten jedoch auch zu neuer Einigkeit zusammengefunden haben. Im Sinne der Novellierung des Hochschulrechts schlagen wir daher vor, die Hochschulen zu einem hochschulübergreifenden Dialog einzuladen und eine Novellierung der RaPO anzustreben. Hierzu schlagen wir vor, neben den Entscheidungsträger*innen in den Hochschulleitungen auch weitere Stakeholder wie die Studierenden zu inkludieren. Ziel sollte es sein, bewährte, aber auch neue, innovative Gemeinsamkeiten im Prüfungsrecht zu finden und diese in einer Neuauflage der RaPO verbindlich festzuschreiben. So sind aus unserer Sicht insbesondere Regelungen zur Anrechnung von Kompetenzen, zur Regel- und maximalen Studienzeit, zu Zulassungsvoraussetzungen, zur Frage einer Nachweispflicht der Teilnahme an Kursen, zu Auswirkungen bei Fristüberschreitungen, und zu Prüfungsorganen und ihren Zuständigkeiten an Bayerns Hochschulen möglichst einheitlich zu regeln.

Art. 77 Abs. 3 Satz 4 (neu)

Der hinzugefügte Satz 4 erlaubt es den Prüfungsausschüssen oder äquivalenten Organen einer akademischen Selbstverwaltungseinheit - oder der Hochschule, im Falle einer anderen Organisationsform - Ausnahmen für beurlaubte Studierende zuzulassen. Die kann im Rahmen von Härtefällen der Fall sein.

Art. 98 Abs. 1 Satz 1

Die Studierendenwerke bieten bereits jetzt vielfältige Angebote für die physische und psychische Gesundheit der Studierenden an. Der Bedarf an psychosozialen Beratungsangeboten hat in den letzten Jahren stark zugenommen, wurde aber nicht durch entsprechende steigende Mittelzuweisung an die Studierendenwerke ausgeglichen, sodass diese Tätigkeiten aus anderen Aufgabengebieten querfinanziert werden musste. Jedoch wird immer klarer: Angebote zur (Erst-) Versorgung sind kein "nice-to-have" sondern ein klares Bedürfnis. Es erscheint daher geboten "psychosoziale Beratung" als Bestandteil der Aufgabendefinition der Studierendenwerke explizit zu nennen, um dieses Aktivitätsfeld bei den Haushaltszuweisungen entsprechend berücksichtigen zu können.

Art. 98 Abs. 1 Satz 4

Analog zu den Hochschulen des Freistaats (siehe Begründung Art. 2 Abs. 8 Satz 1 und Art. B) sollten auch die Studierendenwerke in Aufgabenerfüllung nachhaltig agieren und ein entsprechender Passus in das Hochschulgesetz aufgenommen werden.

Art. 98 Abs. 5 Satz 1

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Gesetzesentwurf ein Kooperationsgebot zwischen den Studierendenwerken und den Hochschulen sowie weiteren Akteuren enthält. Dies stellt sicher, dass insbesondere die Hochschule bei Themen wie der Campusverpflegung oder studentischem Wohnraum zuerst auf die bereits bestehende enge Zusammenarbeit mit den Studierendenwerke setzen, bevor Anbieter aus der Privatwirtschaft angefragt werden. Aus studentischer Sicht möchten wir uns zur Erhöhung der Rechtssicherheit dafür aussprechen, dass die vereinbarte Zusammenarbeit in öffentlich-rechtlichen Verträgen festzuhalten ist. Dies erhöht die Verbindlichkeit der zusammenwirkenden Akteure und erlaubt auch den studentischen Mitgliedern in den Gremien der Studierendenwerke einen besseren Einblick in bestehende Vereinbarungen ihre Studierendenwerks.

Art. 101 Abs. 1 Nr. 4

Bei den Aufgabe des Vertreterversammlung schlagen wir vor die Entgegennahme des Berichts des Verwaltungsrats hinzuzufügen. Dies hat den Hintergrund, dass der Verwaltungsrat aus den Vertreterversammlungen entspringt, um die Geschäftsführungen zu kontrollieren. Aus dieser Logik

heraus sollten die Mitglieder des Verwaltungsrats jedoch auch den Vertreterversammlungen gegenüber berichtspflichtig sein. Dies schließt selbstverständlich geheimzuhaltende Informationen, wie zum Beispiel solche, die zu Geschäftsnachteilen führen würden, aus.

Art. 101 Abs. 2 Satz 2

In Abs. 2 Satz 2 werden zwei Änderungen vorgeschlagen: Zum einen soll die Amtszeit der studentischen Vertreter*innen in der Vertreterversammlung auf ein Jahr begrenzt werden. Es ist gelebte Praxis und Beschlusslage der LAK Bayern, dass Amtszeiten für Studierende in der Regel ein Jahr betragen, da zwei Jahre für Studierende eine sehr lange Zeit sind und zwischen Pflichtpraktika, Auslandssemestern und Studiumsende nur sehr wenige Studierende für ein solches Amt in Frage kommen würden. Zudem ist eine Wiederwahl nicht ausgeschlossen, auch, wenn eine einjährige Pause zwischen beiden Amtszeiten läge (zum Beispiel durch einen Auslandsaufenthalt). Gleichzeitig würde der Informationsfluss und die Anbindung der studentischen Mitglieder der Vertreterversammlung zur Studierendenvertretung der Hochschule gestärkt werden. Zum gleichen Zweck sollen die Studierendenvertretungen ihre Vertreter*innen selbst vorschlagen. Dies stärkt die demokratische Legitimation der Vertreterversammlung und den Informationsfluss zu der Studierendenvertretung und zwischen den verschiedenen Generationen der Studierendenvertretungen. Aufgrund der bürokratischen Hürden in der Kommunikation zwischen Studierendenwerken und Verwaltungen soll die abschließende Entsendung der Vertreter*innen der Hochschule durch die Hochschulleitung geleistet werden.

Art. 102 Abs. 4

Der Verwaltungsrat besteht aus nur neun Personen. Zwei davon müssen den Vorsitz und stellvertretenden Vorsitz übernehmen. In diesem Kontext ist es sowohl aus einer demokratischen wie auch aus einer praktischen Perspektive schwierig, dass nur drei Mitglieder des Verwaltungsrats für diese Ämter wählbar sind. Zumal so die Vertreterversammlung, die die Verwaltungsratsmitglieder wählt, quasi dazu gezwungen wird, für die Gruppe nach Abs. 3 Nr. 1 und 3 Personen zu wählen, die auch bereit wären den Vorsitz zu übernehmen. Deswegen schlagen wir vor, den Kreis der wählbaren Mitglieder, um die Gruppe der Studierenden zu erweitern. In anderen Bundesländern (u.a. Verwaltungsrat des Kölner Studierendenwerks oder dem Studentenwerk Halle) ist es nicht unüblich, dass Studierende als Vorsitzende des Verwaltungsrats agieren, ohne dass dies zu nachteiligen Entwicklungen des Verwaltungsrats bei der Erfüllung seiner Aufgaben geführt hatte. Außerdem wäre aus unserer Sicht auch eine Öffnung des für die Ämter berechtigten Personenkreises um weitere Personengruppen denkbar.

Art. 105 Abs. 1 Satz 1 (neu)

Die Studierendenwerke stellen für die Studierenden gemäß ihren Aufgaben in Art. 98, zentrale Dienstleistungen und Angebote bereit. Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Art. 100) übernehmen so für und im Auftrag des Freistaats ihre Aufgaben. Dementsprechend sollte auch die Nutzung von Gebäuden und Liegenschaften, die dem Freistaat oder seinen Hochschulen gehören, unentgeltlich erfolgen, damit die Studierendenwerke ihr Budget für die tatsächliche Erfüllung ihrer Aufgaben nutzen können.

Art. 105 Abs. 3 Satz 5

Das Wort "automatisiert" ist in diesem Kontext missverständlich, da die Campus-Management-Systeme der Hochschulen (i.d.R. Abfrage über das Shibboleth-System), die zur Abwicklung des Semestertickets erforderlichen personenbezogenen Daten nur nach Einwilligung des Nutzers bereitstellen können. Daher möchten wir die Streichung des Wortes und zusätzlich zur Wahrung des Datenschutzes die Aufnahme einer Einwilligungsbestätigung der Studierenden zur Freigabe des Datenaustausches anregen.

Art. 105 Abs. 3 Satz 6

Nachdem es in Bayern keine verfasste Studierendenschaft gibt, können diese keine rechtsgültigen Verträge zur Durchführung von subventionierten Beförderungsleistungen des öffentlichen Nahverkehrs für Studierende, langläufig als Semestertickets bekannt, abschließen. Die in Bayern etablierten Semestertickets (u.a. München, Erlangen-Nürnberg, Passau, Regensburg, etc.) basieren daher auf Vertragsabschlüssen zwischen den Studierendenwerken und den Trägern des örtlichen ÖPNVs. Die meisten Semesterticket-Modelle sehen die Zahlung eines verpflichtenden Sockel- oder Solidarbeitrags vor, der im Rahmen des Semesterbeitrags zu entrichten ist. Da somit die Studierenden unabhängig von

ihrer tatsächlichen Nutzung des ÖPNVs finanziell belastet werden, ist es aus unserer Sicht essenziell, dass ihre Vertretungen an den Vertragsverhandlungen sowie den Gesprächen über die Preisentwicklung beteiligt werden.

Art. 110 Abs. 2 Satz 1

In Abs.2 findet sich die Experimentierklausel wieder, die einer Hochschule erlaubt, sich jenseits der Vorgaben des Gesetzes weiterzuentwickeln, wenn der Landtag und das StMWK zustimmen. Dies ist essenziell, um auch innovative Konzepte an den bayerischen Hochschulen zu testen. In Abs. 2 finden sich zwar die zustimmenden Organe auf der Seite des Freistaats, aber nicht, wie die Experimentierklausel von Seite der Hochschule eingesetzt wird. Als Exekutivorgan obliegt es der Hochschulleitung eine Ausnahmeregelung zu beantragen, jedoch ist es die Perspektive der LAK Bayern, dass der Hochschulrat als Aufsichtsgremium und als Gremium der strategischen Planung, Ausrichtung und Weiterentwicklung dazu Stellung nehmen sollte, welche die Akteure auf staatlicher Seite bei ihrer Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung einbeziehen können.

Art. 112 Abs. 3 (neu)

Dieser Absatz erlaubt den neu benannten Studierendenwerken ihre Umbenennung schrittweise umzusetzen. Dies ist sinnvoll, da das Logo und der Name der Studierendenwerken an vielen Stellen sowohl digital als auch analog an Gebäuden, auf Informationsbroschüren etc. vorhanden ist. Durch Abs. 3 haben die Studierendenwerke Zeit ihre alte Einrichtung zu nutzen und erst bei der Neuanschaffung zum neuen Namen umzustellen. Dies ist sowohl aus wirtschaftlicher wie auch ökologischer Sicht sinnvoll. Denn einerseits müssen die Kosten der Namensumstellung nicht in nur einem Haushaltsjahr aufgebracht werden und zum anderen müssen keine Verbrauchsgegenstände neu angeschafft werden, die sonst noch zu gebrauchen sind.

Art. 113

Dieser Artikel war und ist zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie an den Hochschulen unerlässlich gewesen. Dementsprechend begrüßen wir die Inklusion des Artikels auch im neuen Gesetzesentwurf ausdrücklich. In diesem Kontext schlagen wir - wie auch bereits in der Verbändeanhörung zum "Corona-Eilgesetz 2" im Januar 2021 - in Art. 65 Abs. 3 eine Regelung vor, die das StMWK ermächtigt, im Falle einer unvorhergesehenen Krise die individuelle Regelstudienzeit unbürokratisch und zügig zu verlängern. Möglich Szenarien sind weitere Pandemien oder Umweltkatastrophen in der Zukunft (wie zum Beispiel Überflutungen). In einem solchen Fall könnten die notwendigen Maßnahmen auch ohne vorherige Anhörung des Landtags umgesetzt werden, was die ohnehin schon ungewisse Lage der Studierenden in einer solchen Situation lindern könnte.